

daß jetzt die praktischen Ärzte, welche bekanntlich über diese Einrichtungen nicht verfügen, lückenlos in diese Untersuchungstätigkeit einbezogen werden. Es versteht sich von selbst, daß dies nur auf Kosten der Qualität des Untersuchungsvorganges natürlich möglich war. Dabei drängen sich zwei Fragen auf:

Was wurde mit den 4,3 Millionen Schillingen gemacht, außer der Erstellung des Untersuchungsprogramms? Wie viele Personen wurden untersucht, mit welchem Ergebnis, und was kann heute darüber ausgesagt werden?

Ist es noch sinnvoll, wenn im Voranschlag 1974 wiederum 4,780.000 Schilling vorgesehen sind, nachdem bekannt ist, daß ab 1. Jänner 1974 die Krankenversicherungsträger verpflichtet sind, diese Untersuchungen durchzuführen? Wie schon gesagt — auf Grund der Programmgestaltung werden alle Ärzte damit beschäftigt sein.

Ich frage: Kann es vertreten werden, daß für eine solche offensichtliche Doppelgleisigkeit Budgetmittel aufgewendet werden? Sollten nicht vielmehr alle medizinischen, organisatorischen und finanziellen Kräfte darauf konzentriert werden, das für das gesamte Bundesgebiet geltende Untersuchungsprogramm durchzuführen, die Erfahrungen rasch auszuwerten und in der Zukunft alles weiter auszubauen und nach den besten technischen und optimalen Möglichkeiten einzusetzen, um die Krankheiten früher zu erkennen und zu verhindern?

Ein wenig Gedanken mache ich mir auch, weil diese 4,3 Millionen Schilling von dieser Gesellschaft noch gar nicht angesprochen wurden! Sie liegen noch in der Kasse des Landes!

Meine Damen und Herren! Gerade in dieser Zeit, in welcher mit so großem Aufwand alles versucht wird, um breitesten Schichten der Bevölkerung die Segnungen der Vorsorgemedizin zugänglich zu machen, hat die Ärztekammer den Zahnärztekonflikt provoziert. Infolge seiner langen Dauer sind ohne Zweifel bereits schwere Schäden entstanden. Ein jedes Kind weiß, daß die Gesunderhaltung der Zähne eine sehr wichtige Vorbeugungsmaßnahme gegen eine Reihe von Krankheiten ist. Daher nehmen wir mit großer Genugtuung zur Kenntnis — und ich glaube, das tun vor allem die Versicherten —, daß es endlich gelungen ist, eine Einigung zwischen den Vertragspartnern zu erzielen und daß die Zahnbehandlung auf Krankenschein von allen Zahnärzten wieder aufgenommen wird. Wir wußten natürlich gestern von den Verhandlungen in Wien. Als ich merkte, daß der Herr Präsident der steirischen Ärztekammer, Dr. Piaty, sich den ganzen Tag über hier in unserer Mitte aufhielt, stiegen meine Hoffnungen, daß es zu einem vernünftigen und annehmbaren Kompromiß kommen werde. (Abg. Brandl: „Sehr gut!“ — Beifall bei der SPO. — Abg. Zinkaneil: „Er hat sich geopfert!“ — Abg. Dr. Piaty: „Schlecht informiert, ganz schlecht informiert!“ — Abg. Dr. Heidinger: „Die Freude wollte er dir machen!“ — Abg. Dr. Eichinger: „So lieb ist er!“) Es ist immer eine Freude, wenn sich eine Hoffnung erfüllt, in diesem Falle eine besonders große! Durch die erfolgte Einigung wurde uns ohne Zweifel eine schwere Last abgenommen. Aber dieser Konflikt hat auch offenkundig gemacht, daß Probleme, die schon lange anstehen, nun auf raschestem Wege

einer Lösung zugeführt werden müssen. Die Funktionäre der Dienstnehmerorganisationen und der Krankenversicherungen haben zwar keinen hippokratischen Eid geleistet, aber sie fühlen sich ohne Rücksicht auf ihre politische Parteizugehörigkeit verpflichtet, ja gezwungen, Vorsorge zu treffen, daß die notwendigste zahnärztliche Versorgung in allen Teilen unseres Landes sichergestellt wird. Ich sage „wird“! Es muß aber auch verhindert werden, daß im Falle eines neuerlichen Konfliktes, den wir nicht wünschen, den wir aber auch nicht verhindern können... (Abg. Pölzl: „Jetzt kommt der Weisheitszahn mit dem Ambulatorium!“) die minderbemittelten Bevölkerungsschichten, weil sie eben die von den Ärzten in einem solchen Falle verlangten Honorare nicht bezahlen können, nicht auf jede, auch auf die unerläßlichste zahnärztliche Betreuung verzichten müssen.

Aus diesen Gründen wurde sowohl von den Verwaltungskörpern der Gebietskrankenkassen mit den Stimmen aller Fraktionen als auch von der Landesexekutive des OGB die Errichtung von Zahnambulatorien in einer Reihe von Bezirksstädten gefordert. Diese Forderung ist durch eine Bürgerinitiative mit 132.000 Unterschriften unterstützt worden. Ich nehme an, daß diese Unterschriften ebenso gewertet werden und so gewichtet werden, wie dies bei anderen Volksinitiativen jeweils der Fall war. (Abg. Ritzinger: „Die werden sogar besser behandelt!“) Ganz unabhängig vom Zahnärztekonflikt möchte ich Ihnen anhand einiger Zahlen vor Augen führen, wie völlig unzureichend die Versorgung der Bevölkerung in einigen Bezirken unseres Landes ist. Wenn Sie bedenken, daß für den gesamten Bezirk Judenburg nur drei Zahnärzte zur Verfügung stehen, wovon einer schon gegen 70 Jahre ist. Im Bezirk Liezen, der bekanntlich größer ist als das Bundesland Vorarlberg, gibt es acht Zahnärzte. Im Gerichtsbezirk Weiz fünf und im Bezirk Hartberg ebenfalls nur fünf Zahnärzte. Ich darf hier wirklich einen unverdächtigen Zeugen, den Herrn Bürgermeister Lind, aufrufen, der hautnah diese Erfahrungen kennt. (Abg. Ritzinger: „Sind die Dentisten dabei?“ — Abg. Pölzl: „Weiz hat z. B. drei Dentisten!“) Die Dentisten. Seit 1968 ist auf Forderung und Wunsch der Ärztekammer die Ausbildung der Dentisten eingestellt worden. Es kommen keinerlei Dentisten mehr nach. Und das auf Wunsch der Ärztekammer. (Abg. Dr. Piaty: „Das ist ein Irrtum, das stimmt nicht! Im Bezirk Weiz gibt es sechs Dentisten!“) Herr Primar, sagen Sie uns, wann der letzte Dentist in der Steiermark eine Praxis eröffnet hat. Sagen Sie uns das. (Abg. Dr. Piaty: „Das Institut bildet noch immer Dentisten aus!“) In der Steiermark ist seit Jahren kein Dentist zusätzlich mehr gekommen. Und es wird auch in Zukunft keiner mehr kommen. (Abg. Dr. Piaty: „Die Gebietskrankenkasse ist die ungute!“) Wir haben durch die Errichtung von Zahnambulatorien keineswegs die Absicht, den frei praktizierenden Ärzten die Existenzgrundlage zu entziehen. (Abg. Dr. Piaty: „Na, net!“) Niemand denkt daran, die freie Ärzteswahl abzuschaffen oder einzuschränken. Aber warum sollte ausgerechnet bei den Zahnärzten jenes System, das sonst überall und gerade von Ihnen als so vorteilhaft gepriesen wird, näm-

lich eine gewisse gesunde Konkurrenz, nicht ebenfalls nützlich sein. (Abg. Dr. Piaty: „Jawohl, bei Chancengleichheit!“) In Graz gibt es seit langem, auch in Bruck und Mürzzuschlag, neben den zahlreichen frei praktizierenden Zahnärzten ein gut ausgebauten Ambulatorium. Jedermann, und das ist wichtig, kann sich völlig frei entscheiden, wohin er geht. Es sind sowohl die Zahnärzte bestens beschäftigt als auch das Ambulatorium voll ausgelastet. Wenn Sie, Herr Präsident Dr. Piaty, vor wenigen Tagen Ambulatorien als ideologische Zwingburgen bezeichneten (Abg. Pözl: „Dabei darf jeder den Mund aufmachen, der dort hinkommt!“) und wenn Sie schon wiederholt angekündigt haben, diese mit allen Mitteln zu bekämpfen, so ist ein solcher Ausspruch und eine solche Einstellung nach meiner Meinung nur mehr mit einer grenzenlos tiefen Abneigung gegen alles, was im entferntesten mit sozial zu tun hat, zu erklären. (Abg. Dr. Piaty: „Ich gehöre einem Sozialberuf an!“) Mit welchem Recht, Herr Abgeordneter Piaty, können Sie so etwas behaupten? Es würde mir und uns nicht einmal im ... (Abg. Dr. Piaty: „Ich bitte um Entschuldigung, daß ich die Gewerkschaft nicht vorher gefragt habe!“) Was Sie persönlich sagen, berührt uns nicht. Was Sie als Präsident der Ärztekammer, als der Präsident unseres Vertragspartners sagen, das müssen Sie sich schon überlegen. (Abg. Dr. Piaty: „Ich bin nur den Ärzten Rechenschaft schuldig!“) Es ist eine Frage des Takts. Es würde uns nie im Traum einfallen, daß wir das Krankenhaus, dem Sie vorstehen, nur deswegen, weil Sie eine andere ideologische Auffassung haben, als Zwingburg bezeichnen. (Abg. Ritzinger: „Das eine hat mit dem anderen nichts zu tun!“) Glauben Sie nicht auch, wenn Sie sagen, sie sind den Ärzten verantwortlich, daß es nahezu eine Beleidigung für die vielen Ärzte und Schwestern, welche in unseren Ambulatorien in vorbildlicher Art und Weise ihre Pflicht erfüllen, ist, wenn Sie ihnen auf diese Weise indirekt vorwerfen, daß sie bereit sind, in einer Zwingburg zu arbeiten. Täglich werden mehr als 3000 Einzeluntersuchungen allein im Ambulatorium Graz von hervorragenden Ärzten durchgeführt. Die Hälfte davon kommt in die angeblich so schlechten Ambulatorien auf eigene Initiative und die andere Hälfte wird durch Ihre Ärzte dorthin zugewiesen. (Abg. Fellingner: „Das stimmt!“) Es haben sowohl die Versicherten als auch die Ärzte großes Vertrauen in diese Einrichtungen. Sicher sind es auch die technischen Möglichkeiten, die geschätzt werden. Aber auch das Vertrauen wird den dort arbeitenden Ärzten und Schwestern, welche die Patienten behandeln und betreuen, entgegengebracht. Niemand könnte jemals gezwungen werden, in einem unserer Ambulatorien zu arbeiten. Niemand kann gehindert werden, uns zu verlassen, wenn ihm die Tätigkeit dort nicht zusagt. Für uns, Herr Dr. Piaty, gibt es keine doppelte Moral. Die freie Wahl des Arbeitsplatzes zählt für uns zu den Grundrechten der Menschen. Das gilt für den Hilfsarbeiter genauso wie für den Arzt. Nur er selbst soll entscheiden, ob er als frei praktizierender Arzt tätig sein will oder ob er seinen verantwortungsvollen Beruf in einem Krankenhaus oder in einem Ambulatorium ausüben will. Sie selbst haben sich auch um eine

Stelle als Angestellter beworben. Sie haben ja auch die größere Geborgenheit und Sicherheit einschließlich der Rensionsberechtigung vorgezogen. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Das geht ein bißerl ins persönliche!“ — Abg. Prensberger: „Das ist doch keine Beleidigung!“ — Abg. Ritzinger: „Was hat das damit zu tun? Das hat überhaupt nichts damit zu tun!“) Sie müßten die Vorgeschichte kennen, Sie müßten die Briefe kennen, die unsere Ärzte vom Herrn. Präsidenten bekommen würden. Das hat alles seinen Grund. Ich glaube, Sie kennen mich so gut, daß ich soetwas nicht ohne Berechtigung sage, daß ich hier keinen persönlichen Angriff starte, wenn dazu nicht eine Begründung vorliegt. (Abg. Pözl: „Ist das Parteiauftrag oder Gewerkschaftsauftrag oder Krankenkassenauftrag?“) Es muß sich doch jemand finden, der für diese Ärzte spricht, die nicht mit dieser Vorgangsweise einverstanden sind. In der Ärztekammer können sie das nicht tun. Ob einer ein guter oder schlechter Arzt ist, hängt nicht davon ab, ob er frei praktiziert oder ob er irgendwo angestellt ist, das hängt einzig und allein (Abg. Dr. Piaty: „Vom Parteibuch!“) von seinem Können und von seiner Einstellung zu seinem Beruf ab. Mir ist es nur nicht begreiflich, wie Sie Ihr persönliches Verhalten in Einklang bringen mit diesen ununterbrochenen Versuchen, ja sogar mit etwas Druck, die Ärzte davon abzuhalten, ihr Können einer Einrichtung zur Verfügung zu stellen, die in längst bewährter Weise den kranken Menschen dient. Für uns bedeutet Gesundheitspolitik, das höchste Gut der Menschen, die Gesundheit, zu bewahren und zu schützen und den Leidenden und Kranken mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln hilfreich beizustehen. Dem wissenschaftlichen und technischen Fortschritt muß gefolgt werden. Es sollen die wirkungsvollsten Einrichtungen geschaffen werden. Frei praktizierende Ärzte selbstverständlich, Krankenhäuser und Ambulatorien sollen sich sinnvoll ergänzen.

Meine Damen und Herren! Niemand weiß besser als wir ... (Abg. Pözl: Wer ist das wir?) die Patienten. Ich spreche als Versichertenvertreter —, wir, die Patienten! (Abg. Pözl: „Der Versichertenvertreter ist wieder etwas anderes als der Patient!“ — Abg. Ritzinger: „Sie sind ja Versicherungsvertreter!“ Abg. Buchberger: „Er ist ja ein gesunder Bursche!“) Ich spreche hier auch als Funktionär der Gebietskrankenkasse. (Abg. Ritzinger: „Das ist ein Funktionär!“) Als Vertreter der Patienten bzw. der Versicherten. (Abg. Pözl: „Wo ist die Grenze? Wer setzt sie fest?“) Niemand weiß besser als wir, daß die Leistungen und das Können der Ärzte von uns gebraucht werden, ganz gleich, wo sie ihre Tätigkeit ausüben.

Wir wissen auch, daß die Ärzte ein Anrecht darauf haben, daß ihnen für ihre oft unerhört schwere Arbeit die nötige Anerkennung, aber auch entsprechende Bezahlung gebührt. Aber bei aller Anerkennung und Wertschätzung müssen auch die Ärzte — und da meine ich in allererster Linie die Ärzteführung — erkennen, daß sich jeder in die große Gemeinschaft, die wir alle miteinander bilden, einordnen muß und daß es keine Verständigung gibt, wenn die Grenze des dem anderen Zumutbaren beträchtlich überschritten wird.

(Abg. Pözl: „Wo ist die Grenze?“) Diese Grenze wurde gestern in Abwesenheit des Herrn Primarius Dr. Piaty in Wien gefunden. Das ist die Grenze gewesen. (Abg. Pözl: „Darauf wird er Ihnen noch antworten!“) Nach sieben Monaten hat man diese Grenze gefunden. Man hat sich von 94 Prozent herunterbewegt auf ein annehmbares Maß.

Zuerst waren es, Kollege Ritzinger, 94 Prozent, (Abg. Ritzinger: „68 Prozent!“) das war schon der erste Abstrich. Das war die Provokation, diese 94 Prozent. (Abg. Pözl: „Das ist eine zahnlose Rede ohne Weisheitszahn!“ — Abg. Reich: „So zahnlos ist sie nicht!“)

Weder die Krankenkasse noch der Berufsstand der Ärzte sind Selbstzweck. Beide haben zusammen eine wichtige Aufgabe zu erfüllen. Deswegen, meine Damen und Herren, ist auch jeder Konflikt so schmerzlich und von so weittragender Bedeutung. Wir haben im Zuge unserer Bestrebungen, Ambulatorien dort, wo wir glauben, daß sie unbedingt notwendig sind, zu errichten, den gesetzlich vorgeschriebenen Weg beschritten. Es soll nüchtern, sachlich und objektiv geprüft werden, und dann wäre die Entscheidung zu treffen.

Auf Ihre Äußerung zurückkommend, Herr Doktor Piaty: In dieser Frage gibt es kein Faustrecht, weder für Sie noch für uns: Unwiederlegbaren Argumenten und Tatsachen werden wir uns beugen. (Abg. Pözl: „Heißt das „Zahn um Zahn, Schein um Schein“?“) Ja, Ihre bekannte, persönliche Abneigung ist für uns allerdings kein Argument. Das soll von allem Anfang an hier klargestellt werden. (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Hat er ja gar nicht, er ist ja selber ein Gewerkschafter!“) Sich freiwillig und auf einer vernünftigen Basis ohne äußeren Zwang zusammenzufinden, würde der großen Sache, der wir dienen, ohne Zweifel mehr gerecht. Ich hoffe jedenfalls, daß dies gelingen wird. (Lebhafter Beifall SPO.)

Präsident Univ. Prof. Dr. Koren: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, gebe ich dem Hohen Haus bekannt, daß der Gemeinde- und Verfassungsausschuß die Beratungen über die Beilage Nr. 72 durchgeführt und beschlossen hat. Gemäß § 27 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages schlage ich dem Hohen Hause vor, dieses Geschäftsstück als dringlich auf die heutige Tagesordnung zu setzen. Dieser Antrag gilt als angenommen, wenn der Landtag mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder zustimmt.

Ich bitte daher, bei Zustimmung eine Hand zu erheben. (Geschleicht.)

Der Vorschlag ist angenommen.

Die Beilage Nr. 72 wird daher als Punkt sieben auf die heutige Tagesordnung gesetzt.

Als nächster Redner zur Gruppe fünf kommt zum Worte der Herr Abgeordnete Schrammel. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schrammel: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die österreichische Bevölkerung nimmt positiv zur Kenntnis, daß sich endlich ein Ende im Krieg „Krankenkassen — Ärzte“ abzeichnet und ich bedauere es sehr, daß der sonst sehr sachliche

Abgeordnete und Kollege Loidl heute wieder versucht hat, diesen Krieg neu zu beleben. (Abg. Brandl: „Das hat er ja nicht!“ — Abg. Loidl: „Nein!“ — Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Der Loidl ist ein kalter Krieger!“ — Abg. Prensberger: „Er hat es begrüßt, daß es aus ist!“) Das Ziel der Gesundheitspolitik ist die Sicherstellung einer erstklassigen medizinischen Versorgung und Betreuung, keinesfalls aber ein Streit. Die Bevölkerung wünscht, daß Ärzte, wenn sie gebraucht werden, zur Verfügung stehen, und andererseits eben auch von den Krankenkassen eine den Beiträgen angemessene finanzielle Unterstützung geleistet wird.

Nun, die ärztliche Versorgung und Betreuung ist in den städtischen Bereichen, vor allem in der Stadt Graz, als „gut“ bis „sehr gut“ zu bezeichnen. Wir begrüßen das sehr. Anders ist es leider am Lande.

Die praktischen Ärzte werden immer weniger, die Fachärzte reihen sich in den Großstädten nahezu Haus an Haus bzw. Tür an Tür, und draußen, am Lande kann tatsächlich die ärztliche Versorgung nicht im notwendigen Ausmaße gefunden werden. Daher hat der Grundsatz der Gesundheitspolitik, nämlich die medizinische Versorgung und Betreuung zu gewährleisten, auch für das Land Gültigkeit zu haben. Der Arzt, das Pflegepersonal und das Spitalsbett müssen räumlich und zeitlich auch für den Menschen am Lande leicht und jederzeit erreichbar sein. Es genügt nicht, wenn das Land Steiermark einen Krankenanstaltenplan erstellt, man sollte vielmehr doch bei der Erstellung dieses Planes versuchen, über die Landesgrenzen hinweg zu koordinieren, und auch einen bundes einheitlichen Plan diesbezüglich ausarbeiten zu können.

Es wäre auch zu empfehlen, daß gemeinsam mit dem Krankenanstaltenplan, ein Arztedarfsplan als Ergänzung gefunden wird und hiebei eben die gesamte medizinische Versorgung für die Bevölkerung unseres Landes gefunden wird. Man sollte bei diesen Plänen darauf Bedacht nehmen, daß die nächste Krankenanstalt innerhalb einer halben Autostunde erreichbar ist.

Die Regionalkrankenhäuser, die uns am Lande zur Verfügung stehen, müssen neben den üblichen Abteilungen für interne Medizin und Chirurgie auch Abteilungen für Frauenheilkunde und Kinderheilkunde haben. Wesentlich für eine rasche ärztliche Versorgung am Lande ist der Ausbau des Rettungswesens, meinerwegen bis zur Hubschrauberversorgung. Ich möchte hier auch das Rote Kreuz ganz besonders positiv und nützlich hervorheben. Man sollte darangehen, zumindest für jedes Bundesland ein entsprechend eingerichtetes Transportauto zur Verfügung zu stellen, um Frühgeborene oder geschädigte Kinder in die nächste Frühgeborenenstation raschest bringen zu können. Das Kernstück jeder medizinischen Versorgung ist die Bereitstellung der ärztlichen Hilfe. Um den Ärzten, besonders in Anbetracht der großen Zahl von Medizinstudenten, die wir zur Zeit auf den Hochschulen haben, helfen zu können, sollte ein Anreiz geschaffen werden, auch für diese künftigen Ärzte die Niederlassung in den Landbezirken zu fördern.

Ich möchte hier einige konkrete Förderungsmaßnahmen vorschlagen:

Zum ersten einmal eine weitere und großzügigere Förderung bei Neueinrichtung einer Ordination am Lande, besonders für Jungärzte. Wir haben ja diesbezüglich im Landesvoranschlag 1973 bereits einen Betrag von 1 Million Schilling zur Verfügung gehabt und es hat sich dieser Betrag als sehr nützlich erwiesen. Er wurde für das künftige Budgetjahr 1974 gleichfalls wieder fixiert.

Durch die Schaffung eines Landessanitätsgesetzes soll ein möglichst dichtes Netz ärztlicher Dienstposten geschaffen werden, so daß für ca. 3000 Einwohner unserer steirischen Heimat ein Arzt zur Verfügung steht. Das bedeutet, die derzeitige Distriktsprengelzahl von 204 auf ca. 280 zu erhöhen.

Ein nächster Vorschlag: der etappenweise Ausbau eines ärztlichen Not- und Funkdienstes. Des weiteren Pensions- und Bezügeverordnung der Distrikts- und Gemeindegemeinschaftsärzte. Es wurde das in der Gruppe 0 schon vom Herrn Landeshauptmannstellvertreter Wegart im Detail erwähnt. Es wäre für die ländlichen Bereiche und eben für die Ärzte in diesen ländlichen Bereichen eine wesentliche Hilfe, wenn in dieser Hinsicht eine Besserstellung der Altersversorgungs- und Pensionsregelung gefunden werden könnte. In den städtischen Bereichen ist es ja vielfach so, daß die Ärzte die Möglichkeit haben, sich über die Tätigkeit als Betriebsärzte, Sportärzte oder über Lehraufträge ein Pensionsrecht zu sichern. Ein mit Vorsicht zu erwähnender Vorschlag wäre noch angebracht, und zwar die Bildung von Praxisgemeinschaften. Sie sind sicherlich nicht überall möglich, aber man sollte wenigstens den Versuch machen, hier neue Wege zu gehen. Die Einplanung von Vertretungsärzten im Dienstpostenplan der Krankenhäuser für den Fall eines vorübergehenden oder gänzlichen Ausfalles einer ärztlichen Versorgung eines Gebietes hat bereits ihren Niederschlag gefunden. Man machte einen diesbezüglichen ersten Versuch im Landeskrankenhaus Fürstenfeld und es ist zu hoffen, daß dieser Versuch doch eine Ausweitung findet.

Die Versorgung von alten Menschen und chronisch Kranken liegt auch im Lande im argen. Um diesem Umstand abzuwehren, sollten Gemeindegemeinschaften angestellt werden, die den Ärzten einfachere Arbeiten, wie die Betreuung von alten und kranken Menschen in gewissen Tätigkeitsbereichen, abnehmen könnten. Eine enge Zusammenarbeit in der medizinischen und ärztlichen Versorgung zwischen Land, Gemeinde und den privaten Stellen, wie der Caritas, ist sicher sehr vorteilhaft, besonders für die ländlichen Bereiche, um hier positive Wege gehen zu können. Was allgemein Bedeutung hat, gilt auch für die Krankenversorgung in den Regionalkrankenhäusern, nämlich in den Krankenhäusern am Lande. Die Errichtung von Langzeitbettenstationen sowie Abteilungen für chronisch und alterskranke Fälle. Vielleicht könnte man diesbezüglich Abteilungen in den Altersheimen und Fürsorgeheimen schaffen, man würde nicht nur eine Entlastung der Akutbetten erreichen, sondern damit auch eine menschenwürdigere Pflege der übrigen Patienten.

Wir brauchen in der Steiermark in allen Bereichen gutfunktionierende Zentralkrankenhäuser (Abg. Loidl: „Ambulatorien!“), aber auch gutfunktionierende Regionalkrankenhäuser als Ergänzung zum Superkrankenhaus der Landeshauptstadt Graz, auf das wir sicherlich alle sehr stolz sind. Ich muß aber auch in aller Deutlichkeit sagen, keines der in der Steiermark bestehenden Krankenhäuser kann aufgelassen werden, es ist keines entbehrlich. (Landesrat Gruber: „Da müssen Sie einmal mit dem Präsidenten Piaty reden, der hat das Brucker Krankenhaus unter anderem zusperren wollen!“) Mit dem Präsidenten Piaty sprechen wir öfter. Er kümmert sich ja um unsere Belange im Bezirk. Das muß auch richtiggestellt werden. (Abg. Gross: „Er ist ja fast nie unten!“) Wenn durch die Studie des Deutschen Krankenhausinstitutes mehr oder weniger zum Ausdruck gebracht wurde, daß das Landeskrankenhaus Fürstenfeld, das Landeskrankenhaus Radkersburg und vielleicht auch das Landeskrankenhaus Knittelfeld kein Bestandsrecht für die Zukunft hat, muß ich davor warnen, wenn jemand es wagt, bei unserem — und das sage ich mit Betonung — Krankenhaus in Fürstenfeld zu rütteln. Darüber sind wir uns über alle Parteien hinweg einig, Herr Landeshauptmann, Sie tragen als zuständiger Referent die Verantwortung. Es könnte in diesem Fall dazu kommen, daß Ihr LandesparteiSekretär, der in Fürstenfeld wohnt, um die Fürstenfelder Solidarität verdokumentieren zu können, gegen Sie auftreten müßte. Wir sind uns einig! (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Herr Kollege, Sie sind ja ein Don Quichote, Sie reiten gegen Windmühlen! Wo steht denn, daß etwas aufgelassen wird?“) Herr Landeshauptmannstellvertreter, ich muß Sie dann bitten, daß Sie in dieser Studie des Deutschen Krankenhausinstitutes bei den künftigen Beratungen eine Richtigstellung erwirken, denn die Formulierung, besonders was das Krankenhaus Fürstenfeld betrifft, ist derart negativ, daß man das sehr deutlich herauslesen kann, was, wenn dieser Entwurf verwirklicht wird, tatsächlich mit dem Krankenhaus in Fürstenfeld passieren wird. Hier „simma“ uns einig. „Simma“ ist eigentlich ein Kärntner Vokabel. Wir wollen hoffen, daß wir es nicht darauf ankommen lassen müssen, daß wir unsere Einigkeit so weit zum Ausdruck bringen müssen, daß wir sehr deutlich bei den zuständigen Stellen auftreten müssen.

In dieser Studie des Deutschen Krankenhausinstitutes ist die Berechtigung des Fürstenfelder Krankenhauses auf Grund der Bezirkseinwohnerzahl fixiert worden. Wenn nun dieses Institut von Düsseldorf aus versuchen will, die Struktur der Oststeiermark zu fixieren, ergründen, erforschen und letztlich dann für die Zukunft richtungweisend festzulegen, dann werden wir uns wehren müssen. Denn jeder, der die Stadt und den Einzugsbereich von Fürstenfeld kennt, weiß, daß die wirtschaftlichen Bereiche dieser Stadt weit über die Bezirksgrenzen und Landesgrenzen hinausgehen.

Und wenn etwa 16 Prozent an Patienten, wie es in dieser Studie heißt, aus dem Burgenland in das Fürstenfelder Krankenhaus kommen, so möchte ich vorschlagen, Herr Landeshauptmannstellvertreter,

Sie wenden wohl hoffentlich so viel guten Einfluß auf Ihren Parteikollegen im Burgenland, Herrn Landeshauptmann Kery, haben, daß Sie einmal mit ihm darüber sprechen. Dann sollte man vielleicht eine Mittfinanzierung vom Burgenland her erwirken. Das ist ja auch kein Verbrechen. Wir leben in der Zeit der Annäherung. Man versucht, eine europäische Gemeinschaft zu schaffen und wir scheitern an der Landesgrenze zwischen Steiermark und Burgenland. Hier sind wir, glaube ich, zu kleinkariert. (Abg. Gratsch: „Du machst es dir ein bisschen leicht!“) Ich möchte wünschen, daß wir heute, anläßlich dieser Debatten, vom zuständigen Referenten sehr klar die Versicherung erhalten bzw. daß Sorge getragen wird (Abg. Premberger: „So kann man es auch nicht machen!“) — Sie sind der zuständige Referent —, daß dieses Krankenhaus noch weiter ausgebaut und in seiner Bedeutung weiter gefördert wird. (Beifall ÖVP.)

Präsident: Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Wimpler. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wimpler: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Schon am 21. Juni 1966 hat die freiheitliche Fraktion dem Steiermärkischen Landtag eine Petition vorgelegt, in der auf die Dringlichkeit der Errichtung eines allgemeinen Krankenhauses in Deutschlandsberg hingewiesen wurde. Diese Notwendigkeit wurde damit begründet, daß nach den Richtlinien des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz für die Standortwahl eine Fahrzeit bis zum nächsten Krankenhaus mit 30 Minuten angenommen wird. Kollege Schrammel hat das eben auch erwähnt. Die Fahrzeit in diesem Gebiet bis zum nächsten Krankenhaus, das sind Graz oder Wagna, beträgt — unter günstigen Umständen — mehr als 45 Minuten. Die zunehmende Industrialisierung, die Zunahme von Wintersportanlagen, aber auch die Zunahme des Verkehrs durch Öffnung des Radpasses als Grenzübergang hat eine Zunahme der Unfallhäufigkeit in diesem Gebiet zur Folge.

Im übrigen wurde auch darauf hingewiesen, daß das Krankenhausinstitut Düsseldorf in seiner Studie die Errichtung eines Krankenhauses in Deutschlandsberg vorgeschlagen hat.

Die Errichtung eines Krankenhauses in diesem Raum scheint uns daher dringend geboten, weshalb wir ersuchen, im Spitalplan entsprechende Vorsorge zu treffen.

Meine Damen und Herren! Als Abgeordneter des Bezirkes Liezen, des größten Bezirkes, wie Kollege Loidl eben erklärt hat, sehe ich mich auch veranlaßt, in gleicher Weise, wie es mein Kollege Dr. Eberdorfer in den Ausschusssitzungen schon getan hat und wie aus einem gemeinsamen Antrag auch hervorgeht, auf die dringend notwendige Fortsetzung des Ausbaues des Landeskrankenhauses Rottenmann hinzuweisen. Die Betreuungsmöglichkeiten in diesem Krankenhaus entsprechen — infolge der unzulänglich gewordenen Baulichkeiten — in keiner Weise mehr den Anforderungen unserer Zeit, obwohl sich dort Ärzte und Krankenhauspersonal bemühen, nach besten Kräften zu wirken.

So muß auch immer wieder auf die Notwendigkeit des bevorzugten Straßenausbaues vom Ennstal nach Rottenmann hingewiesen werden.

In einer Anfrage an Herrn Landesrat Dr. Krainer habe ich schon die unerträgliche Behinderung der Krankentransporte durch drei Bahnschranken (Liezen, Selzthal und Rottenmann) aufgezeigt und die Bitte ausgesprochen, sich diese Dinge besonders vorzunehmen und sich dieser Dinge besonders anzunehmen.

Immer größer, meine Damen und Herren, wird auch die Sorge der Bevölkerung auf dem Lande um die ärztliche Betreuung. Es müssen wirklich alle Anstrengungen unternommen werden, um die ärztliche Betreuung im ländlichen Raum sicherzustellen.

Kollege Schrammel hat schon einige Möglichkeiten aufgezeigt. Vielleicht kann auch der Hinwendung der Ärzte zum Facharzt Einhalt geboten werden, denn sicher ist, meine Damen und Herren, daß der Facharzt nur Helfer des praktischen Arztes sein kann, der den zu behandelnden Menschen als Ganzes und nicht als Summe von einzelnen Organen sehen und auch die Psyche des Patienten kennen soll.

Die Kenntnis eines besonderen Falles im Ennstal, wo Bestrebungen im Gange sind, einem praktischen Arzt eines mit großem Hinterland versehenen Ortes die Hausapotheke zu entziehen, zeigt vielleicht auch eine Möglichkeit, den Landärzten in diesem Gebiete eine Hilfestellung zu bieten. Ich möchte daher Kollegen Piaty, in seiner Eigenschaft als Präsident der Ärztekammer, bitten, alles zu unternehmen, um einer solchen Entwicklung entgegenzuwirken. Es ist auch den Patienten kaum zuzumuten, lange Wege zum Arzt — wie es dort eben der Fall ist — und Wartezeiten auf sich zu nehmen und dann noch, bei nur in großen Intervallen verkehrenden öffentlichen Verkehrsmitteln, den Weg zu meist entfernt gelegenen Apotheken in Kauf zu nehmen.

Hoher Landtag! Noch ein Wort zu den Gesundenuntersuchungen, die meines Erachtens eine überaus nützliche Einrichtung darstellen, um zur Früherkennung von Volkskrankheiten, wie Krebs, Herz- und Kreislaufstörungen usw., zu kommen. Die 29. ASVG-Novelle sieht eine solche Verpflichtung der Sozialversicherungsträger ab 1. Jänner 1974 vor. Ich könnte mir vorstellen, daß auf diesem Gebiete das Land Steiermark dort, wo es eben die Möglichkeit hat, als Vorbild wirkt und solche Gesundenuntersuchungen bei den Landesbediensteten auf freiwilliger Basis organisiert. (Beifall bei ÖVP und FPÖ.)

Präsident: Zum Worte gemeldet hat sich Herr Landeshauptmannstellvertreter Wegart. Ich erteile ihm dieses.

Landeshauptmannstellvertreter Wegart: Meine Damen und Herren, Herr Präsident! Ich bitte um Entschuldigung, daß ich mich zwischendurch melde, aber ich habe eine Verpflichtung für den Herrn Landeshauptmann übernommen und habe den Herrn Präsidenten gebeten, daß er mich zwischendurch einbaut, damit ich zum Kapitel bzw. zum Abschnitt 54 ein paar Informationen dem Landtag vermitteln kann.

Es ist nicht meine Absicht, mich hier mit Zahlen zu beschäftigen. Diese sind im Landesvoranschlag enthalten und auch im Finanzausschuß behandelt worden. Ich kann eigentlich von meiner Warte aus nur meiner Freude darüber Ausdruck geben, daß die Ansätze für die Sportförderung sich in einem Umfange vermehrt haben, der weit über das normale Ausmaß unserer sonstigen Budgetansätze hinausgeht. Es ist damit also auch zum Ausdruck gebracht, daß das Land den sportlichen Belangen, unseren Sportorganisationen, eine sehr beachtliche Hilfestellung leistet. Es ist nicht uninteressant, in diesem Zusammenhang zu berichten, daß wir gegenwärtig rund 1200 Turn- und Sportvereine im Lande haben mit 270.000 Mitgliedern, die zum Großteil — und das, glaube ich, ist das Erfreuliche dabei — sich dem Breitensport widmen.

Wir haben zwar in den letzten Jahren auch einige Spitzensportler herausgebracht, nicht nur in der Leichtathletik. Ich möchte vor allem einen Namen nennen, der die weißgrünen Farben in der Welt bekanntgemacht hat: es ist dies der Zehnkämpfer Zeilbauer; unser großes Schitalent Reinhard Tritscher, die Marianne Ranner. Nun rücken ein paar neue, junge Talente, wie Walcher und Straub, neu in den österreichischen Nationalkader ein.

Meine Damen und Herren! Gerade das ist der Grund meiner Wortmeldung. Wir haben heute vor einer Stunde aus Haus im Ennstal den Anruf erhalten mit der Anfrage seitens der FIS, ob Schladming oder Haus im Ennstal den Weltcup-Torlauf der Herren am Donnerstag, dem 20. Dezember 1973, durchführen könnten. Dieser Lauf findet regelmäßig zum selben Zeitpunkt in Madonna di Campiglio statt, kann aber dort nicht durchgeführt werden, weil es Schneemangel gibt.

Wir stehen nun vor der Entscheidung, ob wir diese Veranstaltung zu den übrigen großen Veranstaltungen, die im heurigen Jahr im Winter in unserem Lande über die Bühne gehen, übernehmen. Die Gespräche der letzten Stunde haben ergeben, daß wir das nicht in Schladming machen können, weil bereits zu diesem Zeitpunkt die Durchführung des Nonstoprennens für den Weltcupabfahrtslauf, der am 22. Dezember stattfindet, durchgezogen wird. Es wäre also nur mehr möglich, diese Veranstaltung für Haus im Ennstal zu übernehmen.

Und nun kommt ein Wermutstropfen dazu: Eine vorsichtige Berechnung besagt, daß die Durchführungskosten mit etwa S 700.000,— beziffert werden.

Der Finanzreferent hat mir eine schlaflose Nacht bereitet, ich möchte mich jetzt rächen und auch ihm eine schlaflose Nacht bereiten. Vielleicht gibt es einen Weg, daß wir diese Veranstaltung übernehmen, weil ich der Meinung bin, daß sich das Land Steiermark ein solches Angebot nicht entgehen lassen sollte. Wir haben ja nicht nur das Weltcuprennen in Schladming am 22. Dezember, wir haben weitere Veranstaltungen zugesprochen bekommen, wie den Europacup in Haus, den internationalen Langlauf in der Ramsau, das internationale Schispringen in Murau, den Paraskicup in Rohrmoos, die Europameisterschaften der Eisschützen in Graz. Im nächsten Jahr haben wir erfreulicherweise das ASVO-Bundessportfest zu Gast, das eine interna-

tionale Beteiligung aufweisen wird. Nun sind wir bei einem heiklen Punkt in diesem Zusammenhang angelangt, nämlich bei der Durchführung der Weltmeisterschaften im Schifliegen. Die FIS hat uns diese Weltmeisterschaft für den Februar 1975 zugesprochen. Nun hat uns das Kulmkomitee drei Kostenvoranschläge zugemittelt. Zunächst den einen, der bei einer Größenordnung von 30 Millionen gelegen war. Wir haben den Herren gesagt, daß das nicht drinnen liegt, weil wir diese Beträge nicht zur Verfügung haben. Sie haben dann nach Rücksprache mit der FIS den Voranschlag um die Hälfte reduziert. Aber auch hier hat sich gezeigt, daß das Land allein nicht in der Lage ist, eine solche Veranstaltung zu fördern, und wir haben dann in einem 3. Gespräch dem Kulmkomitee nahegelegt, doch nur das, was unbedingt notwendig ist, in diese Planung aufzunehmen. Nun liegt uns ein Kostenvoranschlag vor, von dem wir glauben, daß er realisierbar erscheint. Er wird etwa bei rund 8,5 Millionen liegen. 5 Millionen wären zu fördern. Wir haben nun auch mit dem Bund Rücksprache gehalten. Ich bin vor einigen Tagen beim Herrn Bundesminister für Unterricht gewesen und habe ihn gebeten, auch eine Beteiligung des Bundes in Aussicht zu nehmen. Allerdings hat er erklärt, und ich glaube, man kann dieser Meinung nicht entgegenreten, daß das Schifliegen etwa einem Formel I-Rennen am Österreichring gleichkommt. Es lockt viele Leute an, und auch das Schifliegen würde wahrscheinlich immerhin 14 Fernsehstationen, die Eurovision zu uns bringen und es würde die Steiermark in den internationalen Blickpunkt rücken. Ich sehe darin eigentlich einen einzigen Vorteil, nämlich den Werbeeffect und der scheint mir das wert zu sein. Wenn man nämlich durchrechnen würde, was etwa allein eine Werbung in dieser Hinsicht für die Steiermark ausmachen würde, dann geht das in die Millionen. Der Herr Bundesminister für Unterricht hat mir gegenüber zum Ausdruck gebracht, daß man, wenn der Herr Finanzminister bereit ist, beim Budgetüberschreitungs-gesetz diesen Betrag einzubauen, sich etwa zur Hälfte finden könnte. Ich hoffe, damit auch den Weg gefunden zu haben, daß wir diese Veranstaltung durchziehen können, weil ich der Meinung bin, daß diese Großveranstaltung naturgemäß das Land in den Mittelpunkt stellen.

Und, meine Damen und Herren, die Gruppe 5 ist nicht dazu angetan, daß ich zu den Auswirkungen, die mit dem Fremdenverkehr zusammenhängen, ein Wort sage, die wir in diesen Tagen alle spüren. Aber eines muß gesagt werden. Auch hier ist eine Hilfe für die wirtschaftlichen Bestrebungen und für einen Wirtschaftszweig, der in diesem Lande mittlerweile doch auch eine wichtige Funktion erfüllt, zu erwarten. Und deshalb würde ich auch sagen, daß wir uns bemühen müssen, nicht nur die Veranstaltungen, die zum Großteil bereits finanziert sind, durchzuführen, sondern auch den Weltcup-Torlauf. Ich darf aber in diesem Zusammenhang auch gleichzeitig sagen, daß wir aus Mitteln der Fremdenverkehrsförderung Sportanlagen in einem Umfange fördern, der weitab höher ist als die Förderung von Sportanlagen im Sportbudget. Wir fördern Schwimmbäder, Hallenbäder, Tennisplätze, Fitnessanlagen. Und es zeigt sich allzu deutlich, daß mit dem Bau diverser

Sportanlagen dem Breitensport in diesem Lande ein entscheidender Durchbruch verholffen wird.

Jedenfalls ist es so, daß wir auch in dieser Frage jeden Vergleich aushalten, und ich möchte von dieser Stelle aus nicht nur dem Landtag, sondern auch der Regierung, vor allem auch allen Sportlern danken, die in diesem Lande mittun, weil sie mit dem Breitensport, aber auch mit dem Spitzensport eine gesundheitliche Funktion erfüllen. (Allgemeiner Beifall)

Präsident: Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Marczik. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Marczik: Meine Damen und Herren! Es wurde heute in der Gruppe „Soziales“ sehr viel über alte Menschen in unserem Lande gesprochen, über die Hilfsdienste, die wir ihnen zu leisten haben und ich glaube, das ist gut und richtig so.

Soeben hat der Herr Landeshauptmannstellvertreter seinen Blick auf die Sportwelt und auf unsere Jugend gerichtet. Gestatten Sie mir nun auch einige Worte zur Jugend, und hier im besonderen zur Jugendförderung durch das Land, zu sagen. Ich glaube, es verdient der Unterabschnitt 561, der sich speziell mit der allgemeinen Jugendförderung befaßt, eine besondere Beachtung. Gerade in einer Zeit, in der Strukturen in Frage gestellt werden, in der aber auch unsere Jugend früher, als wir es bisher gewohnt waren, die herkömmlichen Gemeinschaftsformen wie etwa die der Familie verläßt, ohne aber im gleichen Prozentsatz oder Ausmaß bereit zu sein, sich irgendwelchen anderen Gruppierungen oder Bindungen anzuschließen, verdient meines Erachtens jene Förderung, die breitesten Kreisen unserer Jugend zugute kommt und die sich von der Schulzeit her kontinuierlich weiter erstreckt bis hin zum Erwachsenen, eine ganz besondere Bedeutung.

Demnach lauten heuer auch die Dotationen entsprechend, sie wurden immerhin auf 7,5 Millionen Schilling angehoben gegenüber 6,4 und 5,1 Millionen in den Jahren 1973 und 1972. Es gibt hier einige Positionen, die besonders stark angehoben wurden, weil sie uns für die Jugend besonders wichtig erscheinen. Ich darf hier stellvertretend für alle einige wichtige hervorheben. Es sind dies die Mittel für die Jugendkulturförderung von 1,6 auf 1,9 Millionen, die Beiträge für das Österreichische Jugendsingen, für den internationalen Jugendkulturaustausch, die Dotation für die Förderung der Jugendverbände, die Förderungsbeiträge für die Jugendbüchereien und Jugendläseräume, aber vor allem auch für die Errichtung, Adaptierung und Erhaltung von Jugendheimen.

Ebenso wird — wie bisher — die Aktion „Der gute Film“ besonders gefördert. Wir finden, meine Damen und Herren, auch einen Förderungsbeitrag von nahezu einer Viertelmillion Schilling, nämlich von 200.000,— Schilling, für den Verein „Jugend musiziert“, in der Obersteiermark, Leoben. Auch für die Fortbildung der Jugendfunktionäre werden ansehnliche Beträge zur Verfügung gestellt. Alles in allem, meine Damen und Herren, zweckdienliche Maßnahmen, die, wenn sie gezielt eingesetzt werden, sehr wirksam sind, die jedoch — ich glaube, das sagen zu müssen — einer ständigen Überprü-

fung und Koordination sowie Anpassung an die tatsächlichen Verhältnisse und Erfordernisse bedürfen, um nämlich dem Grundsatz der möglichst breit gestreuten Jugendarbeit sowie der Hinführung zu sinnvoller Freizeitgestaltung zu entsprechen.

Mit dieser Aufgabenstellung sieht sich im besonderen nicht nur der verantwortliche Referent, Herr Landesrat Jungwirth, sondern auch das Landesjugendreferat, das ihm ja unterstellt und beigeordnet ist, konfrontiert. Ich glaube, daß wir feststellen können, meine Damen und Herren, daß gerade auf diesem sicherlich nicht sehr leichten Gebiet, von dieser Stelle, nämlich vom Landesjugendreferat her, nicht nur wertvollste Arbeit geleistet wird, sondern ich möchte es einmal aussprechen: Wir haben den Eindruck und die Überzeugung, es wird dort mehr getan als die bloße Pflicht. Ich glaube also, daß wir das wirklich dankbarst anerkennen dürfen.

Es wäre nun sehr reizvoll, die gesamte Palette der Tätigkeiten aufzuzeigen, die unter das Kapitel „Jugendförderung“ fallen. Ich darf auch hier stellvertretend, meine Damen und Herren, nur einige wenige nennen:

Es finden zum Beispiel alljährlich 60 Fachlehrgänge und Kurse mit einer Teilnehmerzahl von 3500 Teilnehmern etwa statt: für Leichtathletik, Fotolehrgänge, Laienspiellehrgänge, Ferienlerziehlehrgänge usw. Besondere Schwerpunkte sind noch der Jugendkulturaustausch. Ich darf Ihnen berichten, daß sich dieser vor allem mit Jugoslawien, Frankreich, der Bundesrepublik, Südtirol, Ungarn und Israel in sehr guten Bahnen befindet. Ebenso wird nach wie vor die Aktion „Berliner Ferienkinder zu Gast in der Steiermark“ durchgeführt und es waren auch heuer wieder über 1000 Berliner Kinder, die ihre Ferien in unserer grünen Steiermark verleben durften.

Auch die 3 Auslandslager und die 7 Lager im Inland, wo Familien sich erholen können, seien hier aufgezeigt. 31.500 steirische Burschen und Mädchen, meine Damen und Herren, haben in der letzten Zeit die Jugendsportnadel errungen. Ich glaube, daß man das anerkennen muß.

Besonders wichtig erscheint aber heutzutage — und ich glaube, mich mit Ihnen hier in einer Meinung zu befinden — die Tatsache, daß das Landesjugendreferat darüber hinaus im ganzen Land auch Jugendarbeiter betreut. Sie wissen, welches Problem es für die Eltern ist, nicht nur ihre Kinder in die Schulen des Landes zu schicken und auch in die AHS, sondern es ist ein besonderes Problem, die Zwischenzeit, die sich vom Unterrichtsende bis zur Heimkehr ergibt, auszufüllen. Es gibt hier im ganzen Land zahlreiche Eltern und ich glaube, auch in diesem Hause sind etliche darunter, die sich immer wieder Sorgen darüber machen, daß die „Spatzen“ gut nach Hause kommen. Nun möchte ich dankbar anerkennen, daß in der Steiermark 6 Jugendarbeiter seitens des Landesjugendreferates versorgt werden, das heißt auch in personeller Hinsicht. 2 weitere sollen noch kommen. Aber ein Problem, meine Damen und Herren, scheint nicht gelöst, und zwar landauf, landab, und hier möchte ich das dringende Ersuchen stellen und auch den zuständigen Referenten bitten und alle damit befaßten Stellen, hier Abhilfe zu schaffen, nämlich: die Angelegen-

heit jener Schüler, die mit den Autobussen zur und von der Schule fahren müssen. Diese Autobusfahrerschüler, meine Damen und Herren, befinden sich nach wie vor — und das ist, glaube ich, eines der wesentlichsten Probleme — landauf, landab, mit wenigen Ausnahmen, stundenlang nach Unterrichtsende, bis sie den nächsten Bus haben, irgendwo auf freien Plätzen, in einem Dorf, in einer Stadt oder sonstwo. Dies deshalb: Nach Unterrichtsende ist es meist so, daß die Schüler die Schulen verlassen müssen, und zwar weshalb? Vor allem wegen der Aufsichtspflicht. Man darf die Schüler nicht allein in den Klassenzimmern lassen. Welcher Lehrer bleibt nun über Mittag in der Schule, um die Aufsichtspflicht zu übernehmen? Wer kann zur Aufsichtspflicht herangezogen werden? Ich glaube, daß das ein sehr ernstes Problem ist. Wenn Sie mit den Menschen in den Städten und Dörfern sprechen, dann sagen alle: Bitte, tut endlich auf diesem Gebiet etwas! Nachdem wir nun die Schülerfreifahrt haben — und wir freuen uns darüber — möchte ich eines sagen: Die Sicherheit, wenn Sie wollen, das „Aufbewahren“, oder das sinnvolle Beschäftigen in der Zwischenzeit, ist eine Angelegenheit, die wirklich aufgezeigt gehört. Ich möchte Sie sehr herzlich bitten, mit uns eines Sinnes zu sein, daß hier konkrete Erhebungen gepflogen werden und daß man das, was man für die Bahnfahrerschüler bereits gemacht hat, auch auf die Fahrschüler, die mit Autobussen zur Schule fahren, anwendet. Neben diesen Problemen gäbe es noch zahlreiche, die hier zu diesem Problembereich gehören.

Abschließend darf ich folgendes noch sagen: Alles in allem betrachtet, ist dies wahrlich ein ansehnliches Maß an ehrlicher, aufopferungsvoller und sinnbezogener Arbeit und ebensolchen Aktionen, deren Ergebnis — das möchte ich ausdrücklich betonen — sich bei jedem davon tangierten jungen Staatsbürger mitunter für sein ganzes weiteres Leben als echte Hilfe und Stütze für eine sinnvolle Lebensgestaltung, für eine sinnvolle Lebensqualität herausstellt. Wenn dem aber so ist, dann haben alle Bemühungen und Investitionen finanzieller und sonstiger Art ihren wahren Sinn schon jetzt voll und ganz erfüllt.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Lind. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Lind: Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus! Ich möchte genau so wie Kollege Schrammel zum Ausdruck bringen, daß die Bezirkskrankenhäuser Vorrang haben müssen und daß es notwendig ist, auf die Bezirkskrankenhäuser gut zu schauen, denn hier können wir den kranken Leuten echt helfen. Wir können damit auch die Zentrale entlasten, wir können die Versorgung entsprechend sichern, die eben dringend erforderlich ist.

Ich möchte ganz besonders hier auf das Krankenhaus Hartberg verweisen, welches leider schon aus der Jahrhundertwende stammt, welches leider nicht mehr den heutigen Anforderungen entspricht und der Position nach so ungünstig angeordnet ist, daß es bereits von 2 Straßen umringt ist und eine

dritte Straße vorbeiführen wird. Die Kranken müssen die Auspuffgase ununterbrochen einatmen. Hier muß dringend Abhilfe geschaffen werden. Es gibt im LKH Hartberg noch große Krankensäle und eine Reihe anderer Dinge, die nicht mehr den heutigen Erfordernissen entsprechen, so daß sich die Patienten nicht mehr wohlfühlen können. Nur durch die guten Ärzte und durch das gute Personal kann diese Lücke vorerst vorübergehend geschlossen werden.

Es ist daher der dringende Wunsch der Hartberger und nicht nur der Hartberger, sondern der ganzen Oststeiermark, daß mit dem Neubau des Krankenhauses Hartberg so bald als möglich begonnen wird. Es ist hier ein Einzugsbereich für ca. 80.000 Personen sichergestellt. Das heißt, daß dieser Personenkreis vom genannten Krankenhaus aus zu betreuen ist.

Wenn wir die heutige Ölkrise betrachten und die Schwierigkeiten, die sich daraus ergeben können, müssen wir grundsätzlich feststellen, daß der Anreiseweg ins Krankenhaus nicht länger als eine halbe Stunde dauern darf oder nicht einmal so lange! Wir müssen vor allen Dingen immer wieder den Menschen in den Vordergrund stellen, den wir aus seiner näheren Umgebung nicht herausholen sollen.

Wenn heute Studien angestellt werden von Fachleuten (zum Beispiel die Krankenhausstudie aus der Deutschen Bundesrepublik), die weltverbunden sind, die weltweit herumgereist sind, denen es gleich ist, ob sie 50 oder 100 km von ihrem Wohnsitz weiter weg im Krankenhaus liegen, so müssen wir uns in erster Linie in die Seelen unserer Mitmenschen hineindenken, in die Herzen unserer älteren Menschen, die eben in ihrer näheren Umgebung betreut werden wollen, die auch Krankenbesuche empfangen wollen und die nicht aus ihrer Umgebung herausgerissen werden sollen.

Für den Bezirk Hartberg hat man die Notwendigkeit des Baues des Krankenhauses bereits erkannt. Im Jahre 1967 wurde ein wunderbares 6 ha großes Grundstück angekauft. Dieses Grundstück wartet auf die Verbauung. Ein Personalhaus ist bereits fertiggestellt, ein weiteres Personalhaus wird in Kürze entstehen und wir hoffen, daß dieses Krankenhaus in dieser herrlichen Lage auch sehr bald erbaut wird. Die Lage ist so wunderschön, daß dieses Krankenhaus als echtes Sanatorium bezeichnet werden kann, wenn es zum Bau kommt. Ich darf alle verantwortlichen Politiker aufrufen, alles daranzusetzen, daß die Bezirkskrankenhäuser erhalten bleiben, daß sie ausgebaut werden und daß das neue Krankenhaus Hartberg so bald wie möglich gebaut wird. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Maunz. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Maunz: Meine Damen und Herren! Wenn man heute von Lebensqualität spricht, denken viele Menschen an Dinge, die im Materiellen wurzeln. Das ist der Arbeitsplatz, das Einkommen, die Wohnung, der Urlaub, die Umgebung, der sogenannte Lebensraum. Inmitten dieser Begriffe steht der Mensch als Maß aller Dinge. Ich möchte hier die Behauptung aufstellen, daß dies nicht alles sein kann,

denn die Gesundheit ist, glaube ich, das Wesentlichste außer dem Wohlstand, um dem Menschen das Lebensglück und die Zufriedenheit zu geben. So möchte ich mich heute einer Berufsgruppe zuwenden, welche hinsichtlich der Gesundheit nicht allzu gesegnet ist, und zwar der bäuerlichen Bevölkerung in unserem ländlichen Raum.

Die österreichische Bauernkrankenkasse hat in erster Erkenntnis ihrer Aufgabenstellung in den Jahren 1967, 1968, rund 10.000 Menschen nach einer einfachen Form in Österreich befragt und untersucht. Dieses erste Ergebnis hat dazu geführt, daß in den Jahren 1971, 1972, nach neuesten Methoden weitere Untersuchungen durchgeführt wurden. Diese Untersuchungen wurden unter Anwendung der gewonnenen Erfahrungen in Zusammenarbeit mit den Landärzten und den bäuerlichen Interessenorganisationen direkt in den betreffenden Gemeinden durchgeführt. Es hat sich gezeigt, daß sich dieser Weg, bei dem ein mobiles Untersuchungsteam direkt am Bauernhof die Untersuchungen durchführt, durchaus richtig war. Es wurde festgestellt, daß die Bauernschaft grundsätzlich eine andere Einstellung zur Gesundheit empfindet als andere Berufsgruppen. Dies liegt darin begründet, daß in der Vergangenheit für diese Berufsgruppe weder eine Krankenkasse noch ein Krankenschutz vorhanden war und daher die Gesundheit von der Kostenseite her negativ vernachlässigt wurde. Dazu kommt noch die starke betriebliche Belastung für diese Menschen. Gesundheitsstörungen werden naturgemäß nicht ernst genommen. Es sei denn durch deutliche Schmerzen oder Beeinträchtigung der Arbeitsfähigkeit. Die 40 bis 50-jährigen, gleichgültig ob weiblich oder männlich, tragen bekanntlich die größte berufliche Last und sind daher hinsichtlich ihrer Gesundheit am meisten gefährdet. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist, daß die ländliche Bevölkerung zu 78 Prozent Nichtraucher aber daß sie dagegen nur zu 21 Prozent Antialkoholiker ist. Hier spielt anscheinend der Hausrunk eine entscheidende Rolle. Herr Kollege Zinkanell, Du wirst das sicher bestätigen. (Abg. Zinkanell: „Gerne! Wir wollen feststellen, wir beide sind keine Alkoholiker!“) Aber eine interessante Feststellung in diesem Zusammenhang ist gerade heute, nachdem die sogenannte Biersteuer diesem Hohen Haus vorgelegt wird, der Umstand, daß von dieser bäuerlichen Bevölkerung nur 3 Prozent Biertrinker sind. Eines ist jedenfalls sicher: 50 Prozent der Untersuchten leiden unter Gebißschäden, und nur bei 12 Prozent sind die Zähne in Ordnung. Haltungs- und Bandscheibenschäden sowie Schäden des Gehirns sind besonders bei Frauen alarmierend. Und es ist sicher nur durch die dauernde Überbelastung begründbar. Die gesunde Erziehung dieser Bevölkerung ist, glaube ich, ein ernstes Anliegen unserer Institutionen und Einrichtungen. Ich würde daher glauben, daß gerade bei dieser Bevölkerung der Wille zur Gesundheit auf breiter Basis im Zusammenhang mit Bauernkrankenkasse, landwirtschaftlichem Schulwesen, Bauernkammer und Massenmedien verbreitet und vorangetrieben werden muß, mit dem Ziel, eine selbstverantwortliche Gesundheitspflege und Krankenvorsorge zu erreichen. Darüberhinaus müßten wir noch alles einsetzen, daß

man noch mehr wie bisher diese Dinge beachtet und gerade die Gesundheit, die eigentlich für die Zufriedenheit der Menschen auf dem Lande auch ausschlaggebend ist, mehr tun als bisher.

In der Steiermark wurde auf einer Ebene, die heute schon vom Herrn Abgeordneten Loidl einmal angezogen wurde, die steirische Gesellschaft für Gesundheitsschutz gegründet. Für die Durchführung dieser Gesundenuntersuchung haben sich bekanntlich 400 praktische Ärzte, Fachärzte für innere Medizin, Frauenheilkunde und Kinderheilkunde zur Verfügung gestellt. Damit ist die Gewähr gegeben, daß nicht nur die Menschen in den Ballungszentren, in den Städten und Industriegebieten in den Genuß dieser Gesundenuntersuchung kommen, sondern, und das scheint mir hier besonders wichtig, auch die Menschen auf dem Lande. Das heißt jeder Steirer und jede Steirerin, gleichgültig ob eine Krankenversicherung vorliegt oder nicht, kommt in den Vorteil dieser Untersuchung. Die Kosten dieser ärztlichen Leistung trägt bekanntlich das Land Steiermark.

Hier vielleicht noch eine Anmerkung, Herr Kollege Loidl. Uns würde es überhaupt nichts ausmachen, wenn, wie Du schon erwähnt hast, die Kosten nicht ausgenützt wurden und noch unverbrauchte Mittel liegen. Ich würde sehr gerne bereit sein, diese Mittel in irgendeiner Form auf dieser Ebene zur Werbung zu verbrauchen. Die Weichen sind jedenfalls in dieser Richtung gestellt und ich würde abschließend sagen, Gesundheit ist nicht alles, aber ohne Gesundheit ist alles nichts. (Allgemeiner Beifall)

Präsident: Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Gross. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Gross: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich werde nicht zum Kernpunkt der Gruppe 5, dem Gesundheitswesen sprechen, sondern eben zu diesem Unterabschnitt 56 der Allgemeinen Jugendförderung und meine Wortmeldung wird nur einen kurzen Zeitraum in Anspruch nehmen. Ich möchte grundsätzlich das unterstreichen, was Kollege Marczik hier über die Bedeutung der außerschulischen Jugend-erziehung in unserem Lande gesagt hat. Aber es taucht bei der Förderung unserer Jugendorganisationen überhaupt immer wieder die Frage auf, ob es denn zweckmäßig ist, daß wir in einem so relativ starken Ausmaß, wie es in der Steiermark geschieht, finanzielle Mittel für die Jugendarbeit zur Verfügung stellen. Es ist uns allen bekannt, daß eigentlich nur 8 bis 10 Prozent der Jugend, das sind die Schätzungsziffern, überhaupt in den freien Jugendorganisationen erfaßt werden. Ich glaube, Hohes Haus, daß auch diese Prozentzahl uns nicht abhalten soll diese Förderung der Jugendarbeit in verstärktem Maße fortzusetzen. Jugendgemeinschaften sind notwendig, sie braucht eine Demokratie, weil die Menschen sehr früh in einer Gemeinschaft zu einem demokratischen Bewußtsein erzogen werden und gerade die Jugendverbände in der Steiermark haben wiederholt in ihrer Zusammenarbeit ein Beispiel gegeben, daß sie manchmal fast demokratischer, und reifer gewesen sind wie die Erwachsenen, denn sie haben in Fragen Einig-

keit erzielt, wo wir in diesem Hause, oder auch auf Bundesebene, noch keine Einigkeit erzielen konnten.

Aber meine Damen und Herren, ich begrüße, daß die Budgetpost dieses Unterabschnittes um rund 1,1 Millionen aufgestockt worden ist, möchte aber das doch mit einem kleinen Wermutstropfen mischen. Ich bin noch immer mit dieser Jugendarbeit verbunden und weiß daher wie die Budgetsummen hier verlagert werden.

Konkret schaut es so aus, daß die Ausweitung dieses Budgetrahmens 1,1 Millionen beträgt, daß aber tatsächlich, und das wäre der Wunsch der Jugendverbände allgemein, den Jugendverbänden davon als Förderungsbeitrag nur eine erhöhte Summe von 200.000,— Schilling zur Verfügung gestellt wird, nämlich 100.000,— Schilling allgemeine Jugendförderung und 100.000,— Schilling Ausgestaltung von Jugendheimen. Der Rest bleibt im beamteten, ohne daß ich es unterbewerten will, Jugendreferat. Was aber die Jugendverbände heute brauchen, wäre für ihre direkte Arbeit eine verstärkte finanzielle Hilfe des Landes Steiermark. Vielleicht könnte man beim nächsten Budget berücksichtigen, daß man das Referat einmal nicht so stark dotiert und erhöht, sondern die Jugendverbände in einem entsprechenden Ausmaß fördert.

Ich möchte aber meine Wortmeldung auch dazu benützen, um den vielen tausenden Jugendfunktionären in unserem Lande für ihre oft so schwierige Arbeit herzlichst zu danken. Jugendarbeit in unserer Zeit wird immer schwerer. Hier gibt es verschiedene Faktoren, von der Vergnügungsindustrie angefangen bis zu jenen Dingen, die einen jungen Menschen von heute abhalten, in eine Gemeinschaft einzutreten. Wenn es trotzdem so viele Idealisten gibt, die sich dieser Jugend annehmen, so gebührt diesen Idealisten auch der Dank des Hohen Hauses hier.

Meine Damen und Herren! Es gibt in diesem Abschnitt auch noch eine Post „Jugendherbergswesen“, die eine Ausdehnung von 400.000,— Schilling auf 2,6 Millionen Schilling erfahren hat. Wir wissen als Steirer, daß wir auf diese Jugendherbergen sehr stolz sein können —, sie zählen zu den modernsten, die wir in Europa besitzen, sie sind auch sehr stark frequentiert, vor allem von ausländischer Jugend. Ich glaube daher, daß wir die Förderungsmaßnahmen auch auf diesem Sektor nicht intensiv genug fortsetzen können; denn wenn heute immer wieder in der Diskussion anklingt: Der Fremdenverkehr stagniert —, in der Steiermark geht es noch, — dann muß ich sagen: Die Jugendwanderer von heute, die wir in großer Anzahl in der Steiermark noch haben, sind früher oder später zum Teil die Urlaubsgäste in unserer engeren Heimat. Was wir also heute für das Jugendwandern tun, tun wir wahrscheinlich in weiterer Hinsicht für den Fremdenverkehr und damit auch für die Wirtschaft in diesem Lande. (Beifall bei der SPO)

Präsident: Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ritzinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ritzinger: Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren! Der Referent für das Sportwesen hat bereits einen sehr umfangreichen Bericht vorgelegt.

Ich glaube, man kann dazu feststellen, daß wir uns im Lande glücklich schätzen können, in der Person des Herrn Landeshauptmannstellvertreters Wegart einen für den Sport so aufgeschlossenen Referenten zu haben.

Wenn man die Ansätze im Sportbudget betrachtet, wenn man sieht, daß es 1972 14,4 Millionen Schilling waren, 1973 18,6 Millionen Schilling und jetzt für das Jahr 1974 fast 22 Millionen Schilling, also fast 7,6 Millionen innerhalb von 3 Jahresansätzen mehr, so ist das doch eine echte Sportgesinnung, die das Land den steirischen Sportlern entgegenbringt.

Unabhängig davon, wie die Ansätze im Sportbudget, nämlich in der Gruppe 5, sind, muß man letzten Endes in Kombination dazu immer wieder auch die Ansätze im Fremdenverkehrsteil unseres Landesvoranschlags und auch im außerordentlichen Haushalt sehen.

Was uns Freude bereitet, ist, daß die Zielsetzung im Spportgeschehen des Landes nicht versteinert, sondern daß wir eine vorausschauende Zielsetzung haben für alle jene Dinge, die im Sport und mit dem Sport auf uns zukommenden zusammenhängenden Problemen haben. Wir haben im Vorjahr hier an dieser Stelle die Forderung erhoben, daß finanzielle Mittel für eine „Steirische Führungsakademie des Sportes“ zur Verfügung gestellt werden sollen. Wenn wir den Voranschlag 1974 betrachten, so sind hierfür 200.000 Schilling vorgesehen. Meine Damen und Herren! Daß das nur ein Anfang sein kann und gerade nur dazu dient, um die geistigen Grundlagen dafür zu erarbeiten, das ist selbstverständlich. Daß wir unsere Reden auch nicht zum Fenster hinaus halten und die Forderungen sozusagen nicht ungehört verhallen, ist ebenfalls darin bewiesen, daß für eine sportmedizinische Untersuchungsanstalt auch ein Ansatzpunkt geschaffen wurde.

Sehr erfreulich ist auch die Tatsache zu vermerken, daß das Sportstättenbudget wieder aufgestockt wurde. Darüber hinaus ist ebenfalls mit Freude zu vermerken, daß auch für unsere Forderung, nämlich, daß jede steirische Landesberufsschule eine Sportstätte bekommen soll, in diesem Voranschlag ein neuer Ansatz aufscheint.

Weniger erfreulich ist die Tatsache, daß für den Universitätssport eigentlich schon durch 2 Jahre hindurch derselbe Ansatz vorhanden ist. Ich möchte dazu sagen, daß gerade bei den ca. 16.000 Studierenden unserer steirischen Hochschulen eine Summe von Talenten für den Spitzen-, aber auch für den Breitensport schlummern. Es scheint mir daher der Hinweis wichtig, daß hier noch ein verstärkter Einsatz von finanziellen Mitteln erfolgen soll.

Die Österreichische Volkspartei hat in der Regionalkonferenz im Rahmen des „Modell Steiermark“ sich sehr mit den zukunftsweisenden Sportproblemen befaßt, und zwar sehr eingehend (gemeinsam mit steirischen Sportlern und mit Fachleuten). Es ist bei dieser Konferenz zum Ausdruck gekommen, daß es notwendig wäre, daß jede steirische Bezirksstadt — so wie wir seinerzeit dafür eingetreten sind, daß jede steirische Bezirksstadt eine Mittelschule bekommen soll — auch eine Sporthalle erhält. Wenn wir voriges Jahr den Grundsatz geprägt haben: Jede Gemeinde einen Sportplatz und jede Schule eine Turnhalle —, dann

müßte man diesen Satz erweitern mit den Worten: Jede Bezirksstadt eine Sporthalle.

Im großen und ganzen, meine Damen und Herren, glaube ich, kann man eines sagen, nämlich, daß sich auch die Investitionen, vor allem für den nordischen Wintersport — als Beispiel möchte ich die einzige österreichische Mattenschanze, die in Bad Aussee errichtet wurde, zitieren — bereits im ersten Jahr als sehr positiv und fruchtbar erwiesen haben. Die nordischen Springer sowie die gesamte österreichische Nationalmannschaft und auch die Schweizer Nationalmannschaft haben im Sommer in Bad Aussee trainiert und diese Einrichtung lobend erwähnt. Die Forderung des Steir. Schiverbandes und der alpinen Rennläufer gipfelt jetzt darin, daß von seiten des Landes eine permanente Rennstrecke gefördert werden sollte. Wir haben im Lande wohl einige ordentliche alpine Rennstrecken, aber wir kommen, wenn die alpinen Rennläufer trainieren, immer ein bißchen dem Winter-Fremdenverkehr in die Quere. Es wäre daher sinnvoll und zweckmäßig, rein für das Training eine eigene alpine Rennstrecke zu schaffen.

Daß alle diese Maßnahmen, die wir in unserem Lande gesetzt haben, von Erfolg gekrönt sind, zeigt, daß erstmals in der Steiermark, und zwar heuer in Schladming, ein Weltcuprennen und dann ein Europacuprennen in Haus durchgeführt wird.

Meine Damen und Herren! Eine Erwähnung möchte ich noch tun: Derzeit geht es um die Frage, ob die Weltmeisterschaft des Schiffliegens 1974 am Kulm stattfinden kann. Es ist zu begrüßen, daß sich unser Land dazu bereit erklärt hat, seinen Anteil zu entrichten, wenn auch der Bund dafür eintritt. Es gibt Experten und auch andere Leute, die meinen, daß diese Veranstaltung nicht unbedingt notwendig wäre. Ich bin jedoch der Meinung, wenn wir uns auf der einen Seite als Land bereit erklärt haben, eine permanente Rennstrecke und einen Österreicherring zu bauen und dort ein Formel-I-Rennen alljährlich durchgeführt wird, daß dann das Schiffliegen auch die Formel-I der Schispringer bedeutet. Ich bin der Meinung, daß man eine solche Chance nicht ungenützt vorübergehen lassen soll. Ich fordere von dieser Stelle aus die Bundesstellen auf, auch ihren finanziellen Anteil zu leisten. Es ergibt sich natürlich noch die Frage, welche Bedeutung dieser Spitzensport hat. Wir bekennen uns zum Spitzensport und zwar deshalb, weil er letzten Endes immer wieder unserer Jugend den Anreiz bietet, es den Spitzensportlern nachzumachen. Es zeigt beispielsweise eine Statistik, daß bei unserer Jugend als liebste Freizeitbeschäftigung der Sport an erster Stelle steht. 55 Prozent sagen, es ist die liebste Beschäftigung, 29 Prozent tun es sehr häufig. Interessant ist aber eines, daß die jungen Leute unseres Landes, so sagt es eine Erhebung, in der Woche ca. 4 bis 5 Stunden Sport betreiben, auf der anderen Seite aber 10 bis 12 Stunden beim Fernseher sitzen. Unser Ziel müßte es sein, wenn wir die Volksgesundheit und die Gesundheit unserer Jugend fördern wollen, daß sich das Verhältnis umkehrt, daß nämlich die Jugend 12 Stunden Sport betreibt und nur 4 bis 5 Stunden — wenn es sein muß — beim Fernsehapparat ist.

In diesem Sinne möchte ich den steirischen Sport-

lern für die Erfolge, die sie 1973 erzielt haben, herzlich gratulieren und gleichzeitig den Funktionären danken, die ja letzten Endes mitgeholfen haben, diese Leistungen zu untermauern und wünsche allen steirischen Sportlern von dieser Stelle aus für 1974 ein erfolgreiches Sportjahr. (Allgemeiner Beifall)

Präsident: Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Landesrat Bammer. Ich erteile ihm das Wort.

Landesrat Bammer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit 1. Jänner 1954 ist das steirische Landessportgesetz in Kraft getreten. Wir werden in der Steiermark im kommenden Frühjahr 20 Jahre Landessportgesetz und damit auch 20 Jahre geordnete gesetzliche Sportförderung in der Steiermark feiern können. Ich glaube, daß dieser Anlaß die Berechtigung gibt, doch auch nüchtern die Erfolge dieser 20 Jahre aufzuzeigen. Ich bin mir sehr wohl dessen bewußt, daß man auf diesem Gebiet hier die Erfolge sicher nicht bis ins letzte Detail darstellen kann. Wenn man den Sportstättenbau betrachtet, so ist heute unser Bundesland, gemessen an der Zahl der Sporthallen, der Kunsteisbahnen, der Schwimmbäder, der Freiluftanlagen, mit an der Spitze in Österreich. Das hat auch in den sportlichen Erfolgen in verschiedenen Disziplinen seinen Niederschlag gefunden und ich glaube, daß es ja vor allem den Sportinteressierten und Begeisterten nicht entgangen ist, daß wir auch im Standard und im Status des österreichischen Sportes die Steiermark mit in der Spitze betrachten dürfen. Ich sage das ohne Übertreibung und wende versuchen, dies mit einigen Beispielen zu untermauern.

Im österreichischen Fußball der obersten Spielklasse stellt die Steiermark drei Vereine, in der Regionalliga sind es sechs Vereine. Im Handball, im Hallenhandball, nur der wird mehr gespielt, haben wir zwei Vereine in der A-Liga und vier Vereine in der gesamtösterreichischen B-Liga. Im Eishockey haben wir zwei A-Ligavereine und einen B-Ligaverein. Wir sind stärker vertreten als die anderen Bundesländer. Im Wasserball zwei Mannschaften in der A-Liga, darunter den Staatsmeister. So könnte man die Beispiele im Tennis, im Tischtennis, im Karate, im Eisschießen und in anderen Sportarten als Mannschaftssportarten durchaus fortsetzen und damit sicherlich augenscheinlich unter Beweis stellen, daß die Behauptung, die Steiermark ist mit an der Spitze im österreichischen Sport, nicht übertrieben ist. Dazu kommen noch eine Reihe von Einzel- und Spitzensportlern, die auch immer genannt werden. Auch heute wurden die Namen Tritscher, Bachler und manche andere schon zitiert.

Wenn ich aber den Namen Bachler ausspreche, dann das in Verbindung mit der Diskussion um den Sprungschancenbau in unserem Lande. Ich bin mir nicht ganz klar darüber, ob der Abgeordnete Ritzinger so richtig bevollmächtigt und berechtigt ist, zu dieser Frage so im Selbstton der Überzeugung und der alleinseligmachenden Richtigkeit zu sprechen. (Abg. Nigl: „Herr Landesrat Bammer, als was reden Sie jetzt?“) Als Präsident der Landessportorganisation. (Präsident: „Ein Regierungsmitglied kann immer das Wort ergreifen. Der Herr Landesrat Bammer ist, wenn ich richtig unterrichtet bin, kein Abgeordneter. Daß er nicht als Präsident

der Landessportorganisation spricht, ist — glaube ich — eindeutig!") Sie werden nicht erwarten, daß man mir Funktionen zumutet, die ich nicht mit Recht behaupten kann, aber ich darf immerhin als Mitglied des Landessportrates zu der Frage einiges sagen. Aber daß die Herren so unruhig geworden sind, scheint ja an der Ouvertüre zu liegen. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „An Ihnen!") Der Herr Abgeordnete Ritzinger hat vor Jahren mit der gleichen Glaubwürdigkeit und Begeisterung in diesem Hohen Hause versprochen — manche haben zweifelnd den Kopf geschüttelt —, daß in Murau die nächsten nordischen Schiweltmeisterschaften stattfinden werden. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Und jetzt haben Sie eine Freude, daß sie da sind!") Und diese nordischen Schiweltmeisterschaften — Herr Abgeordneter Fuchs, als Wirtschaftler werden Sie hoffentlich bald eine andere Auffassung haben — (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Was für eine, bitte?“) bedingten die Errichtung einer neuen Sprungschanze in Murau. Die Schanze ist gebaut worden, die nordischen Schiweltmeisterschaften sind weiter denn je von der Steiermark entfernt. (Abg. Ritzinger: Aber es finden, wie immer, internationale Schispringen statt!) Das ist kein Geheimnis und es findet, wie der Herr Abgeordnete Ritzinger bereits einzusagen gepflegt hat, immer eine Schisprungveranstaltung statt, die leider einige Male nicht vom Wetter begünstigt war. Eines hat es mit Sicherheit gebracht, Herr Kollege Ritzinger, ein beachtliches Defizit (Abg. Stoßner: Welche Sportveranstaltung bringt kein Defizit?) und einen leider immer geringeren Besuch. Die Funktionäre des Wintersportvereins Murau tun sicher ihr Bestes. Aber ich möchte heute sagen, daß das Zweifeln berechtigt war, als sie behauptet haben, Weltmeisterschaften der nordischen Disziplinen werden auf jeden Fall in Murau durchgeführt. Sie wurden es nicht. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer: „Da ist der Ritzinger schuld!“ — Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Sie haben aber auch nicht gewußt, daß sie nicht dort durchgeführt werden!“ — Abg. Ritzinger: „Ich habe gesagt, wir bewerben uns darum!“) Und nun zu einer weiteren Frage auf diesem Sektor, Schischanzenbau in der Steiermark. Ich darf Ihnen folgendes sagen, Herr Abgeordneter Fuchs, als Wirtschaftler sind Sie am Rationellen sicher sehr interessiert. Ohne zu übertreiben, wir haben in der Steiermark mehr Schisprungschancen als Schispringer. (Abg. Ritzinger: „Das haben Sie im Vorjahr auch schon gesagt. Das stimmt nicht!“) Ja, es hat sich nicht geändert. Es wird nur eines passieren, wenn wir uns mit allen Anstrengungen bemühen, die Schiflugweltmeisterschaft zum Kulm zu bringen (Abg. Nigl: „So ist die OVP schuld!“), daß möglicherweise kein einziger Steirer über die Backen geht. Und das ist meiner Auffassung und auch nach Auffassung der Sportler nicht gerade die Legitimation in diesem Lande, wie es ursprünglich hieß, 30 Millionen für eine neue Schanze anzusetzen. Man hat dann reduziert auf 25, dann auf 16 Millionen. In der Regierung lag noch ein Vorschlag für 16,5 Millionen vor. Man ist jetzt bei 8 Millionen. Also entweder waren es zuerst Hausnummern, oder man hat sich praktisch zu einer Lösung entschlossen, die nicht die Gefahren der letzten Veranstaltungen ausschließt. Und wer von Ihnen mit dem gleichen Interesse die Fernseh-

übertragungen der letzten Schiflugveranstaltungen von Obersdorf angesehen hat und merkte, daß in drei Tagen insgesamt drei Vonspringer über die Backen gegangen sind und 10.000 Leute fast die Einrichtung zerschlagen haben, weil sie nichts gesehen haben, dann denken und überlegen Sie auch, welchen Gefahren auch der Fremdenverkehr in diesem Zusammenhang ausgesetzt ist. Ich darf sagen, daß z. B. der Bürgermeister der Gemeinde Tauplitz, wie ich höre auch anderer Gemeinden, an dieser Veranstaltung gar nicht mehr interessiert ist. Das Gebiet ist fremdenverkehrsmäßig ausgelastet. Es kommen Leute hin, die einige Stunden sich dort aufhalten, alles überschwemmen, zusammentreten, und dann wieder wegfahren. (Abg. Ritzinger: „Wollen Sie die Weltmeisterschaften haben oder nicht?“) Also, meine Damen und Herren! Wenn ein Gebiet diese Veranstaltung aus fremdenverkehrsmäßigen Gründen in der Werbung nicht benötigen würde, dann wahrscheinlich das Ennstal, weil hier der Fremdenverkehr am weitesten vorne ist. (Abg. Ritzinger: „Es geht um ganz Steiermark und ganz Österreich!“ — Abg. Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer: „Sind Sie jetzt dafür oder nicht?“) Sie gestatten, bitte! Ich habe eine nüchterne Feststellung zu einem Vorhaben vorgebracht, das von sehr vielen ernst zu nehmenden Sportfunktionären der Steiermark mit leichtem Kopfschütteln beobachtet wird. Was wird befürchtet? Das nämlich, daß es mit dem Kulmschanzenbau den Steinern so gehen wird, wie den Innsbruckern mit der Winterolympiade —, daß auf Jahre hindurch Sportförderungsmittel, die für andere Zwecke dringend gebraucht würden, dort verwendet werden müssen, die dann den anderen rund 36 Sportdisziplinen fehlen. Das waren nur einige Feststellungen zu einer sehr ernsten Sache.

Aber, meine Damen und Herren, ich möchte doch auch noch zur Frage jener Post in der Gruppe 5 Stellung nehmen, die heute auch schon zitiert wurde, nämlich zur „Führungsakademie für den steirischen Sport“. Entschuldigen Sie bitte, aber wie Sie wissen werden, habe ich schon lange mit dem Sport zu tun —, darunter aber kann ich mir nur wenig vorstellen. Das ist vielleicht mein Fehler. Warum? Ich glaube zumindest einen großen Teil jener Funktionäre zu kennen, die heute den Sport tragen. Das sind unbestritten die Vereinsfunktionäre. Wenn Sie an Generalversammlungen von solchen Vereinen teilnehmen, wo alles um Gottes Lohn, das heißt also ehrenamtlich und unbedankt (sehr oft einer Kritik unterworfen), geleistet werden muß, dann werden Sie wissen, wie schwer es ist, einen Obmann, einen Kassier, einen Platzwart und mögliche andere Funktionen zu besetzen. (Abg. Ritzinger: „Stimmt!“) Glauben Sie, daß Sie diese Leute in eine Führungsakademie bringen? Werden Sie den Kassier von Unterpremstätten und den Platzwart von Straden in eine Führungsakademie für Sport bringen? Hier, glaube ich, sind die Schuhe ein bißchen zu groß bemessen (Abg. Ritzinger: „Wir können ja auch hinausgehen!“), denn alle Versuche der Landessportorganisation, in Verbindung mit dem Universitätssport, solche Funktionäre zu Kursen zu bringen, sind bisher zumindest nicht glücklich verlaufen. Man bekommt Trainer, man bekommt auch noch Übungsleiter, die dann in der Folge den Spesen-

ensatz für ihre Tätigkeit im Verein bekommen, aber ehrenamtliche Funktionäre der Administration bekommt man nur mehr sehr schwer und auch die werden Sie sicher nicht dazu bringen, in eine Akademie zu gehen, es sei denn, Sie bezahlen den ganzen Verdienstentfall. Es gibt auch einen Bildungsurlaub, also wirtschaftliche Vorteile, die diese Leute in Anspruch nehmen könnten. Ich wünsche dieser Idee viel Erfolg, ich zweifle nur an diesem Erfolg und ich glaube, daß viele mit mir zweifeln werden, und das mit Recht. Hier hat man halt geglaubt, daß man mit einem schönen Begriff ein Problem entwickeln kann. Ich glaube, wie gesagt, nicht daran. Ich lasse mich jedoch gerne vom Gegenteil überzeugen.

Was in der Steiermark unbedingt notwendig wäre, ist eine sportmedizinische Untersuchungsstelle. Praktisch gibt es heute nur bei ganz wenigen Sparten für die Sportler eine echte medizinische Kontrolle, wenn er überhaupt beginnt, den Sport aufzunehmen und zu trainieren. Junge Leute begeistern sich vor dem Fernseher, bringen vielleicht sogar Veranlagungen hiezu mit und beginnen dann mit dem Sport, ohne daß der Arzt vorher feststellt, ob vom Kreislauf her, vom Herz oder manchen anderen Voraussetzungen her der junge Mensch dieser Sportart gewachsen ist. (Abg. Jamnegg: „Herr Landesrat!“) Ich komme sofort auf Ihren Einwurf zu sprechen, gnädige Frau! (Abg. Koiner: „Du weißt ja nicht, was sie fragt!“)

Was wir brauchen würden, ist in der Steiermark eine Untersuchungsstelle, wo zuerst einmal die Landeskader von Sportdisziplinen (Leistungs- und Spitzensport) untersucht werden können, so, wie es jetzt durch Gefälligkeit eines interessierten Primarius — nicht im Landeskrankenhaus, sondern woanders — für den steirischen Schikader und für eine A-Liga-Eishockeymannschaft geschehen ist. Wissen Sie, auf was man darauf gekommen ist? (Abg. Jamnegg: „Wir hätten im Landeskrankenhaus in der 2. medizinischen Abteilung eine erstklassige Einrichtung, die alle Voraussetzungen erfüllt!“) Gnädige Frau, ich habe gewußt, ich komme dazu! Ich kenne den Herrn Doktor Harmoncourt und ich kenne seine Blutgasuntersuchungen von den österreichischen Schwimmmeisterschaften im Union-Bad her. Ich habe mit ihm vor wenigen Tagen über das Problem gesprochen. Aber mit Blutgasuntersuchungen allein kann man sportmedizinische Untersuchungen nicht bestreiten. Hier gehört mehr dazu. Was ist mit den Menschen, die in der Obersteiermark wohnen und sporteln? Die können ja nicht immer nach Graz kommen zur Untersuchung. Ich weiß nicht, ob das rechtlich möglich ist. Das Krankenanstaltengesetz, glaube ich, läßt das derzeit nicht zu, daß in den Landeskrankenanstalten solche Untersuchungsstellen eingerichtet werden. Es wäre jedoch schön, wenn dies der Fall sein könnte. Es müßten praktisch auch Gruppenpraxen oder Ärzte in der freien Praxis die Möglichkeit haben, diese Untersuchungen durchzuführen. Erst jetzt gelingt es, nachdem das OISM bereit ist, einen Beitrag pro Untersuchung zu zahlen (ich glaube, pro Untersuchung, für die mindestens 3 Leute gebraucht werden, sind es 1000 Schilling), das Problem langsam zum Laufen zu bringen.

Was wir glauben und was auch das Ziel der Landes-Sportorganisation für das Jahr 1974 ist, ist eben die Installierung bzw. die Errichtung einer sportmedizinischen Untersuchungsstelle, die verhindert, daß junge Leute mit Konstitutionsmängeln bzw. überhaupt mit Mängeln an körperlichen Voraussetzungen eine Sportart wählen, von der sie dann dauernde Schäden davontragen.

In diesem Zusammenhang darf ich auch die Frage des „Sonntagsfahrverbotes“ streifen. Wenn wir als Sportler für unsere Kinder die tägliche Schulsportstunde proklamieren, so wissen wir, daß es bis dorthin noch ein weiter Weg ist. Aber es wird sicherlich einmal erreicht werden. Es wäre auch erstrebenswert, wenn die Eltern einen Tag auf das Auto verzichten und an diesem Tag mit den Kindern Sport betreiben würden, so z. B. Wandern, Bergsteigen usw.

Es wäre auch zu überlegen, ob man nicht doch einen Tag der Bewegung oder einen Tag des Sportes einführen sollte. Der erste Schritt dazu wäre die zeitweise Trennung vom Auto, wenn dies auch vielen nicht leicht fallen würde. Im Winter, wenn es eisig ist, läßt sich eher erreichen, daß der Kraftfahrer ein öffentliches Verkehrsmittel in Anspruch nimmt und so mehr Bewegung macht.

Dies wäre der Anfang einer gewissen sportlichen Betätigung. Auch das ist das Ziel einer der nächsten Aktionen, die wir durchführen wollen. Das wollte ich als Funktionär der Landessportorganisation bei diesem Anlasse hier sagen. (Beifall.)

Präsident: Wir unterbrechen nun die Sitzung und nehmen sie Punkt 19.30 Uhr wieder auf.

Unterbrochen: 19.00 Uhr.

Wiederaufgenommen: 19.30 Uhr.

Zweiter Präsident Heschitz: Wir nehmen die unterbrochenen Beratungen wieder auf. Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Präsident Dr. Piaty. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Piaty: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es war mir persönlich ein großes Vergnügen zu sehen und zu hören, wie der Herr Abgeordnete Loidl sich dem undankbaren Versuch unterzogen hat, einem abfahrenden Zug nachzuwinken und nachzureden. Weniger gefreut hat mich für ihn, daß dabei ein unübersehbares Informationsdefizit offenbar wurde. Wenn er mich angesprochen hat und meinte, daß der Grund des Abschlusses in der Tatsache gelegen wäre, daß ich nicht anwesend war, so ist das zwar sehr ehrenhaft in Überschätzung meiner Funktion, aber Sie werden verstehen, daß niemand von uns die Gabe zuteil wird, zugleich an zwei Orten zu sein. Und da die Priorität bei der Funktion des Landtagsabgeordneten ist, war ich eben hier, ich kann Sie aber insoweit berichtigen, Herr Kollege Loidl:

Erstens habe ich bereits am 15. November am Österreichischen Ärztekammertag, was Ihnen anscheinend nicht bekannt ist, innerhalb unserer Vollversammlung für eine Kompromißlösung plädiert und zweitens habe ich dem Kollegen Daume, dem Präsidenten der Österreichischen Ärztekammer, am

Dienstag vormittag telefonisch mein Einverständnis zu diesem Verhandlungsergebnis übermittelt, welches Montag nachts in Spitzengesprächen mit den Vertretern des Hauptverbandes ausgehandelt wurde. Ich möchte Ihnen auch sagen, warum ich dies schon am 15. 11. getan habe: Weil ich glaubte, daß angesichts einer Krise, die sich am Horizont abzeichnet, deren Tragweite wir letztlich heute noch gar nicht abschätzen können, die Bereinigung eines solchen Zustandes nicht nur im Interesse der Beteiligten, sondern auch im Interesse der allgemeinen Öffentlichkeit, um nicht zu sagen des Staates gelegen ist. Das war der wesentliche Grund, warum es zu diesem Ergebnis gekommen ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich stimme dem zu, daß dieser Abschluß nach sieben Monaten sicherlich von den Patienten, den Ärzten positiv begrüßt wird, denn beide waren ja die Leidtragenden in dieser Situation, weil sie beide finanzielle, materielle Opfer bringen mußten. Vielleicht ist die Krankenkasse an diesem Abschluß weniger erfreut, da sie sich in der Zwischenzeit einiges ersparen konnte. Ich schätze, allein der steirischen Gebietskrankenkasse hat dieser vertragslose Zustand eine Ersparnis zwischen 15 bis 20 Millionen Schilling gebracht. (Abg. Pözl: „Da schau her!“ — Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Da schau her!“) Es wäre ja Zeit gewesen, schon früher zu einem Abschluß zu kommen, ja vielleicht hätte man diesen beklagenswerten Zustand vermeiden können, wenn man nicht im Mai 9 Prozent, im September 18 Prozent und jetzt lediglich 36 Prozent geboten hätte. Ich meine, wenn ich mich in jenem demagogischen Format bewegen würde wie manche unserer ehrenwerten Mitglieder dieser Runde, so könnte ich sagen, es bedurfte einer 400prozentigen Steigerung Ihres Grundangebotes, damit es zu einem Übereinkommen gekommen ist. Ich hätte Ihnen empfohlen, dieses Angebot schon im Mai zu stellen und es hätte keinen vertragslosen Zustand gegeben. Ich kann mir auch vorstellen, daß hier in der Steiermark, wo ein besonders rauhes Klima zwischen den Vertragspartnern herrscht, es nicht begrüßt wird, daß es zu einem Abschluß gekommen ist. Man hat doch hier besonders versucht, Wind zu entfachen. In erster Linie dazu die Segel im Schiffchen mancher Hoffnungen zu blähen, damit man um so rascher an die goldenen Gestade der Funktion des Arbeiterkammerpräsidenten kommt. (Beifall bei der ÖVP.) Natürlich ist diese Funktion nicht ganz uninteressant. Wenn man die Funktionsgebühren mit den bescheidenen Einkommen von Zahnärzten vergleicht, so läßt sich das Monatshonorar oder die Entschädigung eines Arbeiterkammerpräsidenten mit 36.000 Schilling inklusive des Pensionsanspruches, der sich daraus ableitet, einigermaßen sehen. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Das ist nicht möglich!“ — Abg. Buchberger: „Der Bauernkammerpräsident hat noch nie so wenig verdient wie jetzt, das muß man auch sagen.“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe.) Ich spreche von berufsmäßigen Vertretern der Arbeitnehmerinteressen. (Landesrat Bammer: „Seit wann sind denn die Funktionen hier festgelegt worden?“ — Abg. Buchberger: „Den Bauernkammerpräsidenten hat ja der Brandl erwähnt!“ — Abg. Prof. Dr. Eich-

tinger: „Eine Informationslücke wurde geschlossen!“) Es mag auch solche geben, die vielleicht die Gelegenheit dieses Honorarkonfliktes als Rauch- und Nebelwand verwendet haben, um dahinter ihre Pläne einer Umstrukturierung des Gesundheitswesens um so rascher über die Bühne laufen lassen zu können. Ich möchte hier nicht nur meine persönliche Auffassung deponieren, ich glaube, sie liegt auch völlig auf der Linie unserer Partei zur Frage der Ambulatorien.

Grundsätzlich bejahen wir auch hier das Subsidiaritätsprinzip, das heißt, überall dort, wo aus technischen, apparativen oder speziellen fachlichen Gründen freipraktizierende Ärzte nicht in der Lage sind, Funktionen der medizinischen Betreuung erfüllen zu können, sind poliklinische Einrichtungen vertretbar. Ich wähle ganz bewußt diesen Ausdruck, der auch die Spitalsambulanzen mit einschließt, die in einer modernen Medizin und in einer modernen Gesellschaft ihren Platz haben. Nur dort, wo ein Ambulatorium nichts anderes leisten kann, als es jeder freipraktizierende Arzt, gleich welcher Fachrichtung, zu leisten in der Lage ist, glaube ich, daß solche Einrichtungen überflüssig und unökonomisch sind. Sollte das Motiv darin liegen, einfach hier nur die von Ihnen, Herr Abgeordneter Loidl, zitierte Funktion von wirtschaftlichen — nicht so sehr ideologischen Zwingburgen zu erfüllen, müssen Sie auf das legitime Notwehrrecht des Arztestandes stoßen. Dies hat gar nichts damit zutun, daß wir die Leistungen unserer Kollegen in den Ambulatorien der Krankenkassen genauso wie in den Spitälern fachlich ebenso schätzen wie die der freipraktizierenden Ärzte.

Wenn wir gegen Ambulatorien sind, so nicht deshalb, weil wir wirtschaftlich um unsere Kollegen fürchten. Schauen Sie, 17 bis 22.000 Schilling brutto, 14mal jährlich, plus Pensionsberechtigung, plus dem Recht der Privatpraxis, wären etwas — und das ist bei den Ambulatoriumsärzten so. Viele freipraktizierende Ärzte haben dieses Einkommen und die soziale Sicherheit nicht. Das müßte auch von einer Standesvertretung bejaht werden, einer Standesvertretung, die ausschließlich nur das materielle Interesse ihrer Mitglieder sieht. Aber im Sinne einer konstruktiven und positiven Gesellschaftspolitik, im Sinne des Versicherten und des Patienten glaube ich, daß die Ambulatorien sozusagen nur ein Notnagel wären und als generelle Lösung abzulehnen sind. Denn damit wird in erster Linie dem Patienten und Versicherten das Recht der freien Arztwahl genommen. Gerade beim Zahnarzt, jeder von uns kommt in die Situation, soll ich die Möglichkeit haben zu sagen, zu dem gehe ich hin, weil er mein Vertrauen hat und zu dem gehe ich nicht hin, weil die Plombe oder Prothese oder eine sonstige Behandlung meinen Wünschen und Vorstellungen nicht entspricht. Ich glaube, daß man es in erster Linie von diesem Aspekt sehen müßte.

Wenn Sie wirklich überzeugter Anhänger der Krankenversicherung sind, wissen Sie, wohin Sie die Entwicklung der Krankenversicherung treiben, wenn etwa der dort angestellte Arzt am Vormittag eines 36-Stunden-Tages, so recht und schlecht seine Pflicht erfüllend, seine Tätigkeit entfaltet,

um nachmittags im Rahmen einer Privatpraxis sein echtes berufliches Engagement zu suchen und zu finden. Wissen Sie, wohin das führt? Zurück zum Fürsorgeprinzip. Denn der, der nicht zahlen kann oder nicht zahlen will, würde vormittags in das Ambulatorium gehen und der zahlen will oder kann, nachmittags zum gleichen Arzt in seine Privatpraxis. Ich frage Sie, wollen Sie wirklich die Rückkehr der Fürsorgeprinzipien? Ich kann mir das nicht vorstellen. (Abg. Pözl: „So ist es im sozialistischen Schweden!“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Wo sind wir jetzt?“ — Abg. Ritzinger: „In der Steiermark!“) Sie haben heute von verschiedenen Seiten gehört, daß es an Landärzten mangelt. Wo wir wahrscheinlich in den nächsten drei bis vier Jahren einem gewissen Nachwuchsproblem gegenüberstehen werden. Ob Freipraxis oder Ambulatorium, wer betreibt denn dort die ärztliche Versorgung? Ärzte! Das heißt, es müssen die Ärzte da sein! Wenn die nicht da sind, haben wir sie in der freien Praxis nicht und auch nicht im Ambulatorium. Und im weiteren, glauben Sie, daß Sie mit dieser forcierten Ambulatoriumswelle wirklich einen Beitrag, etwa zur Lösung des Problems der Landärzte, leisten? Sie können sicher sein, überall dort, wo Sie ein Ambulatorium hereinbringen, wird sich in einem Umkreis von 10 bis 20 km in den nächsten Jahren kein Arzt wegen der Ungewißheit seiner wirtschaftlichen Situation niederlassen. Ich frage mich, ob das überhaupt ein echter konstruktiver Vorschlag ist. Aber Resümee: Ambulatorium. Ich glaube, daß wir — und ich habe sogar Vertrauen hier in den zuständigen Referenten, der zugleich Ihr Parteivorsitzender ist, der sich zwar als solcher am Landesparteirat bereits geäußert hat, aber ich glaube, daß er objektiv genug ist, beim behördlichen Verfahren der Bedarfsprüfung jene Maßstäbe anzulegen, damit ein Beschluß und ein Bescheid zustande kommt, der Rechtens hält. Es wäre sehr bedauerlich, wenn wir ansonsten den Verwaltungsgerichtshof anrufen müßten, was wir ja schon bisher einige Male und mit Erfolg getan haben. Ich möchte Ihnen aber auch hier als Ständesvertreter in aller Klarheit sagen, und ich unterstreiche hier die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Loidl, das Faustrecht wird es nicht geben. Nicht von der einen Seite und nicht von der anderen Seite. (Abg. Loidl: „Vorgestern klang es anders!“) Uns werden Sie das Faustrecht nie vorwerfen können, meine sehr Verehrten, wir wollen nichts ändern, wir wollen das bisherige System der gesundheitlichen Versorgung, dort, wo es Fehler hat, korrigieren und verbessern, aber wir wollen keinen revolutionären Umsturz im Sinne eines poliklinischen Systems, wie vielleicht manche Ihrer Funktionäre durch einen Besuch in der Sowjetunion dazu angeregt wurden. (Beifall bei der ÖVP.) Und ich sage Ihnen auch ganz deutlich, wir sprechen die Sprache der Partnerschaft, wir huldigen dem Grundsatz, leben und leben lassen. Wir huldigen dem Grundsatz, daß man mit uns reden kann, auch wenn Sie Wünsche haben, aber wir lassen uns nicht niederzwingen, von keiner Diktatur, auch von keiner Gewerkschaftsdiktatur. Und wenn man die Sprache der Partnerschaft nicht verstehen sollte, meine sehr Verehrten (Abg. Brandl: „Jetzt ist er

wieder der Piaty!“ — Abg. Gross: „Jetzt ist es soweit!“ — Abg. Loidl: „Der Präsident wandelt sich zum Piaty!“), jeder kann nur der sein, der er ist, (Abg. Loidl: „Und jetzt ist es soweit!“), dann sage ich Ihnen in aller Klarheit hier in der Steiermark, wenn Sie die Sprache der Partnerschaft nicht verstehen, dann werden wir zur gegebenen Zeit „belgisch“ reden. Und nun ein Zweites, meine sehr Geehrten. Ich habe mir mit großem Vergnügen die Ausführungen des Kollegen Zinkanell zum ÖRF und die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Strenitz zum Thema der Bürgerinitiativen angehört. Zum einen: Ich bin sehr dafür, daß die Hörer des Rundfunks und die Seher in einer Briefwahl einen Hörer- und Seherbeirat wählen können, ich bin aber noch mehr dafür, daß die Krankenversicherten ihre Funktionäre in geheimer und direkter Wahl unmittelbar wählen können. (Beifall bei der ÖVP.) Ich sehe keine Chancengleichheit in der Tatsache, daß ich als gewählter Funktionär meinen Ärzten Rede und Antwort stehen muß, aber kein Kassenfunktionär je einem Versicherten Rede und Antwort stehen muß. (Abg. Prenner: „Der Sametz!“) Das Zweite ist, Sie haben sehr schön gesagt, Kollege Strenitz, was Sie von den Bürgerinitiativen halten. Ich sage Ihnen das zu Ihrer vielzitierten Unterschriftensammlung, die Sie heute übergeben haben. Wenn — ich zitiere sinngemäß — eine solche Bürgerinitiative verschiedene Alternativen vorlegt, wenn sie das Pro und Kontra eines Vorschlages vorlegt und wenn sie damit dem, der unterschreibt oder der sich bekennen soll, die Möglichkeit bietet, durch Information aus verschiedenen Alternativen eine Meinung bilden zu können, würde ich mich jederzeit einer solchen Unterschriftenaktion beugen und Konsequenzen daraus ziehen. Aber keinesfalls in einer Aktion, die mehr oder minder einseitig informiert und manipuliert wird. (Abg. Pözl: „Genau!“) Ich möchte mir auch vorstellen und das würde viele Schwierigkeiten verbessern, wenn Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, in Ihren Ordnungs-, Herrschafts- und Machtbereichen die Möglichkeit der Mitbestimmung geben, nämlich Ihren Vertragspartnern, dann würde vielleicht manche Fehlspekulation im finanziellen Bereich unterbleiben.

Und nun zum Budget. Das Land Steiermark versucht seit 1973 und auch in diesem Budget die Stellung jener zu verbessern, die sozusagen die Grundinfrastruktur ärztlicher Versorgung sind. Und meine sehr Geehrten, wenn wir jetzt streiten, ob Ambulatorium ja oder nein! Eines ist sicher: Es wird immer praktische Ärzte geben und immer praktische Ärzte geben müssen, denn es wird Ihnen vielleicht gelingen, in Ballungsgebieten Ambulatorien zu errichten, aber es wird Ihnen nicht gelingen, am flachen Land Ambulatorien errichten zu können. Das wäre also unökonomisch. Auch dem größten Ideologen Ihrer Seite würden wahrscheinlich vor den finanziellen Konsequenzen und vor der mangelnden Suffizienz die Graubirnen aufsteigen. Das heißt, wir müssen alles tun, um diese Versorgung zu sichern und zu verbessern, um die Position des praktischen Arztes zu attraktivieren. In diesem Budget geschieht es wieder durch die Gewährung von Zinsenzuschüssen, durch Kreditbe-

schaftung, es geschieht ferner durch ein Gemeindegesetz, dessen Werden ich dringend urgieren und von dem ich hoffe, daß wir mit Beginn des kommenden Jahres hier also einen Antrag im Hause einbringen können. Das geschieht auch dadurch, daß wir mit Hilfe der Abteilung 1 hier die Vertretungsärzte geschaffen haben, um jene Landstriche mit ausgebildeten Spitalsärzten ärztlich versorgen zu können, wenn durch Tod oder durch längere Krankheit ein Ausfall der ärztlichen Versorgung eintreten könnte. Wir werden auch und sind dabei, den Ärztenotdienst landweit auszubauen, aber hier, meine sehr geehrten Damen und Herren, ein ernstes Wort. Ich möchte nicht Kritik üben an den 500.000 Schilling. Ich habe den Eindruck, daß sich viele über die Größenordnung der finanziellen Verpflichtungen, die auf uns zukommen, keine Vorstellungen machen. Ich sage Ihnen, allein die Betriebskosten, nicht die Honorare, die Betriebskosten eines Ärztenotdienstes nur für Wochenende und Feiertage im Ausseer Land, in den Bezirken Leibnitz, Radkersburg und im Bereich Gleisdorf kosten allein pro Jahr 197.000 Schilling. Der Aufwand für Graz, einschließlich der Honorierung, beträgt 1,8 Millionen Schilling. Mir ist es völlig klar, daß hier diese Mittel von verschiedenen Seiten werden aufgebracht werden müssen, aber ich glaube, daß es unsere Pflicht ist, die Gesellschaft, die vielzitierte, darauf aufmerksam zu machen, daß eine aufwendigere Form der ärztlichen Versorgung eine effizientere Form — wie wir hoffen — der ärztlichen Versorgung zweifellos zu höheren Ausgaben führen muß. Es hat keinen Sinn, meine sehr geehrten, aus Buhlen um die Wählergunst und in Blickrichtung auf den nächsten Wahltermin eine Geisteshaltung des Nulltarifs zu nähren, und — wie es da und dort bereits geschehen ist — zum gedanklichen Trugschluß des Nullhonorars zu führen. Sie können niemand, der im Bereich des Gesundheitswesens beschäftigt ist, nicht nur die Ärzte, ich denke ganz besonders an unsere Schwestern und an das gesamte Personal, Sie können nicht erwarten, daß diese Träger der Gesundheitsbetreuung dies alles ohne Anspruch auf gerechte Entlohnung tun werden. Wer das meint und diesen billigen Nulltarifschablonen folgt, wird einiges zur Kenntnis nehmen müssen, ich sage Ihnen dies als Warnung, wenn Sie glauben, daß Sie Leistungswillen und Initiative abtöten müssen oder abtöten können. Reisen Sie geistig in die Sowjetunion und sehen Sie sich um, wieviel die Sowjetunion in den letzten Jahrzehnten epochale Beiträge für die Fortentwicklung der modernen Medizin geleistet hat. Nämlich keine. Ein weiteres Wort zur Vorsorgemedizin. Der Herr Kollege Loidl hat heute das Thema Vorsorgemedizin angeschnitten. Die steirische Gesellschaft für Gesundheitsschutz, die seit einem halben Jahr tätig ist, wird bis Ende dieses Jahres etwa 4000 Personen untersucht haben in Form der Vorsorgeuntersuchung für Erwachsene, in Form der Säuglingsuntersuchung. Ich habe mir, meine sehr geehrten Damen und Herren, erlaubt, hier Ihnen zehn Mappen aufzulegen. In diesen zehn Mappen werden Sie die Unterlagen dieser drei Untersuchungen sehen, Sie haben außerdem die Möglichkeit, jene vom Computer ausgedruckten

Karteikarten zu sehen, die der Arzt nach erfolgter Untersuchung wieder bekommt. Ich sage das deshalb mit einem gewissen Stolz, weil diese Stelle, die ausschließlich vom Land Steiermark finanziert und subventioniert wird, mit einem Geschäftsführer und einer Sekretärin diese Aufgaben bewältigt, Aufgaben, die sie technisch zu lösen mit Hilfe von IBM in der Lage ist. Und hier, Kollege Loidl, wiederum ein Informationsdefizit. Ich gehöre zum Verhandlungskomitee, das über die Vorsorgeuntersuchung des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger verhandelt, das Programm gleicht nicht dem der Steiermark, sondern ist qualitativ um einiges schlechter und um einiges dürftiger, und die Fragen, wie man etwa dem Arzt die erhobenen Informationen über den Computer zukommen lassen könnte, sind dort noch nicht gelöst.

Ich bitte daher den Herrn Präsidenten, daß er dieses Informationsmaterial austeilen läßt, damit Sie sich selbst überzeugen können, wie die Form der Vorsorgemedizin betrieben wird. (Abg. Gerhard Heidinger: „Will keiner!“ — Abg. Pözl: „Ihr habt keinen, der es versteht, das ist der Jammer!“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Du warst ja schon im Spital mit dem Blinddarm, du kennst dich aus!“) Ich stimme Ihnen voll und ganz bei, daß eine ökonomisch und medizinisch überflüssige Konkurrenzierung nicht stattfinden sollte. Wir haben seinerzeit als Gesellschaft für Gesundheitsschutz eine Reihe von Interessenten eingeladen. Dieser Einladung sind gefolgt: das Gesundheitsministerium, das Land Steiermark, eine Reihe von privaten Versicherungsträgern, leider aber nicht die steirische Gebietskrankenkasse, weil man „einem so schwarzen Verein nicht beitreten könnte“. Ich halte dies deswegen für einigermaßen lustig, weil ich gar nicht wußte, daß das Gesundheitsministerium und die steirische Landesregierung bereits zum schwarzen Wirkungsbereich hinzugezählt werden. Sicher wäre es in Zukunft vernünftiger, eine gewisse Funktionsteilung zu betreiben. Es ist z. B. heute von einer Methode der Sportuntersuchung gesprochen worden, die in Graz ausgearbeitet wurde, einem Atmungskreislaufleistungstest. Der ist in unserem Programm 1974 vorgesehen, weiters eine Blutgruppenbestimmungsaktion, ein großes Untersuchungsservice nach den Grundlagen der Wiesbadener Diagnostikklinik, eine Reihe von Umweltschutzproblemen, eine Aktion Mutter-Kind-Schwimmen, damit man dem Kind schon im Vorschul- und Kleinkindalter das Schwimmen beibringt. Wie wir überhaupt glauben, daß vieles hier an Aufklärung notwendig wäre, von allen Stellen, die dazu berechtigt und verpflichtet wären. Denn schauen Sie, ich darf Ihnen als Arzt sagen, ich zitiere hier einen Kanadier: Würden alle die, die übergewichtig sind, weniger essen und würden alle, die viel trinken, nicht trinken und die Raucher nicht rauchen, würde uns wahrscheinlich die ganze Vorsorge in der Medizin erspart werden. Die schönsten Diagnosen, die wir stellen, werden nichts nützen, wenn niemand Konsequenzen daraus zieht. (Abg. Gerhard Heidinger: „Und manche wären nicht so zwitter!“ — Heiterkeit — Abg. Pözl: „Der Landeshauptmann hat schon eine Abmagerungskur gemacht!“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Jetzt ist er zwitter!“) Lieber Herr Kollege Heidinger, ich wünsche es Ihnen vom Her-

zen, daß Sie ein bißchen zwiderer werden, Sie leben länger. Ich habe Ihre „Leitlinien“ studiert, denn als Politiker muß man verschiedenes lesen, da lese ich auf Seite 80, daß Sie sich zu dieser Vorsorgemedizin bekennen und daß Sie auch meinen, daß alle Stellen, die diese Vorsorgemedizin betreiben, unterstützt werden können. Ich frage mich nur, warum der Herr Finanzreferent im ursprünglichen Entwurf diesen Posten ganz gestrichen hat. Anscheinend ist er doch nicht ganz der Meinung seiner Partei.

Das nächste Kapitel: Krankenanstalten. Sie sind die höchstorganisierte und damit kostenaufwendigste und teuerste Form der ärztlichen Versorgung. Sie sollen in der Kette der ärztlichen Möglichkeiten der Betreuung als Letztes herangezogen werden, schon letztlich aus ökonomischen Gründen. Aber die Kostenentwicklung zwingt zur Überlegung, wie die Relation Kosteneinsatz zur medizinischen Wirksamkeit in ein optimales Verhältnis gebracht werden kann. Dies setzt voraus, daß die Fragen der Finanzierung, der inneren Rationalisierung und einer bedarfsgerechten funktionellen Gliederung der Krankenanstalten einer Lösung zugeführt werden. Bedauerlicherweise muß ich feststellen, daß seit 1961 der zuständige Referent diesbezüglich keine entscheidenden und erkennbaren Schritte gesetzt hat. (Abg. Pözl: „Tut's schön brav zuhören!“) In der Finanzierung steht derzeit die Steiermark mit einem Kostenersatz der Krankenversicherungsträger von 220 Schilling pro Verpflegstag an vorletzter Stelle vor dem Burgenland, obwohl wir der zweitgrößte Spitalerhalter Österreichs sind. Ich vergleiche hierzu den Satz des kleinen Bundeslandes Salzburg, wo das Schiedsgericht den Verpflegssatz mit 261 Schilling festgesetzt hat. In Fragen der inneren Rationalisierung ist praktisch bisher nichts geschehen. In Fragen der Organisation und der bedarfsgerechten Gliederung bedurfte es mehrerer Anträge und Interventionen meiner Fraktion, damit am 10. 5. 1971 das Deutsche Krankenhausinstitut aufgefordert werden konnte, ein Gutachten zu erstellen.

Dieses Gutachten, das das Land Steiermark immerhin 600.000 Schilling gekostet hat, enthält eine Reihe bemerkenswerter positiver Aspekte. Es enthält leider aber auch eine Reihe von schwerwiegenden Fehlern, deren Ergebnisveröffentlichung in der Öffentlichkeit zum Teil Beunruhigung ausgelöst hat. Man hat in diesem Deutschen Krankenhausinstitut in Düsseldorf, also etwas weit weg vom Schuß, vom Schreibtisch aus — das erinnert mich an das Grillparzer-Zitat: Es ist möglich, daß es in Sachsen und am Rhein Leute gibt, die mehr in Büchern lasen, daß dort Bezirksgrenzen gleichgesetzt wurden mit den Einzugsgebieten, einfach schematisch: Bezirk ist gleich Einzugsgebiet — Landesgrenzen etwa zum Burgenland, gleichgesetzt mit Staatsgrenzen. Man hat zum Teil Zifferen des Jahres 1969 verwendet, die von der Entwicklung längst überholt wurden. Ich nehme zwei ganz prominente Beispiele heraus: Krankenhaus Knittelfeld und Judenburg. Da wird vorgeschlagen, das Krankenhaus Knittelfeld umzufunktionieren. Ein Krankenhaus, das im vergangenen Jahr 79.000 Verpflegstage hatte! Ich habe diese Ziffer leider nicht von der Abteilung 12, sondern dankenswerterweise von der ausgezeichnet informierten Abteilung 1. 79.382 Verpflegstage hat das

Krankenhaus Judenburg. Beide etwa mit 91 Prozent ausgelastet. Ich frage mich, ist das der Beitrag etwa zur Regionalförderung Aichfeld-Murboden, daß man das eine Krankenhaus praktisch auflösen möchte, daß man es umfunktionierte, ein Krankenhaus mit 30 internen Betten, 30 Geriatriebetten? Ich frage, was die Geriatrie ist.

Soviel ich aus meiner Erfahrung aus der internen Medizin weiß, ist diese zu 70 Prozent Geriatrie. Man reduziert auf 50 Chirurgiebetten, macht aber keine Vorschläge, dort oben in diesem Gebiet, wo Industrie und Forstwirtschaft ist, wo der Straßenverkehr eine ungeheure Unfallsdichte hat, eine Unfallsabteilung zu bauen. Warum macht man nicht eine Funktionsabteilung, wo wir alle Betten brauchen — und errichtet in Judenburg eine Unfallstation und gibt die Allgemein Chirurgie nach Knittelfeld. Anscheinend hat niemand dieses Institut aufgeklärt, daß in den letzten Jahren eine Reihe neuer Betriebe geschaffen wurden im Sinne der Förderung dieses Gebietes. Hier geht das Gutachten völlig daneben. (Abg. Pözl: „Für so eine Wirtschaft gibt es einen speziellen Ausdruck!“) Es gibt noch ein Beispiel. Sie verzeihen, daß ich mein eigenes Krankenhaus Fürstenfeld nehme, schon deswegen, weil der Herr Referent, der immer den Platzvorteil des Schlußwortes hat, immer wieder dann irgendwelche Ziffern von Fürstenfeld hereinwirft, die ich im Augenblick nicht in der Lage bin zu replizieren.

Ich kann Ihnen nur sagen, sie sind manipulierte Ziffern, denn die wahren Ziffern können Sie selbst aus dem Budget herauslesen. (Landesrat Gruber: „Die wahren Ziffern sagen nur Sie!“ — Abg. Pözl: „Gleich nach Ihnen, Herr Landesrat!“) Herr Landesrat, haben Sie Geduld, lesen muß man können, nur lesen muß man können, nehmen Sie den Budgetentwurf des Jahres 1974 und schauen Sie nach unter der Rubrik Erfolg 1972, dann werden Sie sehen, daß das Krankenhaus Fürstenfeld, es ist ja nicht mein Verdienst bitte, es gibt auch andere Abteilungen, (Landesrat Gruber: „Ich habe Ihnen ja recht gegeben!“) an der Spitze der Einnahmen bei den 2gliedrigen Anstalten steht mit 27.707.000 Schilling, das spricht doch nicht gerade dafür, daß für dieses Krankenhaus kein Bedarf ist. Ich kann Ihnen sagen, daß das Krankenhaus Fürstenfeld seit dem Jahre 1967, wo die Indexziffer gleich 100 ist mit dem Jahre 1972 an Verpflegstagen einen Zuwachs von 127,5 Prozent aufzuweisen hat, nämlich 87.151 Verpflegstage und damit an der Spitze der Zunahmen aller steirischen Krankenanstalten steht. Und so ein Krankenhaus will ein Krankenhausinstitut auflösen, da habe ich ja doch verdammt den Beigeschmack, daß das nichts anderes ist als ein Gefälligkeitsgutachten, sozusagen ein maßgeschneidertes. (Beifall OVP. — Abg. Pözl: „Ich habe ja gesagt, es gibt einen speziellen Ausdruck für eine solche Wirtschaft, aber der Gratsch hat euch ja verboten zu reden!“ — Abg. Gratsch: Wir sind nicht bei der OVP!“ — Abg. Pözl: „Bist eh sehr gscheit, so könnt ihr wenigstens zuhören!“ — Abg. Preamberger: „Der Pözl weiß es!“) Wenn Sie sich die Mühe machen, das Gutachten, das 170 Seiten hat, zu lesen, würde ich Sie bitten, zu sehen, wie sehr Entscheidungen, die erst gefällt werden müßten, bereits vorweggenommen werden, z. B. mit einer Selbstverständlichkeit wird der Stand-

ort Hartberg bereits festgestellt, obwohl vieles an diesem Standort in Diskussion stehen sollte und stehen müßte. Alles in allem, das Gutachten begnügt sich mit teilproblematischen Annahmeziffern, ich denke hier an die Zukunft, Aufnahmezeit: 12 Tage im Durchschnitt, wer weiß das wirklich bei der laufenden Überalterung. Im wesentlichen habe ich doch den Eindruck, daß das Gutachten Intentionen folgt, wo Sympathie und Antipathie gegen gewisse Primärärzte hier sehr deutlich zum Ausdruck kommen sollte. Man hat überhaupt den Eindruck, daß dieses Gutachten mehr als Verlegenheitslösung gedacht ist, um zu kaschieren, daß es neun Jahre bedurfte, bis man zur Kenntnis gekommen ist, daß so weitreichende wirtschaftliche und gesundheitspolitische Entscheidungen ohne Grundlagenerhebungen nicht gefällt werden können. (Abg. Pözl: „Feine Wirtschaft!“) In diesem Gutachten sind aber auch beherzigenswerte Vorschläge. Zum Beispiel wird ein Krankenhausrat vorgeschlagen als Koordinationsorgan, der die Aufgabe hätte, die Funktionsteilung der Krankenhäuser, ihre Planung und ihren Ausbau zu beraten und zu beschließen, sozusagen ein Organ der Mitbestimmung. Mir ist nicht bekannt, daß dieser Vorschlag auch nur ansatzweise realisiert wurde, denn, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben zwar eine Spitalskommission, sie dämmert so im Dornröschenschlaf dahin, innerhalb dieses Jahres ist sie zweimal zusammengetreten, einmal zur Konstituierung und einmal (Abg. Pözl: „Zur Auflösung!“) zur Prüfung des Versorgungsbereiches Nord. Diese Monsterkommission besitzt 24 Mitglieder, jeder Elementarschüler eines Managementkurses weiß, daß eine Kommission mit 24 Mitgliedern einfach nicht arbeitsfähig ist. Diese 24 Mitglieder umfassen 8 Vertreter der Verwaltung, 5 Ärzte, davon 2 wieder aus der Verwaltung und nur 3 vom Krankenhaus, 2 Schwestern und 5 Angehörige von Krankenkassen oder Sozialversicherungsträgern. Wenn Sie mich fragen, ich habe einmal daran teilgenommen, das zweite Mal habe ich wegen meines Kuraufenthaltes gefehlt, ich habe den Eindruck gehabt, diese Kommission gleicht dem Hofrat früherer Zeiten, dem ein absoluter Monarch vorsitzt und der die Aufgabe hat (Abg. Pözl: „Weihrauch zu streuen!“), als Resonanzboden des Vorsitzenden zu funktionieren. Das Ergebnis kann natürlich qualitativ und quantitativ nur bescheiden sein, selbst auf die Gefahr hin, daß es zu einstimmigen Beschlüssen kommt. Knittelfeld 30 interne Betten, 30 Geriatriebetten, 90 Psychiatriebetten — ich möchte wissen, wo es die vielen Geisteskranken gibt — und 50 Chirurgiebetten, das ist der Sukkurs, der dabei herauskommt. Ich kann Ihnen sagen, nachdem ich diese Kommission gesehen habe, habe ich nur einen Wunsch, möge diese Kommission möglichst bald der Fristenlösung zum Opfer fallen und vorzeitig abgetrieben werden. (Beifall bei der OVP. — Heiterkeit. — Abg. Gerhard Heidinger: „Herr Primarius, verhandeln!“ — Abg. Pözl: „Paß auf, der Gratsch schaut schon ganz böse!“)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, kein Gefälligkeitsgutachten und keine Alibikommission kann sich über folgende Tatsachen hinwegsetzen:

1. Der Referent war bisher nicht in der Lage, einen umfassenden steirischen Krankenhausplan

vorzulegen, er hat das der Frau Minister Leodolter überlassen, die in der Zwischenzeit einen von allen Überlegungen des Deutschen Krankenhausinstitutes zum Teil abweichenden österreichischen Plan vorgelegt hat. (Abg. Gerhard Heidinger: „Sehr geschieht!“) Ich möchte auch glauben, daß man in diesem Plan, von dem wir doch eines Tages hoffen, daß er uns vorgelegt wird und an dem wir vielleicht auch als Abgeordnete mitarbeiten dürfen, daß man gewisse Dinge berücksichtigt. Ich muß Ihnen gestehen, es berührt mich eigenartig als Abgeordneter des Landes Steiermark, auch als Primarius und einer, der sich mit Gesundheitsfragen beschäftigt, wenn man in der Zeitung liest, daß die Unfallversicherung in Graz ein Unfallkrankenhaus baut um 600 Millionen Schilling. Ich bitte Sie, sich zu vergegenwärtigen, daß die schon sehr diskutierte umstrittene Chirurgie nicht einmal 300 Millionen Schilling (Landesrat Gruber: „Das war der Sebastian!“) gekostet hat und daß diese immerhin eine Universitätsklinik ist, wo also die Ausbildung, die Forschung, die Lehre und die Krankenbetreuung betrieben wird. Hier sehen Sie nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß das Schlagwort von privatem Reichtum und öffentlicher Armut leider in der Form wiederkehrt, daß der private Reichtum bei den Sozialversicherungsträgern ist und die öffentliche Armut beim Land Steiermark. (Abg. Pözl: „Sozialistische Hochstapelei!“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Der will heute unbedingt einen Wirbel haben!“ — Abg. Gross: „Aber Pözl, da haben die Unternehmer mitgestimmt!“)

2. Der Referent war leider nicht in der Lage — ich bedaure das sehr —, bisher das Instrument eines Krankenhausrates zu schaffen und die Mitbestimmung in seinem Ordnungsbereich zu ermöglichen, obwohl gerade ein solches Instrument ein wertvolles Instrument wäre, sozusagen zur Entscheidungsfindung.

3. Trotz mehrfacher Aufforderung war der Referent nicht in der Lage, im größten Krankenhaus Österreichs, im Landeskrankenhaus Graz, jene Laboratoriumsorganisation zu schaffen, die wirtschaftlich, ökonomisch und medizinisch effektiv ist. Ich möchte Ihnen eine Stellungnahme der Österreichischen Gesellschaft für klinische Chemie zitieren (Abg. Pözl: „Jetzt kommt das Piaty-Stufenprogramm Nr. 3!“), d. h. das Schwerpunktlaboratorium, das ist gemeint in einem Großkrankenhaus, soll eine eigene unabhängige Abteilung des Krankenhauses sein und unter der Leitung eines Facharztes für Laboratoriumsdiagnostik stehen. Kleine Stationslabors als Handlabors können in Laboratorien für Spezialuntersuchungen in den einzelnen Abteilungen bestehen bleiben, sollen jedoch nicht für die Durchführung des Routine-Analysenprogramms herangezogen werden. Neben der Durchführung eines 24-Stunden-Bereitschaftsdienstes soll das Schwerpunktlaboratorium eines Schwerpunktkrankenhauses auch die fachliche Betreuung der beiden ersten Stufen übernehmen, da in einem solchen Großlaboratorium auch ein Teil der Ausbildung und Fortbildung des akademischen und technischen Personals stattfinden soll. Um jeweils mit der Methodik auf dem neuesten Stand der Entwicklung zu sein und die fachliche Betreuung der beiden ersten Stufen übernehmen zu

können, wird es notwendig sein, auch klinisch-chemische Forschung zu betreiben. Die Ausrüstung des Schwerpunktlaboratoriums soll demnach dem neuesten Stand der Technik angepaßt sein. Wegen der großen Anzahl der Analysen wäre eine Vollautomation mit Datenverarbeitung bzw. ein Anschluß an einen Großrechner als optimal zu betrachten, zumal die steigende Tendenz der durchzuführenden Analysen sicherlich auch weiterhin anhalten und nur durch Rationalisierung zu bewältigen sein wird. Das unter der Prämisse, daß allein die Laborproben etwa im Jahr um 20 Prozent steigen. Das allein würde zu Rationalisierungen zwingen, die bisher leider unterblieben sind.

4. Keine prospektiven Maßnahmen. Wir haben nach wie vor drei Krankenhäuser, die ausschließlich eingliedrig, d. h. von einem Primar geführt werden und es gibt außer in Bruck und Leoben noch immer keine Abteilungen für Frauenheilkunde, Geburtshilfe und Kinderkrankheiten. Es ist mir bekannt, daß der Referent natürlich hier im Hause, insbesondere von der ÖVP-Fraktion, zu Initiativen getrieben wird, es ist aber noch bemerkenswerter, daß allmählich er von der eigenen Frau Bundesminister getrieben werden wird, die in der 2. Krankenanstaltsgesetznovelle diesbezüglich bereits bindende Vorschriften festgelegt hat.

5. Wir hören, daß 200 Schwesternposten fehlen. Ich bedauere, daß noch immer keine neuen Schwesternschulen dorthin verlegt wurden, wo das Nachwuchsreservoir der Schwestern ist, nämlich draußen am flachen Lande. (Beifall bei der ÖVP.)

6. Es gibt nach wie vor keine Ausbildungsmöglichkeiten für Diätassistenten, obwohl in der Universitätsstadt Innsbruck und Wien eine solche existiert, nicht aber in Graz.

7. Es gibt nach wie vor keine Maßnahmen zur Humanisierung der Anstalten. Auf Seite 155 dieses Gutachtens steht, daß allein das Krankenhaus Feldbach 60 Betten — bezogen auf die Stellfläche — zuviel hat. Ich kann nur sagen, daß Gleiches für viele Krankenanstalten gilt. Nach wie vor stehen Patienten wochenlang draußen am Gang, weil wir keine Plätze in den Zimmern haben und nach wie vor geschieht nichts, um hier eine entsprechende Auflockerung der Stellfläche zu erreichen und sozusagen menschliche Verhältnisse herbeizuführen. Ich könnte also all jenen, die diesem Problem gleichgültig gegenüberstehen, nur wünschen, daß sie eines Tages als Patienten draußen am Gang liegen.

8. Wir haben nach wie vor keine Abteilung für chronisch Kranke, keine Teilung in akut und chronisch Kranke.

9. Keine Änderung der Wirtschaftsstruktur des Wirtschaftskörpers Krankenhaus. Man steht geistig und wirtschaftlich so wie eh und je nach wie vor am Stehpult und wälzt sozusagen seine wirtschaftlichen Sorgen in dicken Ein- und Ausgabefolianten nach den Grundsätzen der Kameralistik. Man hat nach wie vor kein modernes Krankenhausmanagement. (Abg. Pölzl: „Das hat einen eigenen Namen, da wird der Sebastian schon antworten!“)

10. Man versagt nach wie vor bei der Finanzierung. Nur ein Beispiel: Seit 1965 sind die Ambulanzgebühren nicht erhöht worden, das heißt seit

7 Jahren. Was da alles passiert ist! Es zahlt der Krankenversicherungsträger für die Leistungen, die wir erbringen, für ein Vierteljahr ärztlicher Leistung im Krankenhaus S 69,—. Man versagt bei der Rationalisierung, man kennt keine Pflegeeinheiten, die man versuchen könnte. Man versucht keine Automatisierung und keine weitgehende Technisierung. Man versucht keine Typisierung der Apparaturen, die im Krankenhaus eingesetzt werden. (Abg. Pölzl: „Peinlich, was?“)

Von dieser Seite wird immer von Planung gesprochen, immer dann, wenn Sie die Straßen meinen. Ich frage Sie, warum sprechen Sie nicht von Planung im Krankenhaus und warum betreiben Sie keine Planung? (Abg. Pölzl: „Herr Dr. Piaty, das dürfen Sie nicht! Das ist ja der Parteivorsitzende!“)

Was in den Krankenhäusern in diesem Lande geschieht, verdanken Sie dem Einsatz und Opfersinn der Tätigkeit von Hunderten Ärzten und Tausenden Krankenschwestern und dem übrigen Krankenhauspersonal. Es wäre hoch an der Zeit, ein System des Improvisierens und des bloßen Administrierens zu beenden. Schluß zu machen mit einem System, das die Dinge einfach treiben läßt und die Probleme ungelöst vor sich herschiebt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Zeit geht besonders in der Medizin und der Entwicklung des Gesundheitswesens rasch weiter. Gegenwart, Zukunft erfordern aber Überlegungen, Initiativen, vielleicht unkonventionelle Methoden, sie erfordern ein zügiges Vorwärtstommen im Sinne eines echten Fortschrittes. Aber wenn ich so Resümee passieren lasse: Etwa ihr Gesundheitsministerium, der hilflose Vorschlag des Herrn Bundeskanzlers für eine Meinungsbefragung, wie man das Gesundheitswesen finanzieren könnte, oder die Starrheit bei den Überlegungen, wie man ein überholtes Krankenversicherungssystem an die modernen Gegebenheiten anpassen könnte. Wenn ich das alles berücksichtige, habe ich den Eindruck, und den können Sie mir nicht nehmen, der Fortschritt mag weitergehen, nur Sie sind fußmarod am Wegrand des Fortschrittes liegengeblieben. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Pölzl: „Jetzt bekommt ihr es schriftlich, im stenographischen Protokoll könnt ihr es nachlesen!“ — Landesrat Bammer: „Herr Pölzl, warum gehen Sie nicht ins Simpl?“)

Präsident: Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Brandl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Brandl: Hoher Landtag, sehr geehrte Damen und Herren! Fast genau vor einem Jahr hat Abgeordneter Dr. Piaty am Schluß seiner Rede in seiner sehr selbstgefälligen Art an den Herrn Landeshauptmannstellvertreter Sebastian als Gesundheitsreferent Noten ausgeteilt. Sein Schlußurteil war in der Richtung, daß der Kandidat für einen weiteren Aufstieg nicht geeignet wäre. (Abg. Ritzinger: „Das weiß die ganze Steiermark!“) Wenn ich, Herr Abgeordneter Dr. Piaty, die Entwicklung in der letzten Zeit betrachte und wenn ich mir vor allem vor Augen führe, in welcher Art Sie in der letzten Zeit Politik gemacht haben, dann müßte ich Ihnen mit eigenen Worten sagen: Der Kandidat Abgeordneter Dr. Piaty ist für den Aufstieg in die Österreichische Ärztekammer nicht geeignet. (Beifall bei der SPÖ.)

— Abg. Pranchk: „Die haben ihn aber gewählt!“ — Abg. Pölzl: „Sogar die BSA-Ärzte haben ihn gewählt!“)

Sie haben heute, Herr Ärztekammerpräsident, auf die Verhandlungen über die Zahnärzte hingewiesen. Wir alle sind froh darüber, daß eine Einigung zustande gekommen ist. Unserer festen Überzeugung nach wäre viel rascher eine Einigung zustande gekommen, wenn Sie und Ihre Ständesvertretungen von allem Anfang an eine realistische vernünftige Forderung auf den Tisch gelegt hätten, nicht mit 94 Prozent begonnen, dann auf 68 Prozent herunter und letzten Endes, mit der dritten Etappe miteingerechnet, sich bei 36 Prozent geeinigt hätten. Sie haben in diesem Zusammenhang hier ein Wort in den Raum gestellt, das nicht unwidersprochen sein darf, und zwar, daß Sie und Ihre Ständesvertretungen sich einer Gewerkschaftsdiktatur nicht beugen werden. (Abg. Pölzl: „Da hat er recht!“) Ich bin Gewerkschafter und seit mehr als 20 Jahren bei Lohnverhandlungen dabei, wo es in Wirklichkeit um nichts anderes geht als die Interessen, die Verdienstbedingungen unserer Berufskollegen zu vertreten. Das gleiche gilt in Ihrem Fall. Und wenn Sie hier dieses harte Wort in den Raum setzen, dann muß ich doch zu überlegen geben, was unbestritten ist und auch im Ausland anerkannt wird, daß das österreichische Wirtschaftswunder, wie es wir so gerne nennen, darauf zurückzuführen ist, weil es in unserem Lande gelungen ist, daß sich Arbeitgeber und Gewerkschaften am Verhandlungstisch einigen und daß sie damit unserem Lande viel von dem ersparen, was in anderen Ländern vor sich geht. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Pranchk: „Das hat er ja gesagt!“ — Abg. Zinkanell: „Ganz neu!“ — Abg. Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer: „Das haben wir selber gesagt!“) Als Gewerkschafter und auch als Sozialisten wünschen wir, daß dieses Klima, das hier zustande gebracht worden ist, weiter aufrecht bleibt, auch im Rahmen Ihrer Ständesvertretungen angewendet wird. (Abg. Doktor Piaty: „Ganz weise Auffassung!“) Wenn Sie sich die entsprechende Selbstbeschränkung auflegen, die wirtschaftlich vertretbar ist, dann wird das auch in Zukunft besser möglich sein. (Abg. Buchberger: „Herr Kollege, da rennen Sie bei uns offene Türen ein!“)

Herr Präsident Dr. Piaty, Sie haben sich in Ihren Ausführungen auch darüber beschwert, daß Ihnen die Kommission zu groß ist. Sie haben sich allerdings sowieso in den letzten Worten sehr abfällig über die ganze Kommission ausgedrückt. Aber Sie müssen sich in der ÖVP darüber einigen, wie groß die Kommission sein soll! Ihnen ist sie zu hoch an Mitgliedern und der Frau Abgeordneten Jamnegg ist sie zu klein, denn sie hat im Finanzausschuß festgestellt, daß zu den ordentlichen Mitgliedern auch Ersatzmitglieder bestellt werden müßten. (Abg. Jamnegg: „Nein, Moment, Herr Kollege!“) Aber Frau Kollegin Jamnegg, an und für sich bemühe ich mich schon immer, sehr genau hinzuhören und festzustellen, was gesagt wird, Sie haben dort erklärt, daß Ersatzmitglieder einberufen werden müssen und das kommt darauf hinaus, daß wir im Endergebnis 48 Mitglieder in dieser Kommission hätten. (Abg. Pranchk: „Das ist eine Verwischung. Sie hat etwas ganz anderes gesagt, daß die Ersatzleute verständigt wer-

den, das hat mit der Anzahl gar nichts zu tun!“ — Abg. Jamnegg: „Ich möchte Ihnen nicht unterstellen, daß Sie bewußt etwas Falsches gesagt haben, nur haben Sie im Finanz-Ausschuß nicht zugehört. Wenn Sie schon das Thema anschneiden, gestatten Sie mir zu sagen: Wir haben auch in der Zusammensetzung der Kommission einen konkreten Vorschlag gemacht. Daß sie heute etwas anders aussieht, liegt nicht in unserer Kompetenz!“ — Abg. Pranchk: „Wenn das ordentliche Mitglied nicht da ist, das ist doch eine Plauscherei!“ — Abg. Pölzl: „Bei 48 gibt es mehr Weihrauch!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe.)

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Beratungen zu den Landeskrankenanstalten als einen Teilbereich unserer Gesundheitspolitik nehmen ja immer im Landtag einen sehr breiten Raum ein und es tritt immer die grundsätzliche Frage auf, ob wir die Kosten verantworten können, die damit verbunden sind und es tritt die zweite grundsätzliche Frage auf, ob auch eine Wirtschaftlichkeit dieser Landeskrankenanstalten angestrebt werden kann. Und wir müssen Ihnen als Sozialisten immer wieder, das werden wir wiederholen, wenn diese Fragen auftreten, sagen, daß man in der Gesundheitspolitik keine Rentabilitätsrechnungen anstellen kann, weil sich eben Leben und Gesundheit ganz einfach nicht bewerten lassen. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Und wir sagen gar nichts anderes! Sie legen es falsch aus, das ist alles!“) Nein, Sie sagen etwas wesentlich anderes, denn ich kann mich zumindest erinnern an sehr viele Budgetdebatten, Herr Abgeordneter Dr. Eichinger, wo Sie immer, aber immer wieder in sehr nörgelnder Art, das darf ich Ihnen auch einmal ganz offen sagen, sich über die Gesundheitspolitik und besonders über die Landeskrankenanstalten geäußert haben. (Abg. Pölzl: „Über den Referenten!“ — Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Sie irren sich, ich habe dazu noch nie gesprochen, Herr Kollege Brandl!“ — Glockenzeichen. — Präsident: „Am Wort ist der Referent!“ — Abg. Nigl: „Am demagogischen Wort ist der Brandl!“ — Abg. Jamnegg: „Schade, daß Sie nicht da sitzen!“) Sie versuchen das nur, jetzt etwas besser zu verpacken und Sie versuchen mit der Wirtschaftlichkeit herumzureden. Gar nichts anderes, weil das besser klingt, das schaut besser aus, als wenn man sagen wollte, weil wir unparteiisch wären! (Unverständliche Zwischenrufe. — Abg. Pranchk: „Sie haben schon wieder nicht zugehört!“ — Abg. Nigl: „Das ist nicht richtig!“ — Abg. Marczik: „Das ist eine Unterstellung!“ — Abg. Dr. Piaty: „Das habe ich nicht gesagt!“ — Landesrat Dr. Krainer: „Das genaue Gegenteil, das ist eine glatte Unterstellung!“ — Abg. Pranchk: „Da habt ihr die Köpfe zusammengesteckt und geschwätzt und nicht zugehört, darum wißt ihr jetzt nichts!“ — Abg. Fellingner: „Das ist Piaty-Musik!“ — Abg. Pölzl: „Darum hat der Gratsch gesagt, ihr müßt zuhören!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe.)

Aber Frau Kollegin, ich bin doch jetzt am Wort, Sie können sich auch noch einmal melden, das geht ohne weiteres, aber seien Sie nett zu mir, lassen Sie mich reden, denn sonst werde ich aufgeregt und dann passiert mir was. Das geht ja nicht. Lassen Sie mich reden, bittschön! Ja, daß bei einem solchen umfangreichen Problem wie bei den Landeskrankenanstal-

ten selbstverständlich auch Kritik geübt werden kann, das ist völlig klar, aber es hat wenig Sinn, wenn ein Fachmann wie der Herr Arztekammerpräsident alles in negativster Form hinstellt und so tut, als ob überhaupt nichts Positives geschehen wäre, wie wenn alle, die mit diesen Dingen zu tun haben und das sind letzten Endes 6500 Beamte und Vertragsbedienstete, die in den Landeskrankenanstalten beschäftigt sind, wie wenn die unfähig wären, nicht in der Lage wären (Landesrat Dr. Krainer: „Das hat er nicht gesagt!“), aber selbstverständlich, in diese Richtung geht es. (Beifall bei der SPO. — Abg. Dr. Piaty: „Sie haben nicht zugehört!“) Aber Herr Dr. Piaty, Sie haben doch eine Art, sich sehr deutlich auszudrücken, aber selbstverständlich. Das versteht man doch sehr genau, was Sie sagen wollen. Das ist sehr einfach. Und ich glaube, so kann man es nicht machen. Man kann kritisieren. (Abg. Pranckh: „Sie plauschen ja schon wieder!“ — Heiterkeit.) Meine Herren, ich glaube, ich muß meinen Gipsverband hier in Aktion setzen, wenn es nicht geht. Man kann selbstverständlich kritisieren, aber man muß auch anerkennen, meine Damen und Herren, daß in diesen Landeskrankenanstalten ungemein viel getan worden ist, daß wir hier einen Fortschritt erreicht haben. (Abg. Pranckh: „Sie haben wieder nicht zugehört!“) Das ist doch eindeutig klar! Schauen Sie, ich wohne ja an der Grenze zu Niederösterreich, ich kenne also die Probleme, die im Land Niederösterreich bestehen, das eine andere Struktur in seinen Krankenanstalten hat und wo die Gemeinden mitverpflichtet sind, hier ihre sehr großen Opfer zu bringen und wo sie dann dadurch nicht in der Lage sind, diese Entwicklung durchzusetzen und diese Entwicklung vorzunehmen, wie sie bei uns im Land Steiermark anerkannt ist. Und wenn das nicht nur in unserem Lande, wenn das nicht nur von den Menschen selbst gesehen wird, wenn das auch über die Grenzen unseres Bundeslandes anerkannt wird, dann verstehe ich nicht, daß so ein Fachmann wie Sie, Herr Abg. Piaty, das nur negativ sehen kann. Sie müssen doch auch dieser ganzen Seite etwas Positives abgewinnen können, das könnte ich mir doch gut vorstellen. (Abg. Pranckh: „Was plauschst du denn schon wieder?“) Aber nein, plauschen tu ich überhaupt nicht! (Landesrat Bammer: „Brandl, Vorsicht, er beißt!“)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, und Sie reden davon, daß es Ihnen jetzt mit dem Krankenhausplan viel zu langsam geht, jetzt auf einmal viel zu langsam geht. (Abg. Dr. Piaty: „9 Jahre!“ — Abg. Ritzinger: „9 Jahre, das ist aber sehr schnell!“) Es ist doch nichts anderes. Sie hätten doch ebenso in der Zeit Ihrer Alleinregierung von 1966 bis 70 die Möglichkeit gehabt, auf der Bundesebene hier entsprechende Voraussetzungen zu schaffen, um eine gewisse Koordinierung über die gesamten Bundesländer zu erreichen, da es keinen Sinn hat, wenn wir nur auf ein Bundesland abstimmen. (Abg. Marczik: „Ihr müßt erst die Erlaubnis aus Wien abwarten!“) Das hat doch keinen Sinn und das Bundesministerium geht daran und regelt nun diese Dinge und versucht nun Ordnung hereinzubringen und das paßt Ihnen auch nicht. Ja, man müßte wissen, was Ihnen überhaupt paßt. Das ist ungemein schwierig mit Ihnen. (Abg. Ing. Stoisser: „Wir warten auf sachliche, gut

fundierte Gegenvorschläge, aber Sie bringen nur Polemik!“ — Abg. Marczik: „Das paßt uns sicher nicht!“) Sie sind so laut, ich kann es nicht verstehen. (Unverständliche Zwischenrufe.) Ja, wenn man so herausgefordert wird, dann muß man doch antworten, das tun ja Sie auch, dieses Recht müssen Sie mir auch zubilligen, das geht nicht anders. (Abg. Pranckh: „Jetzt sind wir dort, wohin er will!“) Aber wenn Sie von den gut fundierten Gegenvorschlägen reden, dann darf ich Ihnen sagen — und jetzt komme ich zum Schlußsatz —, in unseren „Leitlinien“ können Sie sehr präzise Auskunft darüber lesen, wie wir uns die Regelung vorstellen. (Beifall bei der SPO. — Abg. Ritzinger: „Jetzt müssen wir wieder warten!“ — Abg. Pözl: „Wieder 9 Jahre!“ — Abg. Haas: „Bis 1980!“) Nein, nein. Wir haben sehr genaue Vorstellungen und wir wissen, daß wir eine entsprechende Ordnung brauchen, daß es Standardkrankenhäuser geben wird, daß es Schwerpunktkrankenhäuser geben wird und Zentralkrankenanstalten, ja das ist doch nichts Neues, nicht wahr, das ist selbstverständlich, aber in diese Ordnung werden wir uns einfügen müssen und wir werden auch gewisse Wünsche dort unterordnen müssen, das geht ganz einfach nicht anders. Ich glaube, was wir alle zusammen wollen, ist eine gute und eine ausreichende Versorgung für die Menschen in unserem Lande (Abg. Pranckh: „Jawohl!“), denn man wird uns, meine sehr geehrten Damen und Herren, letzten Endes nicht nur daran messen, wie wir unsere Wirtschaft, wie wir unsere Kultur entwickeln, sondern wird uns auch daran messen, wie wir imstande sind, für unsere kranken und alten Menschen zu sorgen. Danke schön. (Beifall bei der SPO. — Abg. Buchberger: „Das hat der Piaty gewollt, genau das!“)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich zu einer tatsächlichen Berichtigung der Abgeordnete Dr. Eichfinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Eichfinger: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Brandl hat früher erklärt, daß ich bei meinen Wortmeldungen zu dieser Gruppe immer nur genörgelt habe. Ich möchte hier die Feststellung treffen (Von der SPO: „Das ist keine Berichtigung!“) — ich bin erwähnt worden, Herr Kollege, mein Name ist hier genannt worden, ich betone, daß ich zu dieser Gruppe seit Jahren nicht gesprochen habe —, daß also das, was hier erklärt wurde, den Tatsachen nicht entspricht wie so vieles von dem, was hier gesagt wurde. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Landeshauptmannstellvertreter Sebastian. Ich erteile ihm das Wort.

Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: Sehr verehrte Damen und Herren, Hohes Haus! Es ist selbstverständlich, daß es um die Fragen der Gesundheitspolitik hier immer ein Für und Wider geben wird und daß auch die Meinungen aufeinanderprallen und Kritik geübt wird. Fragen des Gesundheitswesens stehen heute Gott sei Dank im Mittelpunkt der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen. Vor Jahren war das noch nicht so, da hat

man das noch nicht in dem Ausmaße beachtet, wie dies heute der Fall ist. Ist doch die Frage der Gesundheitspolitik in einem viel größeren Rahmen zu sehen. Sie beginnt mit den Fragen des Umweltschutzes, der Präventivmedizin und endet letztlich im Krankenhaus. Das Krankenhaus wird in zunehmendem Maße Zentrum der modernen Gesundheitspolitik sein und bleiben.

Die Menschen in diesem Lande, diesem Staate und alle Menschen in den Kulturstaaten werden in zunehmendem Maße mehr, je nach Temperament, der eine schreiend, der andere bittend, jeder aber erwartet selbstverständlich von der Öffentlichkeit, daß für ihn im Krankheitsfalle ein gut ausgestattetes und eingerichtetes, mit bestem Personal versorgtes Krankenhaus zur Verfügung steht. Wenn ich die Präventivmedizin nehme, die auf uns zukommt, wird es ohne die Inanspruchnahme des Krankenhauses nicht gehen, sosehr wir alle der Meinung sind, daß sowohl der private, praktische Arzt, der Facharzt, die Ambulatorien mit diesen Fragen befaßt sein sollen. Aber letztlich wird entweder aus dem Resümee der Vorsorgemedizin der Patient im Krankenhaus landen oder er wird die Einrichtungen des Krankenhauses in Anspruch nehmen müssen, weil sich der einzelne Arzt sie in der kostspieligen Art, wie sie erforderlich sind, nicht leisten kann, ebensowenig der Facharzt. Noch eher Ambulatorien und wie Figura zeigt, sind Versuche gescheitert, daß man Gemeinschaftspraxen macht und dort diese Einrichtungen den Patienten zur Verfügung stellt.

Es ist also kein Novum und ich werde das dann zahlenmäßig beweisen, daß in all diesen Industrie- und Kulturstaaten mehr Geld vom Bruttosozialprodukt in zunehmendem Maße für das Gesundheitswesen aufgewendet und zur Verfügung gestellt werden muß. Ich rede jetzt nicht vom wissenschaftlich-medizinischen Fortschritt, sondern von der Verfachlichung, von der Spezialisierung, von den Möglichkeiten der Medizin.

Ich habe vor vielen Jahren darauf hingewiesen, als die Raumfahrt begonnen hat, was als Abfallprodukt an medizinischen Erkenntnissen im Zusammenhang mit der Raumfahrt auch zu uns herkommt. Es ist nicht so, daß heute jemand ins Krankenhaus kommt und dort die Diagnose gestellt wird und die Therapie beginnt. Herr Abgeordneter Dr. Piaty ist doch Internist und wenn er wenigstens sich einmal in all den Jahren, wo er Kritik übt, gesagt hätte: Ich bin Internist, ich muß ehrlich sagen, früher hat ein Krankenhaus aus Räumen für Betten und wenn es gut gegangen ist, für ein, zwei Behandlungszimmer bestanden. Der Internist hat eine Quarzlampe gehabt, einen Elektrisierapparat, einen ganz schlechten Röntgenapparat. In Fürstenfeld ist lange ein ganz schlechter gestanden und heute hat dieselbe interne Abteilung nur mehr 24 % des gesamten Bauvolumens für Betten. Alles andere ist für Untersuchung und Behandlung. Selbst dem Internisten, der dich früher mit dem Stethoskop abgehört und abgeklopft hat, die Diagnose gestellt, mit der Therapie begonnen hat, steht heute eine Vielzahl von Einrichtungen, Maschinen und Geräten zur Verfügung. Er hört und klopft heute nicht ab, sondern zerlegt chemisch und analysiert und röntgenisiert den Menschen und erst nach 3 Tagen, wenn es schnell

geht, stellt er die Diagnose und beginnt mit der Therapie. Das ist aber nur ein ganz kleines Fachgebiet.

Die Medizin verfacht, verspezialisiert sich. Allenorts sind neue, allein während der 13½ Jahre, wo ich hier verantwortlich zeichne, medizinische Fachgruppen gekommen, neue Fachgebiete erschlossen worden. Ich rede nicht von den Geräten, die in dieser Zeit entwickelt worden sind.

Immer wieder werden wir vor die Frage gestellt, wieviel wir bereit sind für diese Einrichtungen zu tun. Ich muß, nachdem eine solche Fülle von Reden gehalten wurde, um Verständnis bitten, daß ich darauf antworten muß. Die Stolzalpe war, als ich das Ressort übernommen habe, noch ein Krankenhaus für extrapurmunale Tbc. Da lagen die Leute mit ganz geringen operativen Eingriffen Monate, Jahre in Gips eingebunden, sind an die Sonne geschoben worden, haben ein gutes Essen bekommen. Die Stolzalpe hat dank der Erkenntnisse und Möglichkeiten der modernen Medizin und des Könnens unserer Ärzte im Laufe der Jahre ihren Indikationsbereich geändert. Nun haben wir auch ein Rehabilitationszentrum für alle Querschnittsgelähmten, die in immer höherem Maße durch Autounfälle anfallen. Früher mußten wir betteln, ob Tobelbad so gut ist, unseren Fall aufzunehmen, weil dort nur die Behandlung für Arbeitsunfälle vorgesehen ist.

Daß wir ein hervorragend ausgestattetes Rehabilitationszentrum in der Steiermark haben, wird nicht erwähnt. Und daß es auch für den Patienten von enormer Bedeutung ist, wem er in die Hand fällt, wie er operiert wird, ob man einfach einen Finger wegoperiert oder versucht, hochspezialisiert jede Faser wiederum zusammenzunähen, um dem Handwerker die Hand zu erhalten und ihn wiederum in den Arbeitsprozeß einzugliedern. Das kostet Geld, das ist keine Frage. Aber überlegen Sie doch in der Rentabilitätsberechnung, was das für den Menschen und für die Wirtschaft bedeutet. Wenn mein Referat von einem Ihrer Parteigänger geführt werden würde, würden diese Fortschritte erwähnt und jede Rede mit einer Lobeshymne enden. Sie würden sich rühmen und erklären, daß wieder ein Abschnitt vom „Modell Steiermark“ vollendet sei. (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Das steht so im ‚Modell Steiermark‘!“) Weil es ein Sozialist führt, wird aber nur das Negative gesehen, aber das ist Ihr gutes Recht. Bei der Betrachtung dieses Problems müßten Sie sich wenigstens so viel Objektivität wahren, daß Sie sagen, daß in manchen Krankenhäusern ja ein halbes Jahrhundert nichts geschehen ist durch Kriege, Wirtschaftskrisen, Arbeitslosigkeit, wieder einen Krieg, Nachkriegszeit. Erst langsam mußten wir die Kriegsschäden zu beseitigen beginnen, Raum schaffen für Geräte, Apparate, die in der Welt entwickelt wurden.

1964 haben wir ein 10-Jahres-Programm vorgelegt und wenn Sie wollen, lese ich Ihnen von einer großen Liste vor, was wir jedesmal gefordert haben, erhofft haben zu bekommen und nicht bekommen haben und daher nicht bauen und erfüllen konnten. Hier muß ich sagen, meine hochgeschätzten Regierungskollegen, es nützt nichts, wenn Sie Ihren Abgeordneten hier sagen, ja das und das geht's nur an (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Das sagen wir

nicht, wir haben eine Demokratie!"), mein lieber Herr Kollege, wenn in der Regierung . . . (Abg. Schrammel: „Das ist wahrscheinlich in Ihrer Fraktion so!“ — Landeshauptmann Dr. Niederl: „Bei uns ist das ganz anders, bitte!“ — Heiterkeit.) Ich weiß, ich weiß, Herr Kollege, in der Regierung, in der Nacht, wenn es um das Budget geht, da gibt es für Sie keine größere Freude, als zu sagen, ja, Sie können nicht das ganze Geld verbauen, das sehe ich ein, das müssen wir bauen. Es ist richtig, es ist dies eine Interessenabwägung, aber Sie können alle Budgets durchschauen, niemandem von Ihrer Fraktion ist in all den Jahren in der Budgetnacht etwas aus dem Budget herausgestrichen worden, aber bei mir finden Sie in einem Jahr 11 Millionen an gestrichenen Posten. (Abg. Pözl: „Der Finanzreferent muß etwas gegen den Krankenhausreferenten haben!“) Herr Kollege, Sie verstehen viel, aber jetzt haben Sie nicht verstanden, um was es geht, denn das waren Posten, die schon im Budget waren. (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Da hat er recht, bei der SPÖ waren sie im Budget, wir mußten es erkämpfen!“) Wenn ich dann gefragt werde, wann wird denn Rottenmann gebaut, muß ich sagen, wenn ich sehe, daß mir in der Budgetnacht das Geld herausgestrichen wird, dann kann man die Wünsche nicht alle erfüllen. Aber ich sage noch etwas, meine Damen und Herren, natürlich ist dies eine Interessenabwägung, das ist gar keine Frage und wir haben uns immer wieder gefunden, wenn auch mit wenig Freude. Wenn ich ein 10-Jahres-Programm entwickle, indem ich erwarte, daß ich mindestens 100 Millionen im Jahr habe und dann nur 73, oder einmal gar nur 53 bekomme, dann hink' ich natürlich hinten nach und dann muß ich meinem Freund Lind sagen, ja den Grund haben wir gekauft, die Personalhäuser haben wir hingebaut, aber, wenn halt das Geld nicht da ist, kann ich nicht weiterbauen. Jeder sagt mit Recht, mein Krankenhaus und das und das (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Der Lind hat nur geglaubt, umschichten ein bisschen!“), ja, ich komme auch zum Umschichten, Sie brauchen mir nur sagen, wo ich umschichten soll, verehrter Herr Kollege, um das geht es ja. (Landesrat Bammer: „Von Fürstenfeld nach Hartberg!“ — Abg. Schrammel: „Herr Landesrat Bammer, wollen Sie das? Da müßten Sie gegen den Gratsch etwas haben!“ — Landesrat Bammer: „Der Herr Landeshauptmann! Ich habe nicht vom Umschichten gesprochen!“) Schauen Sie, ich sage Ihnen etwas, ich komme schon noch zu diesem Krankenhaus. Sehen Sie, wir haben von 1959 bis 1974, also in der Zeitspanne, wo ich dieses Ressort führe oder zu führen die Ehre und Auszeichnung habe, 11,8 Milliarden Schilling für die Krankenanstalten ausgegeben. Wir haben in derselben Zeitspanne 8,4 Milliarden Schilling eingenommen, der Personalanteil von diesen 11,8 Milliarden Schilling war 7,1 Milliarden Schilling oder 60,2 Prozent. Das tun Sie jetzt einmal weg, denn da habe ich keinen Einfluß darauf, ich habe nicht einmal einen Einfluß, welcher Portier eingestellt wird in einem Krankenhaus (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Ich auch nicht!“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Herr Landeshauptmann, tun Sie sich nicht herabsetzen!“), das heißt also von den 11 Milliarden, die dem Gesundheitswesen zur Verfügung standen, habe ich auf 7,1 Milliarden über-

haupt keinen Einfluß gehabt, ob gespart wurde oder nicht, denn hier beschließen und bestimmen Sie, denn ich erfahre nicht einmal, wer wann aufgenommen wird, so ist das, meine Damen und Herren. Und wenn ich jetzt sage 7,1 Milliarden Schilling oder 60,2 Prozent, dann waren das Löhne und Gehälter, die letztlich wiederum in der Umwegsrentabilität der Wirtschaft zugute gekommen sind in Form von Löhnen und Gehältern. Wenn ich dann den Rest als Sachaufwand nehme, dann ist er mit Ausnahme jener Apparate, die man im Ausland beziehen muß, weil sie hier nicht erzeugt werden können, in Form von Bauaufträgen, von Nahrungsmitteln und Geräten auch wiederum der Wirtschaft zugute gekommen. Ich habe also über die Umwegsrentabilität ebenso die Wirtschaft befruchtet. Schauen Sie, natürlich ist ein ständiges Neuüberdenken, ein ständiges Planen, eine ständige Neuentwicklung notwendig, einfach, weil die industrielle Entwicklung, die Verkehrsprognose für den Straßenreferenten, ich bin es ihm gar nicht neidig, weiterschreitet und dann gesagt wird, ja wir haben ja die Entwicklung gar nicht voraussehen können, denn das hat uns ja überrollt. Ja, aber bitte, meine Damen und Herren (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Gute Straßen, weniger ein Krankenhaus!“), da haben wir schon mit dem Landeshauptmann Krainer darüber gestritten, ob das so ist, denn wir haben festgestellt, als wir die Bundesstraße in Bruck fertiggestellt haben als Betonstraße — das war die 1. Amtsschimmelrennbahn in Österreich, weil die am längsten gedauert hat — und da haben wir ohnedies Unfälle gehabt. Ich sage das ja auch nur vergleichend, daß also mit dem Überrollen, mit der Motorisierung natürlich im Krankenhaus Bruck der Arbeitsumfang bedeutend gestiegen ist, fragen Sie die Leute, was die mitgemacht haben, wenn sie zerschundene und zerschlagene Leiber dorthin bekommen haben als eine Folge dieses Überrollens. Der Bevölkerungszuwachs, der Fremdenverkehr, die Frage der Versorgung mit praktischen oder freipraktizierenden Ärzten und letztlich die Zeitwegkomponente sind eine Reihe anderer Dinge, die dazu geführt haben. Ich werde ja bei der Beantwortung dessen, was der Herr Kollege Piaty gesagt hat, auch darauf zurückkommen. Ich möchte auch nur, um kein Mißverständnis hier aufkommen zu lassen, folgendes im Zusammenhang mit den Ambulatorien und dem Zahnärztekonflikt sagen. Meine Damen und Herren, ich glaube, es gibt, wenn man es nicht künstlich heraufbeschwört und wesentlich dem anderen etwas unterstellt und das geschieht halt gerne, überhaupt keine Meinungsverschiedenheit. Ich habe das wiederholte Male hier gesagt. Nur durch ein sinnvolles Zusammenwirken zwischen der öffentlichen Hand, den Rechtsträgern der Krankenanstalten, den Sozialversicherungsinstituten und auch den, der für seine Gesundheit natürlich auch selbst mitverantwortlich zeichnet, wird es uns nur gelingen, die Probleme zu lösen. Bei diesem sinnvollen Zusammenwirken und bei diesem Dreiklang, den es da geben muß, spielt einfach der freipraktizierende Arzt, der Facharzt eine nicht zu ersetzende Rolle und die ganzen Bestrebungen gehen doch dahin, daß wir mehr Ärzte in eine Landpraxis bekommen. Ja was glauben Sie denn, warum eine Gemeinde eine Wohnung, eine Ordination, eine

Jagd, eine Fischerei zur Verfügung stellt und trotzdem bekommt sie keinen Arzt. Und da muß ich sagen, Herr Kollege Piaty, nun habe ich natürlich ein bißchen Bedenken, wenn wir wissen, daß wir einen Ärztemangel haben. Ich weiß, es gibt da ein Auf und Ab, das haben wir schon erlebt, wir haben zu viele gehabt und wir haben auch Zeiten gehabt, wo wir viel weniger hatten als jetzt. Aber da halt ich es doch für bedenklich, wenn die Ärztekammer die Studenten warnt, sie sollten nicht Medizin studieren. (Abg. Dr. Piaty: „Nicht ich!“) Nicht Sie, die Österreichische Ärztekammer hat eine Aussendung gemacht, ich habe sie hier. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer: „Nicht der Piaty!“ — Von der SPO: „Schützt Piaty!“) Nein, ich sage, nicht Sie, Herr Präsident, die Österreichische Ärztekammer hat eine Aussendung gemacht und vor dem Medizinstudium gewarnt. Das ist eben auch ein bißchen problematisch und man sollte das auch überdenken. Ich sage im dem Zusammenhang auch, was die Ärztekammer in der Steiermark betrifft — das Instrumentarium haben Sie in der Hand —, zum Beispiel, um zu lenken, wo läßt man noch Ärzte zu, wieviel an Fachärzten läßt man zu. Wir wissen, daß es heute ein Überangebot an Fachärzten gibt und daß es einen Mangel an praktischen Ärzten gibt, nur muß ich sagen, meine Damen und Herren, wenn ich den Bericht der Weltgesundheitsorganisation hernehme, dann wissen wir, daß Israel die meisten Ärzte besitzt, dann kommt schon Österreich und innerhalb Österreichs die Steiermark. Nur schlecht verteilt sind sie. Wenn also der Kollege Wegart sagt, er weiß eine Straße, wo 6 Fachärzte sind, ich weiß auch solche, aber damit ist dem Bewohner im oberen Ennstal, in Wildalpen usw. nicht gedient. Das ist die Problematik. Ich möchte also noch einmal klar und unmißverständlich feststellen, daß der freipraktizierende Arzt ein nicht wegzudenkender Eckpfeiler in der gesamten Gesundheitsversorgung ist. Aber ich bekenne mich ebenso auch zu den Ambulatorien der Krankenkassen in jenen Gebieten, wo sie sein müssen und sein sollten. Ich habe keinen Grund, vor einem Forum der Partei etwas anderes zu sagen, als ich hier sage. Weil es meine tiefe Überzeugung ist, daß eben solche Auseinandersetzungen, wie wir sie gehabt haben, wo an sich jemand, der selbst ja nicht aktiv werden oder handeln kann, getroffen wird. Was bleibt ihm denn dann, als zur Bürgerinitiative oder Unterschriftenaktion zu greifen oder zumindest zu dokumentieren, daß ihm alles zu lange währt und daß ein Konflikt zwischen zwei Institutionen, aus welchem Grund immer, nicht auf seinem Rücken ausgetragen werden soll. Und ich muß sagen, ich respektiere und ich nehme an, aus den Erklärungen des Herrn Landeshauptmannes entnommen zu haben, daß auch er diesen Willen respektiert und daß wir uns gemeinsam dafür verbürgt haben, daß natürlich nach den gesetzlichen Bestimmungen die Verfahren eingeleitet werden und die Bedarfsprüfung vorgenommen wird und nach den gesetzlichen Bestimmungen das Anhörverfahren und die Entscheidungen getroffen werden. (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Der Teufel liegt im Detail!“) Weil Sie sagen, der Teufel liegt im Detail. Ich habe, ehe wir beisammen waren, die Vertreter der Exekutive des OGB, die Vertreter der Krankenkassen gebeten — denn diese Ansuchen

sind ja zum Teil aus der Kampfstellung, die es gegeben hat, herausgestellt worden —, daß man prüfen und dann sagen sollte, das ist notwendig und das müsse verfolgt werden. Man sollte auch versuchen, sich mit dem Verhandlungspartner zuzusetzen und zu sagen: Bitte, was ist unabdingbar, wo kann man sich einigen? Weil ja dadurch das ganze Verfahren beschleunigt wird, weil natürlich, wenn Einsprüche erfolgen, der Instanzenzug zu laufen beginnt und letztlich beim Verwaltungsgerichtshof endet. Ich glaube, daß alle Beteiligten, und das zeigt ja der gestrige Abschluß, aus diesem Konflikt vermutlich — und so hoffe ich — gelernt haben, für die Zukunft Konsequenzen zu ziehen und begreifen, daß eben eine Institution die andere braucht und ergänzen soll und wir nicht gegeneinander auf diesem Gebiete arbeiten sollen. Ich rede jetzt nicht von der Problematik, selbst wenn ich nur an den notwendigen Ausbau der Zahnklinik denke. Mit einem Gesetz wurde in schöner Eintracht in der Koalitionszeit gesagt: Dentisten lassen wir keine mehr zu, ohne etwas zu tun und dafür Sorge zu tragen, daß eine rasche Ausbildung an Zahnärzten möglich wird.

Vielleicht darf ich noch, weil es auch zum besseren Verständnis und dem sprunghaften Anwachsen der Kosten gehört — aber sie halten sich in Relationen zum Gesamtbudget —, sagen, daß allein vom Jahre 1965 bis 1974 die Dienstposten in den Krankenanstalten um 1827 oder um 35 Prozent angestiegen sind. Wir wissen, daß mit der Einführung der 40-Stunden-Woche noch weitere Belastungen auf uns zukommen und — die Personalabteilung rechnet mit 800, ich glaube nicht, daß es so viel sind — eine große Anzahl hinzukommen wird.

Lassen Sie mich zur Kostenrechnung ein paar Worte sagen. Der Abgang des Jahres 1973 war mit 493 Millionen Schilling festgesetzt, der Rechnungsabschluß liegt noch nicht vor, wird aber sicherlich unter diesem Präliminar liegen, es waren das 6,54 Prozent des ordentlichen Haushaltes. Der Abgang des Jahres 1974 ist mit 610 Millionen Schilling präliminiert, er wird sich wesentlich verringern und beträgt im Verhältnis zum ordentlichen Haushalt 6,78. Also von 6,54 zu 6,78 Prozent. Aber vielleicht sagen Ihnen folgende Zahlen mehr: Im Jahre 1970 hat die steirische Bevölkerung pro Kopf unserer Einwohner und des Aufwandes für die Krankenanstalten pro Tag 45 Groschen ausgegeben, im Jahre 1971 waren es 49 Groschen, im Jahre 1972 69 Groschen. Dann haben wir das Jahr 1973, hier haben wir noch keinen Rechnungsabschluß. Nach dem Präliminar sind es 97 Groschen und im Jahre 1974 auf Grund des Ihnen vorliegenden Voranschlages sind es S 1,19. Ich nehme an, daß die steirische Bevölkerung bereit ist, für den Ausbau der Anstalten diese tägliche Belastung auf sich zu nehmen.

Lesen Sie, wenn es Ihnen paßt und recht ist, den Rechnungshofbericht über das Krankenhaus in Wien, wo lobend hervorgehoben wird, wie sparsam in der Steiermark, besonders im Krankenhaus Graz, verwaltet wird. Aber das war jetzt die Division des Abganges durch die Einwohner. Vielleicht schauen wir weiter zurück. Gesamtaufwand des ordentlichen Haushaltes zum Aufwand der Krankenhäuser. Im Jahre 1965 waren es 5,5 Prozent, 1966 6,6 Prozent, 1967 6 Prozent, 1968 6,7 Prozent, 1969 5,4 Prozent,

1970 4,9 Prozent, 1971 4,9 Prozent und 1972 5,9 Prozent. Zeigen Sie mir irgendeinen Posten im Budget, einen Wirtschaftsbetrieb, der sich in der Zeit der Kostensteigerung so gleichmäßig, wenn ich die Relation zum Gesamthaushalt hernehme, nicht einmal um 1 Prozent, verteuert hat. (Abg. Dipl.-Ing. Doktor Eberdorfer: „Im außerordentlichen Haushalt?“ — Abg. Dr. Heidinger: „Herr Landeshauptmann, wie haben Sie das gerechnet, den gesamten Voranschlag?“) Ich habe das Gesamtbudget genommen. (Abg. Dr. Heidinger: „Das können Sie nicht rechnen!“ — Abg. Pözl: „Alles kann man, er hat es probiert, es geht! Es geht nur nicht hinein bei uns!“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Das ist auch wieder einmal zuviel!“ — Abg. Nigl: „Das ist eine eigene Mathematik!“ — Abg. Pözl: „Wir haben nicht gewußt, ob es stimmt!“)

Im Voranschlag des Jahres 1974 sind an Großbauvorhaben der weitere Ausbau des Krankenhauses Leoben, der Ausbau des Sonderkrankenhauses für Psychiatrie und Neurologie vorgesehen, wobei ich sagen muß, daß endlich das Problem Messendorf gelöst wird, welches hier viele Jahre besprochen wurde. Die Adaptierung der alten Chirurgie und die Vorbereitungen für den Neubau des Krankenhauses in Bruck: Ich glaube sagen zu können, daß der Höhepunkt des abgelaufenen Jahres neben einer Reihe von Dingen immerhin die Eröffnung der Augenklinik, die wiederum zu den modernsten Kliniken Österreichs zählt, ist. Ich kann mir nicht vorstellen, daß man hier jetzt eine andere Meinung vertritt, als dies bei der Eröffnungsfeier dokumentiert und ausgesprochen wurde. Man sollte diese Dinge sehen und bereit sein, auch bei aller berechtigten Kritik, die Einrichtungen, die entstanden sind, die den Menschen in unserem Lande zugute kommen, anzuerkennen, wenn man sie schon nicht würdigen will. Ich möchte noch, da greife ich vor, Ihrem Diskussionsbeitrag, Frau Abgeordnete Jamnegg, weil Sie gesagt haben, der Bund soll einmal etwas zahlen, na mein Gott, wenn ich höre, was der Bund alles zahlen soll — seit es eine sozialistische Bundesregierung gibt, ist Ihnen nichts zu teuer —, das ist nichts Neues (Abg. Jamnegg: „Herr Landeshauptmann, darf ich Sie daran erinnern, daß Sie von sich aus mir eingeräumt haben, es sei ein sachlicher Beitrag gewesen!“), ja, ich komme ja schon dazu, ich habe gesagt, ich greife vor (Abg. Pözl: „Da waren wir sehr gelehrige Schüler der Sozialisten!“), Frau Abgeordnete, schauen Sie, Sie haben wortwörtlich gesagt, es soll ein ausgewogener Lastenausgleich stattfinden, das unterstreiche ich, ja, ich bestreite es ja nicht, aber Sie werden mir doch zubilligen, daß ich sage, jetzt auf einmal. Wir haben jahrelang gehofft und wenn Sie es wissen wollen, diese ausgewogene Lastenverteilung, die Sie urgiert haben, feiert jetzt das 10-Jahr-Jubiläum, denn wir haben sie im Rahmen der Länderforderung, als es das zweite Notopfer gegeben hat, überreicht und ich habe mit einem aus Ihren Reihen stammenden Finanzreferenten, den Herrn Landeshauptmannstellvertreter von Salzburg, Haslinger, die Ehre und Auszeichnung gehabt, noch bei Finanzminister Schmitz damals dies zu vertreten und ihm unsere Wünsche zu überreichen. Ja, Sie können sagen, natürlich, die Bundesregierung soll zahlen, das ist Ihr gutes Recht, nur sollen Sie

nicht erwarten, daß diese Bundesregierung in 2 Jahren all das nachholt, was Sie lange Jahre, ja fast 20 oder 25 Jahre, in dem Ressort, in dem Sie zuständig waren, verabsäumt haben. Das geht nicht. (Abg. Dipl.-Ing. Hasiba: „4 Jahre!“ — Beifall bei der SPÖ.) Aber, meine Damen und Herren, diese vielgeschmähte Bundesregierung hat ja schon etwas getan, sie hat immerhin (Abg. Jamnegg: „Erlauben Sie einen Zwischenruf!“ — Abg. Pözl: „Er erlaubt nicht!“ — Abg. Jamnegg: „Die Explosion in den letzten Jahren ist doch greifbar!“ — Landesrat Bammer: „Ungeduldig sind Sie!“), bitte, ja, ich sage Ihnen schon, ich unterliege immer wieder Ihrem Charme, die Bundesregierung, die vielgeschmähte, hat immerhin 250 Millionen Schilling gegeben, davon hat die Steiermark 39 Millionen Schilling bekommen und wenn Sie wollen, kann ich Ihnen — aber es wird wieder Ihre Zeit in Anspruch nehmen — auch vorlesen, was wir damit gemacht haben. (Abg. Pözl: „Um in Ihrer Sprache zu reden, das ist nicht einmal ein Stummerl einer Zigarette!“) Ja, ich habe Ihnen gesagt, ich halte mich gern kurz, aber wenn ich unterbrochen werde, da kann ich nicht helfen. (Abg. Jamnegg: „Das stimmt nicht, das sind ja die Zweckzuschüsse!“) Aber nein, Frau Kollegin, das steht ja in keinem Budget, das sind die Investitionszuschüsse, die der Bund geleistet hat für die Krankenanstalten, die außerhalb dessen sind, was wir hier im Landesbudget haben. Wenn Sie wollen, lese ich Ihnen im Detail vor, was damit geschehen ist. (Abg. Pözl: „Viel zuwenig!“) Es ist zuwenig, das ist gar keine Frage (Abg. Pözl: „Viel zuwenig!“), aber es ist immerhin ein Beginn, was unter der Koalitionsregierung und der ÖVP-Alleinregierung nicht möglich gewesen war. Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, im verkürzten Verfahren, weil ich auf die Diskussionsbeiträge eingehen muß, noch sagen, daß natürlich ein ganz spezielles Augenmerk immer wieder den Sozialeinrichtungen, den Wohnungen für die Bediensteten zugewendet wird. Darf ich nur, weil das letzte Mal gefragt wurde — ja, Herr Landeshauptmann, in einer Anfrage an Sie —, sind Sie bereit, für Judenburg etwas zu tun? Wo ist der Kollege Marczik, er hat sich nicht genügend interessiert, denn in Judenburg haben wir ein Personalwohnhaus gebaut, das zweite wird jetzt fertig. Im alten Huberhaus haben wir noch drei Familien mit mehreren Kindern und daher sind, wenn Sie genau schauen, im Budget 600.000 Schilling vorgesehen, weil wir bei der Gemeinde oder bei einer Genossenschaft drei Wohnungen kaufen wollen und dann ist dieses Problem im Krankenhaus Judenburg gelöst. (Abg. Marczik: „Hoffentlich, die warten so schon lange genug, aber sie lesen das Humanprogramm!“) Es ist gar keine Frage, daß hier immer wieder versucht wird, das Bestmögliche zu tun und ich habe immerhin in der Zeit, in der ich verantwortlich zeichne, 1500 Wohneinheiten für die Bediensteten übergeben. Man kann über die Größe reden und alles andere, aber überlegen Sie, daß wir 50 Jahre Krankenhaus Graz gefeiert haben und jetzt schon 60 Jahre und es hat nicht ein einziges Personalwohnhaus dafür bestanden. Das sind die Tatsachen, über die Sie nicht hinwegkönnen, ob Sie wollen oder nicht, denn das sind ja Zeugen, die stehen ja da. Daß wir im vermehrten Maße versuchen, natürlich auch, soweit das

bei großen Krankenhäusern möglich ist, Vorsorge für Kindergärten, Krabbelstuben usw. zu treffen, versteht sich von selbst, meine Damen und Herren. Ich kann mich also mit dem, was im Jahre 1973 an Großbauten und weiteren Ausbauten geschehen ist, nicht auseinandersetzen, weil ich nicht verabsäumen möchte, gebührend auf Ihre Diskussionsbeiträge einzugehen. Ich möchte nur noch darauf hinweisen, daß mit der Änderung des Krankenausbildungsgesetzes auch ein neuer Schritt getan wurde, zu dem es auch nicht immer überall volle Übereinstimmung gegeben hat, aber es zeigt immerhin, daß diese Änderung des Gesetzes gut war, zumindest ein nahtloser Übergang erfolgt. Ich weiß, über diese Dinge kann man diskutieren, ob man sehr jung ans Krankenbett kommen sollte oder nicht. Ich glaube, auch hier ist ein Mittelweg gefunden worden, das zeigt sich jedenfalls darin, daß wir einen so großen Zustrom an Krankenschwestern, an Schülerinnen haben, der uns künftig die Arbeit erleichtern wird. Daß dabei auch die Ausbildung von fünf, denn praktisch waren es ja fünf Jahre — zwei Jahre Vorschule, drei Jahre Ausbildung — auf vier Jahre zusammengezogen wird, ist auch erfreulich dabei. Ich muß nur sagen, schauen Sie, meine Damen und Herren, immer wieder wird gesagt, dorthin, wo die Schülerinnen herkommen, sollen Krankenpflegeschulen kommen. Wir haben dies untersucht und ich kann doch nicht mehr tun, als die Fachabteilung für das Gesundheitswesen dazu einladen. Übereinstimmend sind die Fachabteilung für das Gesundheitswesen, die Rechtsabteilung 12, die Rechtsabteilung 1, ich weiß jetzt nicht, wer noch dabei war, zur Auffassung gekommen, man kann eine Schule nicht hinausdislozieren, weil einfach die Fachabteilungen, die Einrichtungen und die Lehrer nicht zur Verfügung stehen. (Abg. Dr. Piaty: „In Niederösterreich und in Tirol!“) Aber, meine Damen und Herren, es kommt noch etwas dazu. Ich werde den Herrn Landeshauptmann ersuchen, ihm untersteht die Kontrollabteilung, nicht dem Landtag, daß man wieder einmal die Kontrollabteilung ersucht, wir haben ja schon einmal so etwas machen lassen, sie möge genau untersuchen wie sich die Schwestern zusammensetzen, von woher sie kommen. (Abg. Dr. Piaty: „Größtenteils vom Land!“) Das ist nicht wahr, es kommen ja nicht nur mehr Mädchen vom Land (Abg. Schrammel: „Die Frau Dittrich sagt etwas anderes, zwei Drittel!“), sondern auch aus dem städtischen Bereich. Was glauben Sie, was in Leoben für ein Andrang herrscht. Wir müssen ausbauen, weil die Mädchen von überall kommen. Gott sei Dank sind die jungen Menschen bei uns noch bereit, den sozialen Beruf zu ergreifen und sie kommen aus allen Bevölkerungsschichten und aus allen Gebieten. (Abg. Schrammel: „Zwei Drittel vom Land!“) Herr Kollege, ich sagte ja, das war die letzte Untersuchung, wir werden das wieder untersuchen, wozu soll ich mit Ihnen da um ein paar Prozent auf oder ab streiten. Ich sage, Gott sei Dank haben wir sie, ich wünschte, es gäbe keine größere Meinungsverschiedenheit zwischen uns.

So, meine Damen und Herren, nun darf ich mich kurz den Fragen der Diskussion zuwenden. Frau Abgeordnete, ich stimme mit Ihnen überein, natür-

lich gibt es noch viel zu ordnen, natürlich sind viele brennende Fragen offen. Wir bemühen uns und es wird immer daran gearbeitet. Die Finanzierung, schauen Sie, das Hohe Lied, das Lied vom braven Mann, das war am Anfang der Zwischenruf des Abgeordneten Pölzl, der verschenkt das Geld, der Herr Piaty sagt dann, schaut's her, wir zahlen so wenig. Wenn ich alles in allem nehme, meine Damen und Herren, und sehe, 50.000 Patienten haben wir in den anderen Krankenhäusern, die dem Land gehören, mit Ausnahme der Klinik, rund 50.000 in Graz, wo auch nicht alles Klinik ist, geht sich das also pari aus. Denn die Sozialversicherungsträger sagen, ja bitte schön, wir bezahlen mehr fürs Klinikbett, dann bleiben wir hinten, bleiben wir mit den nicht dem Land unterstehenden Krankenhäusern hinten, denn die sind ja schlechter ausgestattet, na, was bleibt dann, dann beißt sich die Katze in den berühmten Schwanz, weil wir dort wieder mit Subventionen das geben müssen, was wir auf der anderen Seite mehr bekommen. Das ist eine sehr ausgewogene Rechnung. (Abg. Jamnegg: „Sie haben die Frau Minister letztthin selbst darauf angesprochen, nur hat sie vielleicht nicht reagiert!“) Und nun zur Erklärung des Hauptverbandes und die Arbeiterkammer hat sich angeschlossen. Ich habe sie auch, natürlich, wo ist der Ruf nicht nach Rationalisierung und nach noch mehr Sparsamkeit. Ich habe Ihnen wiederholt dargelegt, was alles geschehen ist. Sie fragten mich noch um das Untersuchungsergebnis 1966 und kann daher auch gleich dem Herrn Kollegen Dr. Piaty antworten. Ihre Denkanstöße (Abg. Dipl.-Ing. Hasiba: „Nur nicht denken!“) haben wir nicht gebraucht, Sie waren noch nicht im Hohen Haus, haben wir schon Untersuchungen für Leoben machen lassen, für die Verwaltung in Graz und haben ohne Ihre Denkanstöße im Zusammenhang mit dem Ausbau Bruck gesagt: machen wir gleich das ganze Land. Warum, das beantworte ich gleich für alle, die von Düsseldorf gesprochen haben.

Das Düsseldorfer Krankenhausinstitut hat internationalen Ruf und Ansehen und hat darüber hinaus in Oberösterreich die Untersuchungen gemacht, in Wien, in Kärnten und auch bei uns. Sie kennen alle Rechtsgrundlagen in Österreich. Sie waren auch in Fürstenfeld! (Abg. Dr. Piaty: „O ja, sie sind durchgegangen!“ — Abg. Brandl: „Er ist ja nie unten!“ — Abg. Dr. Piaty: „Ich weiß ein bisserl mehr als Sie. Ich war dabei.“) Sie haben alles versucht. Ich werde mich mit diesen Dingen noch auseinandersetzen. (Abg. Dr. Piaty: „Nein, so ist das nicht!“ — Abg. Jamnegg: „Wo ist das Untersuchungsergebnis?“) — Es ist nicht üblich, was vor einer Periode geschehen ist, nachher noch aufzulegen. (Abg. Jamnegg: „Das hat 600.000 Schilling gekostet, und wir haben es noch nicht gesehen!“) Sie kriegen es. Die Regierung hat es bekommen. (Abg. Dr. Heidinger: „Die Regierung hat es bekommen, die Abgeordneten nicht!“) Sie sagen etwas Falsches. (Abg. Dr. Heidinger: „Das Deutsche Krankenhausinstitut hat 1965 den Auftrag bekommen!“ — Abg. Dr. Piaty: „Das ist eine Lektüre zum Einschlafen!“) Sie haben es ja. Herr Abgeordneter Loidl hat bezüglich der Präventivmedizin gesprochen. Auch hier kann ich nur wieder ernst warnen und bitten. Erstens einmal, man

muß es offen aussprechen, sind wir Österreicher ein etwas komisches Volk. Wir sagen (Abg. Dipl.-Ing. Hasiba: „Das sagen Sie!“ — Abg. Pözl: „Aber, Herr Landeshauptmannstellvertreter, das sagen Sie im Hohen Haus!“ — Abg. Brandl: „Nein, im Schauspielhaus!“), daß wir eine Präventivmedizin brauchen, wir richten sie ein und dann nehmen wir nur 8 oder 9 Prozent in Anspruch, weil die Leute sagen, daß sie nicht wissen wollen, was ihnen fehlt, denn wenn ich krank bin, muß ich ins Krankenhaus gehen. Das war in Wien und in Kärnten so. (Abg. Pözl: „Wir Steirer unterscheiden uns in allem von Wien, gerade Sie als Obersteirer.“ — Abg. Schrammel: „Sie unterscheiden sich auch vom Sima!“ Heiterkeit. — Landeshauptmann Dr. Niederl: „Herr Kollege, ich möchte mir wünschen, daß wir bei unseren Referaten genauso lang diskutieren wie jetzt! Von der Gruppe 6 weg geht es immer schnell. Ich möchte das nur feststellen!“ — Landesrat Bammer: „Der Piaty hat eindreiviertel Stunden geredet!“ — Landeshauptmann Dr. Niederl: „Das Krankenhaus ist genauso viel wert wie Landwirtschaft und Fremdenverkehr!“) Bei der Präventivmedizin wird es darum gehen, daß abgestimmt wird mit dem, was die Krankenkasse gesetzlich nach dem 1. Jänner tun muß, damit nicht eine Doppelgleisigkeit und eine Konkurrenz entsteht.

Schauen Sie, Herr Abgeordneter Schrammel, Sie sagen, daß man Hubschrauber anschaffen sollte. Als ich von einem Hubschrauberlandeplatz gesprochen habe, hat man gesagt, ich wäre ein Hochstapler, weil man die Kranken nicht fliegen werde. Was soll ich dazu sagen? Sie sprechen von dem Transport in 30 Minuten, das ist ein Erkenntnis der Weltgesundheitsorganisation und ich wäre froh, wenn es uns gelänge, beim Roten Kreuz den Unterschied zwischen Krankentransportwagen und dem Rettungsauto zu erreichen. Denn das eine bringt nur den Patienten ins Krankenhaus und das andere ist mit Arzt und Einrichtungen, um dem Patienten helfen zu können, ausgestattet.

Förderungsmaßnahmen, praktischer Arzt, darüber ist gesprochen worden, alles schon gesagt worden. Die Altersversorgung wäre wesentlich. Ich habe mit dem Präsidenten Dr. Piaty vor Jahren gesprochen, daß ich mir vorstellen könnte, daß das Land Gruppenpraxen fördert, aber es ist auch das scheinbar nicht erwägenswert. Ja, dann wird vom Herrn Kollegen Schrammel aus Fürstenfeld geklagt, man dürfe nicht zusperrern. (Abg. Schrammel: „Wehe, wenn!“) Ich hätte mich so gefreut, wenn Sie, als Ihnen eine Vorlage des Herrn Präsidenten der Ärztekammer auf Zusperrern von Rottenmann, Bruck, Mariazell auf den Tisch geknallt wurde, protestiert hätten, da haben Sie es nicht getan. (Beifall bei der SPO. — Abg. Brandl: „Jawohl!“ — Abg. Dr. Piaty: „Rottenmann war nicht drinnen!“) Von mir haben Sie noch keine Vorlage zum Sperren irgendeines Krankenhauses bekommen und ich halte Sie für so klug, daß Sie ganz genau wissen, daß diese Untersuchung des Krankenhausinstitutes ausschließlich im Behelf (Abg. Schrammel: „Wenn es nach diesem Behelf geht, verlieren wir das Krankenhaus!“ — Abg. G. Heidinger: „Das ist nicht wahr!“ — Abg. Brandl: „Jammern Sie nicht vorher!“) dafür ist, um Entscheidungen zu finden, und daß ich von Anfang

an gesagt habe, daß die historischen Gegebenheiten im Lande beibehalten und getrachtet werden muß, daß es verschiedene Umorganisationen geben kann, ist außer Zweifel. Wenn der Herr Dr. Piaty sagt, daß es ein Gefälligkeitsgutachten ist, dann muß ich sagen, ich hätte mir ein schönes Ei gelegt, wenn drinnen stehen würde, Knittelfeld soll zugesperret werden. Ich glaube, daß man diese Dinge nicht so einfach und bewußt unterschwellig sagen sollte (Abg. Schrammel: „So einfach ist das nicht. Lesen Sie nach!“), denn es sind doch viele Leute, die sich mit diesen Fragen ernstlich beschäftigen und auseinandersetzen.

Und da bin ich bei den vielen Leuten, Sie selbst haben den Personenkreis in Ihrem Antrag umrissen, die Regierung hat ihn beschlossen. Ich weiß schon, daß es schwierig mit mehr Leuten ist, aber das sind eben alle die, die sich mit Krankenhausfragen befassen oder die für Krankenhäuser verantwortlich sind.

Zum Schluß darf ich noch sagen, daß die Spitalskommission um einen größer geworden ist, nicht weil ich es vorgeschlagen habe, ich habe den Vorschlag gerne zur Kenntnis genommen. Es war der Vorschlag des Herrn Landeshauptmannes für die Landwirtschaftskammer. Die nächste Frage Krankenhausplan hängt damit zusammen, Sie wissen, die bundesgesetzlichen Regelungen kommen, ich hoffe, ich darf Sie zitieren, da Sie selbst bei der letzten Aussprache, die wir beide gehabt haben, gesagt haben, man muß hier vorsichtig vorgehen, gewissenhaft, langsam, nichts übereilen. Ich hoffe also nicht, daß ich damit einen Fehler begehe, wenn ich das sage. Der Krankenhausrat ist sicherlich eine Institution, die niemandem mehr als mir wünschenswert wäre, aber Sie kennen die Schwierigkeiten und den Umbruch, in dem wir gerade in Graz stehen. Was soll ich Ihnen Zeit rauben mit dem Zentrallabor? Wie oft haben wir hier geredet, der ehemalige Zentraldirektor sitzt hier, ich kenne auch dieses Problem. Wir bemühen uns jetzt, im Block der ersten Chirurgie ein Gesamtlabor für diese zu machen. Aber ich will Sie damit nicht aufhalten, Sie wissen ja die Schwierigkeiten, die es da gibt. Sie reiten halt dieses Steckenpferd und wissen ganz genau, was es da alles zu sagen gäbe.

Und nun die Frage EDV. Auch hier wissen Sie doch aus unmittelbarer Nähe, daß gerade jetzt, nachdem Voitsberg angeschlossen wurde, Fürstenfeld angeschlossen wird, Wagner angeschlossen wird, in der Verrechnung, in der Patientenbewegung, daß das Programm läuft. Ich verstehe Sie nicht, wenn ich mit Ihnen die Dinge, die Sie ja gut kennen, bespreche, dann ist das alles ganz anders, als wenn Sie beim Rednerpult unten stehen und hier glauben, na ja, jetzt muß man halt. Aber ich habe in den letzten Jahren auch dafür Verständnis gekriegt, Herr Kollege. (Abg. Marczik: „Bravo!“)

Lassen Sie mich zum Schluß noch, meine Damen und Herren, danken — wie ich das immer am Schluß meines Referates mache —, jenen Damen und Herren, die von uns gehen, die für das Land, für die kranken Menschen in diesem Lande gearbeitet und gedient haben. An der Spitze derer, denen ich danken möchte, steht der Univ.-Prof.

Dr. Ernst Navratil, der 1946 supplierend als Leiter der Frauenklinik tätig war, 1947 die Lehrkanzel erhalten hat und nunmehr in diesem Jahr diese Lehrkanzel aufgegeben hat. Er war 27 Jahre hindurch Chef der Gynäkologischen Klinik, er hat eine Vielzahl wissenschaftlicher Arbeiten, Lehrbücher herausgegeben, besondere Gebiete der Zytologie, die Krebsdiagnose und die Karzinomuntersuchung. Er ist Mitglied vieler ausländischer medizinischer Gesellschaften, hat das Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst 1. Klasse erhalten und war sicherlich einer jener Männer, die nicht nur den Frauen unseres Landes viel geholfen haben, sondern auch dazu beigetragen haben, den Ruf der Grazer Medizin, den Ruf der Grazer Klinik weit über die Grenzen unserer engeren Heimat hinauszutragen. (Beifall.) Dem Nächsten, dem ich herzlich danken möchte, der im stillen, immer auf einem anderen Gebiet gewirkt hat, aber mit aller Zähigkeit zu einer Zeit gewirkt hat, wo die Tuberkulose noch eine Geißel unserer Gesellschaft gewesen ist, das ist der Hofrat Doktor Johann Schweinzer, der als ärztlicher Leiter und Direktor unserer Landeslungenheilstätte Hörgas-Enzenbach mit Jahresende in Pension geht. Er hat 38 Jahre auf einem Spezialgebiet in unserem Lande gearbeitet, sich vorbildlich den Menschen in dieser Anstalt gewidmet und auch ihm möchte ich herzlich Dank sagen. (Beifall.) Der letzte aus den Reihen unserer Primare und Vorstände ist der Herr Primarius Dr. Pichler, Vorstand der Internen Abteilung des Krankenhauses Voitsberg. Er war 24 Jahre hindurch Vorstand dieser Abteilung und er hat sich besondere Verdienste um die Behandlung von Herzinfarkten erworben und hat mit seinem großen menschlichen Einfühlungsvermögen vielen Patienten und Menschen geholfen. (Beifall.) Ich danke Ihnen, aber ich danke auch allen jenen, die von uns gehen, die wo immer im großen Betrieb eines Krankenhauses, ob im Kesselhaus, im Hilfs- und Wartedienst, wo immer sie gestanden sind, sich dem kranken Menschen geopfert und gewidmet haben. Ich danke nicht zuletzt der Rechtsabteilung 12, dem Herrn Hofrat Doktor Schaffer an der Spitze und seinen Mitarbeitern, die sich immer wieder bemühen, mit den von Ihnen beschlossenen Mitteln das Beste für die Krankenanstalten und das Gesundheitswesen in unserem Lande zu tun. Ich bitte Sie, daß Sie den Voranschlägen, soweit sie in dieser Gruppe mein Ressort betreffen, zustimmen. (Beifall.)

Präsident: In der Gruppe 5 liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Abg. Simon Pichler: Die Diskussionen waren so umfangreich und die Beantwortung des zuständigen Referenten so erschöpfend, daß sich jedes Schlußwort erübrigt. Ich danke!

Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren: Meine Damen und Herren, ich schreite daher zur Abstimmung über die Ansätze und Posten der Gruppe 5. Die Damen und Herren, die für die Ansätze stimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. (Geschieht.)

Die Gruppe 5 ist angenommen.

Wir kommen zur Gruppe 6 Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen.

Berichterstatter ist der Abgeordnete Josef Schrammel. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Josef Schrammel: Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der Gruppe 6 haben wir das Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen zu erörtern und zwar in den Abschnitten Planung und Vermessung, Wohnbauförderung, Hochbau, Straßen- und Brückenbau, Wasserbau, Wasserleitungs- und Kanalbauten sowie Gewässerschutz und Abfallbeseitigung. In dieser Gruppe wird ein Gesamtbetrag von 2.097,450.000 Schilling ausgegeben. Ich ersuche um Annahme dieser Budgetgruppe.

Präsident: Meine Damen und Herren! Im Einvernehmen mit den Obmännern der in diesem Haus vertretenen Parteien schlage ich vor, die Spezialdebatte der Gruppe 6 zu teilen. Im ersten Teil sollen das Wohnungs- und Siedlungswesen und die Raumordnung behandelt werden und im zweiten Teil das Bauwesen einschließlich Straßen- und Wasserbau. Wird dagegen ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall. Wir beginnen daher mit der Debatte über das Wohnungs- und Siedlungswesen. Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Präsident Feldgrill. Ich erteile ihm das Wort.

Dritter Präsident Feldgrill: Hoher Landtag! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ich heute zum Wohnungswesen kurz Stellung nehme, so mit Blickrichtung auf die Kreditrestriktionen des Bundes. Die von der sozialistischen Bundesregierung verfügten Kreditrestriktionen haben den Wohnbau in Österreich in eine schwierige Lage gebracht. Sie treffen einerseits die gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften, die zur Bewilligung ihres Wohnbauförderungsansuchens einen Finanzierungsplan vorlegen müssen. Sie haben bisher ihren Kreditbedarf teilweise bei Wiener Großbanken decken können, diese sind aber heute nicht mehr willens oder in der Lage, die nötigen Mittel entsprechend rasch flüssigzustellen und geben zum Teil heute schon Vorpromessen für das Jahr 1976 aus. Daß das nicht zielführend sein kann, leuchtet wohl jedem ein. Zu diesem Zeitpunkt nämlich sollten die zu errichtenden Häuser bereits bezugsfertig sein. Dazu kommt, daß die nicht in der Steiermark bauenden Genossenschaften alle ihren Kreditbedarf in Wien und in den anderen Bundesländern gedeckt haben und sogar steirische Wohnbaugenossenschaften sich der Mittel von Wiener Instituten bedient haben. Nun ist die Sache genau umgekehrt. Jetzt kommen zu uns nicht nur die steirischen Wohnbaugenossenschaften, die Gemeinden und alle Institute, die Wohnungen bauen, sondern auch jene Wohnbaugenossenschaften, die im Lande Steiermark bauen, oder in anderen Bundesländern, aber in Wien und in Oberösterreich ihre Niederlassungen haben. Die decken jetzt auch ihren Bedarf bei steirischen Kreditinstituten und dadurch sind unsere Kreditinstitute in eine schwierige Lage hinsichtlich der Zuteilung für langfristige Kreditmittel gekommen. An-

dererseits ist es so, daß diese Kreditrestriktionen besonders die Eigenheimbauer hart treffen. Jeder weiß, wie schwierig es heute für den einzelnen geworden ist, einen Kredit zu bekommen. Das ist aber die Voraussetzung hierfür, überhaupt in den Genuß einer Förderung zu kommen, weil größtenteils in Form von Zinszuschüssen gefördert wird. Bereits bei der vorjährigen Budgetdebatte habe ich auf diese Schwierigkeiten hingewiesen. Darüber hinaus haben steirische ÖVP-Abgeordnete im Landtag einen Antrag eingebracht, worin die Bundesregierung um Aufhebung der Kreditrestriktionen für den sozialen Wohnbau ersucht wurde. Diesem Antrag und Ersuchen wurde leider bis heute noch nicht Rechnung getragen. Dabei fällt hier noch etwas ins Gewicht: Durch die zum gleichen Zeitpunkt beschlossene Novelle zum Wohnbauförderungsgesetz 1968 wurden die Kreditrestriktionen noch wesentlich verschärft. Denn bis 31. 12. 1972 hat die Wohnbaufinanzierung noch zu 60 Prozent über Direktdarlehen des Landes erfolgen können, zu 30 Prozent aus Hypothekendarlehen und zu 10 Prozent aus Eigenmitteln. Seit dem 1. 1. 1973 sieht die Aufteilung anders aus. Jetzt müssen 45 Prozent mit Darlehen der Kreditinstitute und 10 Prozent aus Eigenmitteln aufgebracht werden. Während der Anteil der direkten Landesdarlehen nach der Novellierung 45 Prozent beträgt, hat er vorher 60 Prozent betragen. Und wenn man das jetzt auf die Belastung der Kreditinstitute umrechnet, so heißt das für die Steiermark, daß die steirischen Kreditinstitute seinerzeit mit 30 Prozent Kreditmitteln einspringen mußten und jetzt mit 45 Prozent. Und wenn man diese zwei Zahlen gegenüberstellen hat, heißt das, daß die Kreditmittel, die die Banken für den Wohnbau aufzubringen haben, bei uns in der Steiermark derzeit um 50 Prozent höher sind als vor dem 1. 1. 1973. Gerade damit hat man natürlich die Wohnbaufinanzierung in eine ganz schwierige Situation hineinmanövriert und das, obwohl vor der Novellierung des Wohnbauförderungsgesetzes 1968 von den verschiedensten Seiten her echt Bedenken und die Sorge darüber geäußert wurden, ob es wohl möglich sein wird, diese Kreditmittel auch auf dem Kreditmarkt aufzubringen.

Außer dieser Bestimmung über die Änderung des Förderungssatzes und den geänderten Finanzierungsbestimmungen, es werden ja bekanntlich nunmehr auch Annuitätzuschüsse gewährt, ist aber die Grundtendenz dieses Wohnbauförderungsgesetzes 1968 erhalten geblieben, das 1967, in der Zeit der ÖVP-Alleinregierung, gegen die Stimmen der Sozialisten beschlossen wurde. Es sind dies die Zusammenlegung der einzelnen Fonds, die Vergabe der Mittel durch die Länder, die Subjektförderung, also Wohnbeihilfe und Eigenmitteldarlehen, um nur die wichtigsten Bestimmungen zu erwähnen. Diese Grundtendenz hat vielen Jungfamilien, vielen kinderreichen Familien und sozial Bedürftigen erst die Möglichkeit, zu einer neuen modernen Wohnung zu kommen, eröffnet, und zwar mit einer tragbaren Wohnaufwandsbelastung. Ich weiß aus meiner Tätigkeit im Wohnbauförderungsbeirat des Landes Steiermark, wo ich in den vergangenen Jahren an vielen Tausenden Wohnungsübergaben teilgenommen habe und aus Gesprächen mit vielen Familien,

die in diese neuen Wohnungen eingezogen sind, daß sie sich diese Wohnungen nicht leisten könnten, wenn es die Wohnbeihilfe und die Eigenmittelerstattdarlehen nicht gegeben hätte.

Mit einer verbesserten Einkommenslage wird die Wohnbeihilfe natürlich langsam abgesenkt, denn wir sollen ja dort helfen, wo es wirklich notwendig ist. Und das ist das Verdienst dieses Gesetzes, daß man von der starren Objektförderung abgegangen ist, nach der — wenn Sie so wollen — der Hilfsarbeiter genauso gefördert wurde wie der Generaldirektor. Das wollten wir mit der Umorganisation der Grundtendenz dieses Gesetzes erreichen, daß den sozial Bedürftigen und den Familien mit geringem Einkommen auch eine moderne Wohnung gegeben werden kann.

Kurz zum Wohnungsverbesserungsgesetz. Die Laufzeit dieses Gesetzes ist schon einmal, und zwar bis zum September 1975, verlängert worden. Der Stichtag, der 1. 7. 1948, vor dem die Häuser gebaut sein mußten, welche nach dem Wohnungsverbesserungsgesetz gefördert werden, wurde auf den 1. 1. 1968, also auf einen neueren Termin, ausgedehnt, wobei allerdings die Ansuchen über diese später gebauten Häuser erst dann berücksichtigt werden können, wenn alle jene Anträge erledigt sind, die sich auf Häuser beziehen, die vor dem 1. 1. 1968 erbaut wurden.

Eine oft urgierte Ergänzung des Gesetzes, auch andere Verbesserungen als Installationen und Sanitäreinrichtungen von Wasser, Licht und Heizung vorzusehen, konnte leider bis jetzt nicht durchgesetzt werden. Aus diesen Gründen haben die ÖVP-Abgeordneten im steirischen Landtag einen Antrag auf Änderung des Landeswohnbaufondsgesetzes eingebracht. Er zielt darauf ab, auch bauliche Veränderungen und Verbesserungen, wie etwa den Einbau von Türen, Fenstern und das Legen von Fußböden etc., zu fördern. Dieser Antrag wird mit seinen Änderungen sowohl in den Ausschüssen als auch im Landtag behandelt werden müssen. Im gleichen Antrag ist auch eine Förderung für die Hausstandsgründung von Jungfamilien vorgesehen, die es bisher noch nicht gegeben hat. Sie soll Jungfamilien die Einrichtung und Ausstattung bei einer Hausstandsgründung finanziell erleichtern. Die dazu erforderlichen Einzelheiten werden ebenfalls in den Ausschüssen und im Landtag noch beraten werden müssen.

Ich hoffe, daß diese Anträge in Kürze von allen im Landtag vertretenen Parteien gutgeheißen und damit zum Gesetz erhoben werden können. Wir haben hier ja eine gute Tradition, in der Steiermark fortzusetzen. Das Land Steiermark steht in bezug auf die Wohnbauförderung und die dafür eingesetzten Mittel an der Spitze aller Bundesländer. Wir haben von 1949 bis 1973 mit Bundes- und Landesmitteln insgesamt rund 120.000 Wohneinheiten gefördert, und zwar rund 77.000 im Geschoßbau und rund 43.000 in Eigenheimen. Dafür haben wir über 9 Milliarden Schilling allein aus Förderungsmitteln aufgebracht. Ich hoffe, daß mit den erwähnten Neuerungen die positive Tendenz zum Wohnbau in unserem Lande fortgesetzt werden kann. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Ich erteile als nächstem Redner dem Abgeordneten Hammerl das Wort.

Abg. Hammerl: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Rahmen einer von Diplomingenieur Stöcher an der Technischen Hochschule in Wien durchgeführten Forschungsarbeit sind in bezug auf den Wärmeschutz in Wohnbauten interessante Feststellungen getroffen worden. Feststellungen, die gerade in Sicht auf die derzeitige Energieknappheit ihre besondere Aktualität haben. Die Kosten, die im Winter in ganz Österreich für Heizmaterial ausgegeben werden, betragen gute 5 Milliarden Schilling. Wenn eine entsprechende Wärmedämmung vorhanden wäre, könnten davon 1 bis 2 Milliarden Schilling eingespart werden. Es wird dabei aber leider nicht nur das viele Geld beim Kamin hinausgefeuert, sondern gleichzeitig auch ein Fünftel bis zwei Fünftel der für die Heizung erforderlichen Energiemenge verschwendet. Das können wir uns einfach nicht mehr leisten. Und gerade die jetzige Situation sollte meiner Meinung nach auch das nötige Verständnis für alle finanziellen Aufwendungen bringen, die hier zur Verbesserung erforderlich sind.

Im Rahmen eines Neubaus sind Mehrkosten für einen besseren Wärmeschutz verhältnismäßig gering und wie Experten behaupten, in etwa fünf Jahren bei den Heizkosten eingespart. Die Mehrkosten für den Bau werden also zwischen drei und fünf Prozent geschätzt. Die Forschungsarbeiten aber lassen gleichzeitig die Erkenntnis zu, daß sogar bei Sanierung von Altbauten Wärmeschutzmaßnahmen wirtschaftlich zu vertreten sind. Da aber Wärmedämmung technisch gleichzeitig auch als Schallschutzvorkehrung wirksam werden kann, wenn auch in extremen Lagen durch Schallschutzfenster ergänzt, könnte damit das für das Leben der Menschen vor allem in den Ballungsgebieten verheerendste Abfallprodukt der Zivilisation, der Lärm, erfolgreich bekämpft werden. Meine Damen und Herren, in Städten rechnet man bereits mit Lärmniveaus von 70 bis 80 Dezibel. 85 Dezibel führen bei längerer Einwirkung zu bleibenden Gehörschäden, aber auch wesentlich geringere Dauerlärmmwerte schädigen das vegetative und zentrale Nervensystem. Alarmierend ist jedoch, daß pro Jahr der Lärm um ein Dezibel zunimmt und damit die gesundheitlichen Gefahren der Lärmbelastung von Jahr zu Jahr steigen und man sich also ausrechnen kann, wann der Zeitpunkt eintritt, wo diese Lärmmenge einfach nicht mehr verkraftet werden kann. Erfahrungen, die nun aus Hamburg und München vorliegen, man hat dort in Altbauwohnungen mit Kostenaufwänden von 1200 DM pro Fenster Schallschutzmaßnahmen durchgeführt, haben ergeben, daß damit in verkehrsreichen Straßen der Dauerschallpegel in den Wohnungen auf 32 Dezibel reduziert wurde. Das entspricht in der Lärmstufenskala leisem Flüsterton. Meine Damen und Herren, der Schallschutz und der Wärmeschutz werden jedenfalls eine der zentralen Aufgaben des Wohnungsbaues werden müssen. Den Einfamilienhausbesitzern, den Wohnungseigentümern und Mietern in Ballungszentren und lärmreichen Straßen steht der gleiche Anspruch auf ruhiges und gesundes Wohnen zu wie solchen an

ruhigen Orten und Plätzen. Die Wohnbauförderungsmaßnahmen für Neubauten, aber auch für Altbauten werden sich an diesen Notwendigkeiten orientieren müssen. Je rascher das geschieht, desto billiger und wirtschaftlich vernünftiger wird das Ergebnis sein.

Meine Damen und Herren, ich habe diesen Fragenkomplex bereits bei den Budgetberatungen des Jahres 1971 angeschnitten und schon damals die lebenswürdige Unterstützung der Frau Abgeordneten Jamnegg bekommen. Da jedoch eine zugesagte Behandlung und Beantwortung bis heute nicht erfolgt ist, war der nun neuerlich vorliegende Resolutionsantrag eine Möglichkeit, die Dringlichkeit dieser Frage aufzuzeigen. Der Resolutionsantrag bezieht sich aber auch auf eine klare Aussage in den Leitlinien für die Steiermark, in denen eine besondere Berücksichtigung umweltfreundlicher Baumethoden bei geförderten Wohnbauvorhaben verlangt wird. 1972 und 1973 sind, meiner Schätzung nach, in der Steiermark etwa 15.000 Einfamilienhäuser und Wohnungen gebaut worden. Tausende davon werden durch das Fehlen der Wärmeschutz- und Schallschutzvorrichtungen den Umweltgegebenheiten, die heute vorhanden sind, leider nicht entsprechen, und damit aber auch den vollen Wohnbedürfnissen der Mieter und Eigentümer einfach nicht zusage. Für diese Wohnungen sind bereits sehr viele finanzielle Mittel aufgewandt worden und in naher Zeit werden wir wahrscheinlich nochmals öffentliche Mittel für die Sanierung dieser erst jetzt gebauten Wohnungen wieder aufzuwenden haben. Das ist sehr bedauerlich, meine Damen und Herren, aber nicht mehr zu ändern. Es hätte aber nicht so sein müssen. Vielleicht ist nun der gemeinsame Antrag der Weg zu einer wirklich raschen und entscheidenden Lösung. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Aichhofer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Aichhofer: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! In dieser fortgeschrittenen Stunde möchte ich meinen Beitrag ganz kurz halten und dazu beitragen, daß alle bald ins Bett kommen.

Verehrte Damen und Herren, aber doch einige Gedanken zur Althausanierung. Durch diese Novelle, die eingebracht wurde, ist es künftig möglich, die Assanierung in den Wohnbaufonds einzubeziehen. Verehrte Damen und Herren, ich finde das sehr wichtig, denn gerade dadurch ist es möglich, erhaltungswürdige alte Häuser zu renovieren. Es tut einem ja oft das Herz weh, wenn man durch Dörfer und Ortschaften geht, wenn man sieht, wie mit Gewalt versucht wird, den steirischen Baustil zu zerstören. Daher möchte ich vorschlagen, daß künftighin den Baubehörden und den Bausachverständigen seitens des Landes eine Hilfestellung gewährt werden soll in der Form, daß Architekten beauftragt werden, Musterpläne zu erstellen, die regional in die Landschaft passen. Dadurch würde es auch möglich sein, seitens der Baubehörden und auch seitens der Bausachverständigen die Bauwerber aufzuklären, damit sie ihre Wohnhäuser wirklich landschaftsgerecht bauen. Auch bei den Umbauten werden oft

große Fehler begangen, so daß es durch diesen sogenannten Musterplan möglich wäre, den Bauwerbern auch bei Neubauten behilflich zu sein.

Verehrte Damen und Herren, ich möchte aber auch noch um eines ersuchen, daß man bei den Quadratmetern gerade bei den Althäusern nicht so zimperlich sein soll, denn der Kredit wird ja nicht nach Quadratmetern vergeben, sondern es gibt ja einen Höchstsatz von 100.000. Gerade die Althäuser, die oft große Stuben und große Vorräume besitzen, sind oft sehr erhaltungswürdige Bauten. Und dadurch, daß man praktisch den Quadratmetersatz mit 150 Quadratmetern Wohnfläche angesetzt hat, kommen diese bei den Umbauten oft in Schwierigkeiten. Es ist auch zu begrüßen, daß jetzt alle Bauten in den Kredit einbezogen werden, die nach dem 1. Jänner 1955 bezugsreif waren. Denn, verehrte Damen und Herren, viele Häuser sind sicherlich schon nach 15 und 20 Jahren wieder reparaturbedürftig. Durch die Novellierung ist es möglich, denn vorher war ja der 1. Jänner 1923. Verehrte Damen und Herren, ich möchte Sie recht herzlich bitten, helfen Sie mit, damit unsere steirische Heimat steirisch bleibt. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Karrer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Karrer: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Auch mir fällt die ungemein schwierige Aufgabe zu, zu dieser Zeit zu einem Problem der Wohnraumbeschaffung im Rahmen unseres Alpine-Konzerns zu sprechen. Sicher, es würde mehr an Zeit abverlangen, wollte man dieses Problem überhaupt einmal darlegen, nachdem doch in der Steiermark die Situation innerhalb unseres Betriebes, in der Alpine, eine besondere ist. Man muß berücksichtigen, daß wir 25.261 Belegschaftsmitglieder haben, daß wir in unserem Betrieb im Bereich B in der fusionierten VOEST-Alpine AG. auch eine eigene Wohnbaugenossenschaft haben und daß natürlich Wohnbauten von verschiedenen Bauträgern, wie Genossenschaften, Gemeinden, Betriebe usw., in der Steiermark auf Grund des Gesetzes gebaut werden können.

Der Kollege Nigl hat in seiner Ausführung gesagt, er vermutet, daß im Jahre 1974 ca. 5000 Geschloßwohnungen und 2000 Eigentumswohnungen gebaut werden dürften, so die finanziellen Voraussetzungen, wie sie momentan zu überblicken sind, oder sie im Voranschlag aufscheinen, genehmigt werden. Die Bautätigkeit, ist bei unserem Betrieb zu gering. Wir haben einen kolossalen Notstand bei den Wohnungen. Hier namentlich im Werk Donawitz, aus vielerlei Gründen und Ursachen, über die in diesem Haus schon gesprochen wurde. Auf Grund der besonderen dringlichen Situationen, der Investitionen in diesem Betrieb, der Umstellungen, ist es notwendig, hier Wohnungen abzutragen, um Platz zu machen für Bauten, die wirtschaftlich einmal vordringlich sind. Es wäre an der Zeit, auch über die übrigen Werke einen Überblick zu geben. Ich muß mich aber darauf beschränken, und zusammenfassend sagen, daß im Alpinekonzern etwas über 8000 Wohnungen benötigt werden. Wir haben über 3000 dringendste Wohnungsuchende, und die Firma ist bestrebt, in Form eines sogenannten Sinterprogramms

in Verbindung mit der steirischen Landesregierung, dem Herrn Landeshauptmann Dr. Niederl und unserem Referenten, Landesrat Bammer, zu versuchen, diesen Notstand an Wohnungen so rasch wie möglich zu beheben. Es wurde heute schon gesprochen, daß die finanziellen Voraussetzungen nicht die günstigsten sind. Meine Damen und Herren, hier würde unsere Firma mit einer sogenannten Zwischenfinanzierung einspringen, weil wir wissen, daß aus öffentlicher Hand nicht alles in dieser Zeit und auch nicht die nötige Summe an Geld zur Verfügung gestellt werden kann. Ich glaube, daß hier auch schon Gespräche stattgefunden haben, um Vorfinanzierungen vorzunehmen.

Meine Bitte im Namen der nun 25.000 Beschäftigten, aber auch im Namen aller, die noch neu hinzukommen, auf Grund der Investitionen, der Arbeitszeitverkürzung, die ja wieder über 1000 Wohnungsuchende bringen wird, hier raschest einzugreifen. Es dürfen nicht solche Zustände eintreten, daß der Bestand absinkt. Auch unsere Arbeiter und Angestellten haben ein Recht darauf, rasch zu Wohnungen zu kommen, zu tragbaren finanziellen Bedingungen, wie wir es in der Firma gewohnt sind, d. h., Mietwohnungen, unterstützt durch die Firma, gebaut aber sicher mit Mitteln des Landes. Meines Erachtens darf bei einem 10-Jahres-Programm mit mehr als 8000 notwendigen Wohnungen die Zahl 800 im Jahr nicht unterschritten werden. Um dies darf ich Herrn Landesrat Bammer und Herrn Landeshauptmann Dr. Niederl bitten. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Das Schlußwort hat der Herr Landeshauptmann. Ich erteile ihm das Wort.

Landeshauptmann Dr. Niederl: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Es wird zwar ab und zu die Meinung vertreten, um 22 Uhr soll kein Regierungsmitglied mehr sprechen, aber ich bin der Ansicht, ob es 22 Uhr oder 9 Uhr vormittags ist, immer ist es der gleiche Zeitpunkt, an dem es wichtig ist, hier ein Schlußwort zu halten, wenn die Materie dazu zwingt. (Beifall bei der ÖVP.) Wenn wir den Bereich der Wohnbauförderung besprechen, dann begeben wir uns auf ein Gebiet, das unsere Mitmenschen und Mitbürger unmittelbar betrifft und besonders interessiert. Ich möchte zuerst zu den Ausführungen, die hier gebracht worden sind, Stellung nehmen. Herr Abgeordneter Hammerl, wenn Sie Wärmeschutz und Lärmschutz angezogen haben, dann ist das sicher sehr wichtig und notwendig im Rahmen der Wohnbauförderung, und es ist nicht so, daß wir das nicht beachten haben, sondern in den Richtlinien in Ausführung des Wohnbauförderungsgesetzes, das mit 1. Jänner 1958 in Kraft getreten ist, sind auch diese Momente beachtet und verbessert worden. So haben wir wieder für Wärmeschutz eine Kostenerhöhung von zwei Prozent seit 1. Jänner 1973 eingeführt, desgleichen können für den Lärmschutz verbesserte Baumaßnahmen durchgeführt werden. Der Abgeordnete Karrer hat das Problem der Alpine-Wohnbauförderung angesprochen. Ich weiß sehr wohl, daß ich in den Gebieten von Judenburg bis Hönigsberg ab und zu verteuft werde, sozusagen in der unterschwelligsten Propaganda, die dort stattfindet. Ich höre das von Freunden, die in Fohnsdorf, Donawitz

und Kindberg arbeiten, und auch von Verwandten, die Arbeiter sind und immer wieder sagen: Ist es wirklich so, daß du als Wohnbauförderungsreferent überhaupt nichts für die Alpine tust? Und ich muß Ihnen dazu sagen, daß wir in den letzten Jahren fast 1000 Wohneinheiten für den Alpine-Bereich gefördert haben. (Beifall bei der OVP.) Das kann der Herr Landesrat Bammer, mit dem ich das seit Jahren abspreche, bestätigen. Und wenn da und dort diese unterschwellige Propaganda gemacht wird, dann würde ich Sie fast bitten, daß Sie dagegen auftreten. Wir haben auch für das Budget 1974 vorgesehen, daß 800 Wohneinheiten für den Alpine-Bereich gefördert werden. Die Statistik zeigt uns, daß wir Steirer mit gutem Vorbild vorangehen, und zwar deshalb, weil die Spitze unserer Wohnbauförderung, wie ich bereits mehrmals in diesem Hohen Hause gesagt habe, in den Städten und Industrieorten liegt. Es ist nicht so, daß wir zufälligerweise Wohnbauförderung betreiben, wo gerade wer daherkommt, sondern diese sehr bewußt dort durchführen, wo sie einfach wichtig und notwendig ist. Wir sind einer Meinung auch mit der neuen Führung der VOEST-Alpine, daß diese Wohnbauförderung auf dieser Basis weitergehen soll. Denn eines ist auch sicher, die Wohnbauförderung betrifft den Mitmenschen genauso wie die Gesundheit, Nahrung oder sonst etwas anderes. Ohne Wohnung können wir in diesen Bereichen einfach nicht leben. Natürlich gibt es Probleme, ich möchte das gar nicht ausschließen. Ich wäre unaufrichtig, wenn wir das heute in dieser Stunde nicht sagen würden, daß die Grundbeschaffungskosten oft zu hoch sind und daß es oft junge Familien schwer haben, sich eine Wohnung zu beschaffen. Daher ist es notwendig, was wir auch immer beachten, daß die Verordnungen für Wohnbeihilfen und auch für Eigenmitteldarlehen immer wieder angepaßt werden, damit ein echter sozialer Ausgleich gegeben ist.

Die Schaffung von neuen Wohnungen ist sicher wichtig, aber eines auch, und gerade im Landesbudget für das Jahr 1974 ist dies vermerkt, daß erhaltungswürdige Althäuser und Wohnungen den qualitätsmäßigen Anforderungen angepaßt werden sollen und daß wir auch das vorziehen.

Und nun einige Analysen, die ich noch bringen möchte. Die regionalen Unterschiede sind in der Steiermark festzustellen. Demnach weisen die Bezirke an der steirischen Ostgrenze, und zwar nach Hartberg, Fürstenfeld, Feldbach und Radkersburg hin, den größten Anteil an älteren, bereits vor 1945 erbauten Häusern auf.

Den geringsten Anteil an älteren Häusern erreichen die Bezirke Voitsberg und Graz-Umgebung. Und auch hinsichtlich der Wohnungsgröße schwanken die steirischen Bezirke zwischen 58 Quadratmeter im Bezirk Leoben und 86 Quadratmeter in Murau. Und diese Unterschiede resultieren aus den unterschiedlichen Verhältnissen einerseits in den städtischen bzw. industriell orientierten Bezirken. Wir müssen daher unsere Wohnungspolitik in Zukunft auf diese Gegebenheiten abstimmen.

Wenn wir nun das Wohnbauförderungsbudget 1974 betrachten, dann ist gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von neun Prozent festzustellen. Ich sage das deshalb hier im Hohen Hause, damit die

Abgeordneten im Jahre 1974 genau wissen, welche Wohnbauförderungsmittel uns zur Verfügung stehen. Und diese Erhöhung resultiert einerseits aus erhöhten Zuweisungen der zweckgebundenen Bundeseinnahmen, aber andererseits auch daher, daß heuer erstmalig bei den Einnahmen 19,5 Millionen als Erträge, und zwar Zinsen der angelegten Förderungsmitteln, zweckgebunden veranschlagt wurden. Außerdem wurden im Untervoranschlag des Landesfonds neue Initiativen gesetzt, auf die wir später noch zu sprechen kommen werden.

Nun zum Geschoßbau. Zur Förderung von neuen Geschoßbauwohnungen stehen im Budget rund 960 Millionen Schilling zur Verfügung. Aufgrund einer Vorschau auf die nächsten Jahre werden wir daher 1974 — und zwar haben wir hier die Vorschau bis 1977 gemacht — etwa 5000 neue Geschoßbauwohnungen fördern können. Und wenn ich jede Familie mit 4 Personen rechne, so werden es im Jahre 1974 20.000 Menschen sein, die in den Genuß neuer Wohnungen kommen. Aufgrund eines Antrages von Abgeordneten werden wir 50 Millionen Schilling für die Belange der Altstadterhaltung vorsehen können. (Beifall.) Meine sehr verehrten Damen und Herren, das war ein wichtiges Moment auch in den Regierungsverhandlungen. Aufgrund des Wohnbauförderungsgesetzes 1968 besteht nämlich die Möglichkeit, neben dem Neubau auch die Auf-, Zu- oder Einbauten oder auch den Umbau von Baulichkeiten, soweit deren Erhaltung aufgrund landesgesetzlicher Bestimmungen zur Wahrung des Stadtbildes in Altkernern vorgeschrieben ist, zu fördern. Mit dem diesbezüglichen Landesgesetz wird sich der Landtag demnächst beschäftigen.

Zur Wohnungsverbesserung. In einem Unterabschnitt wird die Förderung nach dem Wohnungsverbesserungsgesetz weiter fortgesetzt. Es sind heuer 20 Millionen Schilling vorgesehen, wovon für Neuvergabe zirka vier Millionen Schilling zur Verfügung stehen. Die Bestimmungen dieses Gesetzes haben sich sehr bewährt und es konnten bisher 3957 Anträge erledigt werden, wobei heuer noch eine Beiratssitzung vorgesehen ist, bei der noch einige hundert Anträge einer Erledigung zugeführt werden. Dabei möchte ich allerdings nicht versäumen, darauf hinzuweisen, daß trotz mehrfacher Anträge, die unter anderem auch vom Landtag gestellt wurden, seitens des Bundes nicht reagiert wurde. Ich darf dabei in Erinnerung rufen, daß im Rahmen dieses Bundesgesetzes nur Installationen von Licht, Wasser, sanitären Anlagen und Heizungsanlagen bei der Förderung berücksichtigt werden können. Alle anderen Assanierungsmaßnahmen können leider nicht gefördert werden. Ich werde allerdings später auf ergänzende Maßnahmen zurückkommen.

Und nun zur Eigenheimförderung. Im Untervoranschlag im Landeswohnbauförderungsfonds ist hauptsächlich die Eigenheimförderung vorgesehen. Wir werden mit den veranschlagten Mitteln im Jahre 1974 2500 bis 3000 Eigenheimbauer fördern können. Bei dieser Gelegenheit möchte ich auf zwei besondere Schwierigkeiten hinweisen, die den sozialen Wohnbau zur Zeit sehr belasten. Da ist zunächst die überaus starke Steigerung der Baupreise. Wir sind bestrebt, noch heuer durch Anhebung der Förderungssätze in der Verordnung der angemessenen

Gesamtbaukosten hier den Gegebenheiten Rechnung zu tragen und einigermaßen tragbare Verhältnisse zu schaffen. Es werden ab 1. Jänner 1974 die angemessenen Gesamtbaukosten für Baulichkeiten durchschnittlich um 24,8 Prozent angehoben. Außerdem wird auch nach dieser Verordnung bei künstlerischer Ausgestaltung eine Erhöhung dieser Sätze um ein Prozent, höchstens 100.000 Schilling bzw. bei mehr als 200 Wohnungen höchstens 500.000 Schilling, vorgenommen. Erstmals kann nunmehr bei Errichtung von Kinderspielplätzen — und das möchte ich ganz besonders betonen — ein Betrag von einer gewissen Summe je Baulichkeit, der zwischen 50 und 100.000 Schilling liegt, bei den zu fördernden Gesamtbaukosten einbezogen werden. (Beifall.) Zum anderen muß ich allerdings noch auf die Kreditrestriktionsmaßnahmen hinweisen. Denn immer häufiger kommt es vor, daß Förderungswerber zwar das Zinszuschußangebot des Landes in der Hand haben, allerdings nicht in der Lage sind, eine Darlehenszusage des Kreditinstitutes zu erhalten. Das trifft aber nicht nur unsere Eigenheimbauer, sondern in immer größerem Maße auch die gemeinnützigen Wohnbauvereinigungen. Es wurde ja zum gleichen Zeitpunkt, da die Kreditrestriktionsmaßnahmen verfügt wurden, die Novelle zum Wohnbauförderungsgesetz 1968 beschlossen, wonach einerseits die Förderungshöhe von 60 Prozent auf 45 Prozent gesenkt wurde und andererseits die am Kapitalmarkt aufzubringenden Mitteln von 30 Prozent auf 45 Prozent erhöht worden sind. Eine Besprechung, die ich vor nicht allzulanger Zeit mit den leitenden Herren der steirischen Kreditinstitute geführt habe, hat ergeben, daß sich die Lage auf dem Kreditsektor im Jahre 1974 zumindest nicht verbessern, wenn nicht verschlechtern dürfte. Dazu kommt noch die unsichere Situation, die wir in dieser Zeit haben.

Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir hoffen nur, daß es möglich sein wird, im Jahre 1974 die notwendigen Kredite zu beschaffen, damit die Wohnbauförderung weitergehen kann. Ich habe den Herrn Bautenminister Moser ersucht, sich dafür einzusetzen, daß der soziale Wohnbau aus den Kreditrestriktionsmaßnahmen herausgenommen wird.

Er teilte mir als Zwischenerledigung mit, daß er sich diesbezüglich an den Finanzminister gewandt hat.

Nun auch zu den neuen Initiativen. Aufgrund eines Initiativantrages von Abgeordneten wurde eine Novelle zum Gesetz über den Landeswohnbaufonds eingebracht, die sich auf die Althausanierung und die Hausstandsgründung von Jungfamilien bezieht. Wie ich bereits vorhin erwähnt habe, sollen sozusagen als Ergänzung zum Wohnungsverbesserungsgesetz von seiten des Landes wirksame Maßnahmen gesetzt werden, um einen Anreiz zu bieten, erhaltungswürdigen Altwohnbestand auch tatsächlich zu erhalten. Wir hatten bereits bisher von seiten des Landes einen sogenannten Assanierungszinszuschuß vorgesehen, der allerdings in seiner praktischen Auswirkung nicht allzu bedeutend war. Es ist daher gedacht, daß ergänzend zum Wohnungsverbesserungsgesetz nunmehr z. B. auch die Sanierung von Fußböden, Fensterstöcken, Trockenlegung usw. vorgesehen werden kann. Aus diesem Grunde

wurde der bisher im Unterabschnitt 623 vorgesehene Betrag von vier Millionen um zwei Millionen aufgestockt, so daß wir für 1974 insgesamt sechs Millionen für solche Zinszuschüsse zur Verfügung haben werden. Als zweiter Punkt soll in das Landesfondsgesetz eine Förderung der Hausstandsgründung von Jungfamilien und zwar ebenfalls in Form von Zinszuschüssen, aufgenommen werden. Vorgesehen ist, unseren jungen Familien, deren Familienerhalter unter 30 Jahre ist, zur Erleichterung der aus Anlaß der Neugründung eines Hausstandes erwachsenen Kosten eine Förderungsmöglichkeit zu schaffen. Dafür sind im ao. Budget drei Millionen vorgesehen. Sowohl über die Althausanierung als auch über die Jungfamilienförderung wird der Landtag anläßlich der Behandlung dieser Gesetzesnovelle noch ausführlich beraten. Im außerordentlichen Budget ist die Weiterführung der Industriesonderwohnbauprogramme und des Heimbauprogramms vorgesehen. Bezüglich des Heimbauprogramms ist zu sagen, daß man mit den seinerzeit vorgesehenen 100 Millionen Schilling nicht das Auslangen finden wird, da bereits wesentlich mehr Anträge vorliegen. Ich möchte erwähnen, daß neben Studentenheimen auch Heime anderer karitativer Vereinigungen gefördert werden sollen. Im außerordentlichen Budget ist außerdem noch ein Betrag von einer Million Schilling für Wohnbauforschung vorgesehen zur Verbesserung der Wohnqualität und zur Durchführung von Architektenwettbewerben im Rahmen der Wohnbauförderung. Ich möchte Ihnen auch mitteilen, daß im Rahmen der vorzeitigen und begünstigten Rückzahlung insgesamt 32,4 Millionen Schilling bis heute zurückgezahlt worden sind. Und wenn ich die Wohnbauförderung in der Steiermark bis 4. Dezember 1973 betrachte, so waren es bisher 120.079 Wohneinheiten mit Direktdarlehen in der Höhe von 805,6 Millionen Schilling und Zinszuschüsse für Darlehen von 305,2 Millionen Schilling. Ich glaube aber abschließend sagen zu können, daß wir 1974 unsere Bemühungen im Rahmen der Wohnbauförderung fortsetzen durch den Einsatz entsprechender Mittel, die ja letztlich von jedem einzelnen Steuerzahler aufgebracht werden, neue Wohnungen, sei es in Form von Eigenheimen, Eigentums- und Mietwohnungen zur Verfügung zu stellen und zu trachten, erhaltungswürdige Altwohnungen durch Sanierung zu verbessern. (Allgemeiner lebhafter Beifall.)

Präsident: Meine Damen und Herren, wir unterbrechen nun die Sitzung und setzen morgen in der Früh um 8.30 Uhr mit der Spezialdebatte über das Bauwesen, einschließlich Straßen- und Wasserbau fort.

Unterbrechung der Sitzung: 22.15 Uhr.

Fortsetzung der Sitzung: 7. Dezember, 8.30 Uhr.

Zweiter Präsident Hleschitz: Meine Damen und Herren! Wir kommen nun zum zweiten Teil der Spezialdebatte Bauwesen, einschließlich Straßen- und Wasserbau. Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Heidinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. Heidinger: Herr Präsident, Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren! In der Gruppe 6 steht an der Spitze der Abschnitt 61: Planung, und er ist gegenüber den vergangenen Jahren bedeutend erhöht. Der Herr Landesfinanzreferent hat dies in seiner Rede auch ausdrücklich gesagt und ich glaube, daß das der richtige Ort und die richtige Zeit ist, überhaupt einmal Grundsatzfragen der Planung anzuschneiden, nachdem wir in der letzten Landtagssitzung über Straßenplanung gesprochen haben. Es wird ja immer wieder der Vorwurf erhoben, daß die ÖVP planungsfeindlich und dies der Grund für manchen Rückstand im Lande sei. Man kann das immer wieder auf Parteiveranstaltungen und in Parteizeitungen der SPO lesen. Ich glaube, daß wir das letzte Mal bei der Straßenplanung nachweisen konnten, daß das ein Vorwurf ist, der ins Leere geht und wir haben mit unserem Modell Steiermark ja bewiesen, daß wir nicht nur Raumplanung und einzelne Ressortplanungen ernst nehmen, sondern daß wir eine umfassende und globale Planung für die richtige halten. Planung, Herr Kollege Brandl, ist keine neue Erfindung, jeder plante und plant, der Bauer ebenso wie der Arbeitnehmer, der Beamte ebenso wie der Unternehmer. Wenn gestern das Wort gefallen ist — von einem Abgeordneten oder einer Abgeordneten —, man könnte die Budgetdebatte als Kulturdebatte bezeichnen, so kann man mit ebensolchem Recht sagen, daß die ganze Budgetdiskussion eine Planungsdiskussion ist. Denn planen heißt doch nichts anderes als vorausdenken und wir haben, wenn wir dieses Budget verabschiedet haben, die Weichen gestellt für ein Jahr politischer und wirtschaftlicher Arbeit in diesem Lande. Die Dimension eines Planes ist Raum, Zeit und Verfahren. Warum dann die Emotionen? Ich glaube, daß dies sehr einfach zu erklären ist. Die Diskussion Planung oder Nichtplanung, die immer wieder zu großen Widersprüchen geführt hat, vor allem zwischen den politischen Kräften im Lande, ist doch in Wirklichkeit keine Diskussion über Planung an sich gewesen, sondern eine Diskussion über die Dispositions- und Entscheidungsgewalt im wirtschaftlichen Bereich.

Und die Extrempositionen sind bekannt. Auf der einen Seite die klassische Formulierung Angebot und Nachfrage entscheidet, also die reine Marktentscheidung und auf der anderen Seite die Zentralverwaltungswirtschaft. Die Praxis geht eben im Osten, genauso wie im Westen, zu Mittelwegen. Es wäre sehr reizvoll, den Weg des sozialistischen Nachbarstaates Jugoslawien zu den heutigen Entscheidungsmodellen im Wirtschaftsbereich zu skizzieren. Aber bleiben wir bei Österreich. Der österreichische Weg ist ebenfalls ein Mittelweg. Die Verstaatlichung der Produktionsmittel, der Grundindustrie ist ja 1946 und 1947 erfolgt und hat den Weg gezeigt. Warum ich die Verstaatlichung im Zusammenhang mit Planung anziehe, so deswegen, weil wir in diesem Hohen Hause etwa über die Konzentration VOEST-Alpine gesprochen und einstimmig verlangt haben, daß als Voraussetzung dafür ein zukünftiger Investitionsplan, der den steinischen Belangen Rechnung trägt, vorgelegt wird. Bis heute ist dieser Plan nicht vorgelegt. Wir wissen

nicht, welche Investitionen seitens dieses Machtgiganten in der Steiermark geplant sind.

Und wenn gestern etwa der Kollege Zinkanell sich über den Rundfunk und die angeblich vorhandene Macht des dort disponierenden Generalintendanten Bacher ereifert hat, dann frage ich mich, warum Sie sich nicht über die Macht des VOEST-Alpine-Vorstandes alterieren. Ich stehe nicht an zu erklären: Jeder Herr der steinischen Landesregierung ist in seiner Dispositionsgewalt ein Armutskerl gegen Generaldirektor Koller von der VOEST-Alpine und den Vorstand dieses Unternehmens. (Abg. Brandl: „Ein sehr tüchtiger Mann!“ — Abg. Zinkanell: „Aber er mißbraucht sie nicht, das ist der Unterschied!“) Das wollen wir gar nicht bestreiten und darüber haben wir hier nicht zu befinden, sondern das hat der Aufsichtsrat der VOEST-Alpine zu tun, aber ich möchte Ihnen nur sagen, daß Sie hier mit zweierlei Maß messen. Denn die Frage der Dispositionsgewalt ist doch in Wirklichkeit die entscheidende Frage. Sie sehen in Ihren Leitlinien auf Seite 14, ich habe mir das sehr gut angeschaut, die Fusion von VOEST-Alpine für die steinische Wirtschaft und Zukunft als so bedeutend an, auch wir tun das, aber mit einem kritischen Seitenblick, weil derzeit die Situation doch so ist, daß die VOEST das alte mittelfristige Programm der Alpine so schlecht und recht noch abwickelt, daß es aber ein zukünftiges Investitionsprogramm, das uns Steirer irgendwie befriedigen könnte, zumindest für die Öffentlichkeit nicht gibt.

Auf der anderen Seite werden in Linz große Investitionen getätigt, daß die VOEST bei den Finanzämtern der Steiermark bereits den Antrag gestellt hat, den Gewerbeertragsanteil für die Gemeinden auf Null zu stellen, weil man offensichtlich durch die Großinvestitionen und vorzeitigen Abschreibungen zu keinem Bilanzgewinn mehr kommt. Ja, Herr Kollege Gratsch, welche Bedeutung das etwa für die Gemeinden Leoben-Donawitz, Zeltweg, Knittelfeld, Kindberg und so weiter hat, das sind doch Dinge. (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Das ist eine Gemeinde!“) Ich habe gesagt, Leoben-Donawitz ist eins, Herr Landeshauptmann. (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Sie haben gesagt, die Gemeinden Leoben-Donawitz!“) Entschuldigen Sie bitte, das weiß ich, das ist Groß-Leoben. Schauen Sie, ich sage das doch nicht aus polemischen Gründen, sondern um Ihnen (Abg. G. Heidinger: „Um uns zu erheitern!“) zu zeigen, daß es sehr wesentlich und notwendig ist, daß die Planung eines solchen Konzerns in den steinischen Landesentwicklungsplan eingebaut werden muß. Und dieser steirische Landesentwicklungsplan, der uns im nächsten Jahr vorgelegt werden wird, wird die Zukunftsvorstellungen im Lande darstellen müssen und zwar nicht nur als globale Raumordnung, sondern darüber hinaus als Fundament für alle zukünftigen Handlungen im Lande. Wir haben mit dem Modell Steiermark die Information und Orientierung über unsere Zielvorstellungen niedergelegt und erfreulicherweise haben die anderen Parteien mit ihren Leitlinien und Formeln für die Steiermark nachgezogen. (Abg. Gerhard Heidinger: „Na, der ist polemisch!“) Wir werden uns, so glaube ich, über die Grundsatzziele sehr rasch einigen können.

(Landesrat Bammer: „Das wissen wir nicht, das ist unsicher!“) Wir alle wollen, daß die Lebensqualität in der Steiermark und in allen Bereichen der Steiermark eine bessere wird und wir werden die Wege dazu zu suchen haben. Daß es im Detail wahrscheinlich schwieriger sein wird, sich zu einigen, hat der Herr Landesfinanzreferent sehr richtig in seiner Einbegleitungsrede auch gesagt (Abg. Gross: „Ha, ha!“ — Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Er war nicht sehr überzeugend, der Lacher, Herr Kollege Gross!“), aber wir glauben, daß wir zu einem gemeinsamen Konsens kommen werden und wir erwarten sehr gerne die Vorlage dieses Landesentwicklungsplanes.

Und lassen Sie mich hier noch kurz zu Verfahrensfragen im Planungsbereich der staatlichen Verwaltung Stellung nehmen. Wir haben ja im Zuge der Diskussion dieser Budgetdebatte vom Spitalplan, vom Kindergartenplan, vom Straßenplan und so weiter und so weiter gesprochen und es ist so, daß zunächst einmal die Bestandsaufnahme erfolgen muß und daß das sehr lange dauert, haben wir gestern wieder am Beispiel des Spitalplans diskutieren können. Dann muß die Fernzielsetzung kommen, daraus leitet sich die Aktionsplanung oder, wenn Sie wollen die mittelfristige Planung und schließlich die kurzfristige ab, die einer Koordinierung vor allem im staatlichen Bereich zwischen den einzelnen Ressorts dringend bedarf. Es ist kein Geheimnis, daß diese Koordinierung schon im Bereich der Landesverwaltung nicht leicht sein wird und sicher ist es falsch zu glauben, daß eine Landesentwicklungsplanung nicht auch mit dem Bundesplan, etwa im Zuge der österr. Raumordnungskonferenz, abgestimmt werden muß. Und auch hier gestatten Sie mir eine Feststellung. Die österreichische Raumordnungskonferenz basiert auf Leistungen und Strukturhebungen, die von der Regierung Doktor Klaus angeordnet und durchgeführt wurden. Aber es ist jetzt, wir können das aus dem Budgetansatz, der vom vergangenen Jahr 153.000 auf 385.000 Schilling gestiegen ist, auf das Zweieinhalbfache, sehr deutlich sehen, daß hier die Gefahr besteht, daß nicht eine zweckmäßige Koordinierungsstelle aufgezogen wird, sondern eine zusätzliche Verwaltungsstelle, die schwerfällig und damit langsam arbeitet. Es ist uns zu wenig, wenn der Landesentwicklungsplan nur eine Großplanordnung ist, es ist uns zu wenig wenn er nur eine Addition der Ressortpläne ist, wir verstehen ihn aufbauend weit hinein in die Zukunft, die Fernziele mögen Visionen sein, aber sie werden die großräumige Lage und die großräumige Situation der Steiermark berücksichtigen müssen. Etwa an der Autobahn vom Balkan zur Donau, von der Ostsee zur Adria, und zweifellos wird das Autobahnkreuz Graz, wenn einmal die Autobahnäste wirklich fertig sind, eine europäische Aufwertung erfahren. (Abg. Gerhard Heidinger: „Zuerst müssen wir einmal über die Gleinalm-autobahn reden!“) Wir haben uns aber im Zuge des Landesentwicklungsplanes und auch mit so weiträumigen Überlegungen wie mit dem Donau-Save-Adria-Kanal auseinandersetzen und wir werden in einem Langfristprogramm für zehn Jahre, ihre Leitlinien gehen ja etwa auch bis 1985, dann schon in konkretere Großvorhaben zu begeben haben. Wir

werden mit der konkreten Kurzfristbetrachtung dann sehr klare Aussagen über das Wollen der nächsten Jahre machen müssen. Ich glaube aber, daß dazu eine mehrjährige Budgetvorschau gehört, wir haben uns erlaubt auch einen diesbezüglichen Antrag einzubringen, ich habe mich gefreut, wie ich Ihre neuen Leitlinien gesehen habe, daß auch Sie eine solche mehrjährige Budgetvorschau erwarten und wir dürfen ja dann hoffen, daß der sozialistische Landesfinanzreferent auch eine solche vorlegt. Der Entwicklungsplan soll ein Rahmenplan für alle Aktivitäten des Landes sein und wenn wir ihn so verstehen, als Leitlinie, als Rahmenplan, worin die Aktivitäten der Unternehmungen, der einzelnen, der Ressorts sinnvoll geordnet einem Ziele zustreben, dann können wir nicht nur ja zu einer solchen Planung sagen, sondern mehr noch, wir erwarten das eheste Vorliegen einer solchen Planung zur eingehenden Diskussion. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Als nächster Redner ist zur Diskussion gemeldet, der Abgeordnete Preitler. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Preitler: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In Kürze möchte ich die Sorgen der Bevölkerung im Raume Dobl auch mitteilen. Der Geringbach tritt in letzter Zeit bei jedem größeren Niederschlag aus den Ufern. Er überflutet den südlichen Teil von Dobl, über 100 ha landwirtschaftliche Nutzfläche, das Wasser kann dort nicht abfließen und damit werden einige Hektar Kulturen restlos vernichtet. Außerdem ist die Straße Dobl—Graz, Dobl—Dietersdorf—Zwaring einige Tage unpassierbar. Mitschuldig an diesen Überflutungen ist auch die Autobahn. Die Autobahn zwischen Premstätten und Dobl weist eine mäßige Neigung auf, so daß das ganze Überwasser der Autobahn in diesen Bach fließt, der es nicht aufnehmen kann. Auch in der Presse war zu lesen „Wegen Autobahn, Hochwasser und Ölschmutz“. Es ist daraus zu ersehen, daß nicht nur die Natur an diesem Unheil schuld ist, sondern auch die menschliche Hand. Es ist daher dringend notwendig, diesem Unheil Abhilfe zu schaffen. Es wäre daher notwendig, daß in ehester Zeit eine Regulierung durchgeführt wird. Wenn diesbezüglich im Landtag ein Antrag eingebracht wird, möchte ich das Hohe Haus ersuchen, diesen Antrag anzunehmen und ihm die Zustimmung zu geben.

Den Herrn Landesrat Dr. Krainer möchte ich bitten, daß er alles unternimmt, damit ehestens die Bahnunterführung in Gratwein gebaut wird. Wiederholt werde ich hierüber von der Bevölkerung befragt, nicht nur von der Bevölkerung, von der Rettung, Feuerwehr. Auch der Schulbus muß einige Zeit bei den Bahnschranken warten. Der Verkehr hat sich seit Einbringung dieses Antrages im Frühjahr 1971 wesentlich erhöht.

Herr Landesrat, ich darf Sie bitten, mir mitzuteilen, wann mit diesem Bau zu rechnen ist. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Seidl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Seidl: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich darf einige Gedanken zum Umweltschutz bringen, die mit den Wasserleitungs- und Kanalbauten, mit dem Gewässerschutz und der Abfallbeseitigung zusammenhängen. Es wurde schon gestern von einem der Vorredner ausgeführt, daß der Umweltschutz zum Schlagwort geworden ist. Daß das Wort Umweltschutz zerredet wird, wurde nicht gesagt, man hört es nur oft. Auf der anderen Seite ist man doch sehr bemüht, auch von der öffentlichen Hand etwas zu tun. Daß schon seit langem etwas geleistet wurde, kann auch bewiesen werden. Es steht sicherlich fest, daß die negativen Einflüsse auf allen Gebieten des Umweltschutzes rasant zunehmen und die Fragen immer akuter und gefährlicher werden. Es ist uns bekannt, daß sich Luft- und Lärmeinflüsse nicht regional-technisch lösen lassen, wohl aber die Fragen Frischwasser und Abwasser.

Speziell zu diesen beiden letzten Gruppen hat das Land Steiermark im Budget 1974 Vorsorge getroffen. Dazu gehört allerdings nicht nur das Wasser und Abwasser, sondern auch der Abfall. Obwohl die Zuständigkeit für die Errichtung solcher Anlagen bei den Gemeinden liegt, können diese Anlagen unmöglich allein von den Gemeinden errichtet werden, sondern nur mit Hilfe des Landes und des Bundes.

Zur Luftreinhaltung darf auf das heuer beschlossene Steiermärkische Gasgesetz und auf das Ölfeuerungsgesetz hingewiesen werden, wobei das letztere zu den derzeit besten Europas zählt. Es wurden die modernsten Erkenntnisse des Umweltschutzes sowie die technologischen Möglichkeiten zur Herabsetzung des Schwefeldioxydgehaltes berücksichtigt. Für die Überwachung dieser Vorschriften ist im Budget 1974 auch ein entsprechender Ansatz zur Luftüberprüfung vorgesehen.

Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen erhalten eine Förderung vom Bund bzw. Wasserwirtschaftsfonds und vom Land.

1973 wurden rund 300 Anlagen von der Fachabteilung III c bearbeitet, die eine Bausumme von ca. 302 Millionen Schilling erforderten. 70 Anlagen wurden fertiggestellt, 25 kleinere Anlagen wurden nur mit Landesmitteln gefördert, da der Bund leider Einzelbausummen von unter einer Million nicht fördert. Als Überbrückungsdarlehen hat darüber hinaus das Land für ausstehende Fondsmittel 19 Millionen gewährt. Für 1974 sind auf dem Wasserleitungssektor zahlreiche Bauten vorgesehen.

Ich gestatte mir sehr rasch diese Vorhaben aufzuzählen, weil sie für die Öffentlichkeit interessant sind: Wasserverbände Koralpe, Oberes Raabtal, Feistritztal, Blumegg-Lannach, Stainztal, Leibnitzerfeld, und die Anlagen Pinggau-Pinkafeld und Turracherhöhe, teilweise in Gemeinschaft mit den Bundesländern Burgenland und Kärnten sowie die Wasserversorgungsanlagen der Gemeinden Judenburg, Kapfenberg, Ramsau, Seiersberg, Leoben und Fehring.

Die Arbeiten auf dem Abwassersektor fanden heuer und in den vergangenen Jahren eine große Fortsetzung, und zwar dreht es sich hier um 23 Anlagen, die ich aber hier nicht aufzählen will.

Erwähnenswert ist die Förderung der Großkläranlage Graz, für die 70 Millionen bereitgestellt wurden. Es darf hier besonders hervorgehoben werden, daß diese Anlage 1. 1974 in Betrieb genommen werden kann und 2. Herr Landeshauptmann Dr. Niederl sich speziell für Graz für eine frühere Fertigstellung eingesetzt hat. 1973 werden neun Großkläranlagen fertiggestellt, die ich hier auch nicht näher erwähnen will.

Zur Förderung von Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen muß ich noch sagen, daß der Bund in der Regel nur langfristige niederverzinsliche Darlehen vergibt, das bisher jährlich erfolgte. Heuer wurde interessanterweise die Förderung ohne vorherige Ankündigung erstmals für eine längere Zeitspanne gegeben. Die nächste Sitzung des Wasserwirtschaftsfonds hätte nach den bisherigen Gepflogenheiten im Frühjahr 1974 stattfinden müssen. Anstelle dieses Termines hat man aber einen relativ knapp vor den nächsten Nationalratswahlen stehenden Termin, zirka Herbst 1974, in Aussicht genommen. Ich frage mich, ob hier reine Sachlichkeit den Ausschlag gegeben hat.

Das Land fördert in der Regel durch nichtrückzahlbare Landesbeiträge bis zu einer Höchstquote von 30 Prozent der Gesamtbaukosten. Daneben gewährt das Land auch Darlehen und sieht sich in letzter Zeit auf Grund der schleppenden Erledigung von Förderungsansuchen beim Wasserwirtschaftsfonds gezwungen, Überbrückungsdarlehen zu gewähren, um im Bau befindliche Projekte zügig fortsetzen zu können. Auch diese Darlehen sind langfristig und niederverzinslich, dank unserem Landeshauptmann Dr. Niederl, der dafür als zuständiger Referent verantwortlich ist, und sich immer wieder einsetzt, daß Maßnahmen auf diesem Gebiete rasch gefördert werden.

Es muß aber auch die Fachabteilung III c lobend erwähnt werden, die eine hohe fachliche Qualifikation besitzt und sich durch unbürokratische Erledigungsweise auszeichnet.

Übrigens hat man bei der heuer beschlossenen Novellierung des Bundeswasserbautenförderungsgesetzes trotz wiederholter Vorstöße der Landesregierung mit einstimmigem Beschluß nicht auf die Mur Rücksicht genommen und für Murreinhaltemaßnahmen nicht dieselben günstigen Förderungskonditionen eingeräumt, wie das zum Beispiel für die Seereinhaltung erfolgt ist. Das Land wird 1974 in noch stärkerem Maße Förderungen für Wasserleitungen und Kanalbauten vorsehen, und zwar insgesamt rund 140 Millionen. Dies ist eine Steigerung gegenüber 1973 von 27,6 Prozent.

Im letzten Abschnitt darf ich noch zum Problem der Abfallbeseitigung etwas sagen, das besonders dringend und akut wird. Schon 1963 hat das Land Steiermark eine Müllstudie erstellen lassen. Dieser Studie folgten Detailstudien für die Abfall-schwerpunkte. Für diese notwendigen Vorarbeiten hat das Land bisher rund 600.000 Schilling zur Verfügung gestellt. Diese Studien haben den Zweck, die technisch und finanziell wirtschaftlichsten Lösungen zu finden. Technisch geht es um die Art der Beseitigung: Deponie, Kompostierung oder Verbrennung. Die Wirtschaftlichkeit ist von der

technischen Anlage und von der zumutbaren Größe des Einzugsgebietes abhängig.

Diese Fragen konnten von Fachbeamten auch im Ausland studiert werden und erbrachten eigentlich noch keine Ideallösung. Derzeit wird über Auftrag von Landeshauptmann Dr. Niederl ein Projekt geprüft und zwar die Möglichkeit, den gesamten anfallenden Müll mittels Spezialcontainern auf dem Bahnwege einer zentralen Großanlage zuzuführen. Bei allen Arten von Anlagen muß jedoch wiederum auf die Umwelt beziehungsweise auf die Bevölkerung Rücksicht genommen werden. Man kann sich ja vorstellen, welche Gegend, oder welche Bevölkerungsgruppe irgendwo in der Steiermark ein Interesse hat, eine solche Anlage hinzubekommen, wo der Müll eben konzentriert gesammelt, deponiert oder gar verbrannt wird. (Abg. Dr. Heidinger: „Siehe Landscha!“) Bitte von wo kam der Zwischenruf, ach so, bitte. (Heiterkeit — Abg. Nigl: „Das war gut, der Zwischenruf wird akzeptiert!“) Nachdem Herr Kollege Dr. Heidinger genau informiert ist, brauche ich dazu keine Erläuterung zu bringen, er kennt die Sachlage. Wäre der Zwischenruf von hier gekommen oder von hier, wäre eine Aufklärung notwendig. Ich kann zu der Sache trotzdem, wenn Landscha schon erwähnt worden ist, hier nur sagen, daß der Fall Landscha sehr unangenehm war und noch ist, aber das Problem wird einer Lösung zugeführt. Wir haben am 11. Dezember eine gewerberechtliche Kommission, bei der zum Beispiel die Luftverbesserung schon in greifbare Nähe gerückt wird, die technischen Anlagen werden eingebaut. Im Februar dürften wir wegen des Abwasserproblems eine Kommission haben, und wir werden eine dementsprechende Klärung erhalten und dieses geklärte Abwasser in die noch schmutzigere Mur führen können. Jedenfalls geht es um die betroffene Bevölkerung der dort angrenzenden Gemeinden — ist ja meine eigene Gemeinde (Heiterkeit bei der SPO.) und die südlich angrenzende, mit der ich freundschaftlich verbunden bin, nämlich die Gemeinde Obervogau. Ich bin ja dauernd unten — und wir haben uns geeinigt, die Sache wird gelöst, der Herr Kollege Aichholzer wird das bestätigen können, ich habe ihn zwar nie unten gesehen, will damit aber nicht sagen, daß er sich für den Fall nicht interessiert hat, aber ich habe mich für Obervogau beziehungsweise für dieses Problem sehr eingesetzt, ohne mich jetzt lobend hervorzuheben, darf ich das hier sagen. Ich danke für den Hinweis, Kollege Dr. Heidinger, und für das Stichwort Landscha. (Abg. Dr. Heidinger: „Ein drastisches Beispiel!“)

Ich kann zusammenfassend sagen, daß das Land wirklich sehr bemüht ist, das Abfallproblem einer geordneten Lösung zuzuführen. Es ist vielleicht das sicherlich schwierigste Problem. Das Abwasser läßt sich klären, ich meine, da gibt es keine technischen Fragen mehr, es dreht sich nur um Geld. Die Wasserversorgung ist an und für sich ebenso klar, auch hier dreht es sich nur um Geld, aber beim Müll stehen wir irgendwie technisch an. Finanzielle Befriedigungen gibt es ja auf keinem Gebiet. Jedenfalls hat das Land Steiermark für die Abfallbeseitigung seit dem Jahre 1968 den steirischen Gemein-

den bisher 4,4 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt. Das ist ein guter Anfangsbetrag. In der Steiermark gibt es derzeit 2 Verbrennungsanlagen und zwar in Kapfenberg und Zeltweg. Eine weitere Anlage wird im oberen Mürztal errichtet werden. Für diese Anlagen, die ich eben genannt habe, hat das Land schon 3,7 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt. Leider stehen seitens des Bundes für diese Zwecke keine öffentlichen Mittel zur Verfügung, so müssen diese Probleme von den Gemeinden allein bzw. mit Hilfe des Landes gelöst werden. (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Herr Kollege, Sie müssen den Finanzausgleich lesen, da steht es drinnen! Es ist nicht viel, aber es ist etwas gegen früher!“) Ich weiß diese Post momentan nicht, Herr Landeshauptmann, aber jedenfalls, auf alle Bundesländer aufgeteilt, dürfte es sich um einen sehr kleinen Betrag handeln.

Das sind diese Beruhigungsbombons, die wir von seiten des Bundes auf vielen Gebieten gewohnt sind. (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Sieben Millionen stehen im Landesbudget, wenn Sie nachschauen!“) Ist aber trotzdem ein verhältnismäßig kleiner Betrag, Herr Landeshauptmann (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Freilich ist es zu wenig!“ — Abg. Brandl: „Zu wenig ist es immer!“), für dieses akute Problem. Herr Landeshauptmann Dr. Niederl hat bisher vergeblich versucht, Förderungsmaßnahmen für Müllvernichtungsanlagen in das Wasserbautenförderungsgesetz einzubeziehen. Das wäre eine Lösung, auf die der Bund natürlich nicht eingeht, zumindest bisher nicht. Es würde zu weit führen, hier auf alle Probleme des Umweltschutzes einzugehen, so wichtig und aktuell sie auch sind. Sie werden sicherlich und zum Teil nur langfristig lösbar sein. Das ÖVP-Modell Steiermark hat im Kapitel „Gesunde Umwelt, schöneres Leben“ klare Programmpunkte festgelegt, und die ersten Schritte wurden realisiert. Sicherlich sind die Umweltschutzprobleme auch vom Verursachen her engstens mit der Bevölkerung verbunden und es bedarf einer laufenden Weckung und Aufklärung zum richtigen Umweltschutzbewußtsein und der ständigen Mithilfe der Bevölkerung. Es ist zu hoffen, daß die Aktion unter der Devise „Saubere Steiermark“ wie bisher vereinzelt, 1974 weitgestreut wirksam wird in unserem Lande. Ich habe leider vergessen zu fragen, es wäre interessant, ob es bei den Budgetverhandlungen der Landesregierung der SPO leicht- oder schwergefallen ist, diesen Ansätzen, die für den Umweltschutz und für alle diese Dinge veranschlagt sind, zuzustimmen. Ich habe mich leider nicht informiert, es war zu spät, aber (Abg. Brandl: „Selbstverständlich leicht!“ — Abg. Gratsch: „Na ganz leicht!“) bitte. Jedenfalls wird unsere Fraktion weiterhin bemüht sein, über alle Belange, speziell auf dem Gebiet des Umweltschutzes, weil diese Fragen so komplex sind, mit der Bevölkerung immer wieder zu diskutieren und diese Probleme echt zu fördern. Ich hoffe und ich weiß es, daß nach der steirischen Fahrweise — speziell, was unsere Partei betrifft — wie wir es gewohnt sind, auch bei einer ÖVP-Alleinregierung ohne Wiener Gängelband das Möglichste für unsere Heimat und für die Menschen zu tun. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Als nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Götz vorgemerkt. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz: Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! In den vergangenen Jahren habe ich bei den beiden getrennten Diskussionsgruppen zum Kapitel sechs immer um die Vergünstigung ersucht, mit einer Wortmeldung mich beider Stoffe bedienen zu können. Ich möchte das auch heuer tun, wenngleich ich nur eine, aber vielleicht nicht unwesentliche Anmerkung zur gestrigen Debatte noch anbringen möchte.

Vorerst gestatten Sie mir aber, daß ich zu jenen Problemen spreche, die in dieser zweiten Gruppe gravierend sind, so etwa zum Problem der Ausschreibungen von Bauarbeiten. Meine Damen und Herren, ich verstehe durchaus, daß die bisherige Praxis, nämlich nach Festpreisen, gebunden auf ein Jahr, Bauten zu vergeben und Bauten auszuschreiben, unerhörte Vorteile in der Frage der Abrechnung, auch natürlich in der Frage der Ansätze der Kostenberechnungen hat. Umgekehrt bitte ich, nicht zu übersehen, daß diese Festpreisvergebung natürlich auch kostenmäßige Nachteile für das Land mit sich bringen kann, fast möchte ich behaupten, bringen muß, in einer Zeit, wo jede anbietende Firma nicht mit Sicherheit oder mit großer Wahrscheinlichkeit vorhersehen kann, wie die Preisentwicklung sich im Laufe der nächsten Monate vollziehen wird. Nachdem ich an einen Altruismus in dieser Frage einfach nicht zu glauben bereit bin, nehme ich an, daß dieses Risiko der Entwicklung in den angebotenen Festpreisen einen Niederschlag finden muß. Das kann zum Vorteil, aber ebensogut zum Nachteil des Auftraggebers sein. Mein Ersuchen geht dahin, diese Frage von Festpreisvergaben entweder in dem debundenen Termin herabzusetzen oder doch auf jene Punkte einzuschränken, die dann etwa durch kollektivvertragliche Änderungen, durch Empfehlungen des zuständigen Ministeriums in ihrer größenordnungsmäßigen Auswirkung leicht zu überprüfen sind.

Etwas weiteres möchte ich in dem Zusammenhang ebenso anschnitten, nämlich die Frage — nicht das erstmal, darf ich sagen — der Spezialisierung von Firmen. Meine Damen und Herren, es ist ganz klar, daß, je arbeitsteiliger die Wirtschaft und die Bauwirtschaft wird, jede Form von Spezialisierung letztlich zu Einsparungen, zu rationelleren Baumethoden, damit zu niedrigeren Preisen führen muß. Es ist mir ebenso klar, daß ein sehr großer Auftraggeber wie das Land nicht hergehen kann und nicht soll, auch keine Rechtsgrundlage hätte, zu sagen, du, Firma sowieso, kommst jetzt nur im Tiefbau, im Brückenbau, im Kanalbau, oder was weiß ich wo, dran und du andere Firma nur im Hochbau. Aber ich glaube doch, daß nicht übersehen werden kann, daß, je mehr technische Mittel eingesetzt werden, je mehr spezialisierte Baumaschinen zum Einsatz kommen und je umfassender das Arbeitsprogramm einer Firma ist, das heißt, in allen Bereichen des Tiefbaues, in allen Bereichen des Hochbaues, desto höher muß die Generalregietangente dieser Firma sein, weil eine gleichmäßige Auslastung auf allen Gebieten nicht zu erwarten ist.

Das bedeutet, wenn umgekehrt Firmen vom Tief in den Hochbau oder umgekehrt hinüberwechseln wollen, daß diese nicht durch Auftragsverteilung der öffentlichen Hand gefördert werden sollten. Im Gegenteil, die Auftragsverteilung sollte auf die Spezialisierung der Firma hinwirken nach dem Gesichtspunkt, daß dann die Gebietskörperschaft, das Land Steiermark, die Gemeinde, wer immer den Auftrag gibt, Nutznießer einer solchen Spezialisierung im Zusammenhang mit der Preisgestaltung wird.

Ein zweites Problem ist die Frage der Wasserversorgung. Es ist bekannt, daß mit dem Ausbau der Abwasserreinigung (Kläranlage) in der ersten Ausbaustufe, der mechanischen, im Bereich der Stadt Graz im Hinblick auf die zweite, die biologische, eine erhebliche Verbesserung des Abwassers, welches in die Mur geleitet wird, im Raume Graz nur beschränkt die Wasserqualität Nr. 4 der Mur ändern wird, weil ja in den Oberlauf der Mur weiterhin ungeklärte oder weitgehend ungeklärte Gewässer eingeleitet werden. Ich erinnere an die Überlegungen, die schon vor drei Jahren anlässlich einer Papiertechniktagung in Graz laut wurden. Nach diesen Überlegungen wäre zu prüfen, ob die Kosten höher sind, wenn allen jenen Industriebetrieben am Oberlauf der Mur, die Abwässer in die Mur leiten, Anlagen zur Abwasserreinigung vorgeschrieben werden oder ob nicht die Zusammenfassung in einem Abwasserkanal mit einer gemeinsamen Klärstufe eine billigere, günstigere Regelung darstellt.

Versucht man nun, die Dinge auch umgekehrt zu sehen, aus den Erfahrungen jener Gebiete, von denen behauptet wird, daß das Trinkwasser dreimal den menschlichen Körper durchrinne, etwa im Rhein-Ruhr-Gebiet, dann wird es — glaube ich — auch Zeit, vorsorglich für jene Ballungsgebiete der Steiermark, wo die Trinkwasserversorgung mit Sicht auf die nächsten zwei Jahrzehnte zusätzliche Probleme bringt, daran zu denken, eine Trennung von Nutz- und Trinkwasserversorgung für die Wohn- und Arbeitsbereiche vorzusehen. Dies um so mehr, als eine derartige Vorbereitung sicher Jahre, wenn nicht Jahrzehnte in Anspruch nimmt und es nicht vertretbar erscheint, daß wir hochqualitatives Trinkwasser in immer steigenden Mengen als Nutzwasser verwenden.

Wenn Sie sich, meine Damen und Herren, den durchschnittlichen Pro-Kopf-Verbrauch an Wasser in einem Haushalt ansehen und die Steigerungsquote in den letzten 20 Jahren berücksichtigen, wo wir von unter 100 Liter pro Kopf auf über 300 Liter pro Kopf Zuwachsraten zu verzeichnen hatten, im Vergleich zum amerikanischen Wasserverbrauch, wo bis zu 900 Liter pro Person und Tag programmiert oder vorgesehen ist, dann, glaube ich, wird es im Hinblick auf diesen Wasserbedarf einleuchtend sein, an eine Trennung von Trink- und Nutzwasser zu denken. Man muß die notwendigen Vorbereitungen ins Auge fassen und auch jene gesetzlichen Änderungen prüfen, die sicher in der Bauordnung Platz greifen müssen.

Es wurde schon das Problem der Abfall- und im besonderen der Müllbeseitigung angeschnitten. Ich darf hier auf meine Ausführungen im Rahmen der Generaldebatte hinweisen, daß es hoch an der Zeit wäre, wenn wir versuchen würden, dem Begriff der

Region, der ein reiner Planungsbegriff ist, auch die notwendigen Kompetenzen und finanziellen Mittel beizuordnen. Das gilt im besonderen Maße für Vorhaben, die einfach die Leistungsfähigkeit einer Gemeinde oder auch mehrerer Gemeinden erheblich übersteigen müssen, das gilt für die Müllbeseitigung. Noch dazu bei einer Problematik, bei der letztlich sehr harte Firmenkämpfe ausgefochten wurden und noch werden, wobei jeder für sich das allein gültige Rezept in Anspruch nimmt. Eine objektive Prüfung hat ergeben, daß weder die Deponie noch die Verrottung noch die Verbrennung in der Lage ist, das Problem Müllbeseitigung zu lösen, sondern daß das Wirtschaftlichste, das Vernünftigste in einer Kombination aller drei Varianten liegt. Ich verweise hier darauf, daß in den letzten Jahren die nicht-verbrennbaren Rückstände prozentmäßig beim Müll laufend gestiegen sind und daher das alleinseligmachende Mittel „Müllverbrennungsanlage“ in einem Prozentsatz von an die 30 % nichtverbrennbarer Rückstände problematisch geworden ist. Ich betone, daß es in den wirtschaftlichen Überlegungen darum geht, zwischen den drei Möglichkeiten oder durch Kombination dieser drei Möglichkeiten und durch regionale Kooperation jenen Weg zu finden, der nötig ist, ein Problem in den Griff zu bekommen. Sonst erhöht sich nicht nur der Abfallberg sehr rasch, sondern es greift die Frage der Abfallbeseitigung rasch und unmittelbar in die Problematik der Trinkwasserversorgung ein.

Denken Sie nur daran, welcher wasserrechtlichen Vorschriften es heute bedarf, um Deponien einzurichten und daß diese gutgemeinten wasserrechtlichen Vorschriften dann oft in der Praxis nicht allzu sehr beachtet werden.

Und nun eine Anmerkung zur gestrigen Debatte. Zur Behauptung, daß bei dem Problem der Wohnbauförderung und der wachsenden Monatsbelastung, die — wie Sie wissen — für eine Normgrößenwohnung von etwa 70 Quadratmeter ja längst die Grenze von 1400 Schilling bis 1500 Schilling überstiegen hat. Ich habe mehrmals in diesem Hause daran erinnert, doch zu prüfen, ob es nicht möglich ist, durch einen verlorenen Bauaufwand den Anteil der Darlehensaufnahmen bei Sparkassen oder Banken heruntersetzen, um so mehr, wo Sie, Herr Landeshauptmann, und mehrere Redner gestern zu Recht gesagt haben, daß es schon sehr schwer ist, diese Kredite überhaupt zu bekommen, womit ein doppelter Effekt erzielt würde:

1. würde die Monatsbelastung, die für viele Familien einfach nicht erträglich ist — trotz Mietbeihilfe —, gesenkt werden und

2. würde nicht im zunehmenden Maß aus dem gleichen Topf Wohnbauförderung ein immer größer werdender Anteil für die Mietbeihilfe in Anspruch genommen werden. Ich habe mir nun erlaubt, mit einem sicher theoretischen, aber immerhin nicht uninteressanten Beispiel einen solchen Beweis zu führen. Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich Sie nun mit ein paar Zahlen belästigen muß. Wenn Sie aber daran denken, daß etwa ein Haus, der Einfachheit halber mit zehn Wohnungen, zur Errichtung gelangt, auch mit 70 Quadratmetern und wenn man einen durchaus nicht hochgegriffenen Quadratmeterpreis von 5000 Schilling nimmt — in Wirklichkeit lie-

gen die Preise höher —, dann heißt das, daß die Wohneinheit dort auf 350.000 Schilling zu stehen kommt, auch wieder rund gerechnet. Von diesen 350.000 Schilling ist aus der Wohnbauförderung ein Anteil von rund 160.000 Schilling zu erwarten, an Eigenmitteln ein Anteil von rund 50.000 Schilling und natürlich kommt da noch der Grundanteil usw. dazu sowie ein Sparkassen- oder Bankanteil von 140.000 Schilling, wobei dieser bekanntlich nach den derzeitigen Usancen auf 25 Jahre gewährt wird und mit etwa acht Prozent zu verzinsen ist. Das bedeutet für den einzelnen Wohnungsinhaber, daß er aus dem Wohnbauförderungstitel, aus diesen 160.000 Schilling, eine jährliche Belastung von etwa 4000 Schilling in Kauf zu nehmen hat, bei 50jähriger Laufzeit, 1prozentiger Verzinsung; das bedeutet, daß er für den Sparkassenanteil von 140.000 Schilling eine jährliche Belastung von zirka 10.000 Schilling in Kauf zu nehmen hat, womit er zuzüglich Betriebskosten und anderen Wohnungsaufwendungen an etwa 19.000 Schilling bis 20.000 Schilling herankommt. Wenn Sie nun — und ich bitte Sie nochmals, meinen Gedankengängen zu folgen — feststellen und das dürfte etwa nachweisbar sein, daß bei einer Jahresbelastung von über 14.000 Schilling der Anteil jener Familien, die Mietbeihilfen in Anspruch nehmen können, nach der Verordnung des Landes progressiv steigt, also nicht mehr linear, sondern daß dann ein großer Kreis einfach aufgrund der Einkommenverhältnisse in den Genuß von Mietbeihilfen kommt, und wenn Sie annehmen, daß das, was über 14.000 Schilling ist, also etwa 14.000 Schilling bis 19.000 Schilling, nur zu 60 Prozent die Mietbeihilfen beansprucht, dann bedeutet das bei 5000 Schilling pro Wohnung 3000 Schilling, die aus der Mietbeihilfe kommen, das sind 30.000 pro Jahr für ein Haus mit zehn Wohnungen. Wenn Sie diese Summe auf die 25jährige Laufzeit des Sparkassendarlehens übertragen, sind das 750.000 Schilling für diesen theoretischen Fall mit zehn Wohnungen, oder pro Wohnung 75.000 Schilling, meine Damen und Herren, was also bedeutet, daß diese 75.000 Schilling, den Sparkassenanteil abgezogen, lediglich zu einer Belastung von 55.000 Schilling führen würden, das heißt, von der Sparkasse aufzunehmende Darlehen, wenn die anderen 75.000 Schilling aus der Wohnbauförderung als nicht rückzahlbarer, gewissermaßen verlorener Bauaufwand zugeschossen werden könnten. Was bedeutet das weiter? Diese 55.000 Schilling würden eine Jahresbelastung von 4000 Schilling bringen, also eine geringere Belastung um 6000 Schilling oder pro Wohnung 500 Schilling im Monat. Ich weiß nicht, ob Sie jetzt in der Kürze diese Ziffern, meine Damen und Herren, nun das nachrechnen konnten. Ich bin aber gerne bereit, diese Ziffern zur Verfügung zu stellen. Es ist mir klar, daß dieses ein willkürlich gewähltes theoretisches Beispiel ist. Ich will mich auch nicht streiten darum, ob das nun wirklich 60 Prozent sind, die da von der Wohnbauförderung von der Grenze über 14.000 Schilling bezahlt werden, oder ob es nur 50 Prozent sind. Sie sehen jedoch, wie unerhört stark ein Zuschuß, der den von der Sparkasse aufzunehmenden Anteil reduziert, sich auf die Monatsmiete auswirkt, also auf die Belastung der Familien und wie unerhört stark sich ein der-

artiger Zuschuß zur Senkung der Mietbeihilfen auswirken würde. Was aber gleichbedeutend damit ist, daß ein größerer Anteil der Wohnbauförderungsmittel für Bauzwecke zur Verfügung steht, während bei sonst gleichmäßig oder sehr stark wachsendem Baukostenindex ja zwangsläufig, wenn der Index schneller wächst als die Einkommensverhältnisse, die Quantität der Bauten zurückgehen muß. Ich spreche nicht von der Qualität, aber wenn ein Topf zur Verfügung steht und immer mehr davon für Mietbeihilfen beansprucht werden muß, wird der Bauanteil aus diesem Topf zwangsläufig immer kleiner. Ich meine daher — und dieses Ersuchen darf ich an die Regierung richten — daß die Verordnungen, die zum Wohnbauförderungsgesetz in der letzten gültigen Fassung von der Landesregierung erlassen wurden, daraufhin überprüft werden sollten, wo dieser Schnittpunkt der Interessen tatsächlich liegt und daß von dort an sehr wohl mit einem nicht rückzahlbaren Baukostenzuschuß ganz nüchtern gerechnet werden kann und sollte, um diesen doppelten Effekt zu erzielen. Ich darf diese Bitte mit besonderer Dringlichkeit an die Regierung richten und danke Ihnen, meine Damen und Herren, für die Aufmerksamkeit beim Rechenbeispiel. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich mich einer freudigen Verpflichtung unterziehen. In unserer Mitte ist ein Geburtstagskind, und zwar der 53. Geburtstag eines Mannes, der ob seiner Vitalität und vor allen Dingen ob seiner persönlichen Note allen bestens bekannt ist. Ich darf daher unserem Landesrat Peltzmann die herzlichsten Glückwünsche, Ihre Zustimmung vorausgesetzt, zu seinem Geburtstag übermitteln. (Starker Beifall.) Meine Damen und Herren, nach dieser netten menschlichen Unterbrechung können wir nunmehr in der Tagesordnung fortfahren. Zum Wort gemeldet ist nunmehr Dr. Eberdorfer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Wir haben in den letzten Tagen aus Pressemeldungen die erfreuliche Nachricht bekommen, daß die Bauarbeiten beim Gleinalmtunnel rasch weitergehen und damit zu rechnen ist, daß im Jahre 1978 dieses entscheidende Straßensegment der Pyhrnautobahn fertig sein wird. Und es wird auch damit gerechnet, daß bereits im Jahre 1976 die Pyhrnautobahn im Leibnitzer Raum sein wird. Ich möchte heute hier im Zusammenhang mit der Pyhrnautobahn, deren Bedeutung als Nord-Süd-Verbindung ja immer wieder begründet wurde, das Problem des zweiten Alpenüberganges zwischen Liezen und Windischgarsten ansprechen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn die Zeitplanung, die ich hier erwähnte, einigermaßen eingehalten wird, ist damit zu rechnen, daß noch Ende der siebziger Jahre die Pyhrnautobahn ab Grenze durchgehend im Ennstal bei Liezen enden wird. Dort steht man aber vor einem äußerst schwierigen Bauabschnitt, der, was den Zeitumfang und wahrscheinlich auch den finanziellen Aufwand und vor allem das technische Können betrifft, keinesfalls der Gleinalmstrecke nachstehend sein dürfte. Das

wissen wir ja aus den Problemen, die etwa der Bahntunnel durch das Bosruckmassiv immer wieder auch heute noch aufwirft. Es sind daher sowohl im Parlament in Wien von den Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei als auch hier im Landtag wiederholt Initiativen — auch vom Herrn Kollegen Laurich im vergangenen Jahr durch einen Resolutionsantrag — ergriffen worden, um die Forderung zu unterstreichen, daß die Vorziehung des zweiten Alpenüberganges unbedingt notwendig ist, daß hier auch wie beim Gleinalmtunnel im Wege einer Sonderfinanzierung als Gesellschaftsstrecke die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden sollen. Ich möchte hier auch die Forderung unterstreichen, daß die Bauarbeiten für diesen zweiten Alpenübergang im Jahre 1976, längstens 1977 beginnen sollten. Die entsprechenden Projekte liegen vor, die Genehmigung ist vorhanden, und ich ersuche daher den zuständigen Referenten, Herrn Landesrat Doktor Krainer, und die Landesregierung, über die Gleinalm Autobahn-AG. mit dem Bundesministerium für Bauten und Technik und insbesondere dem Finanzministerium Verhandlungen aufzunehmen, damit der vorzeitige Baubeginn für den zweiten Alpenübergang in absehbarer Zeit in Angriff genommen werden kann. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Als nächster Redner hat sich der Herr Abgeordnete Prensberger zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Prensberger: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Wenn vorher schon auf den Umweltschutz, die Müllverbrennung und -vernichtung, Kläranlagen hingewiesen wurde, dann darf auch ich, weil es sehr interessant ist, etwas hinzufügen.

Es ist keine Angelegenheit von Parteien, sondern von uns allen; wenn man weiß, daß es in der Wirtschaft gewisse Betriebe gibt, die zur Lösung dieses Problems schon sehr viel investiert und ausgegeben haben, so wurde mit Recht vom Abgeordneten Dr. Götze darauf hingewiesen, daß auch hier Auseinandersetzungen, Konkurrenzkämpfe stattfinden. Meistens sind es ausländische Lizenzen, die in Österreich zum Teil verbessert werden. Eine Planung im Erzeugungsprogramm ist doch äußerst wichtig. Wenn man bedenkt, daß die Verpackungsindustrie mit dem Kunststoff begonnen hat und uns die Vernichtung dieser Kunststoffe vor ein Problem stellt, das schwer zu lösen ist, so ist es fast unverständlich, daß die Kunststoffverpackung heute schon beim Eis beginnt, wo man doch weiß, daß Kinder weniger auf die Landschaft Rücksicht nehmen und die Verpackung einfach wegwerfen.

Eine Verrottung der Kunststoffe ist gar nicht möglich und es ist in den Müllverbrennungsanlagen äußerst schwierig, diesem Problem gerecht zu werden.

Ich habe mich aber zu der Planungsfrage „Straßen“ gemeldet. Darüber wurde in der letzten Landtagssitzung ausführlichst gesprochen. Ich halte es aber für meine Pflicht, doch auf ein paar Punkte im Interesse der Wirtschaft hinzuweisen.

Wir bauen heute nicht nur breite, kreuzungsfreie Straßen im Interesse des Personenverkehrs, sondern wir sind doch daran interessiert, daß der

Transport von Wirtschaftsgütern schnell durchgeführt werden kann.

Nun möchte ich nicht, wenn ich von der Südauto-
bahn spreche, hier eine Reihung vornehmen, welche
Autobahn für unser Land wichtiger ist, sondern ich
glaube, es liegt im allgemeinen Interesse, daß so
bald als möglich diese Autobahnen in der Steier-
mark verwirklicht werden können. Durch den Bau
der Südauto-
bahn wird der gesamte kärntnerisch-
burgenländische Wirtschaftsraum große Impulse er-
fahren. Besonders im Raum Graz, im Norden und
Süden, wo bisher fast keine Möglichkeiten zur Ver-
fügung gestanden sind, große Konstruktionsteile
auf den Weg zu bringen, ist dieser Ausbau äußerst
wichtig.

Die Semmeringstraße ist in Wartberg, die Wech-
selbundesstraße in Aspang, die Eisenstädter Bundes-
straße bei Tatzmannsdorf und bei Oberpullendorf
durch Eisenbahnunterführungen mit einer lichten
Höhe von 4,50 m begrenzt. Daß man diese natürlich
nicht sofort beseitigen kann, ist mir klar. Aber
welche Schwierigkeiten für unsere Industrie da-
durch entstehen, möchte ich noch aufzeigen. Bedau-
erlich ist, daß man jetzt in der Südauto-
bahn, die von Gleisdorf in Richtung Hartberg weitergebaut
werden soll, auch Brücken mit einer Lichthöhe von
4,50 m bei der Überspannung vorgesehen hat. Als
Beispiel: Wir lieferten bereits 1970 zwei Kessel-
anlagen nach Ungarn mit einer Höhe von 5 m. 1972
beförderten wir einen Dampfkessel mit einer Licht-
höhe von 5 m nach Ungarn und ein gleicher Kessel
in dieser Höhe ist für die Tschechoslowakei vorge-
sehen. Infolge dieser Höhenbegrenzung ist also die
Transportmöglichkeit fast überhaupt nicht gegeben.
Für ein Wiener Heizwerk ist ebenfalls ein Kessel
vorgesehen, der eine Transporthöhe von 5,10 m
hat. Dieser Kessel muß von Graz über Ungarn, die
Tschechoslowakei nach Wien gebracht werden.

Daraus ersieht man, welche Schwierigkeiten ent-
stehen, und ich glaube, schon von Graz aus ist die-
sem Problem fast nicht gerecht zu werden.

Wir müssen über die Ries ausweichen. Wenn man
weiß, daß die Ries 17 Prozent Steigungen aufweist
und weiters über eine auffällige Feistritzbrücke bei
Großwilfersdorf, müssen wir über die B 65 eine Aus-
weichmöglichkeit über Landstraßen suchen.

Dann darf ich noch die Gelegenheit wahrnehmen
darauf hinzuweisen, daß Druckkörper für Dampf-
kessel in einem Stück erzeugt werden müssen und
daß es auch gar nicht möglich ist, an Ort und Stelle
Schweißungen vorzunehmen, so kommt die Entwick-
lung der Wirtschaft und unsere Betriebe in große
Schwierigkeiten.

Wenn man nun sagt, daß die bestehenden Bau-
werke nicht zu beseitigen sind, so ist es aber un-
bedingt notwendig, für die Zukunft zu planen und
die zukünftigen Unterführungen oder Überspannun-
gen der Autobahnen den heutigen Gegebenheiten
anzupassen. Wir geben in der Steiermark große
Mittel aus für Neugründungen von Betrieben, wir
plädieren, daß die Finalindustrie ausgebaut wird,
daß man von den Halbfabrikaten zum Export von
Fertigfabrikaten kommt. Wir haben in Österreich,
nur als Beispiel, zwei Kesselbaufirmen; die eine ist
in Wien und die andere, zu unserem Glück, in der
Steiermark.

Man kann also mit Stolz darauf hinweisen, daß
das eine zukunftstragende Sparte ist, weil die Ener-
gieversorgung in den nächsten Jahren immer ange-
spannt sein wird und daß also auf dem Gebiet des
Kesselbaues, glaube ich, keine besondere Sorge be-
steht, sondern eine gewisse Anpassung. Es wäre
bedauerlich, wenn so ein Betrieb auf weite Sicht
nicht hier in der Steiermark existieren könnte. Es
wurde schon in der Diskussion darauf hingewiesen,
daß die Straßen für unsere Wirtschaft und Indu-
strie eine Voraussetzung bedeuten.

Ich habe gehört, daß man ernstlich daran denkt,
in Wien, weil man erwarten kann, daß uns der Was-
serweg in Zukunft zur Nordsee offensteht, damit
wären diese Transportprobleme schlagartig besei-
tigt, eine Großkesselbaufirma zu gründen. Wenn
auch in Diskussionen darauf hingewiesen wird, daß
die Steirer auch darauf achten müssen, daß sie
nicht von Wien aus zu sehr dirigiert werden, ist
dies ein Grund, warum ich das aufgezeigt habe,
denn wir können es uns nicht leisten, daß man mit
treffenden Argumenten in der Wirtschaftsplanung
sagt, daß der Kesselbaubetrieb in der Steiermark,
nach meiner Meinung sogar der größte in Öster-
reich, nicht mehr aufrecht erhalten werden kann,
weil die Transportmöglichkeiten nicht gegeben
sind. Das war auch der Grund, warum ich mich
hier zu Wort gemeldet habe, weil es unbedingt
notwendig ist, daß man die alten Bauwerke momen-
tan nicht beseitigen kann, aber im Laufe der Zeit
wird dies möglich sein. Ich würde ersuchen, in die-
ser Planung die Lichthöhe von Über- und Unterfüh-
rungen von Brücken von 5,50 m zu berücksichtigen.
Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall.)

Präsident: Als nächster Redner hat sich der Herr
Abgeordnete Lind zu Wort gemeldet. Ich erteile
es ihm.

Abg. Lind: Hohes Haus! Meine sehr geehrten Da-
men und Herren! Die wirtschaftliche Entwicklung
in der Steiermark war in den letzten Jahrzehnten
enorm. Noch größer war die Entwicklung auf dem
Sektor des Verkehrsaufkommens. Und wenn schon
mein Vorredner die Südauto-
bahn erwähnt hat, so muß ich selbstverständlich als einer derjenigen, die
direkt in diesem Raume leben, durch welchen die
Südauto-
bahn führen soll, ganz besonders der Süd-
auto-
bahn das Wort reden. Erfreulicherweise konnte
vor kurzem das Südauto-
bahn-teilstück Graz—Moos-
kirchen für den Verkehr freigegeben werden. Diese
Freigabe dient sehr der Entflechtung des Verkehrs
im zentralen Raum der Steiermark. Trotzdem ist
das Verkehrsaufkommen im zentralen Raum der
Steiermark überaus groß. Es sind sehr belastet die
Mürz-Mur-Furche, es ist sehr belastet die Triester
Straße, die aber schon entlastet wird durch die Frei-
gabe des Teilstückes der Südauto-
bahn Graz—Moos-
kirchen. Durch diese Freigabe hat sich aber ein
neues Problem entwickelt. Die Wechselbundesstraße
wird noch mehr belastet und wenn bereits Prof.
Dipl.-Ing. Dorf-wirth in seinem Gutachten zum Aus-
druck brachte, daß die Südauto-
bahn bis zum Jahre
1978 fertiggestellt sein muß, so müssen wir leider
feststellen, daß daran nicht zu denken ist und daß
wir alles daransetzen müssen und alle Verantwort-

lichen aufgerufen werden, daß unter allen Umständen getrachtet wird, daß die Südauto- bahn bis zum Jahre 1985 fertiggestellt wird. Dank unserem verewigten Landeshauptmann Josef Krainer konnte die Südauto- bahn so weit geplant, das Projekt, aber auch der Bau schon so weit vorangetrieben werden, daß mit der echten Verwirklichung dieser Auto- bahn gerechnet werden kann. Wenn es auch Schwierig- keiten gab und wenn man auch sagte, die Südauto- bahn hat keine besondere Bedeutung, verlegen wir uns auf andere Verkehrsprojekte und Objekte, so glaube ich, kommt es ganz besonders zum Aus- druck, daß der Südauto- bahn eine besondere Bedeu- tung zukommt. Sie stellt eine wichtige Verbindung zwischen der Bundeshauptstadt Wien und der Lan- deshauptstadt Graz und darüber hinaus nach Klag- enfurt dar. Und wir müssen uns ganz besonders zu diesem Projekt bekennen. Wir wissen ganz ge- nau, daß nicht nur der inländische Verkehr hier darüberrollt, daß es auch der ausländische Verkehr ist, daß es auch unsere Gastarbeiter sind, die uns mit ihrem Verkehr überrollen. Die Wechselbundes- straße hat eine Belastung erfahren, die nicht mehr zu ertragen ist. Von der Wiener Seite wird noch eine Kriechspur über den Wechsel errichtet, ich bin sehr froh und es ist sehr begrüßenswert, daß diese Kriechspur gebaut wird, es war eine Verkehrskata- strophe bereits auf der niederösterreichischen Seite, aber die Auswirkung ist enorm. In Hartberg selbst konnte man sich nur mehr durch die Schaffung einer grünen Welle helfen, um überhaupt den Querver- kehr noch bewerkstelligen zu können. Wie Sie wis- sen, diese grüne Welle wird ja auch kritisiert, man bezeichnet sie schon als rote Welle, ich muß aber sagen, der Kraftfahrer, der mit 40 oder 50 Stunden- kilometer durch die Stadt fährt, hat eine grüne Welle (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Bei der roten Welle steht alles!“), bei der roten Welle steht alles, das ist klar, denn wenn auf rot geschaltet ist, kann es nicht weitergehen, ich hoffe aber, daß auf dem Auto- bahnsektor die grüne Welle Vorrang hat und nicht die rote Welle, daß aber auch von der roten Seite dieses Projekt unterstützt wird. (Abg. Pichler: „Die grüne Welle ist rot geworden!“) Und wenn man unserem Landeshauptmann Krainer vor- wirft, daß er auf dem Sektor der Planung oder auch auf dem Bausektor zu wenig getan hat, so muß das widerlegt werden. Ich möchte aber trotzdem sagen, man kann mit gutem Beispiel vorgehen, es hat der Bau- tenminister Moser die Möglichkeit, hier echt zu glänzen und zu sagen, gut, bemühen wir uns, daß wir eben die Südauto- bahn bis zum Jahre 1980 fertig- bringen. Die Planungsarbeiten und die Teilplanungs- arbeiten von Graz bis nach Hartberg sind ja fertig- gestellt, es fehlt halt nur das erforderliche Geld. Ich glaube, das Land Steiermark wird die entspre- chenden Beiträge leisten, der Bau- tenminister wird darum gebeten, dieses Projekt vorrangig zu behan- deln.

Ich muß aber auch sagen, daß es nicht nur um Hartberg geht, es geht auch um Kaendorf, es geht um Hirnsdorf, es geht um eine Reihe von Orten, die den Verkehr nicht mehr aufnehmen können, und ich glaube, wenn hier nicht ernstlich daran gedacht wird, dafür zu sorgen, daß der Südauto- bahn- bau vorangetrieben wird, dann wird eben der eine oder

der andere Ort zur Selbsthilfe greifen müssen, um den Verkehr zu stoppen und damit neue Wege zu eröffnen und eine Vorrangigkeit noch besser zum Ausdruck zu bringen oder zu erzwingen. Wir Oststeirer sind darauf angewiesen, nicht nur die Oststeirer, sondern darüber hinaus die Bundeslän- der Burgenland, Niederösterreich, aber auch Kärn- ten, wir brauchen diese Verkehrsader sehr drin- gend, und ich glaube, die meisten, die von Graz nach Wien fahren, fahren heute nicht mehr über den Semmering, sondern über die Wechselbundesstraße.

Es ist auch eine unruhige Trassenführung vorhan- den, so daß immer wieder Ausbesserungsarbeiten und Baustellen sind, die den Verkehr noch beein- trächtigen. Ganz besonders erschwert die Situation natürlich der Schwerlastverkehr. Und wer in der Früh von Hartberg nach Graz fährt, der muß fest- stellen, daß auch die schön ausgebaute Wechsel- bundesstraße den Verkehr nicht mehr fassen kann. Es wäre daher vorrangig, daß der Südauto- bahn- bau von Gleisdorf nach Hartberg dringend fortgesetzt wird. Die Trasse liegt ja fest, es kann mit dem Bau begonnen werden. Es ist aber auch notwendig, daß die Einbindung im Raume Gleisdorf vorrangig fer- tiggestellt wird und daß vor allen Dingen im Zu- sammenhang mit dem Ausbau der Südauto- bahn auch die noch bessere Verkehrserschließung der Oststeiermark vorangetrieben wird. Diese wichtige Lebensader, die Südauto- bahn, ist nicht nur für den Inländer, sondern auch für den Ausländer, für die Wirtschaft, für die weitere wirtschaftliche Entwick- lung und für den Fremdenverkehr von besonderer Bedeutung. Und wenn man nicht in der Lage ist, mit Eigenmitteln dieses Bauprojekt durchzuführen, um diesen Verkehrserschließungseffekt und Verbind- ungsseffekt herzustellen, dann muß man unbedingt daran denken, für die Südauto- bahn eine Anleihe aufzulegen bzw. aufzunehmen, um den Bau voran- treiben zu können.

Meine Bitte ist daher: Die Verkehrsziffern erfor- dern es bzw. zwingen dazu, wenn es im Jahre 1970 noch 4000 Fahrzeuge waren, die täglich beispie- lweise die Südauto- bahn zwischen Gleisdorf und Hartberg in Anspruch nahmen, so sind es bereits jetzt in Verkehrsspitzen 15.000, und bald werden es 20.000 Fahrzeuge sein. Man hat vorausgesagt, daß im Jahre 1980 erst 15.000 bis 20.000 Fahrzeuge diese Straße passieren werden. Diese Menge ist be- reits erreicht. Ich glaube, auch die Ölkrise wird nicht daran schuld sein, daß das Verkehrsaufkommen kleiner wird, aber die Ölkrise hat eines als Ur- sache, daß wir sparen müssen. Und gerade die Auto- bahn ist dazu angetan, den Kraftfahrern auch Treibstoff sparen zu helfen. Dies nicht nur bei der Geschwindigkeitsbegrenzung von 100 Stundenkilo- metern.

Ich möchte aber auch bitten, daß bei den nächsten Planungsarbeiten und Bauvorhaben vor allen Din- gen eine Erschließung des Bezirkes Feldbach durch den Bau einer Schnellstraße durch das Raabtal nach Gleisdorf hervorgerufen wird, daß die Umfahrung Feldbach durchgezogen wird, daß von Fürstenfeld in Richtung Auto- bahn eine Schnellstraße errichtet wird, daß die Nord-Süd-Verbindung Hartberg—Für- stenfeld bis nach Radkersburg hergestellt wird. Für den Bezirk Hartberg wäre zu sagen, daß der Ausbau

der Alplstraße, aber auch der Ausbau der Hartberg—Pöllauer Straße hinüber bis ins Feistritztal vorangetrieben werden müßte. Diese Verkehrsadern sind von besonderer Bedeutung.

Meine nochmalige Bitte, ich komme damit schon zum Schluß, Vorrang der Südautobahn, dringende Fertigstellung der Südautobahn. Die Verkehrstoten mahnen, wir Lebenden wollen dafür eintreten, daß es auf der Strecke Graz—Wien keine Verkehrstoten mehr gibt und daß die Südautobahn so schnell wie möglich ausgebaut und fertiggestellt wird. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Brandl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Brandl: Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es gibt derzeit zwei zentrale Themen, die weltweit im Mittelpunkt von Diskussionen stehen. Es ist dies das Wirtschaftswachstum einerseits, dem alle Industrienationen auf der Welt Vorrang eingeräumt haben, und es ist der Umweltschutz in seiner vielfältigen Form andererseits. Es sind zwei Probleme, die die kommende Entwicklung sehr wesentlich beeinflussen werden und die meiner Meinung nach auch die Lebensgestaltung der Menschen verändern können. Die Meinungen über Lösungsmöglichkeiten sind unterschiedlich. Jeder sieht es von seiner Warte aus. Unsere Staatsbürger möchten am liebsten beides: ein hohes Wirtschaftswachstum, um ihre persönlichen Wünsche und Bedürfnisse möglichst rasch befriedigen zu können, und sie möchten eine heile Umwelt, was auch verständlich ist.

Die Fachexperten sehen diese Probleme vielfach nur in ihren einzelnen Teilbereichen, und auch in den hohen Wissenschaften besteht keine Einstimmigkeit darüber, wie die Probleme zielführend gelöst werden könnten. Am schwersten haben es die Politiker, die entscheiden müssen, wie endgültige Lösungen, wie Vorplanungen darüber letzten Endes ausschauen müssen. Der Umweltschutz ist eine Herausforderung unserer Zeit an die Verantwortlichen im Lande, an alle verantwortlichen Kräfte. Die Entscheidung muß unserer Überzeugung nach in der Mitte liegen. Die Wirtschaft soll in vernünftigen Grenzen wachsen. Mit den Rohstoffen in unserem Lande, aber auch mit den Rohstoffen der ganzen Welt werden wir sparsamer als bis jetzt umgehen müssen. Und es ist eindeutig, daß wir unsere Umwelt besser schützen müssen als bisher. Die nächste Voraussetzung dafür wird ein besseres Umweltbewußtsein in allen Bereichen unserer Gesellschaft sein. Dies gilt für die gesetzgebenden Körperschaften, für Parlament und Landtage, dies gilt für politische Parteien, für die Gemeinden, für die Industrie, für Universitäten, aber vor allem für die Bürger in unserem Lande selbst.

Die zweite Voraussetzung werden gezielte und systematisch aufgebaute Maßnahmen in unserem Lande selbst sein. Unsere Fraktion hat einen Antrag für Umweltschutzmaßnahmen eingebracht, der schon dadurch gekennzeichnet ist, daß er von allen Abgeordneten unserer Fraktion unterschrieben wurde und damit die Wichtigkeit besonders unterstrichen wurde. Voranzustellen ist, daß wir meinen,

wir wollen die Erfahrungen, die in anderen Ländern — auch in Ländern des Alpenbereiches — bestehen, uns zunutze machen, weil wir damit wertvolle Zeit gewinnen und auch wertvolle Mittel sparen können.

Ich habe die Möglichkeit gehabt, an einer Studienreise nach Hessen in der BRD, die sich in erster Linie mit Umweltfragen beschäftigt hat, teilzunehmen. Das Land Hessen ist ein typisches Beispiel dafür, erstens weil es eine der höchsten Wirtschaftsentwicklungen und Wachstumsraten in der letzten Zeit in der BRD aufzuweisen hat und zweitens, weil das Bundesland Hessen, man kann das ohne Übertreibung sagen, auf dem Gebiet des Umweltschutzes am meisten im gesamten mitteleuropäischen Raum geleistet hat.

Unserer Meinung nach ist das darauf zurückzuführen, daß es von einer sozialdemokratischen Regierung mit sehr zielführenden Maßnahmen geleitet wurde. (Heiterkeit.) Es gibt ja viele andere Länder, die unter Ihrer Führung stehen, die noch weiter sein könnten als das Land Hessen, aber das ist nicht der Fall. (Landesrat Dr. Krainer: „Das ist eine reine Behauptung!“ — Abg. Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer: „Regieren Sie in Hessen?“ — Landesrat Bammer: „Wer denn sonst?“) Ich darf Ihnen sagen, warum dieses Land Hessen vorne ist. (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Die CDU ist stärker geworden!“ — Landesrat Bammer: „Es reicht noch lange nicht, das greift nicht an!“) Die CDU hätte im Lande Bayern die Möglichkeit gehabt, bessere Maßnahmen zu setzen, als es die Sozialdemokraten in Hessen getan haben. Das ist nicht der Fall. (Landesrat Peltzmann: „Sie haben ja auch keine Mehrheit in Hessen!“ — Landesrat Bammer: „Seit 20 Jahren!“ — Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Man hört es von selber, du brauchst nicht so laut zu schreien!“ — Landesrat Bammer: „Seit 20 Jahren regieren sie in Hessen!“ — Landesrat Peltzmann: „Wo wärt ihr, wenn wir vor 20 Jahren nicht gewesen wären?“ — Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Viel weiter!“) Unsere Freunde haben dort die Verantwortung. Sie regieren und verwalten so, daß die Probleme des Umweltschutzes echt vorangetrieben worden sind. Ich darf Ihnen sagen, daß bereits 1970 in Hessen ein Aktionsprogramm für den Umweltschutz entwickelt wurde, das erste Aktionsprogramm in der BRD. 1970 hat man dem Umweltschutz auch dadurch beachtliche Bedeutung beigemessen, daß man das Land- und Forstwirtschaftsministerium in ein Ministerium für Landwirtschaft und Umweltschutz umgewandelt und dadurch wesentliche Kompetenzen an einer Stelle vereinigt hat. (Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Bayern hat ein eigenes Umweltschutzministerium!“) Sie können mich nicht wegbringen davon, Hessen ist vorne auf diesem Gebiet, Sie können es nicht ändern und nicht wegdiskutieren. (Abg. Ing. Stoisser: „Das wollen wir ja nicht!“ — Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Wir waren voriges Jahr mit einem Teil des Klubs in Bayern und haben uns das angeschaut!“ — Abg. Gratsch: „Ja, beim Oktoberfest!“ — Abg. Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer: „Sie müssen nach Bayern fahren!“ — Glockenzeichen des Präsidenten.) Warum ist noch kein Abgeordneter hier am Rednerpult, wenn Sie dort gewesen sind, und warum sagen Sie nichts über die mustergültigen Umweltschutzeinrich-

tungen, die es im Lande Bayern gibt? Das wäre doch die Konsequenz daraus. Das Land Hessen hat 1971 auch bereits eine Landesanstalt für Umwelt ins Leben gerufen und hat dort auch mit sehr zielführenden Maßnahmen beigetragen, diese ganze Entwicklung in den Griff zu bekommen, 1971 wurde erstmalig ein Abfallgesetz in der BRD in Kraft gesetzt und damit ein wesentlicher Beitrag geleistet. Die entscheidende Frage ist nun: Was ist bei uns geschehen und was ist bei uns noch notwendig? Ich möchte hier sagen, auch im Bundesland Steiermark ist sehr viel geschehen (Abg. Marczik: „Bravo!“), Vorarbeiten sind geleistet worden, das ist alles anerkennenswert. Ich gehöre nicht zu denen, die bei einem solchen Problem alles negativ hinstellen.

Denn das, was geschehen ist, das soll man würdigen, das soll man selbstverständlich auch hier — auch, wenn man anders über die Dinge denkt — anerkennen. Wir haben hier durch die Berufung des Landeshygienikers Prof. Dr. Möse eine Koordinationsstelle erhalten, die natürlich vielfältige Vorarbeiten geleistet hat. Und wir müssen auch sagen, daß in unseren Fachabteilungen und in unseren Rechtsabteilungen in vielfältigster Form auf die Bedürfnisse eines modernen Umweltschutzes eingegangen wird. Was wir allerdings hier, meine sehr geehrten Damen und Herren, mit aller Deutlichkeit feststellen wollen, ist, daß es einer stärkeren Einschaltung des Landtages bedarf. Wir sind der Meinung, daß bei einem so wichtigen Problem, das für die Zukunftsgestaltung unseres Landes sehr ausschlaggebend ist, auch hier in der Landstube der geeignete Platz ist, die Probleme zur diskutieren und Lösungsmöglichkeiten vorzuschlagen. Wir sind der Meinung, daß wir einen eigenen Landtagsausschuß ins Leben rufen sollen, der sich speziell mit den Umweltproblemen beschäftigt, der natürlich dann mit der Beiziehung der Experten, die wir in den einzelnen Rechts- und Fachabteilungen haben, eine sehr gute Arbeit leisten könnte. Wir haben dazu die Landesregierung aufgefordert, einen Umweltbericht dem Landtag vorzulegen, wo wir einmal versuchen sollen, alles zusammenzufassen, was in unserem Lande bereits besteht, um einen Überblick zu erhalten und von dieser Grundlage aus dann die notwendigen und zweckentsprechenden Zukunftsmaßnahmen zu setzen. Es wird sich vor allem um kurzfristige, aber auch um langfristige Maßnahmen handeln. Kurzfristig sind jene Maßnahmen, die der Zerstörung oder der Überbelastung der natürlichen Lebensgrundlagen entgegenwirken, das ist die Umweltschutzpolitik, kurz genannt, und langfristig sind jene Maßnahmen, die sich der Entfaltung der natürlichen Lebensgrundlagen widmen, also eine Naturgrundlagenpolitik. Voraussetzung dafür, meine sehr geehrten Damen und Herren, werden natürlich sehr entscheidende Gesetze sein, Gesetze, die wir leider noch nicht haben, die im Planungsstadium, im Beratungsstadium sind. Es sind dies das Raumordnungsgesetz, das Naturschutzgesetz, das Abfallbeseitigungsgesetz, wir haben sehr wertvolle Zeit auf dem Gebiet verloren, weil wir beispielsweise auch im Lande Hessen sehen konnten, daß sie längst diese entscheidenden Gesetze schon gehabt haben und erst auf Grund dieser Gesetze dann darangehen konnten, die entsprechenden Maßnahmen in der vielfältigen Form

des Umweltschutzes zu setzen. Aber wir sollten nun — ich glaube, es ist nie zu spät — konzentriert an die Arbeit gehen, weniger reden von den Problemen, mehr handeln, keine übertriebene Umwelthysterie entfachen, das scheint mir auch sehr wichtig, aber auch keinen leichtfertigen Fortschritts glauben entwickeln. Das ist auch eine sehr entscheidende Frage. Wir brauchen eine Umweltpolitik, meine sehr geehrten Damen und Herren, die eine neue Rangordnung der Werte setzt und die aus den Erfordernissen einer besseren Lebensqualität unserer Wirtschaft vernünftige Impulse gibt. Danke schön! (Beifall bei der SPO.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich Doktor Strenitz das Wort.

Abg. Dr. Strenitz: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es haben gestern zwei Abgeordnete im Rahmen der Gruppe 3 über die Problematik der Grazer Altstadt gesprochen. Ich bin ihrem Beispiel nicht gefolgt und habe meinen Diskussionsbeitrag nicht an den Unterabschnitt Denkmalpflege geknüpft, weil sie nämlich dadurch auch gleichzeitig einen Standort ihrer Betrachtungen markiert haben, der von meinem doch etwas verschieden ist, weil ich nämlich bei allem Verständnis für die Geschichte und den kulturhistorischen Wert alter Bauten doch der Meinung bin, daß diese Problematik eher in der Gruppe 6 zu behandeln ist, und zwar nicht nur, weil die Ansätze der Denkmalpflege mit ihren 2 Millionen Schilling viel zu gering sind, als daß man hier nur irgend etwas Entscheidendes ausrichten könnte, sondern vor allem, weil Denkmalschutz nur einen Aspekt — sicherlich einen wichtigen Aspekt, aber nach meiner Auffassung eben nicht den wichtigsten — in der Frage der Revitalisierung unserer Grazer Altstadt darstellt. Denn die Stadterneuerung betrifft, und ich sage das noch einmal, bei allem Verständnis für Geschichte und Kultur, in erster Linie nicht nur Zonen und Häuser, sondern vor allem die darin lebenden und arbeitenden Menschen.

Eine zweite grundsätzliche Feststellung, die ich treffen möchte, ist die, daß wir über der Diskussion um die Sanierung des Kerngebietes, das heißt der Altstadt, nicht die Notwendigkeit einer Humanisierung der Stadt im allgemeinen vergessen dürfen. Viele Städte von heute tragen Züge der Feindseligkeit, wecken in den Menschen Aggressionen; obwohl oder gerade weil oft allzu viele heute allzu nahe beisammenleben, vermindern sich die sozialen Beziehungen, tritt Vereinsamung auf; Persönlichkeitsverarmung und Streßerkrankungen sind die Folge. Die grünen Witwen sind ein vielbelächeltes Schlagwort, hinter dem bitterer psychologischer Ernst steht. Vor allem aber leiden unsere Kinder an den Mängeln und Belastungen unserer modernen Städte. Spiel- und Entfaltungsräume sind ungenügend, die soziale und emotionelle Erlebnissphäre ist eingeschränkt. Die Erfahrung hat gezeigt, daß die Anpassung an biologisch entgegengesetzte Faktoren nur bis zu einem bestimmten Grad möglich ist und daß eine solche Anpassung mit physischen und psychischen Erkrankungen erkaufte wird.

So ist die Sanierung der Altstadt also nur ein Teil der Humanisierung unserer Städte überhaupt. Allerdings hat die Erfahrung gezeigt, daß sich gerade in der Altstadt die Lebensqualität in den letzten Jahrzehnten entscheidend verschlechtert hat. Sie finden in der Altstadt an Stelle von Wohnungen Behausungen, die nicht einmal mehr die Bezeichnung von Löchern verdienen. Das hat zur Folge, daß die Zahl der Einwohner in der inneren Stadt ständig zurückgeht, und zwar in den letzten 10 Jahren um rund 30 Prozent. Noch bedenklicher aber ist, daß gleichzeitig auch eine Umstrukturierung stattfindet: Die Bevölkerungsgruppe der Rentner und Pensionisten, vor allem aber verwitweter Frauen, stellt bereits den höchsten Anteil an der Zusammensetzung der Bewohner der Altstadt. Wenn diese Entwicklung anhält, meine Damen und Herren, ist die Grazer Altstadt in 20 Jahren ausgestorben. (Abg. Pözl: „Das ist eine Frage des Mieterschutzes! Die Pensionisten haben wenig Geld, und die Wohnungen sind billiger!“) Richtig, sehr richtig, ich unterstreiche das. Ich möchte auf diese Problematik noch mit einem Satz zurückkommen. Erster und oberster Grundsatz ist, daß die Altstadt leben muß, und zwar von innen heraus. Ein künstliches Aufrechterhalten der Altstadt wäre sinnlos. Färbungsplan, Fassadenkosmetik, Schutz der Dachlandschaft, so begrüßenswert alle diese Dinge für unsere schöne Grazer Altstadt sind, sind viel zu wenig; die Maßnahmen müssen viel, viel tiefer gehen. Das aber wird Kompromisse erfordern. Etwa dort, wo man in Hinterhausfassaden Badezimmerfenster wird ausbrechen müssen, oder dort, wo Geschäftsleute ihre Portale und Auslagen nicht mehr so gestalten können, wie sie das eigentlich beabsichtigen, oder wo man in jahrhundertealte Häuser Lichtschächte brechen müssen. Es ist in letzter Zeit sicherlich einiges geschehen: Die Aktion „Rettet die Grazer Altstadt“ hat eine sehr erfreuliche Bewußtseinsbildung eingeleitet. (Abg. Pözl: „Wird sie auch von den Sozialisten unterstützt?“ — Abg. Prof. Hartwig: „Ja!“ — Abg. Prensberger: „Die Sozialisten haben sich ja auch dafür ausgesprochen!“) Natürlich, sicherlich! Es ist im letzten Jahr der Versuch gemacht worden, eine größere Fußgängerzone in der Grazer Altstadt einzurichten, ein Versuch, der sich im großen und ganzen bewährt hat, obwohl noch Probleme offen sind. Es ist unbestritten, daß einige Betriebe in der Grazer Altstadt, vor allem Betriebe des Gastgewerbes, einen Umsatzrückgang haben hinnehmen müssen, obwohl die Geschäftswelt im allgemeinen mit der Einführung der Fußgängerzone durchaus zufrieden ist.

Ich habe den Eindruck, daß wir nun an einem Punkt angelangt sind, wo wir von der Generaldebatte in die Spezialdebatte eintreten sollten, wo also die Zeit gekommen ist, vom Reden zum Handeln überzugehen. Vor allem gilt das für die Diskussion des Grazer Altstadterhaltungsgesetzes, von der ich hoffe, daß sie bald den zuständigen Ausschuß beschäftigen wird. Ich will dieser Diskussion nicht vorgreifen; die Detailprobleme werden den Ausschußberatungen vorbehalten bleiben. Aus den Problemen, die uns beschäftigen werden, möchte ich aber vier herausholen, von denen ich glaube, daß sie doch grundsätzlicher Natur sind.

Das eine ist die Frage, was überhaupt die Grazer Altstadt ist. Sicherlich der 1. Bezirk, wahrscheinlich auch die Vorstadt am rechten Murufer, möglicherweise aber alle sechs Innenstadtbezirke, die zweifellos großteils abgewohnt sind und einer Renovierung bedürfen.

Das zweite große Problem ist die Frage der Finanzierung. Wer soll diese zweifellos bedeutenden finanziellen Opfer aufbringen? Daß man sie nicht einem einzelnen zumuten kann, ist wohl klar. Diese gewaltigen finanziellen Mittel werden nur durch ein Zusammenwirken von Stadt, Land und auch Bund aufgebracht werden können. Dazu eine Anmerkung. Man sagt in Diskussionen allgemein, daß die Kosten einer Renovierung um etwa 30 bis 40 Prozent höher liegen, als dies bei Neubauten der Fall wäre. Unberücksichtigt läßt diese Rechnung, daß die Innenstadt mit all jenen infrastrukturellen Folgeeinrichtungen, wie Kindergärten, Schulen usw., ausgestattet ist, die in den Stadtrandsiedlungen fehlen und die dort gesondert in Rechnung gestellt werden müßten. Wenn man diese Umwegsrentabilität in Rechnung stellt, dann bekommt die Kostenrechnung schon ein ganz anderes Gesicht. Trotzdem sind die Mittel für den Denkmalschutz zweifelsohne zu gering, um hier Entscheidendes leisten zu können. Daher bieten sich ja die Mittel aus der Wohnbauförderung an. Aber, meine Damen und Herren, die Problematik sehe ich darin, daß die sozialen und die Einkommensverhältnisse unserer großteils älteren Innenstadtbewohner so sind, daß von ihnen wahrscheinlich keine treibende Kraft zur Inanspruchnahme solcher Wohnbauförderungsmittel, das heißt aber auch zur Altstadtsanierung, ausgehen wird.

Der dritte Hebel, an dem wir ansetzen müssen, ist eine befriedigende Lösung des Verhältnisses zwischen Wirtschaft und Wohnen. Es ist selbstverständlich, daß es ohne Wirtschaft nicht geht. Man wird sich zu einem bestimmten Verhältnis durchringen müssen. Das könnten etwa diese 50 Prozent sein, von denen hier schon gesprochen wurde.

Die vierte große Frage, und das möchte ich hier unterstreichen, liegt im Verkehrsproblem. Erklärungen sind hier zu wenig, solange wir bei den Grazer Verkehrsbetrieben einen jährlichen Abgang von etwa 25 Millionen Schilling haben. Der Bund hat im Wege des Finanzausgleiches seinen Teil beigetragen. Die Stadt Graz erhält jährlich 10 Millionen Schilling und es wäre zu hoffen, daß auch das Land Steiermark in dieser Frage etwas tut. Eine unrichtige Betrachtungsweise wird in diesem Zusammenhang immer wieder bei der Behandlung des Garagenproblems an den Tag gelegt. Es ist nämlich falsch, hier in isolierte Diskussionen einzutreten, egal, ob sie die Garage am Burgring betreffen oder die Lechnergarage. Diese Projekte können überhaupt nur im größeren Zusammenhang eines Garagenringes gesehen werden, der wiederum Teil eines Gesamtverkehrskonzeptes sein muß. Darauf wartet aber die Grazer Bevölkerung noch.

Es ist aber überaus erfreulich, daß die Bemühungen um die Grazer Altstadt vielfache Unterstützung finden. So hat zum Beispiel das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung einen Forschungsauftrag zur Revitalisierung der Grazer Altstadt angekündigt. Die sozialistische Rathausfrak-

tion hat sehr konkrete Vorstellungen im Zusammenhang mit einem Sonderwohnbauprogramm für die Grazer Altstadt entwickelt, und nach der Meinung von Bürgermeisterstellvertreter Stoiser soll sich künftig ein eigener Gemeinderatsausschuß und ein eigenes Referat mit den Problemen der Grazer Altstadt befassen.

Ich habe am Beginn gesagt, daß es ohne Kompromisse nicht gehen wird. Aber da zeigt sich jene seltsame Schizophrenie, die Tucholsky so treffend beschrieben hat. Vielleicht darf ich Ihnen das zitieren: „Du möchtest eine Villa im Grünen mit großer Terrasse, vorne die Ostsee, hinten die Friedrichsstraße; mit schöner Aussicht, ländlich und doch mondän; vom Badezimmer ist die Zugspitze zu sehen, aber abends zum Kino hast du es nicht weit.“ Sehen Sie, damit komme ich zu einem Kernproblem und damit zum Schluß. Auch bei weitestgehender Objektivierung der Zielsetzung durch Mischung von Wirtschafts-, Wohn- und Arbeitsstruktur, klare Verkehrskonzepte, aktives Kulturangebot, Partizipation aller Beteiligten, werden sich Zielkonflikte nie vollständig ausschalten lassen, weder beim einzelnen und schon gar nicht zwischen Gruppen. Daher ist die Lösung dieses Grazer Altstadtproblems nicht nur eine technische und planerische, sondern vor allem auch eine politische Angelegenheit. Denn Stadterneuerung, und dessen sollten wir uns viel klarer bewußt sein, als das eigentlich der Fall ist, ist ein politisches Problem, weil nämlich Interessensausgleich im Sinne des Allgemeinutzens, weil die Entscheidung für eine Zielvorstellung, weil die Parteinahme für die Interessen der Wirtschaft oder für ein bestimmtes Verhältnis zwischen Wirtschaft und Wohnen eben eine politische Entscheidung erfordern. Diese politische Entscheidung wird uns aber niemand abnehmen, auch kein Fachmann. Umgekehrt gilt aber auch die Forderung an alle, sich des politischen Gehaltes dieses Problems stärker bewußt zu werden. Es gilt diese Forderung nicht nur für den Politiker und die beteiligten Bürger, sondern auch für den Architekten, für Künstler und Soziologen. Insbesondere meine ich, daß die Architektur heute mehr ist als eine technische Disziplin; sie ist ein politischer Gegenstand geworden. Sie sollte nämlich in erster Linie gesellschaftsbezogen und nicht honorarbezogen sein. Das soll kein Pauschalangriff sein, sondern ich bitte Sie nur, darin eine hoffnungsvolle Feststellung zu sehen.

Einen Grundsatz aber kann man nicht deutlich genug unterstreichen: Bei der Stadterneuerung ist die Umgestaltung der Bausubstanz immer nur der sichtbare Ausdruck von Maßnahmen, deren Sinn viel tiefer liegt. Jede Stadterneuerung betrifft, und ich sage das noch einmal, bei allem Verständnis für Kultur und Kunst, in erster Linie nicht die Bauten, Fassaden und Häuser, sondern die darin lebenden, wohnenden und arbeitenden Menschen. Die Verbesserung der Lebensverhältnisse und der Lebensqualität dieser Menschen sollte unser zentrales Anliegen sein. Wird uns das gelingen, brauchen wir uns um eine Revitalisierung der Altstadt keine Sorgen zu machen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Eichinger das Wort.

Abg. Prof. Dr. Eichinger: Hohes Haus, meine Damen und Herren. Herr Dr. Strenitz, was Sie hier skizziert haben, das wird in den Programmen, die sich die beiden Fraktionen gestellt haben, und die heute Graz führen, enthalten sein. Das wird ausgeführt werden, und Sie können beruhigt sein, in all diesen Programmen, die wir erstellt haben, steht der Mensch im Mittelpunkt. Das ist für uns das entscheidende.

Und nun zu meinem Vorredner, dem Herrn Abgeordneten Brandl. Wenn Sie den Abgeordneten Brandl gehört haben, dann müßten Sie den Eindruck erhalten haben, der muß aus Hessen kommen. Denn einer, der in so viel Liebe und Schwärmerei (Landesrat Bammer: „Sonst wäre er nicht da!“) für dieses Land ausbricht, der kann doch kein Steirer sein. Und nun einige Bemerkungen zu diesem Wunderland Hessen.

Der Abgeordnete Brandl hat den Umweltschutz in diesem Lande als den besten hingestellt.

Und nun eine Tatsache. Der hierfür zuständige Minister im deutschen Bundesland Hessen mußte vor einigen Wochen seinen Hut nehmen, mußte sein Ministeramt zurücklegen, weil er von der hessischen Regierung und Bevölkerung abgelehnt wurde. Und ich sage Ihnen auch warum. (Heiterkeit bei der OVP. — Abg. Brandl: „Sie haben eine Ahnung!“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Sie reden wie ein Blinder von der Farbe!“ — Landesrat Bammer: „Wie ein Blinder von der Farbe!“ — Abg. Dr. Heidinger: „Warum hast du das verschwiegen?“ — Landesrat Peltzmann: „Sie haben einen Abschiedsbesuch gemacht!“ — Abg. Brandl: „Glaubt ihr daß das bei uns nicht passieren kann!“) Ich kläre Sie doch auf, meine Herren von der SPÖ. Der Herr Abgeordnete Brandl wird diesen Minister nicht mehr treffen, und jetzt sage ich Ihnen auch, warum. In diesem Musterland Hessen wurde an vielen Stellen giftiger Müll abgelagert (Abg. Gerhard Heidinger: „Von der Firma Eldra!“ — Abg. Zänkanell: „Von den politischen Gegnern!“), ja das spielt keine Rolle, meine Damen und Herren, ja das tut Ihnen jetzt weh. (Landesrat Bammer: „Schwarzer Giftmüll!“ — Abg. Dr. Strenitz: „Der Kohlenklau!“) Das Ministerium wurde gewarnt über diese Vorgänge, das Ministerium und die zuständigen Stellen in Hessen haben nicht gehandelt und es sind Hunderttausende in größter Gefahr gewesen. Darum mußte er auch seinen Hut nehmen. Herr Brandl, jetzt sage ich Ihnen eines, wir brauchen unsere Leistungen, die wir in der Steiermark haben, nicht verstecken. Und ich kann nur sagen, das, was bis jetzt geschehen ist, angefangen vom Landeshygieniker, angefangen von allen unseren Vorstellungen, die wir im Modell Steiermark hier festgelegt haben, angefangen von der Tatsache, daß die Steiermark ein Bundesland ist, wo auch für die Müllbeseitigung schon mehr getan wird als in den anderen Bundesländern, muß man sagen, wir brauchen uns nicht verstecken, wir brauchen dieses hessische Beispiel durchaus nicht. (Abg. Brandl: „Das stimmt doch nicht!“) Aber bitte, Herr Kollege. (Abg. Prensberger: „Vielleicht sind unsere Unternehmer ein bißerl anständiger als die in Hessen und lagern nicht die giftigen Stoffe einfach ab!“) Herr Kollege, dazu folgendes. Giftige Stoffe gibt es natürlich in allen Ländern, aber wenn man so ein Gesetz hat

und gewarnt wird, dann muß man auch handeln. Sie reden so viel, handeln aber zu wenig, das scheint so eine sozialistische Angewohnheit zu sein. (Landesrat Bammer: „Aber Herr Oberlehrer!“) Und nun das Problem, auf das ich zu sprechen kommen wollte, meine Damen und Herren. Es ist das das Straßenproblem im Mürztal. (Abg. Brandl: „Da reden Sie auch wieder!“) Aber bitte, beruhigen Sie sich doch, Sie müssen Tatsachen entgegennehmen können, schauen Sie, das gehört einmal dazu, nicht. (Abg. Gerhard Heidinger: „Das war keine Tatsache, was Sie über Hessen gesagt haben. Das war ein Blödsinn!“) Aber natürlich war das eine Tatsache, Herr Kollege. Das ist eine Selbstverständlichkeit, das ist eine demokratische Gepflogenheit. (Abg. Dr. Strenitz: „Das ist eben der Unterschied, daß wir die Kraft aufbringen, zurückzutreten, wenn es sein muß!“) Was glauben Sie, wie viele Minister heute in Österreich zurücktreten müßten, Ihre Minister nämlich, ein Teil davon. Meine Herren, die Inflation ist ja so groß, daß sich die Leute sagen, diese Inflationen können wir ja nicht mehr wählen, das ist Ihre Partei, schauen Sie. (Landesrat Bammer: „Aktion Giftmischer!“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Giftmischerei!“) Bitte wollen Sie sich vielleicht doch beruhigen, es waren ja nur Tatsachen. Aber nun zur Schnellstraße durch das Mürztal. Da möchte ich Ihnen sagen, allein durch das mittlere Mürztal rollen täglich im Durchschnitt etwa 8500 Fahrzeuge und aus diesem Grund möchte ich hier ersuchen, die zwei neuralgischen Punkte des Mürztales, Kindberg und Mürzzuschlag, möglichst rasch auszubauen. Wir wissen, daß mit den Planungen begonnen wurde und ich darf dazu folgendes sagen. Mürzzuschlag war bereits fertig, da hat im Jahre 1971 der Gemeinderat beschlossen, für eine neue Trasse einzutreten. Es kam nun zur Südtrasse und was nun das erfreuliche ist, die Bevölkerung von Mürzzuschlag freut sich darüber, daß damit auch eine Lösung gefunden wurde für die Gemeinde Ganz, die optimal ist, das ist die Tunnellösung. Die Arbeiten werden bereits durchgeführt, 1974 werden die Detailprojekte fertig sein und 1975 wird man beginnen können. In Kindberg wird genauso heuer und im nächsten Jahr die Detailplanung fertiggestellt und 1975 wird begonnen. Der Kostenaufwand beträgt 1,2 Milliarden Schilling.

Ein anderes Problem — ich muß es hier anbringen — ist die Straße von Mürzzuschlag über Neuberg nach Mürzsteg. 4000 Bewohner hängen mit dem Schicksal dieser Straße irgendwie zusammen. Die Straße ist außerordentlich schlecht. Und nun aus der Erfahrung. Zu Beginn des Jahres 1973 habe ich gehofft, man wird mit dem Bau beginnen. Es waren 3,5 Millionen Schilling vorgesehen. Im Juli bekam man die Nachricht, Kreditrestriktionen des Bundesministeriums wirken, also keine Möglichkeit. In der Regierungsvorlage, die ich jetzt zugemittelt bekommen habe, steht drinnen, daß es zwar Detailprojekte gibt, alles fertig ist, vom Bund aber kein Geld gegeben wird. Und 4000 Menschen eines Gebietes, das von einer Abwanderung bedroht ist, die katastrophal wirkt, sind weiterhin in Gefahr. Ich denke allein an die Gemeinde Mürzsteg. Diese Gemeinde hat von 1500 Bewohnern abgenommen auf 760, und

trotzdem wird diese Straße immer wieder zurückgestellt. Ich appelliere an Sie, meine Damen und Herren, helfen Sie mit, damit der Lebensraum für die Bevölkerung des oberen Mürztales gewahrt bleibt. (Beifall bei der OVP.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Hammerl das Wort.

Abg. Hammerl: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich werde mich diesmal, Herr Landesrat Dr. Krainer, nicht mit Fragen der Grazer Straßen beschäftigen, ich habe mir gedacht, da gehe ich gleich lieber ins Wasser. (Landesrat Dr. Krainer: „Das müssen Sie nicht!“ — Abg. Pözl: „Hoffentlich geht er nicht in den Kanal!“) Es gibt dort ernste Probleme. Die Kanäle sind noch schöner als Teile der Grazer Straßen. Meine Damen und Herren, wir haben hier ein ernstes Problem. Leider gibt es in der Steiermark fast kein Jahr, in dem nicht durch Hochwasserüberflutungen in vielen Gebieten des Landes weitreichende Schäden auftreten, dies obwohl man um die Wildbachverbauung und Flußregulierung sehr bemüht ist und große Summen Jahr für Jahr für diese Zwecke verwendet. Fast ist man versucht zu glauben, daß alle diese eingeleiteten Maßnahmen nicht den Erfolg bringen, den man in sie setzt. Vielleicht stimmt das in einigen Fällen, meine Damen und Herren, aber ich meine doch, daß andere Gründe vorwiegend für diese Tatsachen maßgebend sind. Der größte Fehler ist wohl der, daß die natürlichen Hochwasserüberflutungsflächen in vielen Gebieten nicht beibehalten und vor allem in Bauplanungsvorgängen einbezogen worden sind. Das hat z. B. dazu geführt, daß bei gleicher Zahl der Katastrophenfälle viel größere Sachschäden verzeichnet werden mußten. Wenn es also so weiterginge, würden die Hochwasserschutzmaßnahmen den Dingen einfach nicht Herr werden. Verschiedene Experten sind sich aber seit längerer Zeit darüber im klaren, daß die Eingriffe in die Natur zukünftig doch vorsichtiger erfolgen müßten.

Feste Uferverbauungen sollten wohl im verbauten Gebiet, weniger aber im freien Gelände entstehen. Besonders laufen die Bemühungen, den Grundwasserspiegel durch Fluß- oder Bachregulierungen nicht zu gefährden. Als Folge dieser Erkenntnisse bleibt die Erhaltung gewisser Hochwasserüberflutungsflächen. Vor Monaten hat nun Landeshauptmannstellvertreter Sebastian einen vielbeachteten Vorschlag in dieser Richtung gemacht und angeregt, daß vom Land Steiermark diese Grundflächen angekauft werden sollten. Ein Resolutionsantrag des sozialistischen Klubs, der in diese Richtung ging und dem auch die FPÖ-Abgeordneten beigetreten sind, hat leider nicht die erforderliche Mehrheit im Finanzausschuß erhalten, weil die Vertreter der OVP nicht zustimmten. Das ist sehr bedauerlich vor allem deshalb, weil man damit der sachlichen Notwendigkeit aus politischen Opportunitätsgründen nicht entsprochen hat.

Meine Damen und Herren!

Wir werden daher in der nächsten Sitzung des Landtages beantragen, daß

1. Flächen natürlicher Überflutungsgebiete durch das Land angekauft werden sollen,

2. soweit möglich, diese Gebiete zu Naturschutzgebieten erklärt und mit Tier- und Pflanzenwelt besiedelt bzw. bepflanzt werden und

3. diese Gebiete schließlich als öffentliche Erholungsräume zur Verfügung zu stellen.

Ein guter Gedanke sollte doch auch dann als solcher anerkannt werden, wenn er von politisch Andersdenkenden kommt. (Beifall bei der SPO.)

Präsident: Zum Worte gemeldet ist der Herr Abgeordnete Maunz. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Maunz: Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich kann mir ganz gut vorstellen, daß der zuständige Referent der Landesregierung, Herr Dr. Krainer, mit sehr großer Aufmerksamkeit den derzeitigen Ausführungen zuhört, weil er ja weiß, daß dies zum größten Teil seine Sorgen sind. Ich möchte zu diesen Sorgen einige hinzufügen. Wenn zum Beispiel davon gesprochen wird, daß Straßen im herkömmlichen Sinn der Beförderung von Menschen, Waren, Gütern dienen, so muß man diesen Begriff darauf ausdehnen, daß ein Teil dieser Straßen neben ihrer regionalen Bedeutung auch internationale Wichtigkeit erlangt haben. Zu diesen Straßen gehört zweifellos in der Steiermark die Verbindung Graz—Bruck—Leoben, in weiterer Folge St. Michael, die Schoberpaßstraße, die bereits eine traurige Berühmtheit hinsichtlich der Gasterbeiterroute erlangt hat. Der Ausbau der Strecke Graz—Bruck stand vielfach im Mittelpunkt der Kritik. Ich möchte hier nicht alle Schwierigkeiten, die mit einem solchen Ausbau naturgemäß verbunden sind, aufzählen, denn diese Ausbaustrecken haben immer wieder enorme geologische Schwierigkeiten zu überwinden, aber auch finanzielle und menschliche. Aber daß diese Straße jetzt ganz gut ist, beweist auch die andere Couleur und ich höre und staune, daß in der „Neuen Zeit“ vom 29. November geschrieben wird — im Zusammenhang mit dem Gasterbeiterstrom, der zu Weihnachten in eine andere Richtung gelenkt werden sollte — daß die Straße schon gut ausgebaut ist. Ich muß ehrlich gestehen, diese Töne ist man von dieser Richtung nicht immer gewohnt.

Ich möchte aber heute dem zuständigen Straßenreferenten, Herrn Landesrat Dr. Krainer, und auch den Herren der Landesbaudirektion für die Leistungen hinsichtlich des bisherigen Ausbaues einen recht herzlichen Dank im Namen aller Verkehrsteilnehmer und der Menschen in diesem Gebiete sagen.

Aber an dieser Strecke, und zwar im Bereich der B 116, liegt ein Ort, den im Jahresdurchschnitt 30.000 Fahrzeuge und darüber durchfahren. Es ist dies die Gemeinde Niklasdorf, der einzige Ort an dieser Strecke bis St. Michael, welcher noch keine Umfahrung hat.

Und wenn ich Ihnen jetzt sage, daß diese Strecke hinsichtlich des Verkehrs die höchste Frequenz außer Graz aufweist, dann ist das doch sehr bedeutend. Ich habe mir hier einige Vergleichsziffern geben lassen, bezogen auf diesen Raum. Gloggnitz zum Beispiel hat eine durchschnittliche Verkehrsfrequenz von 11.500, Bischofshofen von nur 10.500

und nur Wels kommt annähernd und zwar mit 13.000 Fahrzeugen heran.

Zu Stoßzeiten ist es in Niklasdorf kaum möglich, daß Fußgänger oder Fahrzeuge diese B 116 überqueren. Nach meinen bisherigen Informationen, und das vermerke ich hier mit einer gewissen Beruhigung, ist bereits für diese B 116 im Bereich der Gemeinde Niklasdorf eine Rohplanung für die Errichtung einer Überführung vorgesehen. Ich würde nur heute sehr bitten, Herr Landesrat, diese Errichtung, die unter einem sehr großen Zeitdruck steht, doch mit allen Mitteln voranzutreiben, um eine völlige Isolierung der beiden Ortshälften zu verhindern. Gleichzeitig wäre mit diesem Bauvorhaben auch der Neubau der Murbrücke zwischen Niklasdorf und Proleb mit der Dringlichkeitsstufe 1 auszustatten, zumal sich durch die damit geschaffene verkehrstüchtige Verbindung Niklasdorf—Proleb—Leoben eine weitere Entlastung und Entflechtung des Verkehrs auf der derzeit überbelasteten B 116 ergeben würde. Es besteht kein Zweifel, die Straßen und Verkehrsträger sind nun einmal in ihrer Bedeutung für den Fremdenverkehr Schlagadern in unserer Wirtschaft und werden es sicher auch weiterhin, trotz drohender Gewitterwolken hinsichtlich der Treibstoffversorgung, bleiben. Ich möchte daher abschließend noch feststellen, daß gute und ausreichende Straßen und Verkehrsverbindungen ein bedeutender Faktor für eine gedeihliche Entwicklung sind. (Allgemeiner Beifall).

Erster Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren: Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Pichler. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Pichler: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich möchte mir ein paar wesentliche Anmerkungen zu den steirischen Gewässern und ganz besonders zu unserem steirischen Fluß Mur erlauben und gleichzeitig darauf hinweisen, daß wir einen gemeinsamen Resolutionsantrag vorbereitet haben und dieser zur Beschlußfassung vorliegt. Wir kennen eine Reihe von wissenschaftlichen Aussagen über die Wasserqualität unseres steirischen Flusses, aber auch eine Reihe von Aussagen über unseren Trinkwasserhaushalt und haben damit gemeinsam die Erkenntnis, daß wir uns hier in höchster Alarmstufe befinden und es höchst an der Zeit ist, daß wir gemeinsam darangehen, dieses sehr wichtige Problem zu lösen.

Man kann mit ruhigem Gewissen behaupten, daß Erkenntnisse, Aussagen und Hinweise genug vorhanden sind, wir müssen jetzt nur gemeinsam einen Weg finden, die technischen Vorbereitungen einzuleiten, aber auch gleichzeitig hierfür die finanziellen Mittel aufzubringen. Es muß von uns allen zur Kenntnis genommen werden, daß alle diese Fragen, die seinerzeit zuständigkeitshalber den Gemeinden zugewiesen wurden, nämlich Schaffung eines Kanalnetzes, die Abwasserkläranlagen und damit automatisch die Reinhaltung der Flüsse, von den Gemeinden nicht mehr bewältigt werden können. Wie uns vielfach der Verkehr überrollt hat, überrollt uns auch gleichzeitig die Grundwasserverschmutzung, die Verschmutzung unserer Flüsse durch den Austritt der giftigsten Abflüsse und Gewässer von

den Industrien, aber auch aus den Städten, Märkten und Dörfern, wo sie eben vielfach ungeklärt in den Fluß geleitet werden.

Es sagte uns ein sehr bedeutender Wissenschaftler und Techniker, nämlich der Herr Prof. Dr. Endte von der Technischen Hochschule in Wien, schon vor einigen Jahren sehr deutlich, daß in Österreich im Durchschnitt nur etwa 8 Prozent der Abwässer einer Klärung zugeführt werden, alles andere aber frei in die Bäche und Flüsse hineinfließt. Es ist vor etwa sieben Jahren der Versuch unternommen worden von einer Reihe von Gemeinden von Bruck bis nach Umzmarkt, einen Murverband zu gründen, ihn unter Umständen in Teilverbände einzuteilen, um diesem Kapitel rechtzeitig zu begegnen bzw. dieses große Problem einer Lösung zuzuführen. Schon zur damaligen Zeit haben die Bürgermeister erkannt, daß die Kopfquote für den einzelnen Bewohner — will man einen solchen Murverband betreiben — ganz einfach zu hoch wird und von den Gemeinden nicht geleistet werden kann. Es wird daher notwendig sein, daß sich Gemeinden, Land, Bund (Abg. Pözl: „Auch der Verschmutzer!“), aber, Herr Kollege, keine Sorge, selbstverständlich auch die Industrie hier zusammenschließen und gemeinsam einen Weg gehen, um unsere Wasserqualität in den Bächen und im besonderen in der Mur wieder einem besseren Verhältnis zuzuführen. Es ist sicherlich überlegenwert und es wird zu prüfen sein, ob man einen großen Murverband im gesamten führt oder ob man zur Einteilung von Abschnitten gelangt und damit die sogenannten Teilverbände entstehen. Was immer geschieht, wird uns also die Zukunft weisen und werden wir letzten Endes gemeinsam festzulegen haben. Entscheidend aber, meine Damen und Herren, ist, daß etwas geschieht und daß wir unseren Wasserhaushalt wieder in Ordnung bringen.

Ich darf mir am Schlusse noch eine grundsätzliche Bemerkung erlauben. Es haben heute einige Redner über die Kapitel Müll, Umwelt und Abwässer gesprochen. Über all diesen Fragen steht die Hauptfrage, wie lösen wir das finanziell? Diese Lösung kann sicherlich auch gefunden werden. Was aber, meine Damen und Herren, von wesentlicherer Bedeutung sein wird, ist, daß wir auch einen entsprechenden Gesinnungswandel unter der Bevölkerung zuwege bringen, begonnen beim einzelnen Bewohner über die Funktionäre und damit Kommunaleinrichtungen und Gemeinden, aber auch gleichzeitig in der Industrie. Es wird sich bei der Lösung dieses großen Fragenkomplexes in diesem Lande niemand absentieren können. Wir werden gemeinsam die Bereitschaft dazu finden müssen, nicht nur zu konsumieren, nicht nur zur Kenntnis zu nehmen, daß die Ware wunderschön verpackt ist, daß das Trinkwasser einfach da zu sein hat und daß wir alle ein reines Wasser haben wollen, das tunlichst wenig kostet, sondern wir werden uns wesentlich umstellen und auch umdenken müssen, daß die Beseitigung dieses Mülls und die Abführung der Abwässer in geordneten Maßen und Verhältnissen letzten Endes Geld kostet. Und hierfür müssen wir gemeinsam die Bereitschaft aufbringen. Ich danke schön. (Beifall.)

Präsident: Zum Worte gemeldet ist der Herr Abgeordnete Stoisser. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ing. Stoisser: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Zu Beginn möchte ich noch auf ein Wort vom Herrn Bürgermeister DDr. Götz kommen. Er hat sinngemäß gesagt, daß sich die Firmen spezialisieren und dadurch rationeller und billiger arbeiten können. Und nun wechseln solche Firmen über z. B. vom Hoch- zum Tiefbau, und dadurch könnten sie wieder teurer werden. Das Land sollte solchen Firmen beim Überwechseln keine Aufträge erteilen. Ich hoffe, daß ich den Herrn DDr. Götz richtig verstanden habe. Ich möchte hier dazu folgendes sagen: Die Firmen spezialisieren selbstverständlich, um rationeller und billiger zu arbeiten. Es ist aber sicher oft eine Notwendigkeit, daß man ein breiteres Angebot hat, um mehr Sicherheit beim heutigen Wirtschaftsleben zu haben. Und in den Vergabevorschriften steht drinnen, daß bei Bundesbauten sämtliche Firmen des Bundeslandes, die die Gewerbeberechtigung und die Möglichkeit haben, qualitativ und quantitativ die Bauvorhaben durchzuführen, dazu eingeladen werden sollen und sich bei der Ausschreibung beteiligen können und daß der Bestbieter die Arbeit bekommen soll. Ich glaube, hier sollte man es lieber belassen, wie es ist.

Ich möchte nun noch zum Schutzwasserbau einiges sprechen, und zwar in der Hauptsache über das Gebiet Leibnitz. Wir haben in Leibnitz beim Zusammenfluß von Sulm und Laßnitz in den 20 Jahren zwischen 1938 und 1958 viermal ein Hochwasser gehabt, in den letzten 10 Jahren von 1959 bis 1969 fünfmal und von 1969 bis 1973, also in fünf Jahren, bereits elfmal, also eine beängstigende Steigerung von Hochwasserschäden. Warum kommt nun diese Häufung der Hochwasser? Experten sind sich darüber noch nicht im klaren, sie behaupten teilweise, daß eine Veränderung der Großwetterlage daran die Schuld trage. Es kommt dann noch dazu, daß diese Hochwasser immer stärker werden und vor allen Dingen immer rascher kommen. Hier ist es sicher so, daß durch die Regulierung die natürlichen Rückhaltebecken teilweise verloren gehen. Man wird hier sicher eine Lösung finden müssen. Nur daß es unbedingt eine Enteignung sein muß, dieser Meinung bin ich nicht, man muß darüber sprechen. Diese Rückhaltebecken werden auch noch durch Straßenbau und durch ungünstige Besiedelung stärkstens beeinflußt. Negative Einflüsse sind sicher auch die mechanische Bearbeitung des Bodens, Güterwegbau, Forstaufschließung, Kahlschläge, und wenn man eine Schneise für den Schilift irgendwo heraus schlägt, wird sich das sicher auf das Wasser ungünstig auswirken. Man muß Wasserbau und Raumordnung im Zusammenhang sehen, und die Raumordnung muß sich nach den natürlichen Wassermengen richten. Im Falle Leibnitz ist das nun so, daß die Oberläufe schon weitgehendst reguliert sind, und im Gebiet von Leibnitz ist man sich nicht im klaren, man hat bereits 8 Varianten entworfen und alle wieder verworfen und die Experten sind sich noch nicht einig, wie das werden soll. Hier hat dankenswerterweise Landesrat Dr. Krainer ein interdisziplinäres Gespräch herbeigeführt, bei dem Flußbauer, Naturschützer, Ökologen, Hydrologen

und viele andere Experten sich zusammengefunden haben zu einem Gespräch. Es wurde dann Prof. Simmler beauftragt, diese Expertengruppe zu leiten und für Leibnitz eine Studie zu erarbeiten, und er baut bereits an einem Modell. Wir hoffen, daß das ein Weg ist, den Wasserbau gut und günstig über die Runden zu bringen. Wir haben in unserem Budget 1974 in den Unterabschnitten 671 und 672 und im außerordentlichen Budget rund 60 Millionen für den Wasserbau. Wir würden natürlich wesentlich mehr brauchen, der Bund hat 56 Millionen bezahlt, und hier geht nun meine Bitte — wir haben auch einen Resolutionsantrag, von allen drei Parteien unterschrieben — an den Bund, mehr Mittel zuzuschießen. Ein leitender Beamter des Ministeriums hat erklärt, wenn man nur jährlich 100 Millionen für den Schutzwasserbau in ganz Österreich mehr ausgeben würde — das sind rund zwei Drittelpromille des Bundesbudgets —, so könnten die Hochwasser in Österreich in absehbarer Zeit beseitigt sein. Als Beispiel noch einmal das Problem in Leibnitz. Für die Flüsse Laßnitz und Sulm mit ihren Zuflüssen würden noch etwa 200 Millionen Schilling zur Fertigstellung der Regulierung benötigt. Im Jahre 1972 allein hatten wir 100 Millionen Schilling Hochwasserschaden in diesen beiden Bezirken. Man sieht die Relation. Das Geld wäre sicher sehr gut angelegt, wenn man für die Regulierung jetzt mehr Geld ausgeben würde. Es geht daher meine Bitte an den Bund, vielleicht durch irgendeine Vorfinanzierung für den Flußbau mehr Geld in der Steiermark bereitzustellen.

Zum Schluß möchte ich mich noch bei allen bedanken, die für den Schutzwasserbau tätig waren, bei Landesrat Dr. Krainer, bei den zuständigen Beamten in der Fachabteilung, bei den Funktionären der Wasserschutzbehörde, die sich in selbstloser Weise für den Nächsten einsetzen. Und wir hoffen, daß durch eine bessere Finanzierung dieser Arbeit ein rascher Erfolg gesichert wird! (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Wimmler. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wimmler: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Zur Klarstellung möchte ich dem Herrn Kollegen Stoisser sagen, daß die Ausführungen von DDr. Götz durchaus nicht so zu verstehen waren, daß Firmen nicht mehr mit Aufträgen bedacht werden sollen, die sich anderen Gebieten des Bauwesens zuwenden. Es ist aber sicherlich unbestritten, daß die Spezialisierung zu größerer Leistungsfähigkeit und daher zu geringeren Preisen führt, weshalb wir meinen, daß diese Spezialisierung gefördert werden soll. Meine Damen und Herren, es war richtig und sicherlich ein Akt der Notwehr, wenn vor einiger Zeit beschlossen worden ist, den steirischen Firmen bei der Vergabe von Aufträgen einen sogenannten Heimvorteil einzuräumen, steirische Aufträge eben nur an steirische Unternehmen zu vergeben, weil andere Bundesländer zu diesen Praktiken übergegangen sind. Dadurch sind steirische Unternehmen ins Hintertreffen geraten, diese Maßnahme ist notwendig geworden.

Wenn wir aber unsere Blicke immer mehr auf Europa richten und europäisch zu denken beginnen, die Grenzen vor allem im Bereiche der Wirtschaft mehr und mehr durchlöchert werden, dann können wir nicht innerhalb unseres kleinen Landes neue wirtschaftliche Schranken aufrichten. Wir sollen uns daher bemühen, im Einvernehmen mit den anderen Bundesländern diese Gepflogenheiten wieder aus dem Weg zu räumen. Und wenn sich die anderen Bundesländer ebenfalls ehrlich zu diesen Grundsätzen bekennen und danach handeln, dann wird sicher keinem steirischen Unternehmen daraus ein Nachteil erwachsen.

Als Abgeordneter des Bezirkes Liezen fühle ich mich aber verpflichtet, bei dieser Budgetgruppe zur Planung der Ennstalschnellstraße S 8 etwas zu sagen. Für diese Schnellstraße wurden zwei Varianten ausgearbeitet. Die zweite Variante dieser Planung nimmt, von der unerwünschten Trassenführung, Steigungen und Dammschüttungen, Inanspruchnahme größerer Grundflächen abgesehen, im allgemeinen wenig Rücksicht auf die Frage des Talbodens im Bereiche von Gröbming. Diese Darstellung wurde einer Stellungnahme, die Architekt Kepfert verfaßt hat, entnommen. Es ist klar, daß, wenn dem so ist, auf den Steigungen die Lastkraftwagen zurückschalten müssen, was wiederum verstärkten Motorenlärm, verstärkten Ausstoß von Abgasen und damit verstärkte Umweltbelastung bewirkt.

Nun ist das Ennstal dabei, sich zu einer einheitlichen Erholungslandschaft zu entwickeln, wofür die Bewohner dieses Gebietes große Belastungen auf sich nehmen mußten und gewaltige Investitionen vorgenommen haben. Auf Grund dieser Umstände richte ich an Herrn Landesrat Dr. Krainer — als den zuständigen Referenten — das dringende Ersuchen, vor der endgültigen Fixierung eine eingehende Untersuchung in der aufgezeigten Richtung vornehmen zu lassen. In diese Untersuchung könnte vielleicht auch die Tatsache einbezogen werden, daß sich nach Fertigstellung der Tauernautobahn die Verkehrsverhältnisse in diesem Gebiet bestimmt ändern werden. Derzeit führt noch die Gastarbeiterroute durch das Ennstal, und daher möchte ich bei dieser Gelegenheit auch noch auf das Straßenstück Selzthal—Liezen hinweisen, das sich in einem furchtbaren Zustand befindet, dessen Instandsetzung allerdings im Spätherbst dieses Jahres in Angriff genommen worden ist. Wie es aussieht, scheint aber entgegen den Erklärungen im Ausschuß dort Winterruhe eingetreten zu sein. Nach Auskunft der Baubezirksleitung Liezen soll dieser Ausbau jedoch auf der halben Strecke von Selzthal nach Liezen an jener Stelle aufhören, an der die Trasse der neuen Planung im Osten von Liezen den bisherigen Straßenverlauf verläßt und das Ennstal in Richtung Gesäuse die Bundesstraße überquert.

Bis zum Bau dieser neuen Straße werden noch einige Jahre vergehen, weshalb ich auch diesbezüglich an Herrn Landesrat Dr. Krainer die Bitte richte, doch dafür zu sorgen, daß die bestehende Bundesstraße nicht nur zur Hälfte, sondern zur Gänze von Selzthal nach Liezen instandgesetzt wird. Ich wiederhole an dieser Stelle auch den bei den Beratungen der Gruppe 5 im Zusammenhang mit dem Landes-

krankenhaus Rottenmann gestellten Antrag, den Ausbau des Autobahnteilstückes Rottenmann—Selzthal nach Kräften voranzutreiben, damit die Schwierigkeiten für die Krankentransporte mit drei Bahnschranken und die Gefahr in diesem Teil der besonders stark frequentierten Gastarbeiterroute beseitigt werden. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Hasiba. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Hasiba: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Es klingt beinahe lächerlich, wenn man auf die großen Schwierigkeiten hinweist, die unsere Landeshauptstadt Graz auf dem Verkehrssektor hat. Lächerlich deshalb, weil es schon so oft gesagt worden ist, weniger lächerlich klingt es dann, wenn man in Betracht zieht, was für eine ungeheure Anstrengung hier notwendig sein wird und was zur Zeit alles unternommen wird, um dieses Problem in den Griff zu bekommen. Das Lachen vergeht einem vollends, wenn immer wieder der Ruf erfolgt: Wo ist euer Konzept, wie wird es in Hinkunft auf dem Lendplatz aussehen, was wird in Puntigam geschehen? Denn diese Frage nach dem Konzept ist nur allzu berechtigt und ernsthaft. Der Grazer Bürger hat ein Recht, das zu erfahren. Die Politiker haben die Pflicht, immer auf diese Fragen Antworten zu geben. Daß wir ein Konzept brauchen, ist außer Streit. Ebenso klar ist, daß Zielvorstellungen dafür bereits bestehen, die in der Öffentlichkeit hinlänglich, allerdings in verschiedener Weise diskutiert wurden und daher bekannt sind. Diese Vorstellungen dürften mittlerweile Allgemeingut geworden sein. Sie lauten etwa auf dem Straßensektor: Die Pyhrnautobahn darf und kann nicht durch Eggenberg führen, das steht fest, und die Kärntner Straße darf und kann keine Ersatzpyhrnautobahn sein, das steht ebenso fest. Umstritten ist es auch nicht, daß Graz ein Gürtelstraßensystem braucht, das in die Autobahnzubringer eingehängt werden kann. Wo dieses System im einzelnen geführt werden kann, darüber wird mit den Grazern noch viel und oft zu reden sein. (Abg. Hammerl: „Wir haben eh noch Zeit!“) In erster Linie geht es bei diesen Überlegungen darum, den einströmenden Verkehr im zentralen Grazer Raum besser verteilen zu können, wobei hinzugefügt werden muß, daß dazu gar nicht immer bauliche Maßnahmen notwendig sind. Wir haben noch immer Straßenzüge in Graz, die noch nicht erheblich belastet sind, während andere wieder hoffnungslos verstopft sind. Die wichtigsten Baumaßnahmen könnten etwa sein: die erste Realisierungsstufe eines dritten Südgürtels, und zwar in dem Bereich vom Ostzubringer bis zur Liebenauer Hauptstraße. Für diesen Teil liegen bereits fertige Planungen vor. Dasselbe gilt für den Gürtelbereich vom Ostzubringer zur St.-Peter-Hauptstraße, der übrigens mit einem Unterführungsbauwerk zur niveaufreien Querung der Ostbahn verbunden sein wird.

Die Südautobahn, meine Damen und Herren, bringt — wie schon jetzt nach kurzer Zeit feststellbar — gewisse positive Auswirkungen für den Grazer Verkehr, weil die Aufteilung von Regionalver-

kehrmaßnahmen bereits über die Südautobahn zwischen dem West- und dem Ostzubringer erfolgen kann. Daraus könnte hervorgehen — wir müssen das deshalb im Konjunktiv sagen, weil die Zeit zu kurz ist und die Erfahrungen zu kurz sind —, daß derzeit und in Zukunft keine Vermehrung des Verkehrsangebotes in der Kärntner Straße eintreten muß. Nachdem nun die Autobahn beim Grillweg aufhört, wird künftig die Gürtelstraße dort ihren Anfang nehmen müssen. An uns wird es liegen, darüber zeitgerecht eine Entscheidung zu treffen, weil der Roseggergürtel eine Hauptverkehrsader für diese Stadt sein wird. Vor allem dann, wenn die Autobahn bis in den Leibnitzer Raum ausgebaut sein wird. Darüber hinaus wird man auch dafür sorgen müssen, daß die Landesstraße Kalsdorf—Pyhrnautobahn mit der Auffahrt auf die Autobahn rasch fertiggestellt wird, weil auch dadurch vorgängig eine wesentliche Entlastung der Kärntner Straße erreicht werden kann. Sie sehen daraus, wie wichtig es ist, das Grazer Verkehrsproblem nicht isoliert zu sehen, sondern völlig mit dem Umland und mit dem Raum Graz-Umgebung verbunden. Für uns in Graz geht es auch entscheidend darum, in erster Stufe jene Straßenbereiche, wo Baumaßnahmen keine oder nur geringfügige Eingriffe in das private Eigentum erfordern, zu verbessern. Es gibt auf diesem Sektor einige Möglichkeiten, um nur eine zu nennen, die Plüddemangasse. Vom Bund müssen wir fordern, daß die Kalvarienbergkreuzung ehestens ausgebaut wird. Das generelle Projekt hiefür liegt vor und ist bereits genehmigt. Damit kann auch die notwendige Verbindung zum bereits beschlossenen Unfallspitalneubau hergestellt werden. Diese ist auch sicher unbestritten, und es könnte damit das Gespenst für die Eggenberger, die immer wieder sagen, wollen sie uns nicht doch diese Pyhrnautobahn bauen, vielleicht als Verbindung zum Unfallspital, endgültig aus der Welt geschafft werden. Es gibt aber auch eine Vielzahl noch sehr umstrittener Bereiche im Rahmen unseres 40 Kilometer langen Gürtelstraßensystems in Graz, Bereiche, die nur in einem engen Kontakt mit den Bürgern einer Lösung zugeführt werden können. Dies gilt besonders für den Bereich von der Plüddemangasse bis zur Grabenstraße. Meine Damen und Herren, es nützt uns nichts, wenn dort Straßenzüge bestehen, die mit Wohnsiedlungen, Villen, Schulen, Sanatorien gesäumt sind und die den Namen Gürtelstraße tragen und wozu uns dann gewisse Fachleute dieser Stadt erklären, sie tragen schon hundert Jahre den Namen Gürtelstraße, daher werden sie auch eine Gürtelstraße sein müssen. Das nützt uns nichts, ich bin fest davon überzeugt, daß in diesem Bereich der Name bleiben wird, Rosenberggürtel, Leonhardgürtel, daß dort Gürtelstraßen gebaut werden, kann ich nicht glauben. Ich glaube vielmehr, daß man dort Vorhandenes verbessern muß und sich auch auf verschiedene Einbahnlösungen mit den Bürgern und mit den Betroffenen einigen kann.

Für den zweiten Südgürtel gilt das gleiche, nämlich mit den Bürgern reden, und auch für den dritten Südgürtel, vor allem in dem Abschnitt zwischen der derzeitigen Grazer Bundesstraße und der Liebenauer Hauptstraße. Wohl außer Frage steht, daß eine Verlängerung der Gradnerstraße mit einem niveaufreien

gleichen Übergang der Eisenbahn bis zur Grazer Bundesstraße eine wesentliche Verbesserung der dortigen Verkehrsverhältnisse mit sich bringt. Vor allem deshalb, weil dadurch der derzeitige Verkehrsengpaß in der Mitterstraße und besonders im Bereich der beschränkten Eisenbahnübersetzung ausgeschaltet werden könnte. Es gibt aber auch besonders schwierige Lösungen, etwa eine niveaufreie Führung der Gürtelstraße im Bereich des Hauptbahnhofs oder eine Unterführung für den Roseggergürtel zwischen Don Bosco und der derzeitigen Roseggerkreuzung. Nachdem derartige Verkehrslösungen unumstritten einen direkten Eingriff in die Lebensgewohnheiten unserer Bürger darstellen, nachdem das nicht gehen wird, ohne mit dem Bürger ausführlich zu reden, werden natürlich bei der heute bestehenden Einstellung der Bürger zu solchen Maßnahmen schwierige Phasen vor der Realisierung noch zu überwinden sein. Wir hoffen jedoch, daß zum Beispiel das Gutachten, das Prof. Möse zur Zeit mit einem ganzen Stab von Mitarbeitern erarbeitet, bald vorliegen wird. Dieses Gutachten wird uns darüber Auskunft geben, wie sich der Einfluß des Verkehrs auf unseren städtischen Siedlungsraum auswirkt. Es wird aus dieser Arbeit zu ersehen sein, welche Verbesserungen durch einen gezielten Straßenausbau überhaupt noch eintreten können und wie sich die Zustände verschlechtern würden, wenn am Sektor des Straßenbaues und der gesamten Verkehrsintegration wenig oder nichts geschieht. Dieses Gutachten wird eine umfassende Grundlage sein für die Erstellung des vorgenannten Verkehrskonzeptes. Es geht ja dabei darum, im Rahmen eines integrierten Verkehrssystems dem öffentlichen Verkehr und dem Individualverkehr jeweils ihren Platz zu geben, denn dabei wird man vor allem auch die Nutzungsschwerpunkte, schon bestehende Nebenzentren, Wohngebiete, Industrieparks, Arbeitsplätze, Arbeitsgebiete und ähnliches zu berücksichtigen haben. Das heißt, wir haben gut fundierte Zielvorstellungen, und unsere Untersuchungen werden auch aus europäischer Sicht mustergültig sein. Aber was nützt das, es wird Zeit brauchen, bis wir dieses Konzept endgültig fertiggestellt haben werden, und wir werden enorme finanzielle Mittel bereitstellen müssen, denn selbst bei optimalem Verständnis der Bevölkerung, selbst bei umfassender Information der Bürger im allgemeinen und der Betroffenen im besonderen, selbst bei optimalen Finanzierungsverhältnissen des Bundes, des Landes und der Stadt — diese Verhältnisse sind zumindest bei einem von den dreien nicht gegeben, ich sage es nicht, Sie wissen es (Abg. Hammerl: „Beim Land!“) —, selbst dann wird es immer noch ein Problem sein, allein die rund 2 Milliarden Schilling, die nur für den Ausbau des Gürtelstraßennetzes nach heutigen groben Schätzungen notwendig wären, irgendwoher zu bekommen. Wir werden aber vor allem die Zeit bis zum Vorliegen dieses Konzeptes sinnvoll nützen müssen. Das heißt, wir müssen sinnvoll Mängel ohne verlorenen Aufwand, ohne uns für die Zukunft etwas zu verbauen, beheben. Wir werden versuchen müssen, die Verkehrsspitzen abzuschneiden, denn ein Straßennetz für diese Spitzen anzulegen, ist völlig unmöglich, das wissen Sie. Wir könnten durch gleitende Arbeitszeit oder durch

— ich bitte die anwesenden Pädagogen, nicht böse zu sein — durch gleitende Schulbeginnzeiten etwas tun, um nur zwei ganz kleine Maßnahmen zu nennen.

Wir können überlegen, welchen Aktionsradius wir den Grazern ohne Auto zumuten können. Zur Zeit wird ein Gehweg von maximal 10 Minuten angenommen. Das ist sicher zu wenig, und zwar nicht nur deshalb, weil die Wiener bereit sind, doppelt so lange zu gehen (Abg. Koiner: „Die gehen langsamer!“), aber wir haben ja von den Wienern auf diesem Gebiete nie etwas abgeschaut. Wir wollen andererseits den Individualverkehr nicht abstellen, er ist in gewissem Ausmaß und für gewisse Bereiche notwendig. Wir wollen auch nicht rechnen, daß sich irgend jemand ein Auto weniger kauft, weil er es sich nicht leisten kann. Wir hoffen, daß dieser Zustand nie eintritt. Aber wir müssen die Krise unseres städtischen Verkehrs beheben. Und das wird nur zu einem kleinen Teil durch Straßenbauten gelingen. Das kann nur dann gelingen, wenn eben weniger Autos im Kernbereich der Stadt fahren. Und das heißt konkret: Es muß uns gelingen, gewisse arbeitende Menschen in der Innenstadt, die in der Nähe einer Straßenbahnhaltestelle oder in der Nähe eines Autobusses ihren Wohnort haben, dazu zu bringen, daß sie bereit sind, das Auto, wenn sie in der Früh zur Arbeit fahren, abzustellen und am Abend oder nach Dienstschaft wieder damit wegzufahren. Diese Leute müssen bereit sein, auf ein attraktiveres Massenverkehrsmittel, als wir es jetzt haben, auf eine schnellere Straßenbahn, die öfters fährt, die preiswert ist, umzusteigen. (Abg. Doktor Strenitz: „Tun Sie das! Machen Sie die Straßenbahn attraktiver!“) Wir wollen nicht, daß sie ihre Autos verkaufen, wir glauben nur, daß dadurch jene Verdünnung des Individualverkehrs in der Innenstadt eintreten wird, die dem Berufsverkehr und dem Verkehr, der dort unabwendbar ist, die Chance gibt, flüssiger zu existieren. Ich denke dabei ganz konkret an viele Bereiche des öffentlichen Dienstes, an die Banken, die Versicherungen, die kaufmännischen Angestellten. Weiters an jene Menschen, die das Auto für die wenigen Kilometer in der Früh vom Wohnort zur Stadt verwenden, Parkplatzkämpfe erleben und am Nachmittag wieder wegfahren. Nicht an jene, die am Tag in den Außendienst einsetzen fahren oder ähnliches. Ich glaube, man muß es den Menschen erklären, schmackhaft machen, ihnen vorrechnen, daß, wenn sich die Treibstoffpreise so weiterbewegen, sie auch billiger in die Stadt kommen und ihr Fahrzeug schonen.

Ein Fahrverbot wäre sicher nicht der richtige Weg, denn wir wollen niemand etwas aufzwingen oder in ein starres Schema sperren. Aber wir wollen die Grazer davon überzeugen, daß es für alle, individuell und gemeinschaftlich gesehen, besser ist, wenn sie nach Möglichkeit auf Massenbeförderungsmittel umsteigen. Daher unsere ständige Forderung: Vorrang für den Massenverkehr. Für die Verwirklichung dieser Forderung wurden bereits in der jüngsten Zeit einige Weichen im Bereich der Grazer Stadtwerke gestellt und eingehende Vorarbeiten über den vergangenen Sommer geleistet. Jetzt gilt es weiterzuarbeiten, und ich glaube, dies wird um so besser gelingen, je breiter die Basis für zu-

künftige Maßnahmen in dieser Stadt ist. (Beifall bei der OVP. — Abg. Buchberger: „Eine sehr konstruktive Maßnahme!“)

Präsident: Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer: Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Brandl zum Antrag der sozialistischen Fraktion hinsichtlich des Umweltschutzes erfordern einige Klarstellungen.

1. Wenn man die Anträge, Resolutionen und sonstigen Initiativen der OVP-Fraktion der letzten Jahre, die hier im Landtag gestellt wurden, und die Reaktion der Regierung darauf studiert — ich möchte Sie hier nicht mit Einzelheiten aufhalten —, so kann man ohne Übertreibung feststellen, daß ein Großteil jener Dinge, die Sie anregen, längst beantragt, zum Teil bearbeitet und zum Teil auch schon erledigt sind. Aber wir freuen uns, daß Sie hier wie auch mit Ihren Leitlinien, ein Nachziehverfahren gegenüber dem Modell Steiermark vorgenommen haben. (Abg. Brandl: „Nein, nein!“ — Abg. Bischof: „Das stimmt nicht!“ — Abg. Brandl: „Verniedlichung!“) Ich möchte hier wiederholen, was der Herr Landeshauptmann gestern in einer Rundfunkausstrahlung festgestellt hat: Umweltschutzmaßnahmen, soweit sie in die Kompetenz des steirischen Landtages fallen, und zwar Ölfeuerungs-gesetz, Gasgesetz, Motorschlittengesetz sind beschlossen, wir alle haben mitgestimmt, Naturschutzgesetz, Raumordnungsgesetz sind als Regierungsvorlagen eingebracht (Abg. Brandl: „Noch nicht beschlossen;“), Luftreinhaltungsgesetz, Abfallbeseitigungsgesetz, Kanalgesetz werden demnächst dem Hohen Hause zugeleitet werden. Das Baulärmgesetz ist in Vorbereitung. Dies ein kurzer Katalog der Maßnahmen.

Der Herr Abgeordnete Pichler, und hier stimme ich mit ihm überein, hat mit Bedauern den Zustand der Mur erwähnt, und es dürfte Ihnen auch bekannt sein, daß die Sanierung der Mur eine Summe von drei Milliarden Schilling verlangen würde. Eine Sanierung auf Stufe zwei bis drei, wie über das Wasserrechtsgesetz vorgeschlagen, würde ungefähr 1,8 Milliarden verlangen. Es muß daher festgestellt werden, daß es sehr bedauerlich ist, daß der Herr Handelsminister bis jetzt der bevorzugten Förderung auch der Mursanierung — ähnlich, wie das beim Seenreinhaltungsgesetz beantragt war, welches vom Landeshauptmann wiederholt urgiert und von der Landesregierung einstimmig in Wien beantragt wurde — nicht zugestimmt hat. Hier ist also eindeutig der Bund hinsichtlich der Kompetenz und vor allem mit der Finanzierung im Verzug.

Herr Abgeordneter Brandl hat erwähnt, Hessen wäre für den Umweltschutz ein leuchtendes Beispiel (Abg. Brandl: „Die notwendigen Gesetze, habe ich gesagt!“) Ich möchte hier auch sagen, die neue Bundesregierung hat ein Ministerium für Gesundheit und Umwelt geschaffen. Nun, welche Initiativen sind von dort bis heute ausgegangen?

Zuerst einmal: Wir werden das Volk fragen, was ihm die Gesundheit wert ist. Die Frage wurde bis

heute nicht gestellt, die Antwort steht aus. Ich frage aber zugleich vorsichtshalber, was die Regierung tun wird, wenn unter Umständen die Bevölkerung nicht der Auffassung ist, daß man jene Maßnahmen, die notwendig sind, auch tatsächlich setzen müßte. Hängt es also nur von einer Meinungsbefragung ab, ob hier Umweltschutz mehr oder weniger gemacht wird? Diese Frage ist nicht beantwortet.

Ich darf Ihnen kurz einige Ziffern aus dem Bundesbudget für das Ministerium für Gesundheit und Umwelt bekanntgeben: 11 Millionen für den ministeriellen Aufwand, 15 Millionen für Förderungen, 16 Millionen für Anlagen. Laut „Neuer Zeit“ vom 26. Juni 1973 hat die Frau Bundesminister Dr. Leodolter einen genialen Plan der Öffentlichkeit verkündet.

Sie hat nämlich gesagt, sie will einen Umweltausgleichfonds ins Leben rufen, sehr schön, entspricht auch einem Resolutionsantrag, den wir hier vor einem Jahr gestellt haben. Wie wird aber dieser Fonds finanziert? Die Finanzierung geschieht durch die Inbetriebnahme umweltschädigender Gegenstände. So heißt es wortwörtlich in der „Neuen Zeit“. Hohes Haus, ich halte diesen Vorschlag nicht für durchführbar (Abg. Dr. Strenitz: „Aber den haben Sie ja gar nicht verstanden!“), denn das würde ja bedeuten, daß wir zur Finanzierung des Umweltschutzes umweltschädigende Gegenstände in Betrieb nehmen müßten, das wäre also ein Perpetuum mobile. Wir kriegen das Geld nur dann, wenn wir zugleich umweltschädigende Anlagen bewilligen, die eine Abgabe zu leisten hätten (Abg. Dr. Strenitz: „Lesen Sie den Gesetzesentwurf, dann werden Sie verstehen, was damit gemeint ist!“ — Abg. Brandl: „Will er ja nicht verstehen!“), das ist ein Vorschlag der Frau Bundesminister, die hier kompetent ist und einmal mehr ihre Naivität in diesen Fragen bewiesen hat. Meine Damen und Herren! (Landesrat Bammer: „Da ist sie mit Ihnen in Konkurrenz!“ — Abg. Schrammel: „Sehr höflich, Herr Landesrat!“) Das bleibt Ihnen überlassen, nachdem Sie immer wieder nach Vorschlägen rufen. Sie wissen, daß die Österreichische Volkspartei die Höhe des Mehrwertsteuersatzes immer wieder kritisiert hat, daß sie aber auch gesagt hat, 0,5 Prozent des Mehrwertsteueraufkommens wäre eine Basis zur Umweltschutzfinanzierung. Das wären 1,5 Milliarden Schilling und nicht wie etwa im Bundeshaushalt 1974 31 Millionen für den Sachaufwand.

Zum Schluß, meine Damen und Herren, ein Vergleich, was im Landesbudget hier in diesen Gruppen für die Maßnahmen der Wasserwirtschaft, des Umweltschutzes vorgesehen ist. Beihilfen: im Jahre 1973 70 Millionen, 1974 94 Millionen, Darlehen: im Jahre 1973 40 Millionen, 1974 46 Millionen. Sie sehen also hier gerade am Beihilfesektor außerordentliche Steigerungen der Aufwendungen des Landes. Meine Damen und Herren, zum Schluß möchte ich den Appell des Abgeordneten Pichler — so habe ich das verstanden — auf gemeinsame Lösung der Umweltschutzprobleme aufgreifen und möchte die Äußerungen des Abgeordneten Brandl, daß nur dort mehr Umweltschutz — siehe Hessen — betrieben werden würde, wo Sozialdemokraten regieren, na, wie soll ich sagen, eben für eine rhetorische Fest-

stellung halten. (Abg. Brandl: „War ein Beispiel!“) Meine Damen und Herren, wir sind auch der Auffassung, daß der Umweltschutz kein Vehikel für den Klassenkampf sein soll. Er soll eine nationale Aufgabe sein und erfordert daher eine gesamtstaatliche Konzeption. Und wir glauben auch, daß sich das Thema Umweltschutz nicht dafür eignet, daß etwa 51 Prozent gegen 49 Prozent Umweltschutz zu betreiben versuchen. (Beifall.)

Präsident: Zum Worte gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Schaller. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Schaller: Hohes Haus! Ich möchte eigentlich nur eine Frage stellen, auf die ich durch persönliche Erfahrungen gestoßen bin im Zusammenhang mit der Debatte über Umweltschutz, Energiekrise und Verkehrsprobleme. Als umweltbewußter Mensch habe ich heuer im Herbst mein Auto mehrmals gegen das Fahrrad vertauscht und bin auch einmal in das Landhaus gefahren, was mir ein mildes Lächeln einiger Kollegen eingetragen hat (Landesrat Bammer: „Wahrscheinlich war es das letzte Modell!“ — Abg. Dr. Strenitz: „Ohne Fotografen macht er das?“), nein, ganz ein neues, heuer gekauft im Herbst. Aber bei der Gelegenheit ist mir auch bewußt geworden, daß eigentlich das Radfahren eine gefährliche Angelegenheit geworden ist, besonders in der Stadt, aber auch draußen auf den Bundesstraßen. Ich möchte die Frage stellen, ob es nicht sinnvoll wäre, den Ausbau der Bundesstraßen zu verbinden mit Fahrradwegen bzw. ob man nicht in der Stadt auch eigene Fahrradwege einrichten sollte, damit dieser gesunde Sport gefördert werden könnte. (Beifall bei der ÖVP. — Landesrat Bammer: „Das hat der Hegenbarth vor 15 Jahren gemacht!“ — Abg. Dr. Strenitz: „Der Krainer wird froh sein darüber!“)

Präsident: Zum Worte gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Prof. Hartwig. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Prof. Hartwig: Meine Damen und Herren! Ich will nicht zum Umweltschutz reden, aber ich habe im Laufe dieser Budgetdebatte so oft jetzt schon gehört, daß unsere Leitlinien von Ihrem Modell abgeschrieben worden seien, daß ich nun doch endlich etwas dazu sagen will. Erstens ist es eine alte Tatsache, daß gleiche Probleme natürlich auch ähnliche Lösungsvorschläge zur selben Zeit erzeugen müssen. Zweitens will ich aber noch etwas sagen: Daß Sie uns für so dumm halten, daß wir selber keinerlei Lösungsideen vorbringen können, das nehmen wir hin, das halten wir aus, das macht uns nichts, daß Sie aber ungefähr 300.000 Wähler in diesem Land für so dumm halten, daß sie eine Partei wählen, die selbst überhaupt keine Stellungnahme fertigbringt, das finde ich unerhört. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Ich erteile dem Herrn Landesrat Doktor Krainer das Wort.

Landesrat Dr. Krainer: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es scheint so zu sein, daß die Budgetdebatte bis zum gegenwärtigen Zeit-

punkt unter dem Vorzeichen eines freundlichen Großklimas stattfand, von einigen schärferen Windstößen abgesehen, die ganz gut für ein richtiges, gesundes Klima waren. Ich habe auch den Eindruck, daß im Zusammenhang mit der Gruppe 6, betreffend das Bauwesen, den Straßenbau, sowie den Flußbau, die Sitzung vom 28. November 1973 quasi eine Eisbrecherfunktion gespielt (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Klimabereinigung!“) hat — in doppelter Hinsicht. Einerseits ist dort ein reinigendes Gewitter im Sinne der Einstellung zu Fragen der Planungen festzustellen gewesen und die Straßenübernahmen dürften auch dazu geführt haben, daß vieles von dem, was ansonsten heute hier geboten worden wäre, nicht zutage trat. (Landesrat Bammer: „Die Straßensänger sind ausgeblieben!“)

Nun gibt es aber offenkundig eine ganze Reihe von Problemen in einem etwas verlagerten Bereich, die heute angeschnitten wurden und es besteht kein Zweifel, daß, wenn wir das Bauwesen insgesamt betrachten, natürlich auch diese Fragen — Fragen des Umweltschutzes — eine immer größere Bedeutung erhalten. Bevor ich kurz auf diese Probleme eingehe: Ich glaube, es ist einer solchen Budgetdebatte angemessen, wenn wir sie nicht nur als Pflichtvorlesung der Regierungsmitglieder und der Herren Abgeordneten auffassen — auch nicht im Sinne hochgestochener budgetpolitischer Beschlüsse, die erst hier gefaßt werden müßten — sondern eher auch als die Möglichkeit, sich gegenseitig zu informieren und vor allem für die Budgeterstellung des nächsten Jahres auch immer wieder gute Vorschläge zu hören. So denke ich, daß es sinnvoll ist, wenn ich dort beginne, wo sowohl der Herr Landesfinanzreferent als auch der Herr Abgeordnete Brandl in der Rede heute begonnen haben; nämlich bei den Fragen, die im Zusammenhang mit dem Wachstum stehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir in den letzten Jahren immer mit großem Optimismus und wohl auch mit gefärbten euphorischen Vorstellungen an diese Fragen herangegangen sind, dann möchte ich zwar nicht sagen, daß es heute sehr hörbare und laute Molltöne gegeben hat. Immerhin aber einige vorsichtige Äußerungen, vor allem seitens des Finanzreferenten und auch seitens des Herrn Abgeordneten Brandl vom Grundsätzlichen her.

Wie sieht die Situation in diesem Zusammenhang in der Bauwirtschaft aus? Wenn Sie sich erinnern, daß das allgemeine Wachstum des Bruttonationalproduktes im Jahre 1970 8,1 Prozent, im Jahre 1971 5,6 Prozent, 1972 6,4 Prozent betrug und in diesem Jahr (nach der Prognose des Finanzministers bei seiner Budgetrede) 4,5 Prozent beträgt, auf der Basis der Schätzungen des Wirtschaftsforschungsinstitutes — der derzeitige Leiter, Prof. Seidl, sprach inzwischen auf Grund der Ölkrise von etwa drei Prozent, die er für das nächste Jahr erwartet —, so ist im Rahmen der Bauwirtschaft eine Entwicklung festzustellen, die im Monatsbericht 9 des Wirtschaftsforschungsinstitutes sehr ausführlich und solid dargelegt ist. Sie zeigt auch im 3. Quartal eine Ausweitung um 8 Prozent. Eine Ausweitung, die allerdings

sehr unterschiedlich vor sich gegangen ist. Im ersten Quartal hatten Hochbau und Tiefbau etwa gleich stark expandiert. Im zweiten Quartal ist der Tiefbau stärker gewachsen; Adaptierungs-, Instandsetzungsarbeiten sowie selbständige Abbrucharbeiten wurden schwächer ausgeweitet als die Leistungen im Hoch- und Tiefbau. Besonders stark hat der Kraftwerkbau zugenommen, der schon im ersten Quartal kräftig expandiert hatte. Der Brückenbau war im ersten Quartal sehr gering ausgeweitet, hat aber in den folgenden Monaten aufgeholt. Im Gegensatz dazu hat der Straßenbau, der bereits im ersten Quartal nur durchschnittlich wuchs — ich zitiere wörtlich das Wirtschaftsforschungsinstitut —, weiter an Dynamik verloren und das Vorjahrsniveau nur ganz wenig überschritten. (Abg. Loidl: „Das sehr hoch war!“) Auf der anderen Seite hat — ich bedaure, Herr Abgeordneter Loidl, daß Sie als einer der sympathischsten Kontrahenten heute nicht das Wort ergriffen haben, aber wir haben ja mehrmals in der vergangenen Woche über die Fragen sprechen können — (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Ihr habt es euch wieder gerichtet, da schau her!“) im Hochbau nach hohen Zuwachsraten des Wohnbaues im ersten Quartal der Nichtwohnbau im zweiten Quartal wieder aufgeholt und beide Bausparten wuchsen etwa gleich rasch. Der landwirtschaftliche Hochbau, auf den etwa nur zwei Prozent des Hochbauumsatzes entfallen, ging stark zurück. Das ist ein interessantes Phänomen.

Zweifellos ist gerade mit der Rückläufigkeit im Straßenbau die Frage gestellt, wie sich die Maßnahmen zur Stabilisierung der Baukonjunktur ausgewirkt haben. Wie Versuche einer Abkühlung — ich möchte das Wort „Bremsen“ nicht in den Mund nehmen, das ist von anderer Seite immer wieder verwendet worden — dieser überhitzten Konjunktur sich in den Baupreisen ausgewirkt haben. Im Wohnhaus- und Siedlungsbau — und das ist ein interessantes Phänomen, da es der einzige Baukostenindex ist, der seit eineinhalb Jahren vom Statistischen Zentralamt vorliegt, noch dazu auf der Basis des Wiener Raumes und der dortigen Baukostenentwicklungen — zeigt sich eine etwas geringere Ausweitung wie im ersten Quartal, nämlich 19,2. Das ist aber immerhin noch eine ganz beachtliche — man könnte sagen, explosive — Ausweitung.

Für den Straßenbau gibt es keine vom Statistischen Zentralamt offiziell vorgelegten Unterlagen. Ich habe mit der do. Referentin, Frau Dr. Haselberger, selbst gesprochen. Sie hat mir mitgeteilt, daß die Vorbereitungsarbeiten dafür im Gange sind und daß wir in etwa ein bis eineinhalb Jahren mit diesem Index rechnen werden können. Wir sind daher auf das, was wir selbst von der Innung, der Gewerkschaft und von unseren Befragungen der Firmen und auch von diesem Konjunkturtest wissen, den das Wirtschaftsforschungsinstitut veranstaltet hat, angewiesen. Da zeigt sich, daß im Straßenbau ganz offenkundig eine Preisentwicklung da ist, die in der Steiermark — nach eigenen Berechnungen der Landesbaudirektion — etwas unter den Preisen des Jahres 1972 liegt; bei den Großanboten. Man muß sich fragen, warum klaffen die Preisentwicklungen im Wohn-, Hoch- und Straßenbau so ausein-

ander. Natürlich wird hier die Frage von Rationalisierungseffekten eine ganz gewaltige Rolle spielen, weil einfach die Lohntangente sehr viel geringer ist, aber es besteht kein Zweifel darüber, das können Sie von jedem ernstzunehmenden Unternehmer und Gewerkschafter in diesen Tagen hören, daß bei dieser Preisgestaltung auch der zunehmende Konkurrenzdruck und die Angst um die Auftragslage eine ganz entscheidende Rolle gespielt haben. Dort haben wir für die Zukunft echte Sorgen um die Anschlußaufträge. Wir haben nicht umsonst bei der wunderschönen Feier anlässlich der Eröffnung der Südautobahn den Herrn Bautenminister neuerdings auf dieses Problem hingewiesen — er kennt es im übrigen —, aber es ist notwendig, daß wir in dieser Frage eine ganz klare Vorstellung haben. Vergessen Sie nicht, daß z. B. die Vereinigung österreichischer Bauunternehmungen Ende April dieses Jahres nur noch 68,4 Prozent der der Gesamtkapazität dieser Unternehmungen entsprechenden Umsätze erzielt hat. Nach der neuesten Erhebung per 30. September 1973 nur mehr 64,5 Prozent. Auch dann, wenn ich in Rechnung stelle, daß es sich hier um die Äußerung einer Interessentengruppe handelt, einer großen Gruppe, wie es die Gewerkschaft in dieser Frage ist, besteht gar kein Zweifel, daß die Tendenz richtig ist.

Wir haben im April im Schnitt 25 Prozent und im Oktober etwa 35 Prozent freie Kapazitäten bei diesen Firmen. Alle großen, mittleren und kleinen Unternehmer sind immer wieder in den vergangenen Monaten an uns herangetreten und haben gebeten, in dieser Frage virulent zu werden.

Ich darf, ehe ich auf dieses Koordinationsgespräch in diesem Zusammenhang komme, welches wir in der Woche der Budgetdebatte als erstes Gespräch dieser Art führen konnten — ich danke auch den Herren der Gewerkschaft und der Bauinnung, daß sie sich daran beteiligt haben —, noch auf einen Gesichtspunkt hinweisen, der ein recht kräftiger Mollton ist: Die Insolvenzen in der Bauwirtschaft im ersten Jahresdrittel 1973 haben in Gesamtösterreich einen hohen Anteil erreicht. Wie der Kreditschutzverband 1970 in seiner damaligen Generalversammlung festgestellt hat, ist damals generell ein Absinken der Insolvenzen in der Wirtschaft festzustellen gewesen. Das hat aber nur teilweise für die Großinsolvenz in der Bauwirtschaft und verwandten Branchen gegolten, mit 33 Prozent 1970 und 38 Prozent 1971. Lediglich im vorigen Jahr, die Herren, die von der Bauwirtschaft etwas verstehen, wissen, daß dieses Jahr in diesem Zusammenhang ein gutes Jahr gewesen ist, ist ein Rückgang des Anteiles dieser Großinsolvenzen um 13 Prozent zu verzeichnen. Aber allein im ersten Drittel des Jahres 1973 haben wir 50 Prozent der Großinsolvenzen mit 125 Millionen Schilling Passiva in der österreichischen Bauwirtschaft zu verzeichnen gehabt. Es erhebt sich also durchaus die ernste Frage, ob das konjunkturpolitische Steuerungsmittel „Abkühlung“ jenes Mittel ist, mit dem in der Zukunft sehr entscheidende konjunkturpolitische Fortschritte erzielt werden können. Es gibt zu diesem Thema eine sehr interessante Studie, in der festgestellt wird, daß in der Abschwungphase ein Steuerungsmittel nach dem Mul-

tiplikatorprinzip — auch in der Bauwirtschaft mit etwa zehn Prozent Anteil am Bruttonationalprodukt; Bauhauptgewerbe, da sind die vielen Baunebengewerbe nicht genannt — eine Rolle spielt, um so mehr, als 60 Prozent der Bauaufträge direkt über die öffentlichen Hände und 20 Prozent indirekt über die öffentlichen Hände vergeben werden, daß aber in der Aufschwungphase das Steuerungsmittel zu versagen scheint. Jedenfalls Auswirkungen zeitigt, die in einem klassisch liberalistischen Wirtschaftsordnungsmodell paläo-liberaler Prägung Platz haben, in dem Großinsolvenz oder Insolvenzen durchaus ein Weg sind, dem Wettbewerb in seiner, zum Teil auch zerstörenden Wirkung freien Lauf zu lassen — aber nicht in der Vorstellung, die wir hinsichtlich einer Wirtschaftsordnungsentwicklung hegen, in der die Marktelemente durch einen entscheidenden Tatenkranz sozialer Bedingungen zum Modell oder System einer qualitativen und sozialen Marktwirtschaft gestempelt sind. Ich glaube, daß diese grundsätzliche Überlegung gerade im Zusammenhang mit der Entwicklung der Bauwirtschaft in diesem heute so sachlichen Klima durchaus am Platze ist und daß für einige diese Information ein Grund ist, in diesem Sinne wirksam zu werden.

Es ist gar kein Zweifel — und damit schließe ich diesen Teil ab — daß die exogenen Gründe für die Preissteigerungen in der Bauwirtschaft gerade die Mehrwertsteuer im heurigen Jahr — der Mehrwertsteuerschock — wenn Sie wollen — des heurigen Jahres, auch die Tariflohnerhöhungen und die Sonderleistungen, sicherlich auch Mängel der öffentlichen Auftragsvergabe, Herr Bürgermeister Götz, ein sehr ernstes Problem sind. Wir haben in diesem Koordinierungsgespräch die Frage der mehrjährigen Budgetierung angeschnitten. Hier ist unser bisheriges System zweifellos einem kontinuierlichen Ablauf des Baugeschehens inadäquat. Wir haben uns aus diesen Gründen mit der Frage befaßt, wie wir in dieser Phase der Konjunktorentwicklung seitens des Landesbauamtes dazu beitragen können, eine Verbesserung der Situation herbeizuführen. Wir haben gerne den Vorschlag aufgegriffen, der auch schon in meiner Amtszeit in diesem hohen Haus vom Abgeordneten Loidl, vom Herrn Bürgermeister Götz und von Herren unserer Fraktion erhoben wurde, nämlich, daß wir versuchen, eine möglichst frühe Ausschreibung der Bauaufträge des Landes zustande zu bringen. Herr Hofrat Andersson, der zu diesem Punkte berichtet hat, hat mitteilen können, daß etwa 60 Prozent der Aufträge in Bereich der Straßenverwaltung für das erste Vierteljahr ausgeschrieben werden können. Wir freuen uns, daß hier ein Anfang gemacht wurde und wir haben auch vereinbart, daß bei auftretenden Problemen und Sorgen dieser Art wieder rasch ein solches Gespräch zustande kommt.

Dies, meine Damen und Herren, zur kurzen Einleitung, wenn ich das an den Reden des gestrigen Tages und an der Länge der Diskussionen von heute acht Uhr früh bis etwa halb zwölf zu Fragen der Gruppe 6 messe. Was aber nicht bedeuten soll, daß ich Sie daran hindern werde, die Lüftungspause, die der Herr Präsident in Aussicht gestellt hat, ausgiebig genießen zu können. (Abg. Gerhard Heidinger: „Wir haben auch ohne Zwischenruf zugehört!“)

Ich darf nun kurz zur Frage des Budgets 1974 kommen, für den ganzen Baubereich innerhalb des Landes.

Ich bedauere es außerordentlich, daß der Herr Landesfinanzreferent im Augenblick nicht hier ist. (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Er ist vom Direktor von Frauental geholt worden, er kommt gleich!“) Ich hätte gerne in seiner Gegenwart zu einigen Fragen Stellung genommen, werde die Frage aber etwas zurückstellen.

Tatsache ist, daß wir im Landesbauamt — im Bereiche der Bauverwaltung und des Baudienstes im Land, mit seinen 2896 Bediensteten — im laufenden Jahr einen Gesamtaufwand von 2.707.000.000 Schilling abgewickelt haben. Eine Milliarde 32 Millionen Landesmittel und eine Milliarde 539 Millionen Bundesmittel. Wenn Sie bedenken, daß wir im Jahre 1950 noch rund 216 Millionen verbaut haben, dann sehen Sie, daß innerhalb der letzten dreizehn Jahre der Bauaufwand — die Inflation jetzt nicht gerechnet — sich verzweifelt, also eine ungeheure Ausweitung des Bauvolumens in den verschiedenen Abteilungen stattgefunden hat.

Nun ganz kurz aber doch ein Überblick über unsere Abteilungen im Landesbauamt. Wenn Sie bedenken — und das spielt ja gerade in die Fragen des Umweltschutzes, die heute hier präsentiert wurden hinein —, daß wir lange schon, bevor dieses Wort ein Modewort wurde, im Landesbauamt Abteilungen und Institutionen errichtet haben, die sich mit diesen Fragen intensiv beschäftigt haben. Wie etwa das Referat für wasserwirtschaftliche Rahmenplanung. Dort ist ein Generalplan für die steirische Wasserwirtschaft in Ausarbeitung. Er sieht aus wie ein modernes Gemälde, und es wird sicherlich auf der Journalistenbank zumindestens jemanden geben, der nicht in der Lage ist, zu erkennen, worum es sich hier handelt. (Zeigt Karte. Abg. Pichler: „Verhältnismäßig viel Rot!“ — Heiterkeit.) Wissen Sie, Herr Abgeordneter Pichler, was wir in diesem Zusammenhang mit Rot bezeichnet haben? Die Mangelgebiete. (Heiterkeit, Beifall bei der ÖVP. — Abg. Pichler: „Was haben Sie denn schwarz angekreuzt?“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Sie haben diese Mangelgebiete verschuldet!“ — Abg. Brandl: „Die rote Verantwortlichkeit ist das!“ — Abg. Bischof: „Die Roten gewinnen!“) Wir könnten Sie ja auch neutral Hauptverbrauchsgebiete nennen. Die blauen Gebiete sind Wassergewinnungsgebiete. Sie sehen aus dieser Karte, daß wir gerade auch hinsichtlich der Entwicklung der Trinkwasservorräte in der Steiermark alles tun müssen, um sie für das ganze Land zur Verfügung zu haben. Ich möchte hier nicht in Details gehen, aber es zählt sich aus, über diese Frage zu sprechen, gerade auch im Landtag einmal. Im übrigen liegt ja auch ein Antrag der Abgeordneten unserer Fraktion zur Frage des Generalplans, der in unmittelbarer Ausarbeitung ist, vor.

Wir haben im Referat für elektronische Datenverarbeitung ein Automationsmodell „Straßenbau“ entwickelt; mit einer ausgezeichneten Gruppe junger EDV-Fachleute, die sowohl die Dringlichkeitsreihung von Ausbaumaßnahmen im Straßennetz wie auch die Kosten-Nutzen-Rechnung bis zur Kombinationsreihe ausarbeitet. Wir wollen weiter vor-

stoßen und auch die Straßenprojektierung mit der Berechnung und elektronischen Zeichnung aller Planungsunterlagen vorantreiben. Es soll dazu kommen, daß die Bauabwicklung von der Ausschreibung bis zur Abrechnung EDV-gerecht erfolgen kann. Die Straßendatenbank, die fertig ist und gerade im Zusammenhang mit der Übernahme von Landesstraßen eine wichtige Rolle gespielt hat, wird als ein Guststück dieser EDV-Abteilung oder dieses Referates angesehen. Es ist auch so, daß das Bundesministerium für Bauten und Technik immer wieder auch im Austauschprogramm unsere EDV beansprucht.

Das Referat für Vermessungswesen und schließlich, in diesem Zusammenhang vor allem, die Fachabteilung Ia: Sie wissen, daß wir dort ein eigenes Laboratorium für die Aufgaben der Luftreinhaltung einrichten, daß mit 1. Jänner 1974 ein Referat für Angelegenheiten des Lärmschutzes voll in Funktion treten wird. Sie wissen, daß wir Vorarbeiten für ein Luftgütebild der Steiermark und die Aufstellung eines Emissionskatasters bezüglich Luftverunreinigung vorantreiben. Es wird Ihnen bekannt sein, daß gerade auch die Verbesserung der Wassergüte der Mur und ihrer Zubringer im Land Steiermark Ausdruck gefunden hat in der Arbeit an der Güte der Fließgewässer, die Sie vermutlich kennen und die wiederum in Neubearbeitung ist. Es geschieht also gerade in der Fachabteilung Ia, Allgemeine technische Angelegenheiten, sehr viel im Zusammenhang mit einer modernen Beobachtung und mit der Ausarbeitung von Methoden der Bekämpfung von Umweltverschmutzung und überhaupt Umweltschutzbedürfnissen.

Ich habe in diesem Zusammenhang den Herrn Landeshauptmann gebeten — nach der seinerzeitigen Ernennung des Landeshygienikers Prof. Möse, der alle Bestrebungen in diesem Lande von seiner wissenschaftlichen Position aus überwacht — nun auch einen Koordinator für Umweltschutzfragen im Rahmen der Landesregierung mit dem Leiter der Fachabteilung Ia, dem Herrn Hofrat Sölkner, zu bestellen, damit innerhalb der Landesverwaltung in einer Hand diese Fragen von einem hervorragenden Fachmann wahrgenommen werden können. (Beifall bei der OVP.) Die Fragen der örtlichen Raumplanung werden im kommenden Jahr von noch größerer Bedeutung sein, als sie es bisher schon waren. Die Straßenplanung und die Verkehrstechnik hat — wie Sie wissen — in der Mitte dieses Jahres eine Neuorganisation zum Abschluß gebracht. Wir haben eine Zusammenfassung der Planungsaufgaben für Autobahn und Schnellstraßen, Bundes- und Landesstraßen in der Abteilung IIa konzentriert. Wir haben im Brückenbau alle Straßenkategorien in der Planung konzentriert und ebenso im Ausbau wie in der Erhaltung von Straßen und Brücken und damit ein ganz modernes Organisationssystem horizontaler Prägung, gerade im Straßenbau unter der Führung eines Straßenbaukoordinators, nämlich des Hofrates Andersson, zustande gebracht.

Ich freue mich sehr, daß wir bereits im Sommer mit den recht komplizierten Umorganisationsaufgaben fertig geworden sind, so daß diese Abteilung nun auch voll funktionstüchtig ist. Wir können annehmen, daß auch in der Zukunft in einer ausgezeichneten Weise von dieser Fachabteilungsgruppe

her die Frage des Straßenbaues wahrgenommen wird. Dasselbe gilt für die Fachabteilungen III und IV, für den Wasserbau, für den landwirtschaftlichen Wasserbau, für die Fachabteilung III c, die dem Herrn Landeshauptmann unterstellt ist, und die von Herrn Hofrat Gangl — wie Sie wissen — geführt wird. Ebenso für die Abteilungen IV a und IV b, den Landeshochbau und den Bundeshochbau. Ein großes Institut — könnte man sagen — das mit einer ungeheuren Vielfalt von Aufgaben betraut ist; wenn wir auch noch die Fachabteilung V hinzufügen, die ja insbesondere mit Maschinen- und Elektrotechnik, der Prüfung usw. voll ausgelastet ist.

Und nun, meine Damen und Herren, da uns der Herr Finanzreferent die Ehre seiner Anwesenheit gibt, ein kurzes Wort zum Budget der Landesbaudirektion. (Abg. Pichler: „Wie war das gemeint? Das klingt sehr eigenartig!“ — Abg. Brandl: „Sehr sonderbar!“) Er ist inzwischen gekommen, Herr Abgeordneter Pichler, so war das gemeint. (Abg. Gratsch: „Der Unterton...!“) Wir haben einen Zuwachs des Landesbudgets für die gesamte Baudirektion von rund 28 Prozent erreichen können. Ich freue mich sehr, daß der Herr Landesfinanzreferent in einem Interview in der „Neuen Zeit“ auf die Frage: Gibt es außer der höheren Dotierung für die Kindergärten noch besondere ins Auge stechende Verschiebungen im neuen Budget? geantwortet hat: „Ja, im Bereich des Straßenbaues. Dort sind die Ansätze stark gewachsen.“ Im nächsten Jahr ist auch das Straßennetz um 500 km länger. Der Landesfinanzreferent vollbringt hier die Quadratur des Finanzreferenten. Denn, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn Sie sich das Ritual der Budgetverhandlungen in der Regierung etwas näher ansehen — und das haben wir wiederum mitgemacht —, dann freuen wir uns immer dann, wenn zum Schluß der Finanzreferent zu diesen Fragen auch ja sagt. Denn zunächst war in seinem Entwurf, und das wird er mir gerne bestätigen, ein Nullwachstum, nicht der Nulltarif, sondern ein Nullwachstum, bei den steirischen Straßen vorgesehen.

Er hat im Jahre 1974 genausoviel eingesetzt wie im Jahre 1973, beim Ausbau und Neubau von Straßen 272 Millionen und von Brücken 56 Millionen; beim Neubau von Landesstraßen und Brücken im 20. hat er sogar 7 Millionen in seinem Entwurf herausgestrichen gehabt. Ich wollte diese Bemerkung auch in seiner Gegenwart deshalb zum Ausdruck bringen, weil wir meinen, daß es offenkundig gut ist, wenn im abschließenden Verfahren sich alle dazu bekennen, daß dies ein Budget ist, mit dem man sich sehen lassen kann.

Ich möchte daher auch Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, in diesem Zusammenhang einen Dank aussprechen, weil Sie dieses Budget so gut dotiert haben und ich möchte vor allem dem Herrn Landeshauptmann danken, daß er in diesen Budgetverhandlungen den Interessen und Notwendigkeiten des steirischen Straßenbaus im Inflight sozusagen zum Durchbruch verholfen hat. (Beifall bei der OVP.)

Und nun, meine Damen und Herren, zu den Fragen, die hier aufgeworfen wurden. Der Herr Abgeordnete Preitler hat hinsichtlich der Bahnunterführung in Gratwein eine Anfrage gestellt. Ich kann

ihm mitteilen, daß das Detailprojekt vor der Fertigstellung ist. Sie wissen, daß es sich dort um eine schwierige Planung handelt, vor allem auch wegen der Aufrechterhaltung der lokalen Anschlüsse. Es sind Verhandlungen mit der ÖBB im Jahre 1974 vorgesehen, die Baudurchführung ist vor allem wieder eine Frage der Mittel, die wir zur Verfügung haben werden, denn die Kosten liegen bei etwa 40 Millionen Schilling. Im Budget, das wir fürs nächste Jahr beschließen, ist dieser Betrag nicht vorhanden. Wir werden sehen, ob wir im Jahre 1975 auf die Frage näher eingehen können.

Zur Frage Gepringsbach hat bei mir der Herr Bürgermeister Heher schon vor Monaten vorgesprochen, mit einer Delegation seiner Gemeinde. Dort ist ein Projekt auf Veranlassung unserer Fachabteilung III b in Arbeit, die Bundesstraßenverwaltung-Autobahn wird aufgrund einer neuerlichen Wasserrechtsverhandlung zu einem noch festzulegenden Beitrag herangezogen werden, so daß auch in dieser Frage eine positive Lösung möglich sein wird.

Der Herr Abgeordnete Götz hat im Zusammenhang mit den Festpreisen im Straßen- und Brückenbau eine Anregung unterbreitet, zu der allerdings zu sagen ist, daß natürlich Festpreise eine wesentliche Verwaltungsvereinfachung bedeuten, zum Großteil sind die Lohnerhöhungen, Herr Abgeordneter, in dieser Funktion vertraglich voraus bestimmt und die Festlegung nach Gesichtspunkten, die vorher vereinbart wurden, in der jeweiligen Ausschreibung, auch vorhanden. Man kann gerne über die Fragen sprechen, ich glaube nicht, daß sie einen sehr entscheidenden Fortschritt in diesem Zusammenhang zur Folge hätte.

Herr Abgeordneter Premsberger, hinsichtlich der lichten Höhen bei Autobahnen ist 4,70 m der Regelfall. Eine durchgehende Erhöhung der Lichtweiten bei Überführungen wegen einiger, zugegebenermaßen relativ seltener Transporte auf Kosten der Bundesmineralölsteuer ist nach Meinung des Bundesministeriums für Bauten und Technik nicht möglich. Es müßten die vom Bundesministerium herausgegebenen Richtlinien geändert werden, die Erhöhung auf 5,50 m wird teilweise auf techn. Schwierigkeiten stoßen, weil bedeutende Verlängerungen der Überführungsrampen und Ähnliches notwendig sind, aber ich werde gerne diese Anregung mit dem Bundesministerium diskutieren und wir werden sehen, ob dort eine neue Einstellung zu dieser Frage besteht. (Abg. Premsberger: „Das würde ansonst tatsächlich die Auflassung eines wichtigen steirischen und Grazer Betriebes bedeuten!“) Ich weiß nicht, ob Sie das in dieser sehr harten Konsequenz so sagen können, Sie haben sich erfreulicherweise im Rahmen dieses Landtages, ebenso wie Ihr Kollege Stoisser im Rahmen des Grazer Gemeinderates, immer wieder für Ihre Firma auch eingesetzt und wir tun das alle gern, weil wir wissen, daß die Firma Wagner-Biró natürlich ein ganz entscheidender Industriebetrieb ist und ich werde in diesem Sinne auch mit dem Ministerium verhandeln, aber ich kann Ihnen nicht heute schon sagen, ob das ein positives Ergebnis bringt. Im übrigen, Herr Abgeordneter Premsberger, die in einer der letzten Diskussionen angekündigte Auftragserteilung, betreffend den For-

schungsauftrag hinsichtlich des Brückenbaus, ist inzwischen an den Prof. Riesinger von der Grazer Technik, den dortigen Stahlbauprofessor, gegangen. Sobald wir das Ergebnis dieser Studie zur Verfügung haben, werden wir uns gerne mit dieser Frage wiederum beschäftigen.

Hinsichtlich der Pyhrnautobahn hat der Herr Abgeordnete Eberdorfer die Frage gestellt wegen des Bosrucktunnels und einer Vorfinanzierung. Ich habe schon dem Herrn Abgeordneten Laurich anlässlich einer Vorsprache einer Delegation von Rottenmann Gemeinderäten mitgeteilt, die sich der Hilfe des Herrn Abgeordneten bedient haben, daß wir schon zu einer Zeit mit dem Herrn Bautenminister über eine Vorfinanzierung im Sinne der Gleinalm AG gesprochen hatten, als die Öffentlichkeit davon noch nicht redete und daß er eine sehr grundsätzliche Bereitschaft bekundet und sie auch jetzt wieder ausgesprochen hat. Der Herr Landeshauptmann hat übrigens mit dem Herrn Landeshauptmann Wenzl in diesem Zusammenhang eine entsprechende Vereinbarung getroffen, so daß wir erwarten können, daß auch das Bundesland Oberösterreich an einer solchen Vorfinanzierung interessiert sein wird.

Im Abschnitt Rottenmann — und ich kann bei dieser Gelegenheit, Herr Abgeordneter Wimmler, Ihre Frage mitbeantworten — haben wir den Herren der Gemeinde mitgeteilt, daß wir nach einer neuerlichen Absprache der Trassenführung, es steht dort die Frage des Türnschöberltunnels auch zur Diskussion, Klarheit darüber haben werden, welche Trasse geführt wird. Nach der Kosten-Nutzen-Rechnung spricht alles gegen die Türnschöberltrasse und alles für das gegenwärtig genehmigte Projekt durch den Mitterberg; mit einem Tunnel und einer Führung der Autobahntrasse an Rottenmann südlich vorbei. Das ist also der gegenwärtige Stand. Aber wir werden selbstverständlich über diese Fragen auch mit den Bürgern von Rottenmann noch verhandeln. Wir sind ja an einem raschen — Herr Abgeordneter und da dürfte ein Mißverständnis vorliegen — Halbausbau dieses Teiles der Autobahn interessiert, bis zum Knoten Selzthal. Vielleicht haben Sie das früher gemeint im Zusammenhang mit dem Bundesstraßenstück von Selzthal bis Liezen, das natürlich vollständig regeneriert wird. Ganz sicher (Abg. Wimmler: „Die Baubezirksleitung sagt hier etwas anderes!“) von Selzthal bis Liezen. Ich glaube, daß hier ein Mißverständnis vorliegt. Die Baubezirksleitung ist in diesen Fragen, wenn sie es so gesagt haben sollte, entweder nicht über den vollen Inhalt der Bemühungen im Bilde, es ist aber auch denkbar, daß hier ein Hörfehler vorliegt, ich möchte nichts ausschließen. Auf jeden Fall werden wir uns bemühen, die Arbeiten dort rasch voranzutreiben. Wir haben gerade im Zusammenhang mit dieser Frage im Finanz-Ausschuß den Herrn Hofrat Hermann beauftragt, die inzwischen, wie Sie meinen, zum Winterschlaf zurückgekehrten Herren dazuzubringen, die Sache rasch voranzutreiben. Ich könnte mir denken, daß in der Kälte, die derzeit im Ennstal herrscht, oder die vor allem in der vorigen Woche herrschte, die Bauführung überhaupt nicht möglich gewesen ist.

Zum Herrn Abgeordneten Eichtinger ist zu sagen, daß hier zwei Elemente seiner Frage zu beantworten sind, nämlich die Frage der Umfahrung von Kapellen und die der Umfahrung von Neuberg.

Hier liegen baureife Detailprojekte vor. Das Bautenministerium hat in den Genehmigungserlässen angeordnet, daß die Projekte nur der Baufähigkeitserhaltung dienen dürfen und daher in nächster Zeit nicht ausgebaut werden dürfen. Auch Grundeinlösen sind erst nach besonderer Genehmigung des Ministeriums durchzuführen. Für den Abschnitt „Totes Weib“ ist ein Detailprojekt in Arbeit. Im Basisbauprogramm 1974 — und das ist der zweite Teil der Frage — ist die Ortsdurchfahrt Neuberg enthalten. Im Zusatzprogramm, von dem niemand weiß, ob es zum Einsatz kommt, ist das Baulos Fladenhoferhöhe vorgesehen. Auf jeden Fall wird es zur Finanzierung der Ortsdurchfahrt Neuberg im Jahre 1974 kommen, ob Fladenhoferhöhe miteinbezogen werden kann, kann man noch nicht sagen. Hinsichtlich der Frage, die der Abgeordnete Maunz gestellt hat, kann man ihm mitteilen, daß die Anlage einer niveaufreien Straßenkreuzung in Niklasdorf ein dringendes Anliegen ist, dem wir uns selbstverständlich widmen. Es ist aber doch so, daß die Übernahme der Proleb-Straße eine wertvolle Hilfe im Zusammenhang mit der niveaufreien Verbindung der Niklasdorfer Siedlungsräume ist. Es ist gerade aus diesem Grunde die Straßenübernahme und die relativ hohe Funktionsbewertung im neuen Landesstraßennetz vorgenommen worden.

Nun zur Frage des Herrn Abgeordneten Hammerl! Meine Damen und Herren, ich darf hier ganz kurz etwas ausholen hinsichtlich des Wasserbaues. Auch der Herr Abgeordnete Preitler hat natürlich heute wieder — wie wäre es anders möglich — von den Notwendigkeiten der Regulierung geredet, und zwar im Zusammenhang mit dem Gepringbach. Der Herr Abgeordnete Stoisser hat von den Notwendigkeiten der Regulierung im Raume Leibnitz gesprochen, und hätte man die Herren Abgeordneten gefragt, die dieses Haus bevölkern, ob sie nicht spezielle Wünsche und Forderungen in diesem Zusammenhang vorbringen möchten, können Sie überzeugt sein, daß eine neue Gattung von Sängern in diesem Landtag zustande gekommen wäre, nämlich die Flußregulierungs- oder Wassersänger. Warum, meine Damen und Herren? Doch deshalb, weil die Frage der Regulierung bei uns in der Steiermark — wenn Sie sich das ansehen, an den Schwerpunkten unserer Gewässer, ja im ganzen Land — eine Kernfrage ist. Und wenn bei einer Budgetentwicklung, wie wir sie festgestellt haben — und das darf ich Ihnen zur Kenntnis bringen —, z. B. im Jahre 1973 der Bund nach einem extremen Hochwasserjahr mit Schäden von 700 Millionen sein Budget um 3,2 Prozent erhöht hat, im ordentlichen Haushalt hatten wir sogar um eine Million weniger als 1972, nämlich 57 Millionen Schilling, obwohl wir vom Land her schon heuer 26 Prozent dazugegeben haben, dann ist Ihnen klar, daß unser 5-Jahres-Programm, das die Fachabteilung III a unter Hofrat Dipl.-Ing. Haas ausgearbeitet hat — mit einem Gesamtbudget von 710 Millionen Schilling in einem Zeitraum von fünf Jahren mit diesen Schwerpunkten nur dann

zum Tragen kommt, wenn wir auch die entsprechenden Mittel zur Verfügung haben. Denn selbst wenn dieser Vorschlag — und Sie sollten das eigentlich doch besser wissen — von Ihnen oder gerade von Ihnen gekommen wäre, warum sollten wir ihn nicht akzeptieren, wenn er uns weiterbringt? Das war nie das Kennzeichen unserer Einstellung zu diesen Fragen. (Abg. Brandl: „Ganz sicher ist das nicht!“) Selbst wenn wir diesen Vorschlag für akzeptabel halten, wird dieses Flußbauprogramm immer noch eine absolute Notwendigkeit darstellen. Das heißt, daß wir im Jahr etwa 140 Millionen Schilling zur Verfügung haben müßten, und wir haben heuer vom Land her für 1974 48 Prozent mehr eingesetzt, weil uns diese zwei schrecklichen Hochwasserjahre 1972/1973 vor die absolute Notwendigkeit stellen, die entscheidenden Schwerpunkte und Schlüsselpunkte, zu denen gerade auch Leibnitz zählt, auszubauen. Wir haben im übrigen zu den Fragen der Flußregulierung eine beachtliche Tagung mit Wasserbau- und Ökologiefachleuten, Soziologen und Naturschützern, Flußbauern gerade hier im Rittersaal vor wenigen Wochen gehalten, der Herr Abgeordnete Stoisser hat dankenswerterweise darauf hingewiesen, daß nunmehr Prof. Simmler beauftragt ist, in einer interdisziplinären Gruppe einen Vorschlag zu erstatten, der es uns ermöglicht, dort auch sinnvoll zu bauen unter Bedachtnahme auf Fragen des Umweltschutzes und der Umweltgestaltung, der Landschaftsgestaltung usw. Es ist das neunte Projekt im Zusammenhang mit dem Hochwasserschutz in Leibnitz und wir hoffen, daß es diesmal dazu kommt, daß das Projekt auch tatsächlich realisiert werden kann.

Im einzelnen zu Ihrem Vorschlag. (Abg. Hammerl: „Vor allem soll ja auch das Grundwasser berücksichtigt werden!“)

Natürlich sind auch Prof. Zöttl und Prof. Nemetsek eingeladen gewesen, das wird selbstverständlich wahrgenommen. Es hieße Eulen nach Athen tragen oder besser Wasser in die Sulm schütten, wollte man nicht annehmen, daß das in den ganzen Jahren geschehen ist — seitens unserer Wasserbauabteilung. Aber jetzt wollen wir hoffen, daß wir ein Projekt zustande bringen, das auch auf allgemeine Zustimmung stößt. Zu Ihrer Frage im speziellen: Man vermutet, daß ein solches System, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, nur im Enteisungswege möglich ist. Außer Sie zahlen Grundstückspreise, die Sie nicht bezahlen können. Die Pflege dieser Grundstücke ist ein ernstes Problem, Herr Abgeordneter Hammerl. Ich nehme Ihre Intervention sehr ernst, aber, schauen Sie, gerade die Frage der Uferverbauung und der Pflege der Ufer ist eine ganz entscheidende im Zusammenhang mit dem Hochwasser in der Steiermark. Schauen Sie sich die Flüsse an, die Laßnitz, die Sulm, die Mur, und sagen Sie mir, wo diesen Verpflichtungen wirklich Genüge getan wird. Gerade deshalb wird immer wieder auch die Vorstellung einer festen Verbauung in den Vordergrund gerückt. Man müßte sich fragen: Wer würde diese — und es könnte sich nur um große Grundstücke handeln, wenn es überhaupt sinnvoll sein sollte — festlegen? Die Frage der Kostentragung, das Land allein, der Bund, die Interes-

senten und schließlich, wer kauft einen Bundesfluß? Der Bund, meine sehr Geehrten. Es gibt eine Reihe von Problemen, die hier eine Rolle spielen. Wir werden diese Frage weiter verfolgen. In Oberösterreich hat man keine guten Erfahrungen gemacht. Auf der Grundlage dieses Gesetzes hätten wir theoretisch die Möglichkeit, eine Idee zu finden — in der kritischen Phase, in der wir uns auch im heurigen Jahr befunden haben — und sie zu entwickeln. Ich halte dies im Augenblick nicht für zielführend, das möchte ich ganz offen sagen.

Das waren die Fragen, die an mich im wesentlichen gerichtet wurden.

Lassen Sie mich zum Schluß kommen und damit das Zeitprogramm einhalten, das auch die übrigen Referenten bisher eingehalten haben. Wir haben im Budget 1974 — und daran möchte ich nicht vorbeigehen, gerade auch deshalb nicht, weil der Abgeordnete Dipl.-Ing. Hasiba zu den Fragen des Verkehrs in Graz gesprochen hat — auf die Fragen im Zusammenhang mit dem Straßennetz in Graz Bedacht genommen.

Und ich kann Ihnen mitteilen — und ich glaube, daß das auch hinsichtlich der Nebelwerfer, die da am Werk sind, hin und wieder ganz nützlich und notwendig ist —, daß das Land Steiermark im Jahre 1974 für das Landesstraßennetz in Graz, Herr Abgeordneter Hammerl, Sie werden das mit Freude zur Kenntnis nehmen, 60 Prozent mehr Mittel zur Verfügung stellen wird. (OVP: „Bravo!“) Nämlich 26.630.000 Schilling für Andritz-Hochfeld, Petrifelderstraße, Gradnerstraße, Steinberg II, Kienzelstraße Straßgang, dritter Grazer Gürtel, Waltendorf. Und meine Damen und Herren, der Bund — und auch das sei mit Vergnügen und Freude vermerkt, wird Mittel zur Verfügung stellen, die um 45 Prozent höher sind als im vorigen Jahr. (Abg. Hammerl: „Da sehen Sie, daß wir einen guten Einfluß ausüben!“ — Abg. Preamsberger: „Die Grazer haben Vorrang!“ — Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Das ist ein wunder Punkt!“ — Abg. Marczik: „Das neue Team wird das machen!“ — Abg. Preamsberger: „Ist schon vorher geschehen!“) Das habe ich bei Ihnen nie bezweifelt. Die Kärntnerstraße, der Zubringer Graz-Ost, Straßgang, Plüdemanngasse, rechte Mühlgangverlegung und — hoffen wir auch — einen Beginn in Puntigam. Jedenfalls in der Größenordnung von 59,5 Millionen, das ist eine Steigerung um 45 Prozent im Vergleich zum Jahre 1973. Ich glaube, daß diese Feststellung sinnvoll und notwendig war, um so mehr, als das nicht das Einzige sein wird. Wir werden im kommenden Jahr mit dem Grazer Kongreßzentrum beginnen, dort einen zukunftssträchtigen Start vollbringen. Wir sind mit den Vorarbeiten so weit, daß noch vor Ende des Jahres in der Landesregierung ein Beschluß hierüber gefaßt werden kann. Es wird die Messehalle 1 nach einem entsprechenden Architektenwettbewerb neu gebaut. Das heißt, die alte wird abgerissen und ein neues Kongreßhaus gebaut werden. Auch die Ausschreibung des Architektenwettbewerbes ist fix und fertig — intern. Wir hoffen damit der Landeshauptstadt für die Zukunft einen städtebaulich interessanten Akzent geben zu können, gerade auch in dieser Gegend. Ich darf am Abschluß dieser kurzen Bemerkungen

zu diesem großen und umfangreichen Referat nach gutem steirischen Brauch Dank sagen. Ihnen vor allem und auch den Damen und Herren der Landesbaudirektion. Es ist ein besonderer Tag heute, und wir haben ihn immer wahrgenommen, auch im Landtag. Es wird nämlich mit Jahresende Herr Landesbaudirektor Wirkl. Hofrat Dipl.-Ing. Franz Schönbeck in den Ruhestand treten, und ich glaube, es gibt keinen Abgeordneten in diesem Haus, ganz gleichgültig, auf welcher Seite er sitzt, der nicht irgendwann einmal die offene und ehrliche Hilfsbereitschaft des Landesbaudirektors in Anspruch genommen und erfahren hätte. Wir möchten ihm dafür besonderen Dank sagen. (Beifall.) Er ist ihm auch deshalb zu sagen, wenn Sie mir gestatten, weil er trotz seiner hohen Funktion ein bescheidener und hilfsbereiter Mensch geblieben ist. Er ist aus kleinen Verhältnissen gekommen, er ist ein Selbmademan im besten Sinn des Wortes. Er hat großen Anteil am Wiederaufbau der verwüsteten oststeirischen Gemeinden im Raume Hartberg — in einer bitteren und harten Zeit, in der es keine Autos und auch sonst keine Vergünstigungen gab. Und er hat sein Amt als Landesbaudirektor mit großem Pflichtbewußtsein und mit außerordentlicher Einsatzbereitschaft geführt. Vielen herzlichen Dank, Herr Baudirektor; wir werden uns Ihrer Mitarbeit in Zukunft aber sicherlich erfreuen können. (Lebhafter Beifall.)

Präsident: Ich erteile nun dem Herrn Berichterstatter das Wort.

Abg. Schrammel: Ich möchte meinen eingangs gestellten Antrag zur Annahme der Budgetgruppe 6, wo immerhin über einen Betrag von 2.000.097.000 S entschieden wird, wiederholen.

Präsident: Wer dem Antrag des Berichterstatters zustimmt, möge ein Zeichen mit der Hand geben. (Geschlecht.)

Die Gruppe 6 ist angenommen.

Wir kommen zur Gruppe 7 Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung.

Berichterstatter ist der Abgeordnete Hermann Ritzinger. Bevor ich ihm das Wort erteile, möchte ich Ihnen, meine Damen und Herren, bestätigen, was der Herr Landesrat Krainer schon angedeutet hat, wir werden heute keine Mittagspause machen, aber wohl eine kürzere Lüftungspause, ungefähr um 12.45 Uhr.

Wir beginnen daher jetzt schon mit der Gruppe 7, obwohl es vielleicht sinnvoll wäre, jetzt die Pause zu machen, aber die technischen Vorbereitungen sind schon so getroffen. Herr Abgeordneter Ritzinger, ich bitte Sie um Ihren Bericht.

Abg. Ritzinger: Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Gruppe 7 beinhaltet die Voranschläge für die Öffentlichen Einrichtungen und die Wirtschaftsförderung unseres Landes. Die Gesamteinnahmen dieser Gruppe betragen 117.320.000 Schilling, die Gesamtausgaben 537.685.000, das ist ein Mehr bei den Einnahmen von etwas mehr als 13 Millionen und bei den Ausgaben ein Mehr von 93 Millionen. Neue Ansätze sind in der Gruppe 7

mit 2,4 Millionen Zinszuschüsse und Darlehen zur Vorfinanzierung zur Herstellung von Telefonanschlüssen, Förderung des Weinbaues mit 1,2 Millionen und Beiträge zur Erhaltung der Konkurrenzstraßen 500.000. Die größte Erhöhung der Ausgaben erfolgte bei der allgemeinen Förderung der Land- und Forstwirtschaft, bei der allgemeinen Verkehrsförderung und bei den allgemeinen Maßnahmen zur Förderung des Fremdenverkehrs.

Der Finanz-Ausschuß hat sich in seiner Sitzung am 30. November eingehend mit der Gruppe 7 beschäftigt und ich darf Sie namens dieses Ausschusses ersuchen, die Gruppe 7 anzunehmen.

Zweiter Präsident Ileschitz: Im Einvernehmen mit den Obmännern der im Hause vertretenen Parteien schlage ich vor, auch in der Gruppe 7 die Spezialdebatte zu unterteilen. Als erster Teil soll Land- und Forstwirtschaft behandelt werden, als zweiter Teil Fremdenverkehr und Wirtschaftsförderung.

Wird dagegen ein Einwand erhoben?

Ich stelle fest, daß dies nicht der Fall ist.

Wir beginnen mit dem ersten Teil Land- und Forstwirtschaft. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Buchberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Buchberger: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe gestern in einer Wiener Tageszeitung in einer Glosse gelesen, daß dort der Chefmanager der Sozialistischen Partei, Herr Dr. Brantl, scheinbar in weiser Voraussicht auf Wiener Ebene die Meinung vertreten hat, im Zuge der Beratungen des Bundesbudgets sei nun zu erwarten, daß wieder die Bauern mit ihrem üblichen Gejammer vor die Öffentlichkeit treten und versuchen aufzuzeigen, wie schlecht es ihnen ginge. Ich darf Ihnen eines sagen, daß es vielleicht auf Bundesebene sicherlich immer wieder und speziell im heurigen Jahr notwendig sein wird, über die Problematik und über die Budgetsituation in bezug auf die Förderung der Land- und Forstwirtschaft die notwendigen Fakten aufzuzeigen. Ich darf aber von der Warte der Steiermark aus sagen, daß wir uns erstens auch nicht mit dem Umstand abfinden werden, daß wir eine Gejammerrede vom Stapel lassen wollen, wir haben auch keine Begründung von der Warte Steiermark in bezug zum Land Steiermark etwa ein solches Gejammer offen kundzutun, vor allem deshalb nicht, weil in Zusammenarbeit mit dem Lande Steiermark auf Grund unseres Agrarvertreters, auf Grund des einstimmigen Beschlusses der Steiermärkischen Landesregierung wiederum die von uns angemeldeten Forderungen im wesentlichen einer positiven Erfüllung zugegangen sind.

Wenn wir das Kapitel Land- und Forstwirtschaft in diesem Hohen Hause behandeln, so ist uns auch eines bewußt, daß wir nicht etwa eine Aussage machen wollten, die dadurch begründet ist, daß wir sagen, das Kapitel scheint das wesentlichste aller Kapitel zu sein, sondern auch wir von der Land- und Forstwirtschaft sind der Meinung, daß alle Sparten des Budgets, alle Sparten der Wirtschaft, auch die Sparten der einzelnen Sozialfächer, unserer Meinung nach gleichrangig sind.

Man könnte das so formulieren, daß die steirische Wirtschaft und alle damit in Zusammenhang stehenden Fakten eine große Kette sind und dafür Sorge zu tragen ist, daß jedes Glied gleich stark ist. Vor allem scheint dies notwendig zu sein, da im Zuge verschiedener Krisensituationen und Schwächen nicht eines solcher Glieder ausfallen darf. Es scheint auch im Zuge einer kontinuierlichen Agrarpolitik zweckmäßig zu sein, daß weder ein einzelner noch eine Kammer, ein Land oder der Bund von sich aus in der Lage ist, eine konstruktive und konzeptive Agrarpolitik für die Zukunft zu betreiben.

Wir von der steirischen Landwirtschaft her sind der Meinung, daß hier eine Kooperation zwischen dem einzelnen bäuerlichen Betrieb, dem Gemeinde-, Bezirksbereich, dem Land und dem Bund zwingend notwendig ist. Und ich darf in diesem Zusammenhang auch sagen, daß wir hinsichtlich dieser Kooperation bis zur Höhe des Landes kaum Komplikationen und Schwierigkeiten haben. Aber ich darf erwähnen, daß wir uns im Zuge der Entwicklung einer modernen Agrarpolitik auch dahingehend orientiert haben, daß es nicht nur Aufgabe der Land- und Forstwirtschaft ist, die Ernährung zu sichern, sondern auch für den gesamten ländlichen Raum entscheidende Verantwortung zu tragen und es ist auch Aufgabe der steirischen Landwirtschaft, für den Faktor der Erholungs- und Raumgestaltung besonders aufmerksam zu wirken.

Weiters darf ich erwähnen, daß wir im Laufe der vergangenen 10 oder 15 Jahre versucht haben, nicht wir, die wir gegenwärtig in der Führung der steirischen Agrarpolitik tätig sind, sondern die schon früher mit diesen Tätigkeiten begonnen haben, eine moderne, zielbewußte und konstruktive Agrarwirtschaft aufzubauen. Das sage ich vor allem auch deshalb, weil immer wieder noch die Meinung vertreten wird, unsere Agrarpolitik sei veraltet. Vor allem habe ich das von einem gewissen Dr. Brantl, von der Bundesebene her, gehört, daß sie konzeptlos sei. (Abg. Zinkanell: „Rupert, er hat die Niederösterreichische Landwirtschaftskammer gemeint!“) Wir sind da in der Steiermark — ich kenne die Verhältnisse in der Niederösterreichischen Landwirtschaftskammer nicht — sehr stolz auf unsere eigene Kammer und das getraue ich mich auch bei jeder Gelegenheit immer wieder zu behaupten, daß wir versucht haben, eine konstruktive Agrarpolitik zu betreiben, und wer die Entwicklung der steirischen Agrarpolitik in den letzten Jahrzehnten verfolgt hat, der muß uns das auch, wenn er es ehrlich meint, mit Recht bestätigen. Wir haben immer wieder versucht, auf diese Umstände hinzuwirken, und vor allem deshalb war diese Entwicklung möglich, weil uns schon seinerzeit von den zuständigen Ministerien, vor allem von anderen Regierungen die Möglichkeit gegeben worden ist, diese Fakten entsprechend zum Tragen zu bringen dadurch, daß ein Marktordnungsgesetz geschaffen worden ist, was ja die Basis für die Weiterentwicklung und für die kontinuierliche Beschickung der Bevölkerung mit entsprechenden Nahrungsmitteln gewährt hat. Ich bedaure auch wiederum im heutigen Zeitpunkt, daß trotz der Bedeutung und Wichtigkeit dieser Marktordnungsgesetze immer wieder die Frage auftaucht,

ob es sinnvoll sei, diese Marktordnungsgesetze aufrecht zu halten oder es zweckmäßig wäre, sie abzuschaffen.

Wenn die gegenwärtige Regierung unbedingt glaubt, diese Marktordnungsgesetze abschaffen zu müssen, so darf ich Ihnen eines sagen, daß sich das sicherlich in erster Linie zum Nachteil für die Konsumenten auswirken wird. Wir hoffen daher, und vor allem auch unser Präsident Koiner weist immer wieder auf diesen Umstand hin, daß es notwendig ist, eben auf die gegenwärtige Regierung und auf das zuständige Ministerium einzuwirken, daß man dieses fundamentale Gesetz für die Entwicklung der österreichischen Landwirtschaft auch für die Zukunft, im Interesse der Konsumenten, aufrecht zu halten gedenkt. Ich habe schon eingangs erwähnt, daß es natürlich notwendig ist, wenn wir eine konstruktive Agrarpolitik betreiben wollen, daß wir notwendig die Unterstützung des Bundes brauchen. Hier darf ich sagen, und es scheint mir notwendig zu sein, auf diese Fakten hinzuweisen, daß uns vor zwei Jahren der Vorwurf gemacht worden ist, daß wir auf dem Sektor der Milchproduktion nicht früh genug zu drosseln begonnen hätten. Wir haben in Österreich nie eine echte Überschussmenge auf Lager gehabt. Die Überschussproduktion sowohl am Milch-, Butter- und am Käsesektor war ungefähr ein Vorrat für 8 oder 14 Tage. In der damaligen Zeit und etwa heute noch von einem Überschuss zu reden, finde ich äußerst paradox. Es scheint bei uns in Österreich so zu sein, daß wir gewohnt sind, von der Hand in den Mund zu leben, und bei der kleinsten, bescheidensten Krise bekommen wir und vor allem die Konsumenten die Schwierigkeiten echt zu spüren. Aber wir haben damals auf Grund verschiedener Anschuldigungen und auf Grund unseres eigenen Konzeptes auch die Meinung vertreten, weil uns ja von vielen Fachleuten gesagt worden ist, ihr müßt mehr von der Milchproduktion weggehen, euch mehr auf die Fleischproduktion umstellen, weil man sagt und meint, im Westen seien Absatzmöglichkeiten noch und noch. Wir haben uns auf diese Umstellung eingerichtet und ist die Situation momentan so, daß die Milchproduktion im Rückgang begriffen ist. Im Monat Oktober hatten wir im Vergleich zum vergangenen Jahr eine minus vierprozentige Anlieferung zu verzeichnen.

Ich darf Ihnen in dem Zusammenhang sagen, wenn sich die Milchpreissituation nicht ändern wird, dann wird der Österreicher zur Kenntnis nehmen müssen, daß es früher oder später zu einer echten Verknappung auf dem Milchsektor kommen wird, weil wir von der Warte der Agrarpolitik nicht die Verantwortung übernehmen wollen, noch jemand bei der gegenwärtigen Preissituation zu raten, bei der Milchproduktion zu bleiben. Wir haben auf die Fleischproduktion in der Meinung umdisponiert, daß echte Exportmöglichkeiten gegeben sind. Aber da haben im vergangenen Jahr, auf Grund echten Versagens der Bundespolitik, die Schwierigkeiten hinsichtlich des Exportes unserer Vieh- und Fleischprodukte begonnen.

Ich darf Ihnen sagen, wo die Fehler von seiten der Bundesregierung gelegen sind. (Abg. Zinkaneil: „Wieso denn, es waren doch die besten Preise im Vorjahr!“) Der Beginn war bei der großen Kata-

strophe der Maul- und Klauenseuche und wir haben auch immer wieder darauf aufmerksam gemacht, daß die Frau Bundesminister Dr. Leodolter nicht nur von der Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche reden soll, sondern auch echte Fakten setzen müßte, wie es in der Steiermark geschehen ist, wo man, ohne lang zu überlegen, sich zu dem Grundsatz bekannt hat: Vorbeugen ist besser als Heilen.

Und vom Bund hat man auch seinerzeit im Zuge der Ausweitung der Maul- und Klauenseuche nur gehört, ja, schon wiederum regional bekämpft, keine Ausweitung der Maul- und Klauenseuche in Gefahr und am nächsten Tag mußten wir wiederum durch Presse und Rundfunk die Mitteilung vernehmen, daß die Maul- und Klauenseuche weiterhin im Vormarsch begriffen war. Also hier ein echtes Versagen der zuständigen Bundesstellen, vor allem auch die Auswirkung in der weiteren Folge die, daß wir keine Exportmöglichkeiten hatten, weil eben die Italiener mit Recht die Meinung vertreten, na, wenn bei euch in Österreich die Maul- und Klauenseuche vorherrscht, so werden wir nicht aus einem solchen Land etwa Vieh- und Fleischimporte tätigen. Und die zweite Schwierigkeit, meine sehr Verehrten, war die, daß in Italien die Lira abgewertet und in Österreich der Schilling aufgewertet worden ist, die Vertreter der Landwirtschaft haben den Herrn Finanzminister auf die Paritätsänderung aufmerksam gemacht, nicht nur die landwirtschaftlichen Vertreter, sondern auch die Vertreter der exportorientierten Industrie in der weisen Voraussicht, weil sie wußten, daß nun am Sektor des Exportes echte Schwierigkeiten auftreten werden. Wir haben diese Forderungen angemeldet, der Finanzminister hat unsere Wünsche wohl so nebenbei angehört, hat versucht, so nebenbei zu versprechen, daß er beabsichtigt, flankierende Maßnahmen zu setzen, die aber nicht gesetzt worden sind, meine sehr Verehrten, und die weitere Entwicklung auf Grund dieser Paritätsänderung war die, daß die Italiener nicht mehr bei uns in Österreich ihr Vieh eingekauft haben, sondern das von den Deutschen gestützte oder auf Dollarbasis basierende von Jugoslawien und Ungarn. Und wir haben vor nicht allzulanger Zeit in Jugoslawien erlebt, wo uns gesagt worden ist, ihr könnt bei uns verschiedene Fleischprodukte haben, aber Schweine- und Rindfleisch ist in ganz Jugoslawien nicht zu haben, weil wir sämtliches abverkauft haben. Und wir in Österreich sind auf Grund dieser agrarfeindlichen Politik des Finanzministers in diese echten Schwierigkeiten hineingekommen. Aber ich darf Ihnen auf Grund der künftigen Entwicklung nun darauf folgendes sagen, daß wir nun, da keine Absatzmöglichkeiten am Viehsektor gegeben sind, vor der Situation stehen, daß unsere Stallungen voll besetzt sind und daß auf Grund dessen nun keine weitere Aufstockung mehr gegeben ist, auf Grund dessen nun die Kälber abverkauft werden müssen und daß eine Hochrechnung, soweit man dieser Glauben schenken darf, voraussagt, daß, wenn diese Kälberschlachtungen in dem Ausmaß weitergeführt werden, wir im Jahre 1974 und im Jahre 1975 in Österreich um 13.000 Rinder zuwenig haben. Ich sage das deshalb jetzt schon, daß Sie

dann nicht uns eventuell den Vorwurf machen, daß wir eine falsche Agrarpolitik betrieben hätten.

Ein weiterer Faktor, wir haben dies im Zuge einer Diskussion hier im Hohen Hause schon einmal aufgezeigt, ist der, daß man eine Ostliberalisierung einzuführen gedenkt ab 1. Jänner 1975. Es ist ja nicht unbekannt, daß wir am Obst-, Gemüse- und am Kartoffelsektor autark sind, daß wir eine eigene Produktion aufgebaut haben, auch eine dazu notwendige Industrie, die ist auf die momentane Marktsituation eingestellt, dann kommt die Ostliberalisierung, vielleicht bietet man aus taktischen Gründen momentan billiger vom Osten her an, um unsere heimische Produktion und Industrie zu zerschlagen, um dann völlig freie Hand über unser Land zu haben, meine sehr Verehrten. Und ich könnte mir auch vorstellen, wenn es so ist, daß man momentan billiger aus dem Osten her importiert, daß natürlich dann die Produktion im eigenen Land uninteressant wird und unsere kleinbäuerlichen Betriebe sagen, ich gebe die Produktion auf und wir sind dann auch in dieser Frage vom Ausland vollends abhängig. Ich meine daher, daß es in puncto all dieser Fragen unbedingt notwendig ist, daß hier das Land und der Bund entsprechend kooperativ arbeiten und es wird notwendig sein, dem Herrn Landwirtschaftsminister zu sagen, daß er nicht nur das Ärgste verhindert, sondern daß es notwendig sein wird, vor allem dem Herrn Bundeskanzler und dem Herrn Finanzminister mit einer entsprechenden Härte gegenüberzutreten, um auch diese Fragen der Versorgung unserer Bevölkerung in Österreich entsprechend positiv zu lösen. Die Kostenteuerungen in der gegenwärtigen Situation, ich rede nicht gern davon, weil Sie unter Umständen die Meinung vertreten könnten, ja das ist wieder das übliche Gejammer, aber, meine sehr Verehrten, es scheint notwendig zu sein, auf diese Umstände hinzuweisen. Die Kostenteuerungen vor allem auf dem Sektor des Treibstoffes. Ich muß hier eines deponieren in dem Zusammenhang, daß wir in Österreich im Vergleich aller westlichen Länder den teuersten Treibstoff in der Landwirtschaft haben. Ich will ein zweites Faktum hier in den Raum stellen, daß wir auf dem Sektor der Mineraldüngemittel schwerstens belastet worden sind, ich darf Ihnen sagen, daß auf dem Phosphor- und Kalidüngermittelsektor bereits ein Rückgang bis zu 40 Prozent zu verzeichnen ist und beim Stickstoffdünger ist es ähnlich, ebenfalls ein Rückgang von 30 Prozent. Wenn das so sein sollte, meine Damen und Herren, daß wir unter Umständen gezwungen sind, aus finanziellen Erwägungen heraus etwa von der Verwendung von Mineralstoffdüngemitteln abzugehen, dann ist zu erwarten, daß auch die Ernterwartungen zurückgehen werden, weil es ist ja nicht unbekannt, meine sehr Verehrten, wenn wir den Boden nicht mit entsprechenden Handelsdüngemitteln volltanken, dann haben wir mit einer 50 Prozent niedrigeren Ernte zu rechnen. Ob das in bezug auf die Bedarfsdeckung unserer Bevölkerung sinnvoll ist, scheint mir eine andere Frage zu sein. Ich wollte grundsätzlich diese Fragen aufgezeigt haben und möchte noch einmal meinen, daß wir auch in der Zukunft wie im Verlaufe der vergangenen Jahrzehnte versuchen werden, eine konzeptive, um das noch einmal klar zu

sagen, zukunftssträchtige Agrarpolitik aufzubauen. Und ich möchte noch einmal zusammenfassen, daß es notwendig sein wird, daß hier alle entsprechend bis zu den einzelnen Bundesstellen kooperieren müssen, um hier einen entsprechenden Weg für die Zukunft aufzuzeigen und diesen auch zu gehen. Also das wird notwendig sein.

Und auch in den verschiedenen Fragen des Nebenerwerbes, der Spezialisierung haben Sie ja bereits in der letzten Zeit miterlebt, daß hier Wege gegangen werden, die zielführend sein werden und die vor allem die Möglichkeit einräumen, dank der notwendigen Aufmerksamkeit der gegenwärtigen Agrarpolitik hier in der Steiermark, daß auch für die Zukunft die Ernährung unserer Bevölkerung gesichert erscheint. Aber nur dann, meine sehr Verehrten, wenn Sie uns in diesen Belangen, in Belangen der Vorausschau und der gegenwärtigen Entwicklung die notwendige Unterstützung zuteil werden lassen. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Als nächster Redner ist der Abgeordnete Preitler zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Preitler: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich werde nicht so lange reden wie mein Kollege Buchberger, ich möchte auch nicht eingehen auf seine Ausführungen, das wird mein Freund Zinkanell machen. Ich hätte nur ein paar positive Sätze zu sagen zum Kapitel Landwirtschaft. 1972 hatten wir ein Katastrophenjahr wie schon lange nicht mehr. Tausende Hektar landwirtschaftlichen Bodens wurden überschwemmt, vermurt, Hunderte Hofaufschließungswege wurden durch Rutschungen zunichte gemacht, viele Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche mußten wegen der Rutschungen entwässert werden. Ich möchte heute von dieser Stelle aus danken, daß so rasch gehandelt wurde, vor allem der gesamten Landesregierung, daß sie die Budgetmittel so rasch bereitgestellt hat. Ich möchte der Agrartechnischen Abteilung danken, von den leitenden Angestellten bis herunter zum letzten Traktorführer, in einem knappen Zeitraum von einem Jahr wurden die meisten Schäden wieder behoben. Hunderte von Hektar Landwirtschaft wurden wieder rekultiviert, Hofaufschließungswege wiederhergestellt. Es war nicht immer leicht für die Beamten der Agrartechnischen Abteilung und auch für die Bauleiter, dies in so rascher Zeit durchzuführen. Es geschah nur deshalb, weil alle Beamten, alle Ingenieure in kameradschaftlicher und aufopferungsvoller Weise draußen gewirkt haben, auch mit den Baufirmen und Bauleitern. Ich möchte von dieser Stelle aus als bäuerlicher Abgeordneter allen denjenigen danken, die zur raschen Sanierung dieser Schäden beigetragen haben, allen Ingenieuren, allen Mitarbeitern der Landesregierung und der Agrartechnischen Abteilung. (Beifall.) Was mich als bäuerlichen Abgeordneten auch besonders freut, man muß auch die positiven Seiten sehen, Herr Kollege Buchberger, nicht nur immer das Schlechte. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer: „Es gibt ja keine!“) Es freut mich besonders, es war seit Jahren ja immer der Wunsch der bäuerlichen Bevölkerung, den Anschluß zu finden an die große Gesellschaft in Form eines

Telefonanschlusses. Im Jahre 1973 war im Budget 1 Million vorgesehen und erfreulicherweise sehen wir im Voranschlag 1974, daß die Post in diesem Budget auf 2,4 Millionen erhöht wurde. Auch der Landesregierung mit ihrem Finanzreferenten allerherzlichsten Dank dafür. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer: „Landesrat Dr. Krainer!“) Auch der Postdirektion für Steiermark mit ihren Ingenieuren und Bauleitern und auch ihren Angestellten möchte ich danken, daß sie diese Notwendigkeit so bald erkannt haben und ein Großteil dieser Wünsche bis jetzt schon erfüllt worden ist. Meinen aufrichtigsten Dank dafür. (Beifall.)

Präsident: Zur Durchlüftung des Saales unterbreche ich nun die Sitzung bis 13 Uhr.

Unterbrechung der Sitzung: 12.50 Uhr.

Fortsetzung der Sitzung: 13 Uhr.

Präsident: Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf und erteile dem Herrn Abgeordneten Prenner das Wort.

Abg. Prenner: Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte zu den Telefonanschlüssen in der Landwirtschaft ein Wort sagen.

91 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe haben keinen Telefonanschluß, da der Bund für den ländlichen Raum nicht mehr übrig hat, obwohl davon täglich gesprochen wird. Nur 42 Prozent der Maschinenringmitglieder haben einen Telefonanschluß, was fast untragbar ist. Der Telefonanschluß am Bauernhof ist auch eine entscheidende Voraussetzung für den Fremdenverkehr. Jeder Gast möchte heute zu jeder Zeit mit seinen Angehörigen in Verbindung stehen. Die Schaffung von Telefonanschlüssen muß daher als integrierender Bestandteil eines funktionsfähigen ländlichen Raumes qualifiziert werden. Aus diesem Grunde hat die ÖVP auch im Modell Steiermark das Ziel gesetzt, eine Vermehrung dieser Telefonanschlüsse zu fördern. Unverständlich ist es mir noch, daß man im ländlichen Raum mit zwei Grundtarifen z. B. in einer Gemeinde rechnet.

Die Bemühung der ÖVP-Fraktion im Nationalrat, einen einheitlichen Anschlußtarif für Telefon im ganzen Bundesgebiet zu erreichen, hat bisher kein Echo gefunden. Um so dankenswerter ist daher die Initiative des Landes Steiermark, die erstmalig im heurigen Jahr Telefonanschlußgemeinschaften fördert.

Sechs Gemeinschaften mit ca. siebzig Bewerbern warten zwei Jahre auf ihren Anschluß in unserem Bezirk Hartberg. Es heißt, ein Anschluß ist nicht möglich, da die Wähllämter zu klein sind. Da möchte ich den Kollegen Reicht, der auf diesem Gebiet ein Fachmann ist, fragen, wo die Ursachen liegen. 25.000 Bewerber warten vergeblich auf ihren Anschluß und konnten daher bis dato nicht berücksichtigt werden.

Um dieser Benachteiligung der steirischen Bevölkerung abzuwehren, wurde mit der Post die Vorfinanzierung von Investitionen im Ausmaß von 33 Millionen Schilling durch das Land vereinbart. Wenn ich auch zurückgreifen darf, und zwar auf meinen Vorredner Preitler, welcher schon die Dotie-

rung von 2,4 Millionen Schilling von seiten des Landes erwähnt hat, möchte ich darauf hinweisen, daß bei dem Vorentwurf vom Finanzminister oder unserem Finanzreferenten Klausner nichts bereitgestellt wurde. So begrüßenswert diese neuerliche Initiative für den ländlichen Raum ist, so bedauerlich ist es, daß auf Bundesebene in dieser Hinsicht nicht mehr getan wird.

Durch die Vorfinanzierung vom Land sollen im Jahr 1974 14.200 Anschlüsse, 1975 15.500 und 1976 17.500 Anschlüsse getätigt werden.

Ich habe wiederholt als Abgeordneter des oststeirischen Raumes bei der Postdirektion und auch in Wien interveniert, worauf mir schriftlich mitgeteilt wurde, daß es an den zu kleinen Wähllämtern liege, welche ausgelastet sind, oder, wie es das Ministerium immer wieder versichert, die Kabelindustrie mit der Fertigung der Kabel nicht nachkomme. Hier habe ich schon den Herrn Reicht angesprochen, wie wirklich die Situation ist. Man kann im ländlichen Raum auf das Telefon nicht verzichten. Meiner Ansicht nach ist ein Telefon ein gutes Geschäft für den Vater Staat. Ich glaube, es ist ein besseres Geschäft als das Zigarettenverkaufen. Möge es gelingen, mit Hilfe des Landes, das 33 Millionen Schilling dazuschießt, daß die Telefonanschlüsse im ländlichen Raum rascher vermehrt werden können als bisher. (Allgemeiner Beifall.)

Dritter Präsident Feldgrill: Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Zinkanell. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Zinkanell: Hohes Haus, liebe treugebliebenen Freunde! Ich wollte eigentlich vorschlagen, daß sich dieser nette Kreis ins Extrastüberl der „Gösser“ setzt, aber es ist etwas umständlich, obwohl es vielleicht gar nicht abwegig wäre. Ich bewundere meinen Kollegen Prenner, daß er, nachdem er vor einer etwas ungünstigen Besetzung des Hauses gesprochen hat, nicht gesagt hat, daß er verzichtet und an seiner Stelle gleich der Zinkanell anfangen soll. Er ist jedenfalls ein sehr netter Kollege, das möchte ich hier festhalten. (Allgemeiner Beifall.)

Aber nachdem diese kleine Einleitung damit erledigt ist, möchte ich mich den agrarischen Fragen, die heute anstehen, zuwenden. Ich stimme insofern dem Kollegen Buchberger zu, als in der Gruppe 7 natürlich die Debatte über das Landesbudget sehr stark mit bundespolitischen Aspekten unterspitzt oder durchzogen ist. Das ist auch naheliegend und der Herr Kollege Buchberger hat ja auch darauf hingewiesen, daß es eine Unzahl von wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Wechselwirkungen zwischen Land und Bund oder Bund und Land gibt. Das gilt natürlich auch für die Landwirtschaft und hier insofern, als ja sehr große Bundesmittel — ich will nicht abstreiten, daß es mehr sein könnten — in das Land hereinfließen.

Wenn ich nur ein Beispiel anführen darf: Zwei Drittel der Kosten der Betriebsberater werden vom Bund getragen. Es gibt keine landwirtschaftliche Produktionssparte, die nicht unter dem einen oder anderen Titel vom Bund gefördert wird. Insbesondere gilt dies für die Vieh- und Milchwirtschaft, wobei